Donnerstag, 9. Januar 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 7 - 2.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Baustopp: Der Zubringer zur Transitautobahn im Norden Berlins, über den von 1988 an der gesamte Transitverkehr in Richtung Hamburg und Skandinavien rollen sollte, darf nach einer Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts in der geplanten Form nicht gebaut werden. Es bestünden ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses. Das Land Berlin kündigte Eilbeschwerde beim Oberverwaltungsgericht an.

Kernenergie: Der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, Hasselmann, hat nach Ablauf des „sicherheitstechnisch einwandfreien" ersten Betriebsjahres die unbefristete Dauerbetriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Grohnde bei Hameln erteilt. Mit einer Jahresproduktion von 11,48 Milliarden Kilowattstunden hat das 1300-Megawatt-Kernkraftwerk 1985 einen absoluten Weltrekord in der Stromerzeugung aufgestellt.

Wackersdorf: Bei der Räumung des Hüttendorfs durch die Polizei sind 762 Personen vorübergehend festgenommen worden. In einem WELT-Gespräch bezeichnete Bayerns Innenminister Hillermeier Äußerungen, wonach es sich bei den Protesten gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage um gewaltfreie Aktionen gehandelt habe, als „irreführend und heuchlerisch". (S. 4)

Unruhen: Nach dem Tod des ägyptischen Polizisten, der auf dem Sinai sieben Israelis erschossen hatte, ist es in Kairo und im Heimatdorf des Polizisten zu Unruhen gekommen. Der zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilte Soliman Khater war im Kairoer Gefängniskrankenhaus erhängt aufgefunden worden. (S. 5)

Demission: US-Agrarminister Block, in dessen fünfjährige Amtszeit eine der schwierigsten Perioden für die amerikanische Landwirtschaft fiel, hat seinen Rücktritt eingereicht. Block sagte, er habe mit der Verabschiedung des Agrargesetzes 1985 seine Aufgabe erfüllt und wolle nun in der Privatwirtschaft arbeiten.

Stiftung: Israels Regierungschef Peres will bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Ende Januar mit Kanzler Kohl die Gründung einer deutsch-israelischen Stiftung für Forschung und Technologie erörtern.

Palästinenser: Auf den „Außenminister" der PLO, Kaddumi, ist nach Presseberichten in einem arabischen Land ein Mordanschlag verübt worden. Das Unternehmen sei gescheitert. Kaddumi fordert im Nahost-Konflikt eine Annäherung der PLO an die harte Haltung Syriens, während andere prominente PLO-Mitglieder sich für eine Verständigung mit Israel ausgesprochen haben.

Jovanka und das Erbe

Jovanka Broz, die Witwe Titos, schockte das in Wirtschaftsnöte geratene Jugoslawien. Sie forderte auf gerichtlichem Wege das gesamte Tito-Erbe: Villen, Brillanten und kostbare Teppiche. Ein schnell eingebrachtes Gesetz stoppte das Verlangen der reichen Erbin. Nur eine Forderung? Nur ein neues Gesetz? Dahinter steckt auch eine „Witwenverbrennung", ein Ende ihrer politischen Ambitionen. Seite 3

WIRTSCHAFT

Moskauer Wünsche: Bei seinem Japan-Besuch will UdSSR-Außenminister Schewardnadse um Mitarbeit bei Projekten zur Entwicklung Sibiriens werben. Weitere Posten auf dem Wunschzettel: langfristige Darlehen und Ausweitung des Handels. (S. 10)

Konjunktur: Die treibende Kraft des Wirtschaftswachstums wird 1986 nicht mehr der Export, sondern die Inlandsnachfrage sein, sagt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung voraus. Der private Verbrauch dürfte real um 3,5 Prozent ansteigen. (S. 9)

„Plan erfüllt": Das produzierte Nationaleinkommen der „DDR" – das in etwa dem Bruttosozialprodukt entspricht – ist 1985 gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Prozent gewachsen. Der Fünfjahrplan 1981 bis 1985 sei „gut" abgeschlossen worden. (S. 9)

Börse: Die Kaufwelle an den Aktienmärkten setzte sich verstärkt fort, so daß die Börsenzeit wieder um eine halbe Stunde verlängert werden mußte. Auch der Rentenmarkt war leicht befestigt. WELT-Aktienindex 297,02 (287,54). BHF-Rentenindex 105,364 (105,125). BHF Performance Index 100,298 (100,042). Dollarmittelkurs 2,4424 (2,4375) Mark. Goldpreis pro Feinunze 332,60 (330,00)Dollar.

KULTUR

Buchmarkt: Lenin und Jules Verne sind die Spitzenreiter in der Weltrangliste der Übersetzungen, geht aus der 32. Ausgabe des „Index Translationum" der Unesco hervor. Die Bundesrepublik tritt in dem Index als das Land hervor, das sich der meisten Buchübersetzungen aus anderen Sprachen rühmen kann. (S. 19)

Konzert: Unter dem Leitthema „Die Bibel in der Musik" stand die „Liturgica 85" in Jerusalem. Schwerpunkte bildeten die Chormusik der Niederländer des 15. Jahrhunderts, englischer Meister des 16. und 17. Jahrhunderts sowie Werke von Bach, Mendelssohn-Bartholdy, Händel, Haydn und Schubert. (S. 19)

SPORT

Turnen: Aus Protest gegen die Amtsführung der Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz (Berlin) ist der Vorsitzende des Trainerrates, Thomas Wentz, von seinem Posten zurückgetreten. (S. 6)

Motorsport: Der Münchener BMW-Werksfahrer Eddy Hau fiel bei der Wüstenrallye Paris-Dakar in der Motorradwertung wegen Reifenpannen und Benzinmangels auf Platz zehn zurück. (S. 6)

AUS ALLER WELT

Glastunnel: Der Straßenlärm in München soll nach Plänen des Baureferats durch gläserne Hauben gemildert werden. Die Kosten für einen Glasüberbau an besonders lärmträchtigen Strecken lägen erheblich unter denen für Tunnel, wie sie seit langem gefordert werden. (S. 18)

Briefmarken: Deutschlands Philatelisten feiern am Wochenende in Berlin das 50jährige Jubiläum ihres Dachverbandes. Sie erklärten deshalb 1986 zum „Jahr der Briefmarke". (S. 18)

Wetter: Im Süden und Westen Schneefall. 0 bis minus 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Eine Wende in Indien – Leitartikel von Peter Dienemann S. 2

Beamtentagung in Bad Kissingen: Der Umweltschutz überfordert die Behörden S. 4

Italien: Was er dem Bürger empfiehlt, erhebt sich Cossiga auch selbst zur Devise S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 5

Sport: Die europäischen Billard-Stars träumen von amerikanischen Verhältnissen S. 6

Umwelt – Forschung – Technik: Die Kernenergie und das Problem der Sicherheit S. 8

Vereinigte Staaten: 1985 brachte Umwälzungen für die elektronischen Medien S. 10

Kultur: Der Deal um einen Superfight – Der neue Roman von Hans Blickensdörfer S. 16

Fernsehen: Werbespot für 45 Franken – Schweizer Lokalradios kämpfen ums Überleben S. 16

Aus aller Welt: Die ungewöhnliche Idee des Formel-1-Fahrers Huub Rothengatter S. 18

Bonn will sich an Reagans Sanktionen nicht beteiligen

Schärfere „nationale Antiterrormaßnahmen" angekündigt / Gespräche mit USA

BERNT CONRAD, Bonn

Mit Zurückhaltung oder Ablehnung haben die meisten europäischen Verbündeten auf den von Präsident Reagan angekündigten amerikanischen Wirtschaftsboykott gegen Libyen reagiert. Auch die Bundesregierung machte deutlich, daß sie Wirtschaftsanktionen nicht als geeignetes Mittel zur Erreichung politischer Ziele betrachte. Regierungssprecher Ost stellte nach einer Kabinettssitzung zwar verschärfte nationale Antiterrormaßnahmen und enge Konsultationen mit den Verbündeten zur effektiveren internationalen Bekämpfung des Terrorismus in Aussicht, vermied aber jede konkrete Ankündigung.

Präsident Reagan hatte den Wirtschaftsboykott gegen Libyen mit der Rolle von Staatschef Khadhafi bei den jüngsten Attentaten in Rom und Wien begründet. Die europäischen Verbündeten waren von ihm aufgefordert worden, sich der Isolierung Khadhafis anzuschließen.

Die italienische Regierung hat die Niederlande, die derzeit den Vorsitz in der Europäischen Gemeinschaft führen, zur schnellstmöglichen Einberufung der EG-Außenminister aufgefordert, um über eine gemeinsame Reaktion zu beraten. Italien unterstrich, daß die wirtschaftliche und politische Wirksamkeit entscheidend „von der solidarischen Haltung der Länder abhänge, die in diesem Bereich gemeinsame Ansichten und konvergierende Interessen" haben.

Im Namen der Bundesregierung verurteilte Staatssekretär Ost jede Form des Terrorismus, sowie seine Täter und Hintermänner. Bonn sei entschlossen, national und international alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Terrorismus zu bekämpfen. Zu diesem Zweck solle die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und den EG-Partnern weiter ausgebaut werden. Als Gremien dafür nannte Ost die Arbeitsgruppe der Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels und die EG-Innenminister.

Seite 8:
Weitere Beiträge

Das Bundeskabinett hat Bundesinnenminister Zimmermann nach Angaben des Regierungssprechers beauftragt, alle bisherigen nationalen Antiterrormaßnahmen zu überprüfen und bis zur nächsten Kabinettssitzung eventuelle Vorschläge zur Verbesserung dieser Maßnahmen vorzulegen.

Die Bundesregierung werde auch die von der amerikanischen Regierung angekündigten Konsultationen aufnehmen, fuhr Ost fort. Er fügte jedoch hinzu, daß Wirtschaftssanktionen nach den bisherigen Erfahrungen zu keinen Ergebnissen führten. Die Bundesregierung erwarte, daß die deutsche Wirtschaft keine Vorteile aus dem amerikanischen Boykott gegen Libyen ziehe.

Bundeskanzler Kohl hat nach Mitteilung seines Sprechers gestern ein Fernschreiben Reagans erhalten, in dem der Präsident seine Beschlüsse erläutert. Ost wollte jedoch keine Auskunft darüber geben, welche konkreten Schlußfolgerungen die Bundesregierung daraus ziehen wird. „Fragen Sie den Bundeskanzler in seiner Pressekonferenz am Donnerstag danach", empfahl der Staatssekretär. Er wies daraufhin, daß bei den Anschlägen in Wien und Rom Terroristen am Werk gewesen seien, die selbst gesagt hätten, daß sie von Libyen unterstützt worden seien. Die Wiener Attentäter hätten sich tunesischer Pässe bedient, die in Libyen beschlagnahmt worden seien.

DER KOMMENTAR

Gutes Ende?

HERBERT KREMP

Die Ergebnisse nehmen sich in der Bundesrepublik meistens besser aus als die Diskussionen, die vorangingen. Die Zahlung von fünf Millionen Mark an 1150 jüdische Zwangsarbeiter, die während des Krieges bei der Firma Dynamit Nobel beschäftigt waren, entspricht dem Ersuchen der Jewish Claims Conference an den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Christians. Das Schreiben bezog sich auf die Dynamit Nobel AG, die Flick sen. 1959 erworben hatte, und die sich heute zusammen mit anderen Flick-Unternehmen vorübergehend im Besitz der Bank befindet. Flick selbst hatte in den Unternehmen, die ihm während des Krieges gehörten, nie Zwangsarbeiter beschäftigt.

Mit der Bitte der jüdischen Interessenvertretung um eine Zahlung an die noch überlebenden Zwangsarbeiter hatten Eingeweihte gerechnet. Über sie war bereits in den sechziger Jahren, also nach dem Erwerb der Dynamit Nobel durch Flick sen., verhandelt worden. Zum damaligen Gesprächskreis gehörte auch der frühere amerikanische Hochkommissar McCloy. Eine Vereinbarung kam damals nicht zustande, weil die Berater Friedrich Flicks in der Tätigkeit des Unternehmers während des Krieges keine zwingenden Gründe erkannten. Flick zahlte nicht, obwohl es sicher besser gewesen wäre, die humanitäre Verpflichtung für die erworbene Firma zu übernehmen.

Die Diskussion litt unter dem Mangel an Information und Sachlichkeit. Es war nicht nötig, das in ruhiger Sprache gehaltenen Schreiben der Jewish Claims Conference durch scharf formulierte Interviews in eine Forderung zu verwandeln. Die von der SPD und den Gewerkschaften erhobene Forderung, der Bundeskanzler möge sich „einschalten", war unnötig. Der junge CSU-Abgeordnete Fellner umnebelte sich durch seine Bemerkung, Juden meldeten sich schnell zu Wort, „wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert", mit dem Ruch des Antisemitismus. Woher stammt das deutsche Talent, Lösungen durch hysterische Debatten zu entwerten?

Wiedergutmachung für Zwangsarbeiter

Ehemalige Flick-Unternehmen zahlen fünf Millionen Mark an jüdische Organisation

gil. Bonn

Fünf Millionen Mark hat die Feldmühle Nobel AG als eine Art Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges an die „Conference on Jewish Material Claims against Germany" gezahlt. Das Unternehmen und seine derzeitige Eigentümerin, die Deutsche Bank AG, sind damit dem Vorschlag der jüdischen Organisation gefolgt. Alle Beteiligten: eine „humanitäre Lösung".

Der Vorstand der Feldmühle Nobel AG, deren Aktien über die Deutsche Bank an der Börse plaziert werden sollen, betont jedoch, die Vorwürfe gegen den Konzerngründer Friedrick Flick „beruhen auf falschen Voraussetzungen". Flick und weitere Mitarbeiter seiner Firmengruppe seien am 22. Dezember 1947 im Nürnberger Prozeß „vom Vorwurf der Teilnahme am Sklavenarbeitsprogramm des Dritten Reiches ausdrücklich freigesprochen" worden.

Im übrigen habe die jetzige Dynamit Nobel AG während des Krieges zum IG-Farben-Konzern und nicht zur Flick-Gruppe gehört, diese habe Dynamit erst 1959 erworben. Soweit während des Krieges Häftlinge bei einer Dynamit-Tochtergesellschaft beschäftigt worden seien, habe dies auf Weisung und unter Aufsicht von Reichsstellen stattgefunden.

Schon in den sechziger Jahren hatte die Claims Conference mit der

Seite 3
Geld und Wiedergutmachung

Flick-Gruppe über Entschädigungen verhandelt. Während sich jedoch andere deutsche Großunternehmen über unterschiedliche Zahlungen einigten, blieben die Verhandlungen mit Flick stecken. Nachdem sich im Dezember 1985 Friedrick Karl Flick von seinem Konzern trennte, erinnerte die Claims Conference den neuen Eigentümer, die Deutsche Bank, an das Problem, und erneuerte in einem persönlichen Brief an F. Wilhelm Christians die alte Forderung einer Einmalzahlung von fünf Millionen Mark, ohne jedoch Rechtsansprüche geltend zu machen.

Für politischen Wirbel sorgte der CSU-Abgeordnete Hermann Fellner. Er hatte mit seiner Bemerkung, es könne leicht der Eindruck entstehen, „daß die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert", heftige Kritik – auch aus den Reihen der Union – auf sich gezogen. Später empfahl Fellner der Deutschen Bank, den Entschädigungswünschen nachzukommen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte daraufhin die Union aufgefordert, sich von den „erbärmlichen Äußerungen" Fellners zu distanzieren. Auch Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, mahnte die CSU, die Forderung gegen Flick zu unterstützen und „sie nicht durch eine antisemitische Aussage zu kontern".

Anstieg der Zahl der Arbeitslosen liegt am Winter

DW. Nürnberg

Als „lediglich jahreszeitlich bedingt" bezeichnet der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Heinrich Franke, den Anstieg der Arbeitslosenquote im Dezember von 8,9 auf 9,4 Prozent. Insgesamt stieg die Zahl der Arbeitslosen um 136 384 auf 2 347 129. Im Dezember 1984 hatte es 22 000 Arbeitslose weniger gegeben. Die Zahl der Kurzarbeiter nahm um 24 000 auf 184 000 zu. Offene Stellen gab es im Dezember mit 110 000 nahezu ebenso viele, wie im November und damit um 38 Prozent mehr als im Dezember 1984. Es seien allerdings rund 94 000 Stellen neu geschaffen worden, sagte Franke. Dies deute auf einen konjunkturell bedingten, zunehmenden Kräftebedarf der Wirtschaft hin. „Die konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt kommt voran, allerdings nur langsam", sagte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

Bangemann trifft auch Weinberger

Co. Bonn

Bundeswirtschaftsminister Bangemann will bei seinen bevorstehenden Gesprächen in Washington über Verbesserungen im Technologietransfer und über SDI-Vereinbarungen nicht nur mit dem amerikanischen Handelsminister, sondern auch mit Vizepräsident Bush, Verteidigungsminister Weinberger und Außenminister Shultz sprechen. Er wird von einer Delegation unter Beteiligung des Kanzlerberaters Ministerialdirektor Teltschik begleitet werden.

Der CDU/CSU-Abrüstungsexperte Todenhöfer wandte sich in einem WELT-Gespräch gegen jede Verzögerung beim Abschluß eines SDI-Abkommens. Wenn eine entsprechende Vereinbarung nicht „in kürzester Zeit" zustande komme, seien schwere Nachteile für die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik zu befürchten, sagte Todehöfer.

Seite 8: Todenhöfer warnt

Strengere Auflagen für Waschmittel

Kabinett beschließt Gesetzesnovelle / Stadtwerke müssen über Wasserqualität informieren

DIETER THIERBACH, Bonn

Die Verringerung der Gewässerbelastung durch Wasch- und Reinigungsmittel ist das Ziel eines Gesetzentwurfes, den das Bundeskabinett gestern beschlossen hat. Mit der Novellierung des Waschmittelgesetzes soll vor allem eine Verbesserung der Umweltverträglichkeit der Produkte erreicht werden. Zur Zeit belasten pro Jahr etwa 750 000 Tonnen Waschpulver (ohne die Haushaltsseifen, Spülmittel, Haushaltsreiniger und Spezialwaschmittel) unsere Abwässer.

Künftig sollen auch die Verbraucher besser über die Zusammensetzung von Wasch- und Reinigungsmitteln informiert werden. Nicht nur die wichtigsten, sondern sämtliche Ingredienzien müssen dann auf der Packung angegeben werden. Der Bundesinnenminister verpflichtet die Hersteller, „in deutscher Sprache und in deutlich sichtbarer, leicht lesbarer Schrift" mindestens folgende Angaben abzudrucken: Sämtliche Wirkstoffgruppen, Registriernummer des Umweltbundesamtes, Name und Ort der Hauptniederlassung des Herstellers, sowie abgestufte Dosierempfehlungen entsprechend dem jeweiligen Härtegrad des Wassers.

Die Wasserwerke müssen den Verbraucher mindestens einmal jährlich sowie bei jeder Änderung über den Härtegrad des von ihm bezogenen Wassers informieren. Die Liste der bisher vom Gesetz erfaßten Wasch- und Reinigungsmittel wird erheblich ausgedehnt. Neu aufgenommen werden unter anderem wasserfrei benutzte Reinigungsmittel, Weichspüler und Lackverdünner. Waschmaschinen müssen so beschaffen sein, daß für ihren ordnungsgemäßen Gebrauch so wenig Wasch- und Reinigungsmittel wie möglich benötigt werden.

Nach Auffassung des Industrieverbandes Körperpflege und Waschmittel (IKW), in dem rund 130 Unternehmen organisiert sind, ist eine Novellierung des Gesetzes nicht erforderlich. Sie stehen dem Entwurf „skeptisch bis ablehnend" gegenüber. Ein Industrievertreter findet es „verdammt ärgerlich", daß es so aussieht, „als müsse man uns per Gesetz zum Umweltschutz zwingen". Die Qualität der deutschen Gewässer, für deren Verunreinigung die Industrie nur zu einem geringen Teil verantwortlich sei, habe sich merklich gebessert. Von der Gesetzesnovelle sei keine große Änderung zu erwarten.

Auf der anderen Seite haben fünf Naturschutzorganisationen bereits im Oktober vergangenen Jahres den Gesetzentwurf kritisiert. Das Freiburger Öko-Institut, der Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz (BBU) und der Deutsche Naturschutzring meinten, der vorliegende Gesetzentwurf sei „keine adäquate Antwort auf den weiterhin hohen Verbrauch an Wasch- und Reinigungsmitteln". In ihrer Stellungnahme verlangen die Organisationen, ein generelles Zulassungsverfahren für Waschmittel einzuführen.

Reagan: Gipfel wird verschoben

DW. Washington

US-Präsident Reagan hat jetzt bestätigt, daß Moskau die amerikanische Regierung gebeten hat, das ursprünglich für Juni geplante zweite Treffen zwischen ihm und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow zu verschieben. Ein hoher amerikanischer Regierungsbeamter nannte als möglichen neuen Termin den September.

Reagan erinnerte vor der Presse daran, daß ein Termin im Juni zunächst von Gorbatschow akzeptiert worden sei. Der amerikanische Präsident hatte im Dezember in Genf den Monat Juni als Termin für ein zweites Treffen vorgeschlagen. Nach seinen Angaben hat die sowjetische Seite keine Gründe für ihren Wunsch nach einer Verschiebung angegeben.

Verwarnung für Polens TV-Chef

DW. Warschau

Ministerpräsident Zbigniew Messner hat das Rücktrittsgesuch des Generaldirektors des polnischen Fernsehens, Aleksander Perczynski, abgelehnt, ihm aber eine Verwarnung erteilt. Perczynski hatte sich am vergangenen Sonntag wegen einer Panne bei der Ausstrahlung der Silvesteransprache von Staatschef Jaruzelski bei den Zuschauern entschuldigt und seinen Rücktritt angeboten.

Nach Presseberichten in Polen wurde das Rücktrittsgesuch auf Bitten von General Jaruzelski zurückgewiesen. Wie aus Kreisen des Fernsehens bekannt wurde, hatte ein falsches Anbringen des Mikrofons dazu geführt, daß die Stimme des Staatschefs während der Sendung stark verzerrt worden war.

Der Brief an Tschasow kam zurück

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bitte war „herzlich" geäußert: Die sowjetische Botschaft in der Bonner Waldstraße möge doch „den beiliegenden Brief an Herrn Professor Dr. J. Tschasow in Moskau weiterleiten", den umstrittenen Kardiologen aus der Reihe der mit dem Nobelpreis ausgezeichneten „Ärzte gegen den Atomkrieg". Zwei deutsche Mediziner-Kollegen unterzeichneten mit „vielem Dank für Ihre Bemühungen" – vergeblich: Jetzt, vier Wochen später, erhielten sie ihren Brief zurück. Nicht, weil die eifrigen Mitarbeiter des diplomatischen oder KGB-Dienstes die Adresse Tschasows wegen des strengen sowjetischen Datenschutzes nicht hätten erkunden können, sondern weil man das Schreiben „aufgrund dessen unannehmbaren Charakters und angesichts der Tatsache, daß es sich auf zweifelhafte Informationen offenbar wissentlich stützt, zurückschicken" müsse.

Die Absender des Nicht-Glückwunsches für den Nobelpreis sind die Ärzte Schata und Hemat, Vorsitzende des deutschen Vereins „Afghanistan-Nothilfe". Und das, was die Botschaft so zurückhaltend als „zweifelhafte Informationen" bezeichnet, ist alles andere als dies. Denn Schata und Hemat hatten Tschasow gefragt: „Was hindert Sie daran, mit dem Gewicht Ihrer Stimme unmißverständlich für die sofortige Beendigung des Krieges in Afghanistan und für die Souveränität dieses Landes einzutreten? Spüren Sie nicht den Widerspruch, wenn Sie mit der gleichen Hand den Friedensnobelpreis entgegennehmen, mit dem Sie den Appell gegen Sacharow unterschrieben haben, und ZK-Beschlüsse unterzeichnen zum Völkermord in Afghanistan?"

Aber dem verdienten Nobelpreis-Helden sollte auch eine Antwort auf folgende Fragen nicht zugemutet werden: „Nicht die minimalsten medizinischen Voraussetzungen zur Versorgung von Verletzten und Kranken sind in Afghanistan gegeben. Tag für Tag nimmt das Ausmaß der Vernichtung menschlichen Lebens und die Zerstörung der Bewohnbarkeit dieses Landes zu. Was geht in Ihnen vor, der Sie wissen, daß Ihr Land, dessen Regierung Sie mitrepräsentieren, Spielzeugbomben in Afghanistan abwirft, die Kinder anlocken und bei der ersten Berührung grausamst verletzen oder töten? Was berechtigt Ihre Regierung, afghanische Kinder den Eltern zu entreißen, in die Sowjet-Union zu verschleppen mit dem Ziel, sie nach Jahren als ideologietreue Sowjetfunktionäre zurückzuschicken?"

Als die Kritik an der Preisverleihung für Tschasow laut wurde, war von den Verteidigern immer auf die „Integrität" des Mediziners verwiesen worden. Doch die deutschen Ärzte fragen: „Glauben Sie nicht, daß ... der Holocaust in Afghanistan auch ohne Atomkrieg Realität ist?" Die Antwort wird verweigert – es sei denn, man sehe in dem milden Hinweis auf „zweifelhafte Informationen" auch schon eine Antwort.

Muß Moskau Produktion von SSN-20-Raketen einstellen?

Berichte über Sabotageakt an sowjetischem Treibstofflager

DW. Tokio

Eine Explosion in einem sibirischen Raketen-Treibstofflager hat nach japanischen Presseberichten zur Einstellung der Produktion der neuen SSN-20-Raketen geführt. Die Raketen sind für Riesen-U-Boote der Typhoon-Klasse bestimmt.

Die Zeitung „Sankei Shimbun" berichtete gestern unter Berufung auf nichtjapanische Militärkreise, bei der Explosion in Bisk 80 Kilometer südöstlich von Nowosibirsk sei ein Lager völlig zerstört und ein zweites erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Wann es zu dem Unglück kam, ging aus dem Blatt nicht hervor. Vermutlich stehe eine „organistierte Terroristengruppe" hinter der Explosion, bei der es sich damit um einen Sabotageakt handelte, hieß es.

Die sowjetische Marine hat schon drei U-Boote der Typhoon-Klasse bestellt. Zwei weitere sollen bis 1987 fertiggestellt werden. Wie es in der Zeitung weiter hieß, werden die Reparaturarbeiten etwa ein Jahr dauern. Die sowjetische Marine wäre damit gezwungen, die für dieses Jahr geplante Inbetriebnahme der Atom-U-Boote im Fernen Osten zu verschieben.

Bei der Explosion in dem Treibstofflager handelte es sich nicht um den ersten Zwischenfall bei sowjetischen militärischen Einrichtungen. Mitte Dezember vergangenen Jahres sollen bei einem Unfall in einer unterirdischen Rüstungsfabrik in Westsibirien mehrere hundert Menschen ums Leben gekommen sein. Die betroffene Fabrik war in einem früheren Kohle-Bergwerk nahe der Stadt Leninsk-Kusnezki in Kohlebecken von Kusnezk untergebracht.

Damals hatte ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums jede Stellungnahme zu dem Vorfall abgelehnt. Auch die amtliche Presse hatte darüber nicht berichtet. Sofort nach der Katastrophe war die gesamte Region von der Armee abgesperrt worden. Auch zu dem jüngsten Vorfall gibt es noch keine Stellungnahme aus Moskau. Im Mai 1984 sollen bei einer Explosion in einem Raketendepot bei Murmansk mehr als 200 Menschen getötet worden sein.

G

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wahlkämpferin Süssmuth

Von Michael Jach

Um den liberalen Wechselwähler, jenes wahltaktische Lieblingsphantom der Union in langen Oppositionsjahren, war es seit dem Regierungswechsel 1982 still geworden. Was indes nicht heißt, daß er nicht weiterhin sein Wesen triebe. Mit dem Engagement von Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth für die kommenden Wahlkämpfe in Bund und Land *spekuliert* die Niedersachsen-CDU auf solche Wählerstimmen, die ihr dank Frau Süssmuth zufallen könnten.

Was der CDU-Landesführung als Ei des Kolumbus erscheinen mag, wird auf nachgeordneten Rängen der Parteihierarchie einstweilen mißtrauisch beklopft. Da sind die gestandenen Platzhirsche – im Bundestagswahlkreis Göttingen wie auf den für eine Bundesministerin unvermeidlichen ersten Plätzen der Landesliste –, die angesichts des Personalimports ihre einheimischen Freunde mobilisieren. Da sind ferner jene Unionswähler, die die Abtreibungs- und Frauenpolitik der Geißler-Nachfolgerin und Simon-de-Beauvoir-Anhängerin mit Stirnrunzeln verfolgen.

Die Eigengesetzlichkeiten einer 40- bis 50-Prozent-Großpartei sind manchmal merkwürdig, wenn es um Mehrheitsbeschaffung geht. Für die Union, gleich ob in Hannover oder in Bonn, würde sich auch eine allzu gern vernachlässigte, wahltaktisch freilich nicht minder erhebliche Überlegung empfehlen: Ob sie es sich alle Jahre wieder leisten kann, über beständigem Schielen nach „entscheidenden" Randwähler-Prozenten ihre konservativen Stammwähler in Überzeugungsfragen zu verärgern. Die CDU hat sich recht bequem auf die vermeindliche Selbstverständlichkeit eingerichtet, deren Stimmen seien ihr (mangels anderer Möglichkeiten) gleichsam kostenlos sicher. Übersehen wird, wie langsam, doch stetig die Zahl der Nichtwähler zunimmt.

Parteibasis ist eben nicht gleich Wählerbasis. Niedersachsens CDU mag es, sind die internen Positionskämpfe erst ausgefochten, schließlich nützlich finden, mit Rita Süssmuth in die Wahlkämpfe zu ziehen. Nur zu verführerisch ist der Applaus für die Ministerin aus den Reihen sozialdemokratischer Frauen und Grüner. Für Konrad Adenauers Enkel(innen) Anlaß genug, sich einer Einsicht des Alten zu entsinnen: „Wenn mich meine Gegner loben, habe ich etwas falsch gemacht."

Anti-Arbed-Minister Jo

Von Ulrich Reitz

Ministerpräsident Oskar Lafontaine will die saarländische Stahlindustrie sanieren. Dem Ziel, sein in dieser Hinsicht *größtes* Sorgenkind Arbed Saarstahl auf feste Füße zu stellen, ist er inzwischen ein Stück näher gekommen. Trotz scharfer Kritik an der bisweilen schrillen Begleitmusik seiner Anstrengungungen unterstützen alle den Regierungschef, auch die Opposition. Alle?

Eine Breitseite gegen seine Bemühungen für Arbed in Bonn, bei den Banken und den Gewerkschaften wurde jetzt aus den eigenen Reihen abgeschossen: von Jo Leinen. Dem Umweltminister geht die Ökologie über alles, so wohl auch über die Loyalität gegenüber Lafontaine. Während Oskar Arbed retten will, schreibt Jo bereits den Abgesang: „Dieser Industriezweig (die Stahlindustrie) steckt in der Krise, befindet sich an der Saar im Niedergang. Im Laufe der Zeit wird sich ein großer Teil der Umweltprobleme hier von selbst erledigen: Eine tote Stahlindustrie macht keinen Dreck mehr." So in der Zeitschrift „Jugendpolitik" vom Bundesjugendring. Überschrift: „Ökosozialimus als Meßlatte der Politik."

Mit dieser Meßlatte in der Hand will der Minister auch die repräsentative Demokratie unterlaufen. Gelingt es auf gesetzgeberischem Wege nicht, aus Umwelt-Gründen einen Betrieb stillzulegen, setzt er auf den Druck der Straße: Wo „die Grenze institutionalisierter Politik erreicht" ist, sieht Leinen „das Feld für außerparlamentarische Bewegungen".

Was hält der Regierungschef von diesen Äußerungen? Lafontaines Glaubwürdigkeit bei der Arbed-Sanierung steht auf dem Spiel, wenn er einen Minister im Amt beläßt, der offenbar jeden weiteren Pfennig für dieses Unternehmen für umweltverschmutzende Geldverschwendung hält.

Aufruhr gegen Baby Doc

Von Werner Thomas

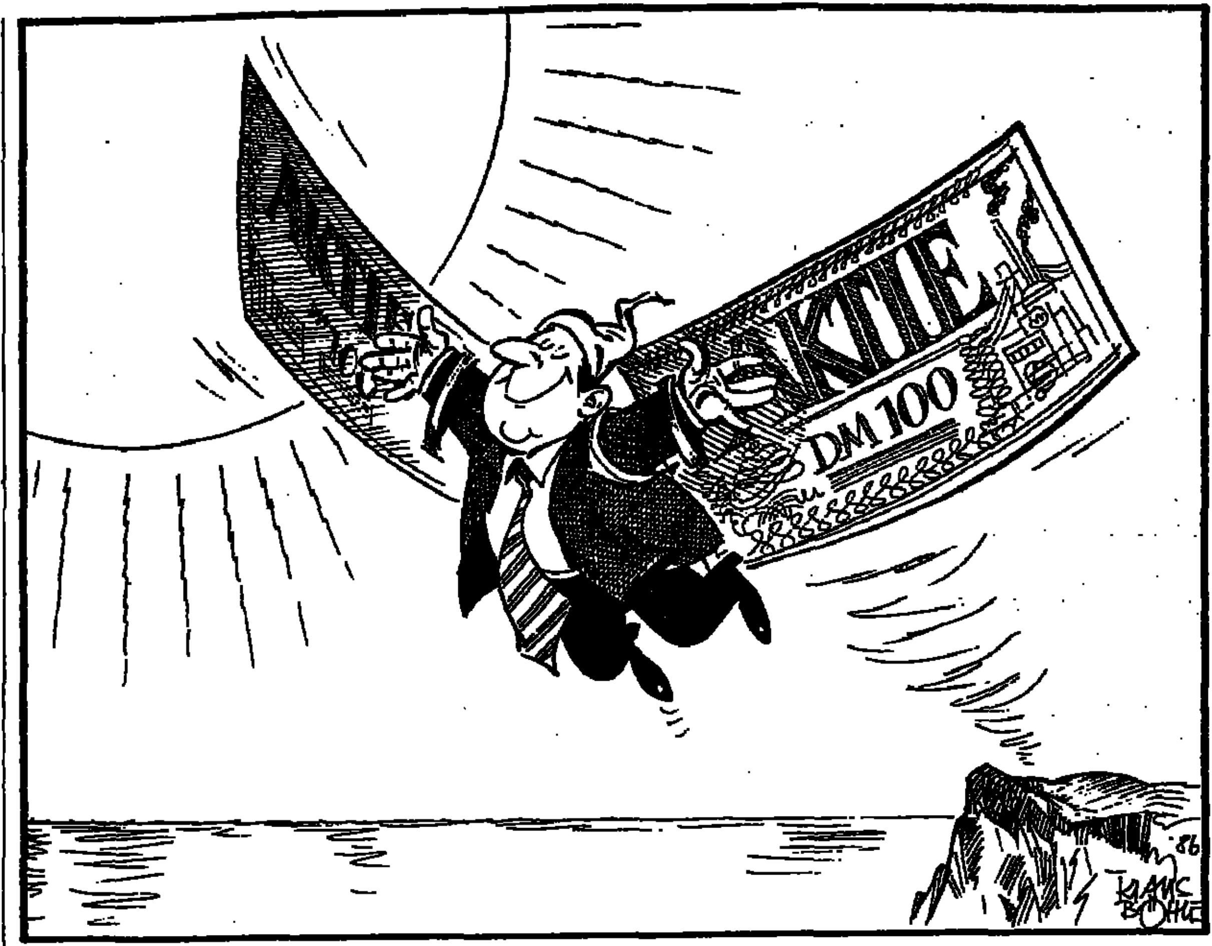
Tumulte, Verhaftungen, Blut und Tränen – deuten die Ereignisse in Haiti auf das Ende der Herrschaft „Baby Docs"? „Nieder mit der Diktatur", schrien die jungen Demonstranten. In den letzten Tagen wurden mindestens zwölf Personen von den Sicherheitskräften getötet. Haiti ist die ärmste Nation des amerikanischen Kontinents. Auf dem Lande herrscht Hungersnot. 80 Prozent der 5,3-Millionen-Bevölkerung verdienen weniger als 500 Mark im Jahr. Seit 29 Jahren verwalten die Duvaliers den Staat wie einen Privatbesitz. Jean-Claude (34), 1971 nach dem Tod seines Vaters François („Papa Doc") an die Macht gekommen, versteht sich als Präsident auf Lebenszeit.

Es gärt aus drei Gründen: Zunächst die politische Hoffnungslosigkeit. Dann haben Rezession und Korruption die Verhältnisse weiter verschlimmert. Während das Volk darbt, genießen die Duvaliers und ihre Freunde üppigen Luxus. Michèle, die Frau des Präsidenten, glitzert voller Geschmeide. Sie hat die wohl erlesenste Pelz-Kollektion in den Tropen. Wenn die Lichter ausgehen und das Gerücht kursiert, die Ölrechnungen hätten nicht bezahlt werden können, munkelt das Volk: „Michèle war in Paris."

Der Diktator versucht die Krise durch Kabinettsumbildungen, Preissenkungen und massiven Einsatz der Sicherheitskräfte zu kontrollieren. Im November wurden kirchliche Rundfunksender geschlossen, diese Woche alle Schulen. Die katholische Kirche und die Schüler inspirieren die Protestbewegung. Während der Herrschaft der Duvaliers sind die wichtigsten Oppositionspolitiker eliminiert oder ins Exil getrieben worden. Der Christdemokrat Sylvio Claude und der ehemalige Minister Hubert de Ronceray, die bekanntesten Vertreter der Opposition, spielen in der Heimat eine unbedeutende Rolle.

So rufen Demonstranten nach der Armee. An sie erging auf Flugblättern der Appell, sich zu „erheben gegen die Diktatur". Es soll gelegentlich rumoren innerhalb der Streitkräfte. Der nordwestliche Teil Haitis liegt 100 Kilometer von der Ostküste Kubas entfernt. Bisher gibt es aber keine Hinweise auf eine marxistische Unterwanderung der Protestbewegung.

Washington will Duvalier zwingen, die Menschenrechts-Situation zu verbessern. Als Druckmittel dient eine Wirtschaftshilfe von 56 Millionen Dollar, die Haiti dringend braucht. Die Opposition *fordert mehr: das Ende der Duvalier-Dynastie*. Das wäre eine gute Lösung.



Fallschirm nicht vergessen KLAUS BÖHLE

Die Selbstberieselung

Von Joachim Neander

Vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel wird am Dienstag ein Fall verhandelt, der einige Soziologen eigentlich tief verunsichern müßte. Es geht um die Frage, ob ein Firmenchef seinen Angestellten ohne Zustimmung des Betriebsrats die Radiomusik während der Arbeit verbieten darf.

Wie das? Haben wir es nicht jahrzehntelang andersherum gehört? Die Herrschenden, so hieß es, benutzen die Musik, um die ihnen Unterworfenen *auf raffinierte* Weise zu manipulieren, ihre Leistung und ihre Kaufbereitschaft zu steigern, sie einzunebeln und zu verdummen: der Bauer seine Kühe und Legehennen, das Kaufhaus seine Kunden, der Konzern das Heer seiner Großraumbüro-Sklaven. Ganze Akademietagungen wurden über das Thema der „funktionellen Berieselung", der „gewerblichen Hintergrundmusik", über „Musak" (ein US-Fachausdruck *für diese Art von Musik) und* andere gesellschaftlich relevante Schreckbegriffe abgehalten. Und nun dies: Das Volk berieselt sich selbst – die Herrschenden rufen verzweifelt nach der Stille.

Aber so groß kann die Überraschung gar nicht sein. Die Entwicklung zur allgemeinen Selbstberieselung durch Musik ist seit langem erkennbar. Sie hat inzwischen einen Grad erreicht, wo bei manchen Menschen das Wort berieseln nicht *mehr ausreicht. Sie gehen vom* Erwachen bis zum Einschlafen sozusagen in Dauermusik gehüllt oder gepanzert durch ihr Leben.

Pausen werden als schmerzhafte Pannen, als Tonstörung empfunden. Ein Radio- oder Fernsehgerät, das länger als eine halbe Minute keinen Ton von sich gibt, muß unter Umständen Faustschläge seines Benutzers gewärtigen, weil der glaubt, das Ding funktoniere nicht mehr. Radios ohne eingebauten Digitalwecker *gibt es kaum noch zu* kaufen. Keine Minute ohne die gewünschte Musik – wie in einer Schleuse bewegen viele sich von Einschaltknopf zu Einschaltknopf.

Und natürlich, wie beim Aktiv- und Passivrauchen, gibt es auch hier neben den freiwillig die unfreiwillig Berieselten. Im Omnibus, im Lokal, neuerdings sogar in Bibliotheks-Lesesälen wird der Walkman – diese tragbare Musikdusche – so laut aufgedreht, daß auch die anderen das *Hämmern mitkriegen. An* der Verkehrsampel kann es einem im geschlossenen Auto passieren, daß aus dem ebenfalls geschlossenen Nachbarauto dröhnende Musikrhythmen zu einem dringen. Wer an einem Sommersamstag-Nachmittag durch die Straßen geht, kommt an Häusern vorbei, die unter dem Gleichklang der aus sämtlichen Stockwerken schlagenden Musik eigentlich in akuter Einsturzgefahr sein müßten.

Selbstverständlich helfen Industrie und andere Institutionen den Selbstberieselungs-Süchtigen kräftig und gerne nach. Im Radio gibt es jetzt den automatischen Musiksucher, der an allen Sendern, die *Worte verbreiten, vorbeiflüchtet*. Verfeinert, wird er eines Tages auch klassische Musik sofort erkennen und meiden. Im Fernsehen wird sogar der Videotext, der doch eigentlich konzentriertes Lesen fordert, mit ablenkender Musik unterlegt. Wer große Firmen (zum Beispiel Rundfunkanstalten) anruft, dem kann es passieren, daß ihm die Wartezeit bis zur Verbindung mit dem gewünschten Gesprächspartner zwangsweise mit *Musik gefüllt wird, meist übrigens* einer fürchterlichen Musik, vergleichbar einem Gemisch aus Cola, Bier und Apfelsaft. Und man kann nicht einmal den Hörer vom Ohr nehmen, weil man sonst das „Hallo" des Partners verpassen würde.

So ganz neu ist das alles freilich auch nicht. Schon immer war Musik nicht nur einfach schön, son*dern gelegentlich auch nützlich* oder schädlich. In Nordafrika haben die Pferdezüchter schon vor mehr als hundert Jahren eine bestimmte rhythmische Musik benutzt, um ihre kostbaren Zuchtstuten beim Deckvorgang williger zu machen. Heutzutage entfacht ein einschlägiger Film in Musik- und Sexläden einen wahren Verkaufsrun auf Ravels „Bolero" (was Ravels Erben, die noch bis zum Jahre 2007 mitkassieren dürfen, gegönnt sei).



Ein Panzer aus Musik: Walkman FOTO: DIE WELT

Die alten Griechen unterschieden zwischen guten (erzieherischen) und schlechten (verführerischen) Tonarten. Plato nannte bestimmte Instrumente „staatspolitisch nützlich", andere verdächtigte er einer „verweichlichenden Wirkung".

Ob stundenlange Beregnung mit Henry-Mancini-Geigenrauschen dumm macht, ob mehrere Jahre Heavy-Metal-Rock aus allen Boxen junge Menschen aggressiv und gewalttätig oder nur taub und impotent oder am Ende vielleicht gar nur einfach fröhlich macht – das alles weiß man noch nicht. Daß die selbstverordnete Dauermusik die Menschen auf irgendeine Art narkotisiert, wie eine Art Doping wirkt, kann man auch ohne wissenschaftliche Untersuchungen vermuten. Darum sind in der Tat jene kurzen, flapsigen, oft aber auch einseitig-aggressiven Zwischenbemerkungen der Berufsplanderer auf den deutschen Autofahrerwellen anders, vielleicht aufmerksamer zu beachten als politische Vorträge. In der Narkose liegt das Unterbewußtsein offen.

Eins kann man jetzt schon sagen: Die allgemeine Musikberieselung ist ein Musterbeispiel dafür, wie anpassungsfähig, tolerant und geduldig der moderne Mensch gegenüber störenden Umwelteinflüssen sein kann, solange ihn nicht eine Bürgerinitiative in drohendem Ton zu mehr Sensibilität und Besorgnis ermahnt. Vielleicht wird man in den menschlichen Gehirnen eines Tages schwer abbaubare Musikrückstände entdecken. Aber bis dahin ist es sicher noch lange Zeit. Man schaue nur in die Autos grüner Politiker: An ihren Musikkassetten sollt ihr sie erkennen.

IM GESPRÄCH George Younger

Ein freundlicher Kämpfer

Von Reiner Gatermann

Es sieht wie Ironie des Schicksals aus: Vor ein paar Wochen kritisierte George Younger, Minister für *Schottland, den Verteidigungsminister* Michael Heseltine, weil die schottischen Werften bei der Vergabe von drei Neubauaufträgen für U-Boote unberücksichtigt blieben, obgleich ihre Orderbücher leer sind. Aber er mußte sich einem Kabinettsbeschluß beugen. Seit Donnerstag 18 Uhr sitzt Younger nun auf dem Stuhl Heseltines und wird in Sachen U-Boote gegen seine Landsleute argumentieren müssen.

Seine Berufung zum Verteidi*gungsminister kam keineswegs* überraschend, auf der Warteliste hatte er schon seit langem gestanden. Daß Margaret Thatcher den dunkelhaarigen, gemütlichen, diplomatischen und jünger als seine 54 Jahre aussehenden Younger 1979 an die Spitze des Schottland-Ministeriums berief und ihn dort beließ, liegt an der Beliebtheit des früheren Brauereidirektors, die er sich bei seinen schottischen Landsleuten erwarb, obgleich er als Minister ihnen etliche „bittere Pillen" in Form von Kürzungen staatlicher Gelder und Industrieniederlegungen verpassen mußte. Gegenüber seinen Kabinettskollegen, insbesondere dem Schatzkanzler, hatte er keinen leichten Stand, nicht nur wegen der allgemeinen Sparpolitik. Bei den Tories genießt Schottland nun einmal keine *Priorität*, denn dort *ist* man verhältnismäßig schwach vertreten.

Die politische Karriere des Vaters von drei Söhnen und einer Tochter konzentrierte sich auf zwei Gebiete: Schottland und Verteidigung. Sein erster Versuch, einen Unterhaussitz *zu erobern, schlug 1959 – damals* war er Offizier bei The Argyll and Sutherland Highlanders – fehl, aber vier Jahre später zog der ehemalige Korea-Kämpfer in Westminster ein. Bereits zwei Jahre danach rückte er in die Fraktionsspitze auf und zog 1970 als Unterstaatssekretär ins Schottland-Ministerium ein, von wo aus er 1974 für kurze Zeit als Staatssekretär ins Verteidigungsministerium überwechselte. *Es folgten fünf Oppositionsjahre.*



Neuer britischer Verteidigungsminister: Younger FOTO: AP

Younger ist ein Anhänger der militärischen Stärke als Basis der Außenpolitik und ein EG-Befürworter. Im Parlament bekannte er sich zur Wiedereinführung der Todesstrafe für *Terroristen, Polizisten- und Gefängniswärter-Mörder*.

Seine politischen Gegner entwaffnet der Segler, Golfer und Tennisspieler vor allem mit seiner Freundlichkeit und seinem Talent, Niederlagen schnell in Vergessenheit geraten zu lassen. *Laut dem „Glasgow Herald"* hat Großbritannien nun einen „freundlichen, liebenswerten, gleichbleibend beliebten Mann, voller guter Absichten und Optimismus" als Verteidigungsminister. Diejenigen, die George Younger jedoch schon am Verhandlungstisch gegenübergesessen haben, erzählen, er sei ein „effektiver Kämpfer", der auch mal „mit der Faust auf den Tisch schlägt".

Ein weiterer Schritt in der Karriere des George Younger ist schon vorgezeichnet: sein Wechsel ins Oberhaus *als Erbe des dritten Viscount* Younger of Leckie.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NÜRNBERGER Nachrichten

Sie gehen auf einen bayerischen Vorschlag zur Krankenkassen-Reform ein:

Natürlich ist es unbestritten, daß gesündere Lebensgewohnheiten nicht nur dem Menschen selbst, sondern auch dessen Krankenkasse zupaß kämen. Doch das Rezept, das der bayerische Sozialminister empfiehlt, taugt nicht für eine vernünftige Therapie. Denn was ist im Zweifelsfall echtes „Gesundheitsbewußtsein", das die Kassen mit Beitragsnachlässen honorieren könnten? Da mag einer dürr sein und den Bonus von daher verdienen, müßte er ihn aber nicht prompt verlieren, wenn er gleichzeitig wie ein Schlot raucht *und/oder regelmäßig einen über den* Durst trinkt? Der Arzt oder die Krankenversicherung ... würden sich für solche Schnüffeleien ebenso bedanken wie der betroffene Bürger.

Frankfurter Allgemeine

Sie notiert eine andere Tonlage gegenüber Libyen:

Libyen bekommt nun von Bonn etwas passendere Worte zu hören. Bundeskanzler Kohl hat von „unübersehbaren Verdachtsmomenten" gesprochen und von „Anhaltspunkten", denen nicht nur amerikanische, sondern auch deutsche Erkenntnisse zugrunde lägen. Befreiend wäre es, wenn die Regierungen Westeuropas allesamt nicht länger Ahnungslosigkeit vorspiegelten. Denn die Beteuerungen aus westlichen Staatskanzleien, man wisse leider nichts Bestimmtes über libysche Terror-Steuerung, erinnern an den Grafen Bobby: Der steht ratlos vor dem Schlafzimmer, in dem sich seine Gattin mit ihrem Liebhaber eingeschlossen hat, und wüßte zu gern, was da drinnen wohl vorgehe. Wer sich zu dumm stellt, kann schnell seine Würde verlieren.

DONAU KURIER

Die Ingolstädter Zeitung schreibt zu Veränderungen der UdSSR:

Interessant sind die Veränderungen in der Weltsicht der sowjetischen Führung. Zwar wird die Behauptung von 1961 wiederholt, „der Kapitalismus" – *das heißt*, die westliche Welt – sei „faulender und sterbender Kapitalismus, der Vorabend der Revolution". Aber auch an dieser Stelle wurde die frühere kühne Behauptung, das „kapitalistische Weltsystem" sei in seiner Gesamtheit „für die soziale Revolution reif", stillschweigend ersatzlos aufgegeben... Als größter Erfolg der Sowjetunion gilt jetzt, daß ohne sie „keine einzige Frage der Weltpolitik gelöst" werden könne. Wer die beiden Programme vergleicht, kommt an einer Feststellung nicht vorbei: Die Sowjetunion, vor 25 Jahren erfüllt vom Glauben an ihren Sieg, fühlt sich heute in die Verteidigung gedrängt.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung meint zum Rücktritt Heseltines:

Es gibt eine Neigung, Heseltine als ausschließlich ehrgeizig zu beschreiben, als einen kalkulierenden Politiker, der ein Thema von bescheidenem Gewicht aufgewertet und kühl für seine eigenen Interessen ausgebeutet hat. Doch das wird ihm nicht gerecht ... Er ist nicht der einzige Konservative, der die Premierministerin für zu absolut, zu intolerant und für ausgesprochen herrschsüchtig hält.

Die Deutschen unterschätzen die EG-Kommission

Delors organisierte die Vergrößerung / Von Wilhelm Hadler

Wie ein Lehrer seine Zöglinge präsentierte Jacques Delors diese Woche der Presse die drei neuen Mitglieder der EG-Kommission (zwei Spanier und einen Portugiesen). Jeder durfte ein paar Gedanken darüber äußern, wie er seine künftigen Aufgaben anpacken will. Der Präsident selbst schwieg; er wollte den Neuen nicht die Show stehlen.

Daß sich Delors in seiner Mammutbehörde (13 000 Beamte) Gehör verschaffen kann, hatte er zwei Tage zuvor wieder einmal bewiesen: Obwohl er im Führungsgremium der Europa-Exekutive nur Primus inter pares ist, ließ er es gar nicht erst zu einem Gerangel um die durch die EG-Erweitung bedingte Neuverteilung der Zuständigkeiten kommen. Unter früheren Präsidenten war der Kompetenzverteilung regelmäßig eine „Nacht der langen Messer" vorausgegangen. Unrühmlich bekannt wurde zum Beispiel, daß die britische Premier*ministerin Margaret Thatcher* persönlich Einfluß darauf zu nehmen versuchte, mit welchem Aufgabenbereich „ihr" damaliger Kommissar Christopfer Tugenthat in Brüssel betraut wurde.

Schon bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr hatte sich der Franzose Delors durch eine nahezu geräuschlose Ämterverteilung Autorität verschafft. Diesmal war ohnehin nur ein „Revirement" kleineren Ausmaßes nötig, da die meisten Kommissare Gefallen an ihrer bisherigen Tätigkeit gefunden haben und die neu ernannten Mitglieder mit ihren Wünschen Augenmaß bewiesen.

Alle drei sind Politiker, die in ihrer Heimat Gewicht haben. So entsandte Spanien den erst 39 Jahre alten Manuel Marin (künftig zuständig für Sozialpolitik), den Chefunterhändler bei den Beitrittsverhandlungen, und den bisherigen wirtschaftspolitischen Sprecher der Opposition, Abel Matutes. Er ist als Absolvent des Europa-Kollegs in Brügge schon fast ein EG-Insider. *Matutes war* Privatbankier und Bürgermeister von Ibiza. Auch der Portugiese Cardoso e Cunha ist für die ihm übertragene Fischereipolitik gerüstet. Er hat bereits in Lissabon als einschlägiger Minister Erfahrungen sammeln können.

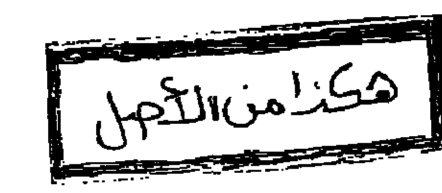
Fraglich ist allerdings, ob sich die Erwartungen der *Iberer* an die EG-Kommission erfüllen. Sie sind auf die Entwicklung neuer Strategien gerichtet, die einen Transfer zugunsten der ärmeren Mitglieder bewirken sollen. Die wirtschaftlich starken Staaten betrachten das In*itiativrecht der Kommission* in diesem Bereich dagegen eher mißtrauisch. Dies gilt besonders für Bonn. Die Deutschen fürchten den ständigen Zugriff auf ihr Geld; immer deutlicher werden auch ordnungspolitische Divergenzen im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik.

Trotzdem unterschätzt Bonn immer wieder die Bedeutung der Brüsseler Behörde. Deutlich wurde dies an dem geringen Stellenwert, *den deutsche Politiker den gut do*tierten Brüsseler Spitzenpositionen zuerkennen. Nahezu alle anderen EG-Staaten entsenden erstrangige Männer nach Brüssel. Jacques Delors ist dafür ein gutes Beispiel. Er verdankt seine Autorität auch dem Umstand, daß er in Frankreich populär und einflußreich ist. Das kann man von den Deutschen Karl-Heinz Narjes (zuständig für Industriepolitik, Forschung und Technologie) und Alois Pfeiffer (Wirtschaft und Regionalpolitik) nicht behaupten.

Die EG-Exekutive gewinnt trotz *aller Rückschläge* im Integrationsprozeß ständig an Gewicht. Beweise dafür sind nicht nur der wachsende Gemeinschafts-Haushalt, sondern auch das engmaschige Netz multi- und bilateraler Abkommen der EG mit Drittländern. Allerdings sind die Ressorts unterschiedlich „ergiebig". Gewicht haben sie, wo Geld verteilt wird oder wo (wie in der Agrar- und Handelspolitik) Exekutivbefugnisse bestehen. Andere Geschäftsbereiche *(wie die Beschäftigungs- oder Wäh*rungspolitik) sind dem Muster nationaler Ministerien nachempfunden. Außer Vorschlägen können die zuständigen Kommissare nicht viel auf den Weg bringen.

Die Vergrößerung der Kommission (jedes „große" Land stellt zwei, die kleineren jeweils einen Kommissar) hat das Dilemma deutlich gemacht: 17 angemessene Ressorts lassen sich nicht finden. So hat sich Delors neben den „vertikalen" eine Reihe von „horizontalen", also fachübergreifenden Zuständigkeiten ausgedacht. Dazu gehört die Koordinierung der Finanzinstrumente und eine „Task Force" für Probleme des Mittelstandes. Darum soll sich der Spanier Matutes kümmern.

Der Kompetenz-Wirrwarr hätte allerdings vermieden werden können, wenn sich die großen Staaten mit jeweils einem Mitglied zufriedengegeben hätten. Dagegen sprach, daß es ohnehin schwer ist, die EG-Politik in den Mitgliedsländern zu „verkaufen". Um so wichtiger ist die Führungsstärke des Prä*sidenten. Delors hat* es daran bisher nicht fehlen lassen.



Mit einem langen Wunschzettel zieht Jovanka gegen den Staat

Eine Frau schockt die in arge Wirtschaftsnöte geratenen Jugoslawen: Jovanka Broz, Titos Witwe, beansprucht ein weit größeres Erbe, als ihr der Staat zugestanden hat. Und das ist schon nicht wenig.

Von CARL G. STRÖHM

Die „unverständlichen Forderungen der Jovanka Broz" – mit dieser Schlagzeile versah die Zagreber Parteizeitung „Vjesnik" ihren ausführlichen Bericht über einen Vorgang, der in der jugoslawischen Öffentlichkeit zu Beginn des neuen Jahres einen wahren Schock auslöste. Es geht um die gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen der letzten und langjährigen Ehefrau des 1980 verstorbenen Partei- und Staatschefs Marschall Tito und der von Tito geschaffenen „Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien".

Vor dem jugoslawischen Bundesparlament hatte Justizminister Borislav Krajina erstmals Einzelheiten über den Konflikt enthüllt. Gleichzeitig wurde ein Gesetz beschlossen, wonach die Residenzen, Archive, das Mobiliar, die Orden und die Geschenke, die Tito zu seinen Lebzeiten benutzt oder erhalten hatte, „Volkseigentum" sind. Vor der Öffentlichkeit wurde mit einem Schlag der Schleier des Geheimnisses gelüftet, der während der letzten Jahre über dem Schicksal der Jovanka Broz lag. Die Witwe habe sich den Belgrader Rechtsanwalt Filota genommen und den jugoslawischen Staat auf Herausgabe des gesamten Tito-Erbes verklagt.

Jovanka Broz, die aus der einstigen Tito-Residenz „ausgesiedelt" wurde, weil diese in das nun öffentliche „Memorial-Zentrum", also eine Art Tito-Museum, verwandelt wurde, hatte sich von Anfang an nicht damit zufrieden gegeben, daß die Partei- und Staatsführung ihr zwar den persönlichen Schmuck sowie sämtliche Haushaltsgeräte, einige Teppiche, Möbel sowie Kleidungsstücke des Marschalls ausgehändigt hatte – ihr aber darüber hinaus kein Eigentums- oder Erbrecht zugestehen wollte. Sie weigerte sich, den Empfang dieser Gegenstände schriftlich zu bestätigen, weil sie, wie sie erklärte, „nicht vollständig" seien.

In einer Liste von 77 Positionen forderte sie vielmehr vom jugoslawischen Staat die Herausgabe der über 100 Orden und Auszeichnungen, die Tito im In- und Ausland verliehen worden waren. Außerdem verlangte sie, daß in die Erbmasse auch fünf wertvolle Autos – darunter ein Rolls Royce, ein Cadillac sowie ein speziell konstruierter Jagdwagen – aufgenommen wurden, dazu noch fünf Motorboote, die Tito auf seiner Adria-Insel Brioni benutzt hatte und die ihm von jugoslawischen Schiffswerften und von der Zagreber Messeleitung geschenkt worden waren.

Auch einen Weinberg und einen Obstgarten auf Brioni, ferner einen Weinberg im kroatischen Samobor, eine Villa in Serbien (Geschenk der serbischen Landesregierung) sowie Pferde und Pferdewagen, kostbare Teppiche (Geschenke aus Algier und Indien), geschnitzte Eichenholzmöbel, Vasen und Kristallservice, mehrere Kollektionen von Goldschmuck mit Brillanten und Edelsteinen, Jagdwaffen, Bibliotheken, Briefmarkensammlungen, künstlerisch wertvolle Gemälde und Skulpturen sowie eine Uhrensammlung – alles das wollte Jovanka Broz aus dem Tito-Nachlaß als ihr Erbe und Eigentum beanspruchen.

Dieser Versuch hatte aber von Anfang an wenig Aussicht auf Erfolg. Zwar wurde der Witwe und den beiden – aus früheren Ehen stammenden – Tito-Söhnen in einem besonderen Gerichtsverfahren zugestanden, daß sie zu gleichen Teilen die Honorare aus Titos in Jugoslawien und im Ausland gedruckten Büchern erhalten. Hier stehen unter anderem dem jugoslawischen Parteiverlag „Kommunist" massive Honorarnachzahlungen an die Erben ins Haus. Aber die Tito-Nachfolger waren aus vielerlei Gründen nicht gewillt, die Witwe in eine Art „Kaiserin-Witwe" zu verwandeln.

Im Gegenteil: Jovanka wurde vor der jugoslawischen Bevölkerung öffentlich demontiert. In einem Lande, in dem der Großteil der Bewohner schwer unter Inflation, Wirtschaftskrise und sinkendem Lebensstandard zu leiden hat, muß es provozierend wirken, wenn der Justizminister vor Parlament und Journalisten schildert, was die Witwe Titos alles zur Verfügung hat. Danach lebt Jovanka Broz zur Zeit in einer großen, repräsentativen Staatsvilla im Belgrader Nobelviertel Dedinje. Da sie diese und andere Residenzen, die man ihr anbot, als unzweckmäßig ablehnte, wird für sie in unmittelbarer Nähe von Titos einstigem Sitz ein modernes Haus mit 280 Quadratmetern Wohnfläche und einem großen Garten errichtet – für 100 Millionen Dinar (ein Durchschnittseinkommen in Jugoslawien: 30 000 bis 40 000 Dinar).

Aus dem Staatssäckel werden der Tito-Witwe in ihrer jetzigen und künftigen Residenz sämtliche Heizkosten, Elektrizität, Telefon und alle kommunalen Gebühren bezahlt. Es stehen ihr ein Auto mit Fahrer, ein Dienstmädchen sowie Sicherheitsbeamte zur Verfügung. Jovanka Broz braucht aus ihrer Pension als Witwe des Staatspräsidenten – monatlich 172 000 Dinar, das entspricht den Gehältern der Mitglieder des kollektiven Staatspräsidiums – nur ihren laufenden Lebensunterhalt zu bestreiten. Auch die Möbel für ihre neue Residenz werden ihr ebenso wie das Haus auf Lebenszeit zur Verfügung gestellt.

Aber damit nicht genug. Die Zagreber Parteizeitung „Jesnik" bemerkt boshaft: „Die Genossin Jovanka Broz besitzt kostbare Kollektionen von Halsbändern, Ohrgehängen, Ringen und Goldschmuck mit Brillanten sowie anderen Edelsteinen ..." Und das Belgrader Wochenmagazin „Nin" fügt als Lehre aus der ganzen Affäre hinzu: „Haben wir jetzt wirklich alles geregelt – oder kann uns morgen nicht wieder so ein Fall passieren, wenn der Erbe eines jetzt amtierenden Funktionärs fordern wird, daß Gemälde, Pferde, Kutschen oder Weinberge oder auch das Haus, das dem Vater oder Gatten zur gesellschaftlichen Nutzung gegeben wurde, in das persönliche Eigentum des Erben übergehen sollen?" Dann fordert die Belgrader Wochenzeitung – mit einem weiteren Seitenhieb auf Jovanka (und auf Tito?) – „mehr Öffentlichkeit, mehr Bescheidenheit und mehr Gesetzlichkeit", um sich von „unnotwendigen Affären und Skandalen" zu befreien.

Was aber steckt hinter dieser symbolischen Witwenverbrennung? Jovanka Broz, Jahrgang 1927, Sproß der angesehenen Familie Budisavljevic in der kroatischen Lika – jener Landschaft der ehemaligen österreichischen „Militärgrenze", in der viele Serben angesiedelt wurden –, hatte schon zu Lebzeiten Titos politischen Ehrgeiz. Bekannt ist, daß sie am Ende der sechziger Jahre versuchte, an der Seite Titos an einer Sitzung des kommunistischen Parteipräsidiums teilzunehmen – worauf sie vom damaligen Parteisekretär Mijalko Todorovic mit der Begründung aus dem Saal gewiesen wurde, hier dürften nur Mitglieder dieses Gremiums zugegen sein. Dies führte damals noch zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Parteisekretär und Tito, den Todorovic mit seinem Sturz bezahlen mußte.

Ausschlaggebend dafür, daß Tito sich während seiner letzten Lebensjahre von Jovanka trennte und ihr auch nicht mehr erlaubte, öffentlich in Erscheinung zu treten, war eine Liste mit zur Beförderung anstehenden Generalen und Offizieren der jugoslawischen Armee, die der damalige Verteidigungsminister General Ljubicic (heute Mitglied des Staatspräsidiums) Tito überreicht hatte. Als der General die Liste zurückerhielt, fand er hinter mehreren Namen in Jovankas Handschrift den Vermerk: „Kann befördert werden" oder aber „Darf nicht befördert werden". Das führte dann zu Titos angeblichem Ausspruch, er wünsche keine „zweite Evita Peron" in Jugoslawien.

Manches deutet darauf hin, daß Jovanka auch deshalb um das Erbe Titos kämpfen wollte, weil sie den politischen Einfluß, der damit verbunden wäre, für sich sichern wollte. Die Tito-Nachfolger haben dem einen Riegel vorgeschoben – vielleicht auch deshalb, weil sie sehen, welchen problematischen Einfluß in manchen kommunistischen Nachbarstaaten politisierende Ehefrauen oder Familienmitglieder von Präsidenten und Parteichefs ausüben. Nicht nur eine Evita, auch eine Elena (Ceausescu) soll es in Jugoslawien nicht geben.

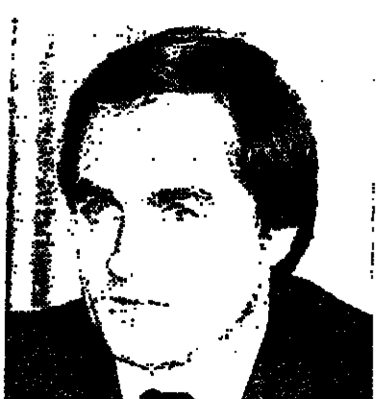
Eine streitbare Witwe: Jovanka Broz FOTO: CAMERA PRESS



Im Nürnberger Prozeß wurde Friedrich Flick 1947 wegen Beschäftigung von Zwangsarbeitern, Aneignung von Fabriken in besetzten Gebieten und anderer Delikte zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt FOTO: AP



Heinz Galinski: Ungeheuerliche Beschimpfung der Juden FOTO: DW



Hermann Fellner: Stehe zu meinen Äußerungen FOTO: KUCHARZ

„Geld kann nicht wiedergutmachen"

Die Feldmühle Nobel AG zahlt an jüdische ehemalige Zwangsarbeiter fünf Millionen Mark Entschädigung. Der darum entstandene Wirbel erinnert an ein düsteres Kapitel deutscher Vergangenheit: Himmlers Sklavenarmee.

Von HORST STEIN

Der Wirbel der letzten Tage um jüdische Wiedergutmachungsforderungen an die Unternehmensgruppe Flick hat eines einmal mehr deutlich gemacht: Es gibt in der Geschichte keine Stunde Null. Das mochten 1945, nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches und der bedingungslosen Kapitualtion Optimisten, Fortschrittsgläubige und Feuilletonisten glauben, doch schon die Geburt der Bundesrepublik Deutschland vollzog sich unter dem Schatten einer düsteren Vergangenheit.

Die Aufhebung des Besatzungsstatuts und die Gewährung der Souveränität wurde von den westlichen Siegermächten an die Bedingung geknüpft, daß sich die Regierung Adenauer zu Wiedergutmachungsleistungen an den Staat Israel und an jüdische Organisationen bereiterklärte. Und Adenauer war, wie sich Zeitzeugen erinnern, für den alttestamentarischen Gedanken eines Sühnevertrages mit Israel zu gewinnen.

In einer feierlichen Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. September 1951 stellte Adenauer fest: „Das deutsche Volk hat in seiner überwigenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und sich an ihnen nicht beteiligt." Der Bundeskanzler fügte indes hinzu: „Im Namen des deutschen Volkes sind unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten."

Es ging dabei nicht nur um die Opfer in den Konzentrationslagern des Regimes, um Überlebende und Hinterbliebene, sondern es ging auch um die Davongekommenen jenen Millionenheeres von Zwangsarbeitern, die in den Arbeitslagern und in den unterirdischen Flugzeug-, V-Waffen, Karabiner- oder Munitionsfabriken unter Himmlers Knute für den „Endsieg" geschuftet hatten. Sie hatten mithelfen müssen, einen Krieg zu verlängern, der gegen sie selbser gerichtet war. Denn der Reichsführer der SS, der sich neben dem eigentlichen Rüstungsminister Albert Speer mehr und mehr in die Produktion kriegswichtiger Güter eingeschaltet hatte, war bekanntlich mehr als nur der Produzent bizarrer Ideen.

Zwar wollte er aus Geranien Öl gewinnen, aus Tannenzapfen Benzin und aus russischem Löwenzahn den kriegswichtigen Kautschuk; zwar ließ er großmaßstäblich die Vernichtung von Menschen betrieben, doch er war rational genug, die Bedeutung des „großen jüdischen Menschenreservoirs" für die Kriegswirtschaft zu begreifen.

Jedenfalls gelang es dem Chef des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der SS, dem Obergruppenführer Oswald Pohl, Himmler für eine Verlangsamung des Ausrottungsprogramms zu gewinnen. Pohl, der in 20 KZ und 165 Arbeitslagern über Hunderttausende von Häftlingen verfügen konnte, allein 700 000 Juden waren 1943 in den Lagern des Generalgouvernements, gründete sogar eine SS-eigene „Ostindustrie GmbH" (Osti).

Pro Tag vier Reichsmark für jeden Zwangsarbeiter

Häftlinge, die dieser Sklavenkonzern nicht selber einsetzen konnte, wurden an andere kriegswichtige Unternehmen vermietet. Für jeden Arbeitstag hatten diese Firmen vier Reichsmark an die Kasse der SS abzuführen. Unter den Nutznießern solcher Leih- und Zwangsarbeiter befanden sich beste Industrie-Adressen.

Verhandlungspartner der Bundesrepublik Deutschland bei den Bemühungen um ein Wiedergutmachungsakommen war der Staat Israel. Aber er nicht allein. Bei dem zwischen März und August 1952 in Luxemburg ausgehandelten Vertragswerk hatte die Conference of Jewish Material Claims against Germany" ein gewichtiges Wort mitzurden, denn sie vertrat die Interessen all jener jüdischen NS-Opfer, die nicht nach Israel ausgewandert waren. 450 der ausgehandelten 3450 Millionen Mark sollte diese Organisation an die von ihr vertretenen Überlebenden verteilen.

Das Abkommen, das Konrad Adenauer und Israels Außenminister Moshe Sharett am 10. September 1952 in Luxemburg unterzeichneten, wurde von den Juden in aller Welt mit zwiespältigen Gefühlen aufgenommen. Israelische Extremisten sprachen von der „Ungeheuerlichkeit" eines solchen „Blutgeldes": „Was sollen unsere ermordeten Großeltern pro Stück kosten?", riefen erbitterte Demonstranten in Tel Aviv. Doch Israels Regierung sah die Dinge wesentlich pragmatischer: Der wirtschaftlich am Nullpunkt stehende, soeben erst gegründete Staat, könne sich, wie Ben Gurion damals argumentierte, „keinen Gefühlsluxus erlauben". Man könne auch nicht zulassen, daß „die Beute auch noch in den Händen der Mörder bleibe".

Das Abkommen war indes nicht nur politisch-psychologisch, es war auch juristisch eine überaus heikle Sache. Denn so, wie der Holocaust ein singuläres Phänomen gewesen war, so hatten auch die Unterhändler gesetzgeberisches Neuland zu betreten. Eine Schwierigkeit betraf beispielsweise die sogenannte Aktivlegitimation der Opfer. „Bis dahin hatte", so heißt es in einem historischen Exkurs dazu, „im internationalen Recht die Auffassung gegolten, daß nach einem völkerrechtlichen Delikt – hier nach der Verletzung von Minderheits- und, ganz allgemein, Menschenrechten nur die betreffenden Staaten, welche diese geschädigten Gruppen und Personen repräsentierten, anspruchsberechtigt seien und nicht die betroffenen Individuen selbst." Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Israel und das (Haager) Abkommen mit der „Jewish Claims Conference" legitimierte erstmals auch Einzelpersonen. Ein juristisches Novum. Mit dem Bundesrückerstattungsgesetz wurde die Bundesrepublik stellvertretend für das Deutsche Reich zum Schuldner, zugleich aber auch in ihrer Rolle als dessen Rechtsnachfolger bekräftigt.

Die Wiedergutmachungsleistungen, die Adenauer und Ben Gurion sowie Nahum Goldmann, damals Präsident der „Jewish Claims Conference", auf maximal zehn Milliarden Mark veranschlagt hatten, haben – infolge vor allem deutscher Rentenleistungen – eine beträchtliche Höhe erreicht: Amtliche Angaben sprechen von 85 bis 100 Milliarden Mark.

Und selbst viele jener deutschen Unternehmen, die während des Krieges jüdische oder nichtsjüdische Zwangsarbeiter beschäftigten, die Rede ist von circa 200 Firmen, haben mehr oder minder beträchtliche Entschädigungszahlungen geleistet. Das Unrecht, das sich im Jargon des Regimes „Vernichtung durch Arbeit" nannte, ist damit freilich nicht ausgelöscht. Wiedergutmachung kann nicht „wiedergutmachen".

Wichtiger als die Summen ist die Haltung

Die Forderung, die unter anderem Heinz Galinski, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, in Erinnerung gebracht hat, ist schon vor vielen Jahren erstmals erhoben worden. Insofern irrte der CSU-Abgeordnete Hermann Fellner bei seiner, gelinde gesagt, ungeschickten Erklärung, er halte es für unglücklich, daß die Forderung nicht vor 40 Jahren, sondern erst jetzt aufgestellt worden sei. Und: Es gibt immer noch eine Gruppe von 20 000 bis 30 000 „Fußkranken der Wiedergutmachung", wie jüdische Experten errechnet haben, die durch alle Entschädigungsraster gefallen seien.

Wichtiger als die absoluten Summen indes, die aufgewendet wurden, ist die Haltung, die dahintersteht. Walter Schwarz, der eine siebenbändige Dokumentation über „Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland" ediert hat, mahnt Angehörige der „zweiten Generation" auf beiden Seiten, die Leistung derer nicht geringzuachten, die das Versöhnungswerk in diesem gewaltigen Umfang erst möglich gemacht hätten.

Schwarz: „Wiedergutmachung vollzieht sich nicht in Worten und Gesten, sondern in realer Hilfe. Geld vermag Frieden zu stiften. Ich glaube, daß auch die Befriedung des Herzens gelungen ist."

Albrecht will mit Frau Süssmuth in den Wahlkampf '87 ziehen

Entscheidung der Ministerin für Kandidatur in Göttingen fällt noch diese Woche

ARMIN RECK, Bonn

Die niedersächsische CDU wird möglicherweise mit Frau Rita Süssmuth in den Bundestagswahlkampf 1987 ziehen. Der Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann und Ministerpräsident Ernst Albrecht – der Regierungschef ist zugleich Stellvertreter Helmut Kohls im CDU-Parteivorstand – richten ihr Augenmerk bei diesen Überlegungen auf die Ministerin für Familie, Jugend und Gesundheit in Bonn.

Möglicher Nebeneffekt: Eine plakative Herausstellung der von den Medien geradezu verwöhnten Bundesministerin könnte auch auf den bevorstehenden niedersächsischen Landtagswahlkampf ausstrahlen. Frau Süssmuth, erst seit September vergangenen Jahres im Amt, hat ihrerseits starkes Interesse an einer politischen Absicherung in Niedersachsen bekundet. Eine Entscheidung werde „noch diese Woche" fallen, hieß es in der engsten Umgebung der Ministerin gegenüber der WELT. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Ministerin in Göttingen kandidiere, sei „groß".

Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth FOTO: DPA

Ministerpräsident Albrecht ist schon seit längerem bemüht, die Westfälin an Niedersachsen zu binden. Hintergrund seiner Überlegungen ist, daß sein Bundesland im Bonner Kabinett nicht durch einen Posten in Ministerrang vertreten ist. Bisher stehen nur die Parlamentarischen Staatssekretäre Rudolf Sprung (Wirtschaftsministerium) und Volkmar Köhler (Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) für die niedersächsischen Farben.

Zudem könnte Albrecht mit der Nominierung der Katholikin in dem überwiegend protestantischen Bundesland ein politisches Zeichen setzen. Frau Süssmuth hatte in der Diskussion um den Paragraphen 218 eine Gesetzesverschärfung abgelehnt, sich also für die Beibehaltung der großzügigen Auslegung der „sozialen Indikation" bei Schwangerschaftsabbrüchen ausgesprochen. Hannover hielt sich bei der Initiative des CDU-regierten Bundeslandes Rheinland-Pfalz, einen Mißbrauch dieses Gesetzes durch schärfere Bestimmungen, vor allem eine Änderung der Reichsversicherungsordnung anzustreben, auffallend zurück. Niedersachsen stand dabei in Kontakt zum Nachbarland Schleswig-Holstein, das diese Initiative aus Mainz von vornherein abgelehnt hatte.

Ein dritter Punkt spricht für die Familienministerin. Sie ist in der niedersächsischen Landeshauptstadt keine Unbekannte. Vor der Entscheidung Bundeskanzler Kohls, die Wissenschaftlerin nach Bonn zu holen, war Frau Süssmuth Leiterin des Instituts „Frau und Gesellschaft" in Hannover. Und: Eine Professorin stand einer Partei in der Universitätsstadt Göttingen schon immer gut an. Die Gelegenheit bot sich, da der Wahlkreis vakant ist, seit der frühere Bundestagsabgeordnete Hans Hugo Klein an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe berufen wurde. Der Kreisverband der Göttinger CDU verstand den Wink der Parteispitze und sprach sich mit einer knappen Zweidrittel-Mehrheit für Frau Süssmuth als Wahlkreisbewerberin für 1987 aus. Mit diesem eindeutigen Ergebnis war der Ministerin eine starke Entscheidungshilfe auf den Weg nach Niedersachsen gegeben worden.

Dem Votum der Delegiertenversammlung für eine Lösung von außen bei der Besetzung des Kandidatenplatzes ging zunächst eine nicht unerhebliche Skepsis voraus. Die Vertreter der ländlichen Umgebung Göttingens präferierten klar die CDU-Kreisvorsitzende Renate Ewers. Der Hausfrau aus Duderstadt und Mitglied des Landes- und Bundeselternrates wurde eine stärkere Bindung an die Region zugesprochen.

Unterstützung für die Ministerin kam aus dem Unternehmerflügel. Er argumentierte, daß Frau Süssmuth durch ihre bisher gezeigte liberale Haltung in der Lage sei, Bürger auch außerhalb der Stammwählerschaft der CDU anzusprechen.

Die 124:84-Entscheidung des Kreisverbandes hat nur empfehlenden Charakter für das Landeslisten-Gremium der Partei. Es wird jedoch nicht erwartet, daß sich der Ausschuß dem Willen der Parteispitze widersetzen wird. Am 15. Juni steht in Niedersachsen die Landtagswahl an: Eine positive Ausstrahlung der der norddeutschen Mentalität entsprechenden Ministerin auf den anstehenden Wahlkampf wird nicht nur an der Parteispitze erwartet.

Die 48jährige Familienministerin war unmittelbar nach ihrem Amtsantritt in Bonn wegen mehrer Interview-Äußerungen in die Kritik geraten. Besonderes Aufsehen erregte, daß sie in einem Gespräch mit der „Zeit" die Französin Simone de Bauvoir, Schriftstellerin und Frauenrechtlerin, ihr Vorbild nannte. Vor allem aus dem katholischen Lager kamen Stimmen der Entrüstung über dieses „Bekenntnis".

Klage gegen „Selbstbedienung" im Hessenfunk

Nea. Mainz

Mit der Begründung, die Ausstrahlung von Werbung im Dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks (HR) verstoße gegen eine Länder-Ministerpräsidentenvereinbarung und gefährde das gesamte Finanzierungssystem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, hat Rheinland-Pfalz vor dem Bundesverwaltungsgericht Klage gegen Hessen erhoben. Ziel der am 5. Januar mit Unterstützung aller CDU/CSU-regierten Bundesländer in Berlin eingereichten Klage: Das Land Hessen solle im Wege der Rechtsaufsicht über den Hessischen Rundfunk dafür sorgen, daß der Sender die seit 1985 betriebene Werbung im Dritten Fernsehprogramm wieder einstellt.

Die werktäglich zehn Minuten TV-Werbung in „Hessen Drei", so argumentieren die Kläger, verstoßen gegen die seit über 20 Jahren geltende Vereinbarung der Länderministerpräsidenten, die Werbung in den beiden öffentlich-rechtlichen Fernsehsystemen auf täglich 20 Minuten (außer sonntags) zu beschränken. Die Haltung der Hessischen Landesregierung, so Staatssekretär Hanns-Eberhard Schleyer auf einer Pressekonferenz in Mainz, sei „unverständlich, widersprüchlich und verantwortungslos". Die Klage diene zwar auch dazu, die Startchancen der privaten Veranstalter zu verbessern. Sie liege aber auch im wohlverstandenen Interesse des öffentlich-rechtlichen Systems, das durch ein willkürliches Ausscheren eines Bundeslandes beziehungsweise einer Rundfunkanstalt „in seinen Grundfesten erschüttert" werde.

Schleyer begründete auch, warum das Land Rheinland-Pfalz sich mit dieser Klage so lange Zeit gelassen hat, obwohl es schon 1984 in Briefen an die Staatskanzlei in Wiesbaden seine Bedenken angemeldet hatte: Man habe aber zunächst die Bemühungen um einen Medien-Staatsvertrag zwischen allen Bundesländern nicht stören wollen. Erst als feststand, daß es durch die starre Haltung Hessens in absehbarer Zeit keinen Staatsvertrag geben werde, habe sich Mainz sich zu diesem Schritt entschlossen.

Den Weg zum Bundesverwaltungsgericht in Berlin, nicht aber zu den Verfassungsrichtern in Karlsruhe, wählte Rheinland-Pfalz, weil der Klageanspruch sich nur gegen das Nachbarland (nicht gegen den HR) richten kann und nur auf die Vereinbarung der Ministerpräsidenten stützt. Daß darüberhinaus aber auch schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Vorgehen Hessens bestehen, hob auf der Pressekonferenz Professor Reinhart Ricker als einer der beiden Prozeßbevollmächtigten des Landes (neben dem Münchner Professor Peter Lerche) hervor.

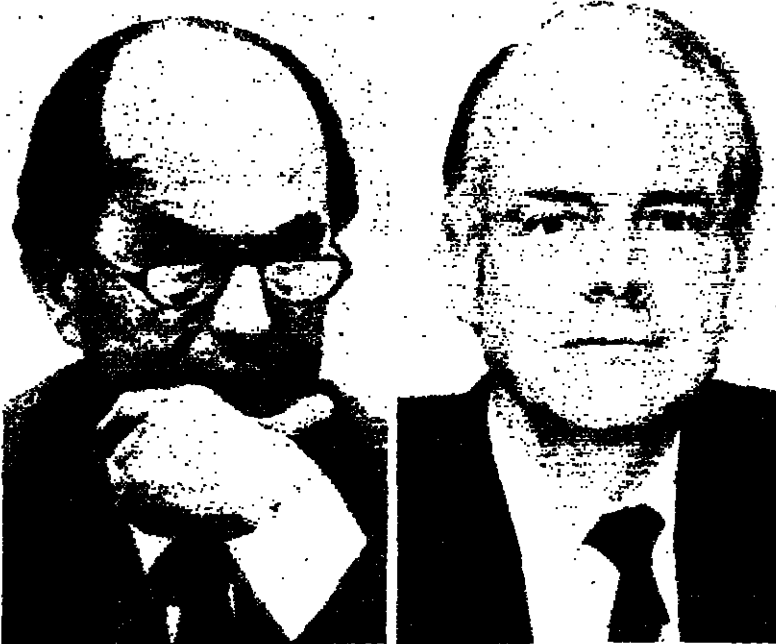
„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk", sagte Ricker, „ist Treuhänder der Rundfunkfreiheit aller und damit Träger eines Grundrechts. Alle wichtigen Frage dürfen demnach nicht von einer einzelnen Anstalt, sondern nur vom Gesetzgeber entschieden werden. Ricker sprach von einer „Selbstbedienung" des Hessischen Rundfunks.

Nicht einmal seine Erfinder wollten eindeutig beschreiben, was ein PSt ist

PETER PHILIPPS, Bonn

Die öffentlich bekundeten politischen Differenzen zwischen dem innerdeutschen Minister Heinrich Windelen und seinem Parlamentarischen Staatssekretär Ottfried Hennig über die Kernfrage der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter haben in Bonn die Frage aufkommen lassen, inwieweit derartiges zu vereinbaren ist mit der eng umrissenen Aufgabenstellung und Funktion eines Parlamentarischen Staatssekretärs.

Verfassungsrechtlich ist Ottfried Hennig ebenso wie seine 22 Kollegen im Kanzleramt und den anderen 15 Bundesministerien (wobei sie in den Häusern Kohl und Genscher als „Staatsminister" quasi eine De-Luxe-Bezeichnung haben) ein Zwitter, den es bei ernsthafter Wahrnehmung Montesqieu'scher Gewaltenteilung nicht geben dürfte. Denn dieses Amt, 1967 von der Großen Koalition geboren, vereinigt in sich sowohl exekutive (als Ministerialer mit Pensionsberechtigung) als auch legislative (als Bundestagsabgeordneter) Funktionen. Der PSt, wie er im Behördenjargon heißt, darf den Minister bei Beantwortung von Fragen im Parlament sowie der Ausschußarbeit vertreten, aber Stellvertreter im Amt oder Vorgesetzter der Beamten ist er deshalb noch lange nicht – da sei der (beamtete) Staatssekretär davor.



Heinrich Windelen und sein Parlamentarischer Staatssekretär Ottfried Hennig FOTOS: WERNER SCHURING/KNIPPERTZ-PRESSEBILD

Vorsichtshalber haben die Bundesregierungen – die Große Koalition ebenso wie SPD/FDP und nun CDU/CSU/FDP – es bisher sorgsam vermieden, die Zwitterstellung präzise zu beschreiben. Von „Unterstützung" der Regierung durch das Beigeben von Parlamentarischen Staatssekretären ist 1967 nur ganz allgemein die Rede gewesen und zugleich von Rückführung der (beamteten) Staatssekretäre auf ihre traditionellen, internen Funktionen. 1974 kam als entscheidende Verbesserung hinzu, daß die Parlamentarischen Staatssekretäre stärker als „Junior-Minister" verstanden und mit ministerähnlicher Pensionsregelung ausgestattet wurden.

Die Realität hat inzwischen die tatsächliche Funktion der sich wuchernd ausbreitenden Spezies, die ursprünglich nur als Einzelexemplare und politische Minister-Gehilfen in den „großen" Häusern (Innen-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrsministerium) installiert wurden, umgrenzt. Und sie hat zu manchen Sonderlichkeiten geführt:

Es gibt unter ihnen fachlich für das jeweilige Ministerium Vorbelastete. Aber im wesentlichen verdanken sie ihre Berufung entweder der koalitionsinternen Arithmetik oder einem Wechsel auf die Zukunft, der Bewährung als potentielle Minister. Daß es ungewöhnlich ist, Lehrlinge mit Pensionsberechtigung zu beschäftigen, wurde im Verlauf von nunmehr beinahe zwanzig Jahren verdrängt.

Eines war bisher weitgehend unumstritten: Daß ein Parlamentarischer Staatssekretär nur dann zu diesem Amt kommen und in ihm bleiben konnte, wenn er in politischen Grundfragen nahtlos mit seinem Minister den Schulterschluß hält. Ob nun Staatsminister Möllemann als politischer Minen-Aufstöberer seines Chefs Genscher medienwirksam unterwegs war oder PSt Spranger das Bundesamt für Verfassungsschutz beschäftigte: An der politischen Rückendeckung durch den Amtschef gab es keine Zweifel. Hennig schlägt nach der „Klarstellung in der Sache" durch seinen Minister Windelen, Salzgitter stehe „nicht zur Disposition", insofern ein neues Kapitel auf. Denn bis in die vergangenen Tage hinein beharrte er ausdrücklich darauf, daß die Behörde „zur Disposition gestellt werden" könne.

Im übrigen ist Hennig der erste Parlamentarische Staatssekretär in dem ohnehin kleinen Ministerium, der sich kein festes Arbeitsgebiet vorgenommen hat. Dabei hatten Bonner Zungen schon 1969, als der damalige Minister Franke mit dem Abgeordneten Herold ebenfalls seinen ersten PSt bekam, um sich nicht als zweitklassig gegenüber den anderen Ministern zu empfinden, gelästert, der solle nur garantieren, daß die Skatrunde immer vollzählig besetzt sei. Doch Herold kümmerte sich auch intensiv um die Zonenrand-Problematik.

Und Hennig kam aus unionsinternen Arithmetik-Gründen in den Genuß des gut dotierten Sessels, nicht als besonderer Vertrauter Kanzler Kohls: Er hatte vielmehr als Persönlicher und Medienreferent Rainer Barzels seine politische Karriere begonnen und war nach dessen Wahl zum Parteichef auf dem Saarbrücker Parteitag 1971 zum Bundesgeschäftsführer ernannt worden. Als Kohl 1973 Barzels Nachfolge antrat, gehörte zu seinen ersten Amtshandlung die Entfernung Hennigs aus diesem Amt. Die Fortzahlung der Bezüge ermöglichte ihm die Promotion.

Ob die jetzt zutage getretenen Divergenzen wiederum zu einem vorgezogenen Tätigkeitsende führen, ist bisher unklar. Unabhängig davon: Hennig werden seit längerem in der Union nachhaltige Ambitionen für die Nachfolge des Sozialdemokraten Becker auf dem Intendantensessel des Deutschlandfunks in Köln nachgesagt.

Staatsanwälte beim BGH erfolgreich

Nach einer Beschwerde der Anklagebehörde findet Prozeß gegen Gewalttäter doch statt

WERNER KAHL, Düsseldorf

Der Prozeß gegen zehn Personen aus dem Ruhrgebiet, die von der Generstaatsanwaltschaft in Düsseldorf wegen terroristischer Gewalttaten angeklagt wurden, kommt nun doch zustande. Das Verfahren wurde allerdings erst durch eine Beschwerde der Staatsanwälte beim Bundesgerichtshof (BGH) ermöglicht. Entgegen dem Beschluß des Oberlandesgerichts (OLG) in Düsseldorf, die Anklage gegen die zehn Verdächtigen nicht zuzulassen, hat der 3. Strafsenat des BGH entschieden, das Hauptverfahren in der Landeshauptstadt zu eröffnen.

Beweismaterial in 56 Aktenordnern

Der Konflikt zwischen dem Düsseldorfer Oberlandesgericht und der Generalstaatsanwaltschaft wegen der Strafverfolgung von Anhänger einer autonomen gewalttätigen Gruppe ging damit über fast vier Jahre. Die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft über die Angeklagten füllen heute insgesamt 56 Aktenordner. Nach Angaben der Behörden handelt es sich dabei um die Spuren der bisher größten terroristischen Organisation im Gebiet zwischen Rhein und Ruhr, deren einzelne Gruppen allerdings nur losen Kontakt zueinander haben.

Der 5. Strafsenat beim OLG Düsseldorf hielt die Beweise bei seiner Entscheidung 1982 für zu dünn. Die Richter beim Bundesgerichtshof, die sich nach der Beschwerde der Generalstaatsanwaltschaft mit diesem Fall beschäftigten, erklärten den Ablehnungbescheid der Düsseldorfer Kollegen zwar für Rechtens, doch gleichzeitig gestanden sie der Staatsanwaltschaft zu, weiteres Beweismaterial nachzureichen. Die Prüfung des neuen Materials läßt nach Ansicht des BGH nun eine Verurteilung wahrscheinlich erscheinen.

Die zehn Angeklagten, die nach Auskunft der Behörden ähnlich vorgehen wie die 1973 in Erscheinung getretenen „Revolutionären Zellen" (RZ), gaben sich bei ihren Aktionen in der Öffentlichkeit als „Antifa-Gruppen" zu erkennen.

Bei den Ermittlungen im Zusammenhang mit den Krawallen in Krefeld 1983, als es beim Besuch des amerikanischen Vize-Präsidenten George Bush zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei kam, haben die Behörden ebenfalls Spuren der „Antifa-Gruppen" gefunden. Zu diesem Zeitpunkt standen allerdings schon zehn Mitglieder der „Antifa-Gruppen" unter Anklage.

Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden wurden seit Ende der 70er Jahre in verschiedenen Städten des Ruhrgebietes neue terroristische Gewalttäter für Angriffe gegen den Staat, die Justiz, die Bundeswehr und die NATO rekrutiert.

Unruhe in Deutschlands Industrierevier

Von 1979 an wurde in „Kommunikationszentren" und bei Jugendtreffen, vor allem im Raum Wuppertal, um Mitglieder für kleine Aktionsgruppen geworben. Zu Beginn der 70er Jahre hatte es dort auch Ansätze für die Bildung einer „Roten Ruhr-Armee" gegeben. Sie sollte in Deutschlands größtem Industrierevier Unruhe stiften.

Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft konzentriert sich auf insgesamt 60 Gewalttaten, die nach Ansicht der Behörden in die Kategorie „in besonders schwerem Fall" einzuordnen sind. Das Ziel der Angeklagten, so Oberstaatsanwalt Rosenbaum, sei gewesen, „den Staat kaputtzumachen. Das Beweismaterial haben wir in der Hand."

Schweiz konsultiert Terrorismusexperten

W.K. Bonn/Bern

Die Schweizer Sicherheitsbehörden stehen aus Besorgnis über illegale Aktivitäten Libyens in Konsultationen mit ausländischen Experten der Terrorismusbekämpfung. Bereits bei einem Treffen im Dezember 1985 klagten eidgenössische Staatsschutzvertreter über die Einschleusung von Gerät, Waffen und logistischen Hilfsmitteln sowie die Anlage von Depots unter dem Schutz libyscher diplomatischer Vertretungen. Für die Konsultationen wurde Vertraulichkeit vereinbart. Nach Erkenntnissen deutscher Sicherheitsexperten bevorzugten libysche Stellen in letzter Zeit zunehmend die Schweiz für illegale Transfers und Verstecke von Waffen sowie falschen Ausweisen, weil sich die Libyer in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern inzwischen zu stark beobachtet fühlen. Die Bonner Polizei hatte im vergangenen Jahr eine Tage die libysche Botschaft sogar belagert. Auf Anfragen Schweizer Medien zu einem Bericht der WELT über die Aktivitäten Khadhafis in dem neutralen Land, erklärte gestern der Züricher Nationalrat der Freisinnigen Partei, Ernst Cincera, die Schweiz werde für terroristische Aktionen in anderen Ländern durchaus als „logistische Basis" benutzt, ohne daß die Behörden diesen Mißbrauch ihrer offenen Grenze verhindern können.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Umweltschutz überfordert Behörden

Sachbearbeitern fehlt entsprechende Ausbildung / Tagung des Deutschen Beamtenbundes

D. GURATZSCH, Bad Kissingen

Nicht nur Wirtschaft und Politik, auch die Verwaltung tut sich schwer mit dem Umweltschutz. Auf der 27. Beamtenpolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen konstatierten führende Umweltexperten jetzt, daß der Umweltschutz völlig neue Anforderungen an Beruf und Berufung der Beamten stellt. Auf vielen Ebenen der Verwaltung ergäben sich Aufgaben, auf die die Sachbearbeiter in den Behörden nicht vorbereitet und für die sie nicht ausgebildet seien.

Der Präsident des Umweltbundesamtes Berlin, Heinrich von Lersner, wies dabei auf die ungewöhnliche, für die Beamten neue Komplexität umweltrelevanter Entscheidungen hin. Hier müßten anders als in dem klassischen Aufgabenfeld der Verwaltung „unzählige Informationen und Bewertungen aus höchst unterschiedlichen Wissensbereichen" verknüpft werden, von der Biologie bis zur Außenhandelspolitik, von der Ingenieurtechnik bis zur Meteorologie.

Reform der Ausbildung

Hinzu komme die zunehmende Abhängigkeit politischer und administrativer Entscheidungen von wissenschaftlichen Erkenntnissen im Umweltbereich. Die Politiker müßten hier wissenschaftliche Prognosen abschätzen lernen „und dann die undankbare Verantwortung für das Nichtvorhersehbare übernehmen". Angesichts dieser völlig neuen, umfangreichen Anforderungen, die – so von Lersner – auch die hergebrachten Aufgaben von der Polizei bis zum bürgerlichen Recht, vom Verkehr bis zur Bauleitplanung zu prägen begännen, sei die herkömmliche, juristisch-kameralistische Ausbildung für den Verwaltungsdienst anachronistisch. Künftig werde ein Beamter im Umweltdienst nur noch mit „mindestens zwei Grundfächern" auskommen, möglichst in der Kombination einer Geistes- mit einer Naturwissenschaft, so wie ein Diplomat zwei Weltsprachen beherrschen müsse. Darüber hinaus werde der Druck der neuen umweltpolitischen Aufgaben aber auch Änderungen von Organisation und Struktur der Behörden erzwingen.

Auch der Bonner Professor Jürgen Salzwedel, bisheriger Vorsitzender des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen, hob hervor: „Die Vermittlung umweltpolitischer Ziele ist aus einer ganzen Reihe von Gründen ungleich schwieriger als auf anderen Politikfeldern." Undeutliche Begriffe von Schutzwürdigkeit und Gefährdung, übersteigerte Erwartungen, fehlende personelle und sachliche Voraussetzungen, aber oft auch fehlende gesellschaftliche Akzeptanz drängten die Verwaltung hier in eine „oft hoffnungslose Lage".

Salzwedel appellierte an die Politiker, sich an diesem Spiel im Interesse des Umweltschutzes nicht noch zu beteiligen. Das Vertrauen in die schrittweise Verwirklichung der Sanierungskonzepte dürfe nicht durch „immer neue Wünschbarkeiten" und wählerwirksame „Profilierungsnovellen" erschüttert werden. Die Umweltgesetze müßten auch Rechtssicherheit verbürgen.

So habe die Bundesregierung für die Luftreinhaltung bereits ein nahezu geschlossenes Schutz- und Sanierungskonzept verabschiedet. Nach Salzwedel wird die Glaubwürdigkeit der Umweltpolitik in der Öffentlichkeit auf diesem Feld allerdings besonders daran gemessen werden, ob es gelingt, die Jahresbelastung mit Stickoxyden fristgerecht abzubauen. Hier werde von der Bevölkerung „am ehesten der Zusammenhang mit den Waldschäden gesehen".

„Politischer Fehler"

Eine ähnliche Signalwirkung prophezeite der Wissenschaftler für die immer weiter steigende Nitratbelastung der Gewässer und Böden. Die Tatsache, daß der Bundesinnenminister die Durchsetzung von Erlaubnisbescheiden gegenüber sogenannten Überdüngungsbetrieben in der Landwirtschaft „auf Betreiben des Bundeslandwirtschaftsministers" wieder gestrichen habe, wertete Salzwedel als „schweren politischen Fehler". Den Schwarzen Peter werde am Ende wieder die Verwaltung zugeschoben bekommen, wenn die unausweichliche Katastrophe dann als „Vollzugsdefizit" deklariert werde.

Für das Umweltstrafrecht forderte der Wissenschaftler eine grundlegende Reform, deren Federführung dem Bundesinnenminister übertragen werden müsse. Das Bundesjustizministerium sei damit „hoffnungslos überfordert". In keinem Land Mitteleuropas – so Salzwedel – habe die Umweltpolitik heute einen so hohen Stellenwert wie in der Bundesrepublik. Darin liege aber auch eine Gefahr, warnte der Experte: „Nirgendwo geht Überhitzung der Diskussion so schnell in Verhetzung der Gruppen über."

„Von gewaltfrei kann keine Rede sein"

Bayerns Innenminister besorgt über Verharmlosung der Protestaktionen in Wackersdorf

PETER SCHMALZ, München

Als „irreführend und heuchlerisch" bezeichnete Bayerns Innenminister Karl Hillermeier (CSU) Äußerungen, wonach es sich bei den Protestaktionen gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf um gewaltfreies und demokratisches Verhalten handele. Mit der ständigen Wiederholung solcher Formulierungen, so der Minister gestern in einem Gespräch mit der WELT, werde suggeriert, strafbare Handlungen oder Rechtsverstöße in Form von Ordnungswidrigkeiten würden überhaupt nicht vorliegen. „Dem ist leider nicht so", meinte Hillermeier.

Neben den permanenten Verstößen gegen bauordnungsrechtliche und versammlungsrechtliche Vorschriften müßte vielmehr eine Vielzahl von eklatanten Rechtsverletzungen registriert werden. Im einzelnen führte der Minister auf: Bis zur Räumung des Hüttendorfes am Dienstag wurden von den Störern fast täglich neue Straßensperren und Barrikaden auf öffentlichen Wegen errichtet und ein Güterzug aufgehalten. Quer zur Fahrbahn wurden bis zu eineinhalb Meter tiefe Gräben ausgehoben, Nagelbretter wurden in die Wege eingegraben und sogenannte „Krähenfüße" mit dem Zweck ausgelegt, die Reifen der Polizeifahrzeuge zu beschädigen. Offenbar zum schnellen Bau neuer Straßensperren wurden entlang der Fahrbahnen Bäume angesägt, während in andere Bäume im Rodungsgelände Nägel getrieben wurden, um die Motorsägen zu beschädigen.

Polizeibeamte, so der Minister weiter, die Straßensperren beseitigten, wurden tätlich angegriffen und mit Steinen beworfen. Polizeihubschrauber wurden mit Leuchtkugeln und Feuerwerkskörpern beschossen und damit erheblich gefährdet. Außerdem wurde versucht, Angeschuldigte, gegen die wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt Haftbefehl erlassen war, zu befreien, wobei in erheblichem Umfang Sachbeschädigungen begangen wurden.

Der Minister bedauerte, daß offenbar auch die einheimische Bevölkerung über diese Umstände nicht oder nur unzureichend informiert ist. „Wir müssen verstärkt aufklären", meinte Hillermeier, „damit auch den Bürgern, die auf Einladungen zu volksfestartigen Zusammenkünften mit Spielchen für die Kinder eingehen, deutlich wird, welche Exzesse von einem Teil der Protestierer begangen werden. Ich glaube, daß eine Reihe von bedächtigen und vernünftigen Leuten, zu denen ich auch die Oberpfälzer zähle, bei umfassender Information sagen werden: Ich lasse mich nicht mißbrauchen."

Kritisch äußerte sich der Minister auch über das Verhalten des zuständigen Landrats Hans Schuierer (SPD) und warf ihm vor, er würde Platzbesetzer „animieren und ermuntern". Wegen des gegen Schuierer laufenden dienstaufsichtlichen Verfahrens wollte sich Hillermeier nicht detailliert äußern, meinte aber: „Es ist ein mehr als eigentümliches Verhalten des Landrates, das mit dem Auftrag und der Stellung eines solchen Beamten nicht mehr zu vereinbaren ist."

Energisch widersprach der Minister Behauptungen des Landrats, bei den Demonstranten handele es sich im wesentlichen um Einheimische: „Das stimmt nicht." Nach einer Liste über die Herkunft der bei der ersten Räumung eines Hüttendorfes am 16. Dezember vorläufig Festgenommenen ergibt sich folgendes Bild: Von den 833 Personen, die festgenommen oder in Gewahrsam genommen wurden, hatten lediglich 38 ihren Wohnsitz im Landkreis Schwandorf. Selbst aus dem Regierungsbezirk Oberpfalz kamen insgesamt nur 184 Personen, weitere 318 waren in den anderen sechs bayerischen Regierungsbezirken gemeldet. 331 aber kamen aus dem übrigen Bundesgebiet oder aus dem Ausland.

Freiberufler sehen sich benachteiligt

DW. Bonn

In Gesprächen mit den Spitzen der Parteien im Bundestag will der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) darauf dringen, daß Nachteile bei der Altersvorsorge und gegen Krankheit für die Selbständigen abgebaut werden. Der Präsident des Verbandes, Volrad Deneke, wies in Bonn vor Journalisten darauf hin, daß Selbständige für Versicherungen gegen Krankheit und für das Alter nur 3000 Mark im Jahr steuerlich geltend machen können.

Dagegen seien Beiträge der Arbeitgeber für die Vorsorge ihrer Arbeitnehmer in Höhe bis 10 880 Mark steuerfrei. Das mache eine Benachteiligung von fast 8000 Mark in diesem Jahr aus.

SPD: Mißbrauch durch Freibeträge

AP, Bonn

Die SPD will im Frühjahr durch eine Bundestagsinitiative erreichen, daß Arbeitgeber für geringfügige Beschäftigungen Sozial- und Krankenkassenbeiträge bezahlen müssen. Dies kündigte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Anke Fuchs, in Bonn an. Die Versicherungsfreiheit für Monatsverdienste von unter 410 Mark führe zu „sozialen Mißständen" und müsse abgeschafft werden. Durch die Freigrenze sei ein „besonderer Teilzeitarbeitsmarkt" mit 1,5 bis zwei Millionen Beschäftigten entstanden. Häufig würden Vollzeit-Beschäftigungen in Teilzeitbeschäftigungen aufgespalten. Ziel der SPD-Initiative sei es, den Mißbrauch der Freigrenzen zu verhindern.

Deutsche Kernkraft liegt an der Spitze

dpa, Bonn

Die drei deutschen Kernkraftwerke Grohnde, Unterweser und Grafenrheinfeld sind nach Angaben des Deutschen Atomforums „Weltmeister" der Stromerzeugung. Sie produzierten 1985 jeweils mehr Strom als jedes andere Kernkraftwerk der Welt. Danach erzeugte Grohnde 11,48 Milliarden Kilowattstunden, gefolgt vom Werk Unterweser mit 10,47 Milliarden und Grafenrheinfeld mit 10,26 Milliarden Kilowattstunden. Das Atomforum sprach von einem neuen Beweis für die Qualität der Mitarbeiter und die technische Zuverlässigkeit der Anlagen. Alle 19 Kernkraftwerke der Bundesrepublik Deutschland erzeugten 1985 mit 120 Milliarden Kilowattstunden ein Drittel des Stromes.

Radikale bedrängen Mubarak immer mehr

Nach dem „Selbstmord" des Polizisten, der 7 Israelis erschoß

PETER M. RANKE, Kairo

Schon zum zweiten Mal innerhalb von zwei Tagen brannten im Nil-Dorf Akjad alte Autoreifen. Die Polizei riegelte die Straßen ab, einige Demonstranten wurden festgenommen. Das Dorf glaubt nicht an den Selbstmord des Polizisten Soliman Khater (25). Er hatte am 5. Oktober sieben israelische Touristen auf dem Sinai erschossen und war deshalb Ende Dezember in einem geheimen Militärprozeß zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Die Familie des Polizisten verlangt eine Autopsie und behauptet, wegen der scharfen Bewachung sei ein Selbstmord unmöglich gewesen. Die Polizei hat die Leiche schon zum Begräbnis freigegeben, jetzt werden jedoch massive Unruhen während der Bestattung befürchtet. Denn orthodoxe Moslems und die Linksopposition werfen der Regierung und Präsident Mubarak vor, den Israelis nachgegeben und den Polizisten und Mörder „hingerichtet" zu haben.

Soliman Khater gehörte zu den Moslembrüdern oder zu einer geheimen Gruppe radikaler Moslems, die gegen Juden und Israelis aufgehetzt werden. Damit dies nicht bekannt werden sollte, wurde der Polizist vor ein Militärtribunal in Suez gestellt.

Politische Beobachter fürchten, daß der islamische Fundamentalismus in Ägypten nun einen Märtyrer erhält und seine Kampagnen gegen die Regierung verschärft. Schon 1985 hatten fanatische Religionsgelehrte mit einem Marsch zum Präsidentenpalais gedroht und die Einführung der islamischen Gesetzgebung (Sharia) gefordert.

Gegen Israel und die USA

Präsident Mubarak hatte damals nicht nachgegeben und Verhaftungen veranlaßt. Aber inzwischen ist die antiisraelische und antiamerikanische Stimmung noch stärker geworden. Die gesamte Opposition von der islamischen Rechten bis zur marxistischen Linken verlangt von Mubarak die Abkehr von den USA und die Kündigung des Friedens mit Israel statt neuer Vereinbarungen.

Kennzeichnend für die Lage ist auch die antiamerikanische Stellungnahme der Presse in der aktuellen Libyen-Krise. Chefredakteur Ibrahi Nafei versicherte im offiziösen „Al Ahram", Ägypten werde niemals Repressalien gegen Libyen zustimmen oder gegen Libyen marschieren. Dabei hatte gerade Washington auf Unterstützung von seinem „Bundesgenossen" Ägypten gehofft, doch drückt „Al Ahram" zweifellos die Meinung Mubaraks aus.

In dieser akuten Phase neuer ägyptischer Verstimmungen über die USA ist Botschafter Veliotes in Kairo zurückgetreten. Der Berufsdiplomat übernimmt in Amerika einen Manager-Job.

Aus diplomatischen Kreisen verlautet, Veliotes habe in Washington darauf gedrungen, die Ägypter härter anzufassen und ihnen auch einmal offen die Meinung über ihre widersprüchliche Haltung gegenüber der PLO, Libyen oder dem Terrorismus zu sagen anstatt ständig um Kairo zu werben, wie es der Kurs von Außenminister Shultz ist.

Nasseristen formieren sich

Mubarak, nur vorsichtig handelnd und alles andere als entscheidungsfreudig, steht in Ägypten allmählich zwischen allen Fronten. Er hütet sich, als Freund der Amerikaner oder als Verhandlungspartner der Israelis zu erscheinen, ohne jedoch die Opposition durch seine ambivalente Haltung beruhigen zu können. Auch gutwillige Kritiker sagen, Präsident Nasser habe Illusionen gehabt, Sadat Visionen, aber Mubarak gar nichts.

Die Opposition erhält Verstärkung durch die Mobilisierung der Nasser-Anhänger, die eine Partei bilden wollen und in dem bekannten Journalisten Heykal ihr Sprachrohr haben. Dieser einst engste Berater Nassers (1952–1970) wird wieder umworben, nicht zuletzt von Mubarak, der eine vereinte Front der Linken gegen sich verhindern will.

Eine Nasser-Partei würde wie die sozialistische Arbeiterpartei und die „Progressive Unionspartei" einen sozialistischen Kurs der Blockfreiheit steuern und den Frieden mit Israel bekämpfen. Sie würde den Panarabismus pflegen und Ägypten als Führungsmacht des arabischen Lagers mit guten Beziehungen zu Moskau zu etablieren suchen. Mit den fanatischen Moslems würden sich die Nasseristen arrangieren, ihre Sympathien für Khadhafi sind bekannt. (SAD)

Was er dem Bürger empfiehlt, erhebt sich Cossiga auch selbst zur Devise

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Als Francesco Cossiga vor einem halben Jahr als neugewählter Staatspräsident Italiens seinen Einzug in den römischen Quirinalspalast hielt, stand er nicht nur – wie jeder seiner Vorgänger – vor den schweren Aufgaben des obersten Repräsentanten einer krisenanfälligen Demokratie.

Er sah sich nach weitverbreiteter Ansicht mit einer kaum zu bewältigenden Herausforderung konfrontiert: Er mußte die Nachfolge Sandro Pertinis antreten, eines Präsidenten, der in den sieben Jahren seiner Amtszeit außergewöhnliche Maßstäbe gesetzt hatte. Daß der 57jährige Christdemokrat aus Sassari in Sardinien schon nach sechs Monaten den Schatten seines beliebten Vorgängers hinter sich lassen würde, hätten damals wohl nicht einmal seine besten Freunde zu prophezeien gewagt.

Cossiga hat nie versucht, im Rückblick auf Pertini nachzuahmen, was unnachahmbar ist. Er hat einen eigenen Stil entwickelt, eigene Akzente gesetzt und damit binnen kurzem auch ein eigenes Profil gewonnen.

Dem breiten Volk wurde das spätestens mit der ersten Silvesterbotschaft des neuen Präsidenten deutlich. Auf den Fernsehschirmen des Landes präsentierte sich ein Mann, der zwar vielleicht nicht die gleiche spontane Sympathie zu erwecken vermochte wie sein plaudernder, pfeiferauchender Vorgänger, der aber mit dem, was er sagte, zu überzeugen verstand.

Alles, was Cossiga im ersten halben Jahr seiner Amtszeit sagte und tat, machte deutlich, daß es ihm nicht darum geht, Beifall zu erheischen, sondern sein Amt unter peinlicher Beachtung der in der Verfassung festgelegten Prärogativen und Pflichten des Staatspräsidenten auszuüben.

Ein Populist auf dem Präsidentenstuhl ist er gewiß nicht. Er schreckt nicht davor zurück, den Repräsentanten der verschiedenen Verfassungsorgane – von der Regierung bis hin zum obersten Rat des Richterstandes – notfalls unangenehme Wahrheiten zu sagen.

Eine solche Wahrheit bekam auch das ganze Volk am Silvesterabend zu hören. Was den Menschen zum Menschen und den Staatsbürger zum Staatsbürger mache, so unterstrich der Präsident in seiner Fernsehrede, seien nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten. „Jeder von uns Bürgern muß seine menschlichen, bürgerlichen, religiösen und kulturellen Rechte, aber auch seine Pflichten haben – Pflichten gegen sich selbst und gegenüber der Gemeinschaft."

Solches Menschen zu sagen, die jahrzehntelang von Politikern, Gewerkschaftern, Soziologen und Literaten – oft in demagogischer Weise – ausschließlich aufgefordert worden waren, ihre Rechte durchzusetzen, erforderte sicherlich einigen Mut.

In anderen speziellen Fällen brachte Cossiga die Pflicht verantwortlicher Verfassungsorgane zur strikten Beachtung der Verfassung in Erinnerung. Selbst vor dem Risiko einer schweren Krise scheute er dabei nicht zurück.



Francesco Cossiga, Italiens Präsident seit einem halben Jahr
FOTO: WOLFGANG STECHE

Als Anfang Dezember der oberste Rat des Richterstandes, das in der Verfassung festgeschriebene Selbstverwaltungsorgan der Richter und Staatsanwälte, dessen Vorsitz dem Staatspräsidenten übertragen ist, eine öffentliche Kontroverse mit Ministerpräsident Craxi eröffnen wollte, legte der Präsident – selbst ein prominenter Verfassungsrechtler – sein entschiedenes Veto ein. Er verbot kurzerhand die Ratssitzung, auf deren Tagesordnung dieses Thema gesetzt worden war. Die Folge war der Protestrücktritt fast aller Richterratsmitglieder, den Cossiga aber ablehnte.

Das auslösende Element dieses spektakulären Streitfalles war die Kritik Craxis an den Richtern gewesen, von denen die linksterroristischen Mörder des Mailänder Journalisten Tobagi unter Berufung auf deren angebliche Reue zu außergewöhnlich milden Strafen verurteilt worden waren. Der oberste Rat des Richterstandes wollte gegen diese Richterschelte angehen. Cossiga stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß der Ministerpräsident – wie jeder andere Staatsbürger auch – das Recht zur Kritik habe und daß der oberste Richterrat laut Verfassung keine politische Funktion ausübe, sondern lediglich zuständig sei für die Amtseinteilung, Besoldung, Versetzung, Beförderung und disziplinarische Beurteilung der Richter.

In anderen Fällen wurden Regierung und Parlament von Cossiga in die Schranken ihrer Pflichten gewiesen. Der Präsident verweigerte seine Unterschrift unter ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz zur Entwicklung Süditaliens, weil von den darin vorgesehenen Ausgaben in Höhe von 175 Milliarden Mark 17,5 Millionen nicht gedeckt waren. Er verwies auf Artikel 81 der Verfassung, der vorschreibt, daß dieses Gesetz, das neue Ausgaben vorsieht, auch deren Dekkung aufzeigen muß.

Außerdem blockierte Cossiga den geplanten Erlaß von Gesetzesdekreten der Regierung über die Abwälzung von Soziallasten auf die Staatskasse und über die Verlängerung der provisorischen Regelung für das Privatfernsehen, dessen längst überfällige definitive Neuordnung allein auf Grund koalitionsinterner Meinungsverschiedenheiten immer wieder verschoben worden ist.

Als bequemer Präsident hat sich Francesco Cossiga mit alldem gewiß nicht eingeführt. Auf ganz andere Weise ist er mindestens ebenso unbequem wie sein Vorgänger Sandro Pertini mit seinen gefürchteten spontanen Ausfällen.

Aber in dem Maß, in dem er der Verfassung immer wieder rigoros Respekt verschafft, gewinnt er weithin an Ansehen als ein Präsident, der sich selbst das zur Devise gemacht hat, was er in seiner Silvesterbotschaft allen Staatsbürgern nahelegte: Die Wahrnehmung aller zustehenden Rechte bei gleichzeitiger Erfüllung aller obliegenden Pflichten.

Vom Frieden in Uganda kann keine Rede sein

Immer wieder Übergriffe / Wohin mit arbeitslosen Kämpfern?

DORIS GRAY, Nairobi

Das Blutvergießen will in Uganda zu keinem Ende kommen. Von der Diktatur Idi Amins kaum erholt, brechen unter Präsident Obote 1980 bürgerkriegsähnliche Zustände aus. Dem Umsturz im Sommer 1985 folgen dann Militärregierung und blutiger Buschkrieg der oppositionellen Nationalen Befreiungsarmee (NRA). Im vergangenen Dezember schließlich wurde ein vielgepriesener Friedensvertrag unterzeichnet. Der Friede läßt dennoch auf sich warten.

Die Situation Ugandas ist jedoch nicht neu in der Geschichte Afrikas. In Zimbabwe brach der blutige Bruderzwist nach offizieller Beendigung des Bürgerkriegs aus. Im Nachbarland Sambia, das den Befreiungskrieg in dem damaligen Rhodesien unterstützte, legten die Männer nach ihrem Sieg nicht etwa die Waffen nieder. Als Zivilisten raubten viele von ihnen Heime und Geschäfte aus, und bewaffnete Überfälle sind heute – fünf Jahre später – immer noch an der Tagesordnung.

Nirgendwo mehr als in der Dritten Welt gilt der Grundsatz, daß die Macht dem Stärkeren gehört, und stark ist, wer eine Waffe besitzt. Mit einem derartigen Weltverständnis ist kaum zu erwarten, daß die Kämpfer freiwillig auf ihre Gewehre verzichten.

Der Friedensvertrag, im vergangenen Dezember unter Vorsitz des kenianischen Präsidenten Daniel Arap Moi ausgehandelt, sieht vor, daß die ugandische Armee von 20 000 auf 8400 Mann reduziert werden soll.

Schwierige Integration

Aber wohin mit den Männern, die so plötzlich ihren Job verlieren? Meist ohne jegliche Ausbildung ist es für sie schwierig, sich in eine meist ländliche Gesellschaft zu integrieren, in der sich nur mit härtester Arbeit das tägliche Brot verdienen läßt.

So ist es denn auch wenig überraschend, von fortgesetzten bewaffneten Überfällen von Zivilisten im Landesinnern zu hören. Aber auch die Armee und die Guerrillas der NRA setzten sporadisch ihre Kämpfe fort.

Die Uniform ausziehen ist eine Sache, die Waffen niederlegen eine andere. Dies gilt es bei jenen jungen Menschen zu bedenken, die anstelle von Spielzeug und Büchern mit Gewehr und Sprengkörpern in der Hand aufwachsen. Wie sollen sie ihre Existenz meistern?

Auch hier drängt sich der Vergleich zu Zimbabwe auf, wo der Oppositionelle Joshua Nkomo Unterstützung für seinen Kampf gegen die Regierung vielfach von arbeitslosen ehemaligen Befreiungskämpfern bezieht.

Um zu vermeiden, daß Verletzungen des Friedensvertrages und die nach wie vor stattfindenden Gewalttaten der Armee nicht über die Grenzen Ugandas hinaus bekannt werden, hat der Militärrat jetzt eine Pressezensur erlassen.

Kenia soll helfen

Ein Journalist der BBC, Henry Gombya (32), hält sich seit Tagen versteckt, nachdem sein Haus in Kampala mehrmals von schwerbewaffneten Soldaten umstellt worden war. Gombya hatte über Unruhen in Kampala sowie über Schießereien in dem von der NRA besetzten Südwesten des Landes berichtet.

Der Militärrat hat Außenminister Wilson Toko und den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Generalleutnant Basilio Olara Okello, nach Kenia geschickt, um nochmals die Hilfe von Präsident Moi zu suchen.

Obwohl die Machthaber im Lande, im Falle von Uganda der Vorsitzende des Militärrates, General Tito Okello, und der Führer der Nationalen Befreiungsarmee, Joweri Museweni, einen Friedensvertrag unterzeichneten, so ist es von dort ein schier endlos langer Weg bis zur Durchsetzung eines solchen Abkommens an der Basis.

Solange die Verantwortlichen ihr – wohlbegründetes – Mißtrauen gegeneinander nicht abbauen und – wie derzeit der Fall – sich gegenseitig der Nichteinhaltung des Vertrages bezichtigen, ist es unvorstellbar, vom einfachen Soldaten oder Rebellen zu erwarten, daß er die Waffen niederlegen und sich somit der Gnade seines Gegners aussetzen soll.

In Uganda, das in mehr als 20 Jahren keinen wirklichen Frieden erlebt hat, wird es nach Einschätzung von Beobachtern Jahre dauern, bis Voraussetzungen für friedliche Verhältnisse geschaffen sind.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Jugend, in Watte gepackt

„Wir brauchen eine positive Kultur der Eigenleistung"; Geistige WELT vom 28. Dezember

In seiner ausgezeichneten Prognose für eine leistungsorientierte Jugend hat Professor Lenk zwei wesentliche Voraussetzungen übersehen. Sorge für positive Optionen und Chancen, für ein Klima von Hoffnung, Optimismus und das Wecken von Handlungsbereitschaft reichen nicht aus, um die junge, verunsicherte Generation zu befähigen, mit Herausforderungen und mit Schwierigkeiten fertig zu werden.

Eine Jugend, die von Geburt an in Watte gepackt, der jeder Wunsch umgehend erfüllt, die in Elternhaus wie Schule vor jedem Windzug und jedem Stolperstein, vor jeder Anstrengung und jedem sogenannten „Druck" verschont worden ist, die nicht gelernt hat, Unlustspannungen auszuhalten, wird weder ein Selbstwertgefühl, Sicherheit, noch Leistungsbereitschaft entwickeln.

Ein Muskel, der nie gebraucht, nie geübt wurde, eine Jugend, die nicht gefordert wurde, der im Gegenteil sorglich die Optionen und Chancen angeboten werden, wird deshalb noch keine Kräfte zur Bewältigung von Schwierigkeiten entfalten oder die erforderliche Verantwortung für Eigeninitiative und Eigenleistung.

Das Bewußtsein der Verantwortlichkeit entsteht nicht durch Appelle von außen, noch an die Ratio – sie erwächst nicht ohne tiefere Bindung, die erst die Fähigkeit gibt, sich selbst, das eigene Ich, den eigenen Nutzen, auf die „Sache" hin zu überschreiten, und damit die Möglichkeit der Sinnerfüllung.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Sigrid Hunke,
Bonn 1

Der Preis der Museen

„Museen: Höhere Eintrittsgelder, weniger Besucher"; WELT vom 2. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Plädoyer für unentgeltlichen Museumsbesuch mag in reichen Wohlfahrtsstaaten gelten, aber nicht in armen Kommunen und hochverschuldeten Bundesländern. Verantwortungsvolle Politiker stehen hier vor der Frage, ob sie bisher geführte Museen „privatisieren", also den wenigen Mäzenen übertragen wollen oder dafür mehr oder weniger kostendeckende Entgelte fordern sollen. Sonst geraten sie in Gewissenskonflikte vor denjenigen Bürgern, die aus diesem oder jenem Grunde auf staatliche Leistungen angewiesen sind, die ihnen aber unter dem Diktat leerer Kassen auch dort nicht erbracht werden können, wo es nach Meinung aller Politiker nötig wäre.

Offenbar nehmen Bürger aller Einkommensklassen die häufig erhöhten Eintrittspreise auch in Kauf: Von Flensburg bis Konstanz steigen – bei langfristigem Vergleich und bei Auslassung der Sonderausstellungen – die Besucherzahlen in einer Weise, die wir uns 1970 noch nicht einmal erträumten. Es ist erstaunlich, daß dies sogar trotz häufiger planmäßiger oder – besonders ärgerlich – unangekündigter Sperren einzelner Abteilungen wegen Personalmangels geschieht.

Diese Sperren oder Verfallserscheinungen werden durch kostendeckende Eintrittspreise ganz vermieden, durch „Kompromißentgelte" bei sinkenden Haushaltszuschüssen mindestens teilweise (Beispiele gibt es in amerikanischen Stiftungs-Museen). Erhöhte Haushaltszuschüsse – wie Sie sie fordern – kann aber kein Politiker verantworten.

Der gegenwärtig häufigste Preis von 2,50 Mark bis 4,00 Mark scheint Vor- und Nachteile gut auszugleichen, wobei wichtig ist, daß alle Museen Einzelpersonen und Familien verbilligte Jahreskarten anbieten.

Weil wir seit 16 Jahren Familien-Jahreskarten „unserer" Museen haben und im Urlaub jedes Kulturmuseum in Ruhe ansehen (auch als Nichtautofahrer mit langen Umwegen) weiß ich durchaus, wovon ich hier schreibe.

Mit freundlichen Grüßen
Albrecht Roscher,
Ellerbek

Wort des Tages

„Trösten ist eine Kunst des Herzens. Sie besteht oft nur darin, liebevoll zu schweigen und schweigend mitzuleiden."

Otto von Leixner, deutscher Autor (1847–1907)

Nötiges Gesetz

„Gesetzentwurf: Hohe Strafen für ‚Sprayer'"; WELT vom 2. Januar

Endlich will unsere Regierung gegen die Wand-Beschmutzer aktiv werden.

Wird ein Gesetz helfen?

Es hat sich leider geradezu als Krebsschaden unseres Staates herausgestellt, daß immer wieder Gesetze – zum Wohle der Bürger – erlassen werden, die dann doch nicht exakt überwacht werden.

Damit einem solchen Gesetz, Bauwerke vor Spray-Umweltverschmutzern zu bewahren, Erfolg beschieden ist, wird es ganz besonders darauf ankommen, daß die Schandtaten entschlossen verfolgt, die Täter vor Gericht gestellt und die Bestrafung unübersehbar publiziert wird.

Mit freundlichen Grüßen
Bürgerpartei,
Hamburg 76

Deutsche

„Als Fremdsprache macht deutsch wieder Boden gut"; WELT vom 27. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Artikel spricht der Autor von der deutschstämmigen Minderheit in Polen.

Die „Deutschstämmigen" in den deutschen Ostgebieten sind Deutsche. Sie sind zum Teil – vor 1945 – in Deutschland geboren, von deutschen Eltern, also Deutsche. Sind sie später von deutschen Eltern geboren, sind sie auch Deutsche, denn die deutschen Ostprovinzen stehen nur unter polnischer Verwaltung, bis zu einem endgültigen Friedensvertrag.

Diese Menschen, die aus den verschiedensten Gründen zu Hause geblieben sind, haben ein hartes Los auf sich genommen und wir sollten ihnen dankbar sein, daß sie ihr Deutschtum in den deutschen Ostgebieten vertreten.

v. Lettow,
Westenholz

Rabulistik

„Türke Opfer brutaler Gewalt"; WELT vom 27. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenig glaubwürdig klingt Bürgermeister Dohnanyis Behauptung, die Täter am Tod des Türken in Hamburg würden strafrechtlich verfolgt. Noch weniger glaubwürdig sein Appell, im Umgang miteinander Toleranz und Achtung zu zeigen.

Als vor Jahren linke Krawallinskis in Hamburg viele Menschen verletzten und für Millionenschäden sorgten, geschah auch nichts. Weil es Linke waren? Es ist wie in Weimar: Der linke Mob schaukelt mit seinen Gewalttaten den rechten Mob hoch. Wer hat also in Hamburg versagt?

Ist es nicht so, daß gerade in SPD-regierten Ländern und Städten Gewalttätigkeit wächst, vielleicht als Echo auf die rabulistische und oftmals vollmundige Regierungstätigkeit der SPD? Sind nicht gerade Intoleranz und Einseitigkeit das besondere Merkmal der SPD in Hamburg und nicht nur in den Medien? Es wird Zeit, daß etwas geschieht in Hamburg.

Mit freundlichem Gruß
W. Tschirch,
Hamburg 60

Binsenweisheit

„Spinne ich ..."; WELT vom 2. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Spinne ich – oder wo bin ich eigentlich?" ist Arbeitsminister Blüms rhetorische Frage, die er in seinem Sinne ja auch temperamentvoll selbst beantwortet. Ärger ist immer ein schlechter Ratgeber, und die Binsenweisheit „Oh Herr, gib mir bitte soviel Verstand, erst Klarheit im Denken zu gewinnen, bevor ich die Klappe aufmache" konnte da wohl auch kaum Pate gestanden haben.

Wenn Norbert Blüm seiner eigenen Gewerkschaft, der IG Metall, „Verbalradikalismus" und die (angebliche) Verlegenheit vorwirft, auf neue Fragen nur alte Antworten zu haben, so wird dies die IG Metall mit ihrem Mitglied Blüm schon selbst ausmachen.

Wenn er als Bundesarbeitsminister allerdings schreibt, der Sozialstaat dürfe nicht zur Beute von Gruppeninteressen werden, denn dies sei seine wirkliche Gefährdung, dann führt er sich und seine Parteifreunde, die sich von der kleinen FDP erpressen lassen, selbst ad absurdum: Er – Blüm – will dieser kleinen Gruppe FDP aus Koalitionsräson zugestehen („Beute der Gruppeninteressen"), was er der IG Metall und damit letzten Endes allen Arbeitnehmern in unserem Land aus der Hand schlagen will.

Die Frage „Spinne ich ..." Norbert Blüms wird damit einmal mehr zu seiner persönlichen Tragik und immer mehr zum Beweis mangelnder Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen. Dies wird durch zunehmende Aufklärung der Mitglieder der Gewerkschaften und der arbeitenden Bevölkerung, gleichgültig wie sie im einzelnen parteipolitisch stehen oder sympathisieren, jetzt Woche für Woche klarer werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Langendorf,
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands,
Frankfurt

Personalien

KIRCHE

Neuer Leiter der Begegnungsstätte der Evangelischen Kirche, dem Niels-Steensen-Haus, in Lilienthal, Kreis Osterholz, ist der Theologe Dr. **Stefan Scheld** (35). Er tritt die Nachfolge von **Eugen Kohlenbach** an, der bisher die Leitung der Erwachsenenbildungsstätte der Diözese Hildesheim inne hatte. Stefan Scheld studierte in Salzburg, Würzburg und Mainz Theologie und Philosophie, promovierte 1979, war dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Projekt der Deutschen Forschungsgesellschaft über die Hermeneuthik Calvins tätig und habilitierte sich im Dezember 1985 an der Theologischen Fakultät der Universität Würzburg. Kohlenbach, Landtagsabgeordneter der CDU in Niedersachsen, will sich künftig ausschließlich seiner politischen Arbeit widmen.

*

Die in München lebende Schriftstellerin **Marie-Lusie Thurmair-Mumelter** wird am 11. und am 18. Januar im deutschsprachigen Programm von Radio Vatikan geistliche Betrachtungen zum Sonntag sprechen. Weitere Sonntagsbetrachtungen in diesem Jahr übernehmen die Benediktinerin **Corona Bamberg**, die Philosophie-Dozentin **Hanna-Barbara Gerl** und die Karmeliterin **Waltraud Herbstrith** sowie die im Exil lebende sowjetische Bürgerrechtlerin **Tatjana Goritschewa**.

GEBURTSTAG

Der Jugendschriftsteller und frühere Chefredakteur der „Celleschen Zeitung", **Werner Mühe**, feiert heute in Bad Dürrheim seinen 80. Geburtstag. Seine publizistische Laufbahn begann er 1929 bei dem Diepner Verlag für Fachzeitungen in Leipzig. 1934 wechselte er zum Deutschen Nachrichtenbüro in Berlin über. Das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB) war im Dezember 1933 durch Zusammenlegung der Continental Telegraphen Compagnie, Wolffs Telegraphenbüro und der Telegraphen Union gegründet worden. Bei der DNB war Mühe elf Jahre Chef vom Dienst. Danach war er beim Deutschen Pressedienst, einem der Vorläufer von dpa, tätig. Von 1950 an war er 20 Jahre lang Chefredakteur der „Celleschen Zeitung".

ERNENNUNG

Der bisherige stellvertretende Direktor des Altonaer Museums in Hamburg (Norddeutsches Landesmuseum), **Thomas Werner**, ist zum Direktor des neuen Bundespostmuseums in Frankfurt am Main ernannt worden. Werner, der als Historiker unter anderem auch in London studierte, hat zuletzt die Museen der Stadt Coventry geleitet und hier das „Museum of British Road Transport" eingerichtet. Das am Frankfurter Schaumannkai gelegene Museum wurde in der Nachfolge des ehemaligen Reichspostmuseums in Berlin 1958 eröffnet und seither ständig ausgebaut. Die in verschiedenen Frankfurter Hallen aus Platzmangel untergebrachten Sammlungen sollen bald in einem Neubau untergebracht werden, für den der Stuttgarter Architekt Professor **Günther Behnisch** unter Einbeziehung des Altbaus den Entwurf erstellte. Das Reichspostmuseum in Berlin hatte seinen Ursprung in der vom damaligen Reichspostmeister **Heinrich von Stephan** gegründeten „Plan- und Modellkammer" von 1872, dem ersten Postmuseum der Welt, das 1929 auch das größte der Welt wurde. Die weitgehend gerettete Postwertzeichensammlung der Post befindet sich in Bonn, wo in einem Flügel des Postministeriums gelegentlich Ausstellungen veranstaltet werden.

AUSZEICHNUNG

Beim internationalen Andrés-Segovia-Gitarrenwettbewerb ist **Wulfin Lieske** aus der Bundesrepublik Deutschland am Montag im spanischen Ort Herradura in Granada der zweite Preis zuerkannt worden. Er erhielt rund 6000 Mark. Der erste Preis des Wettbewerbs ging an den Uruguayer **José Fernandez Bardesio** (12 500 Mark) und der dritte Preis (3000 Mark) ging an **Esther Guzman Blanco** aus Sevilla.

UNIVERSITÄT

Dr. **Gisbert Wüstholz**, Privatdozent für Theoretische Mathematik am Max-Planck-Institut für Mathematik in Bonn, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Theoretische Mathematik an die Gesamthochschule-Universität Wuppertal erhalten und angenommen. Er tritt die Nachfolge von Professor **Gerd Faltings** an. Professor Wüstholz wird seinen Lehrverpflichtungen in Bonn weiter nachkommen.

*

Neuer Direktor des Deutschen Wollforschungs-Instituts an der Technischen Hochschule Aachen wird Professor **Hartwig Höcker**. Er löst Professor **Helmut Zahn** ab, der das Institut seit der Gründung im Jahre 1952 leitete und ihm auch weiter als Berater dienen wird. Zu den historischen Glanzleistungen des Instituts gehört die Entwicklung des synthetischen Insulins auf der Grundlage der von Professor Sänger entdeckten Strukturformel. Professor Höcker leitete bisher das Hochschulinstitut für Makromolekulare Chemie in Bayreuth. Der Chemiker, der bisher mit synthetischen Polymeren befaßt war, wendet sich nach eigenen Worten nun auch den Bio-Polymeren zu.

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. **Wiegand Pabsch**, bisher stellvertretender Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, hat am 1. Januar die Unterabteilung „Forschung, Technologie und Umweltschutz", die der Wirtschaftsabteilung zugeordnet ist, übernommen. Die Abteilung wurde ganz neu gebildet. Zu ihr gehören vier Referate, „Internationale Zusammenarbeit", „Kernenergie und Weltraumforschung", „Kommunikation und Information" und „Umweltpolitik". Wiegand Pabsch, Jahrgang 1932, ging 1961 in den Auswärtigen Dienst. Der Jurist hatte bereits in früheren Jahren das Kernenergie-Referat geleitet, war bei der NATO, war Referatsleiter für Außenhandelsförderung in der Wirtschaftsabteilung gewesen und arbeitete als Gesandter an der deutschen Botschaft in Washington.

DOKUMENTATION

Wolfgang Leonhard, politischer Schriftsteller und Ostexperte, wird eine demnächst in der Herderbücherei erscheinende Dokumentationsserie „Europäische Zeit-Zeugen" herausgeben. Die Reihe solle „im Spiegel authentischer Autobiographien" Einblick verschaffen in die „weithin verschlossene Welt des internationalen Kommunismus". Der im April erscheinende Eröffnungsband „Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes" ist von Wolfgang Leonhard.

STIPENDIUM

Das Wilhelm-Lehmbruck-Stipendium der Stadt Duisburg wurde jetzt zum fünften Mal an drei junge Künstler vergeben. Die Entscheidung der international besetzten Jury unter den über 200 Bewerbungen fiel auf den Berliner Bildhauer **Jochen Fischer** und die Bildhauerin **Heike Pallanca** aus Düsseldorf und **Valeria Sass** aus Budapest. Die Stipendiaten erhalten zwei Jahre lang ein Atelier im historischen Dreigiebelhaus, dem ältesten Wohnhaus Duisburgs, sowie einen Unterhaltszuschuß und können nach Abschluß der Förderzeit an einer Gemeinschaftsausstellung im Wilhelm-Lehmbruck-Museum teilnehmen.

TURNERBUND

Rücktritte aus Protest gegen Ursula Hinz

dpa, **Hamburg**

Der Ärger im Lager der deutschen Turnerinnen nimmt kein Ende – die Serie von Rücktritten unter der Führung von Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz reißt nicht ab. 1984 traten die Medaillen-Kandidatin Yvonne Haug, der Trainerratsvorsitzende Erich Biendl und die Bundeskampfrichterwartin Berta Senger nach Krach mit der Berlinerin zurück, 1985 u. a. die Deutschen Meisterinnen Brigitta Lehmann und Elke Heine. Nun warfen mit Thomas Wentz (Hinz-Stellvertreter und Trainerratsvorsitzender) und Andrea Bieger (Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit) gleich zwei Mitarbeiter im Bundesfachausschuß das Handtuch.

„Uschi Hinz braucht Leute um sich, die nur ja sagen. Wer das nicht tut, fällt in Ungnade", beleuchtet Bundessportwart Hans-Jürgen Zacharias die Situation. „Es ist bedauerlich, daß in Frankfurt keine Ruhe eintritt", meint der ehemalige Hinz-Fürsprecher Erich Biendl. Dabei lobt er den enormen Arbeitseinsatz der Berlinerin, kritisiert aber die oft barsche Art und Weise, mit der die 53jährige anderen ihre Meinung aufdrängt.

Wentz sagt es noch deutlicher: „Es gibt nur zwei Meinungen in diesem Team: Uschis Meinung – und die falsche." Dabei hatte die Bundesfachwartin, die sich im September 1984 erstmals einer breiten Front gegenübersah, bei ihrer Wiederwahl im Oktober 1984 Besserung gelobt. „Was sich geändert hat seither? Nichts, rein gar nichts", findet Wentz. In seiner Tätigkeit im Ausschuß störten ihn immer wieder fehlende Informationen und die Hinz-Alleingänge. Wentz: „Vorsichtige Kritik, sogar leichte Einwände sieht Frau Hinz immer als persönlichen Angriff."

Seine ehemalige Turnerin, die elfmalige Deutsche Meisterin Andrea Bieger (Kiel): „Ich hätte dem DTB gern meine große Erfahrung zurückgezahlt. Aber wenn alles vorgeschrieben wird, dann nicht mit mir." Ursula Hinz: „Die Rücktritte von Wentz und Bieger waren programmiert. Es gab zum Schluß einfach keine Basis mehr zur Zusammenarbeit."

Zwar wollte im November eine neue Anti-Hinz-Gruppe die Berlinerin ablösen, aber auch der zweite Versuch scheiterte kläglich.

BILLARD / Profi-Verband gegründet – Bald Weltcup im Dreiband-Spiel

Traum der europäischen Stars: So viel verdienen wie „Minnesota Fats"

KLAUS BLUME, **Bonn**

„Ich habe in meinem Leben bisher 3874 Medaillen gewonnen, und das ist so ungefähr alles, was mir bleibt. Wenn ich daran denke, bekomme ich Hunger. Denn leben kann ich vom Billardspiel nicht." Das sagt Raymond Ceulemans (47) aus dem flämischen Mechelen, und Mijnher Ceulemans gilt immerhin als bester Billardspieler aller Zeiten: 31 Mal war er Weltmeister, 56 Mal europäischer Champion und überdies 131 Mal nationaler Titelträger.

218 Pokale stehen deshalb in seinem Billard-Café, und er möchte sie alle zu Geld machen: „Kennen Sie in Deutschland nicht jemanden, der den ganzen Tinnef kaufen will?"

Nur einmal im Leben mit dem kunstvollen Spiel über drei Banden die Familie und sich selber ernähren können, so wie „Minnesota Fats", der unübertroffene Pool-Billard-Spieler aus den USA. Oder wie „Machine Gun Lou Butera", der in Nordamerika 150 Billardkugeln in 21 Minuten von der Platte putzen kann, für ein stattliches Honorar, versteht sich. Oder zumindest wie Paul Gerni, der „World-Trickshow-Champion", der im Smoking auftritt und 14 Kugeln mit einem einzigen Stoß versenkt. Davon träumt Ceulemans.

Oder auch von den Einnahmen eines Dennis Taylor. Als der Nordire im letzten Frühjahr vor 18,5 Millionen Fernseh-Zuschauern Weltmeister in der englischen Billard-Abart „Snooker" wurde, honorierte ihm das eine Brauerei mit umgerechnet 3,5 Millionen Mark für einen Dreijahresvertrag.

Angesichts solcher Möglichkeiten und eingedenk des eigenen Trainings-Aufwandes von täglich sechs Stunden Arbeit mit dem Spielstock (Queue) sei er es gründlich leid, als Hungerkünstler durchs Leben zu gehen, klagt der Berliner Dieter Müller. Und der ist immerhin Deutschlands Billard-Star Nummer eins. Das dachte sich auch der Saarländer Werner Beyer, seit 30 Jahren Billardspieler aus Passion und Kaufmann aus Profession. Beyer, erster Vorsitzender des in der zweiten Billard-Bundesliga agierenden BC 21 Elversberg, schuf deshalb über seine Genfer Firma Delsa die geschäftsmäßigen Grundlagen für die nunmehr in Bad Säckingen gegründete Profi-Vereinigung „Billard Worldcup Association" (WBA).

„Über Sponsoren-Verträge und über das Fernsehen wollen wir dafür die notwendigen Gelder hereinbekommen", sagte Beyer zur WELT. Das soll fürs erste ein Preisgeld von insgesamt einer Million Mark sein, auszuschütten an zehn Lizenzspieler auf fünf Turnieren vom 3. April bis zum 25. Mai. Beyer: „Für den jeweils Zehnten gibt es ein Mindestpreisgeld von 5000 Mark." Zu verdienen ist das alles in Paris, irgendwo in Südamerika, wahrscheinlich in Holland, auf alle Fälle in Las Vegas und beim Weltcup-Finale Ende Mai in Tokio. Reisekosten und Spesen gehen zu Lasten der Veranstalter.

„Billard ist ein so schöner Fernsehsport, viel schöner als Tennis, wo der Ball so schnell gespielt wird, daß man ihn mit dem bloßen Auge nicht sehen kann. Hoffentlich klappt es deshalb für uns Billardspieler", sagt Raymond Ceulemans. Und sein Kollege Dieter Müller hofft: „Wenn es dann, wie im Tennis, eine Computer-Weltrangliste und auch noch eine Grand-Prix-Rangliste gibt, könnten die Profis so etwas wie das Oberhaus des internationalen Billardsports bilden. Für jeden ehrgeizigen Spieler wäre es dann erstrebenswert, in dieses Oberhaus aufzusteigen."

Wobei im Profi-Oberhaus nur das Dreiband-Spiel gepflegt werden soll, „weil es im Grunde alles beinhaltet, was Billard eben ist" (Müller). Das Dreiband-Spiel soll im Profi-Weltcup, entgegen der sonst üblichen Praxis, kurzweilig in jeweils fünf Sätzen (Satz-Gewinn bei 15 Punkten) gespielt werden und im K.-o.-System.

Kürzlich haben die Spieler dafür in Kopenhagen bereits die Probe aufs Exempel gemacht, und siehe da, keines der großen Asse, weder Raymond Ceulemans noch der schwedische Europameister Torbjörn Blomdahl, setzte sich durch. Es siegte der Däne Liberkind. Weltcup-Initiator Werner Beyer: „Es war eine ganz andere Art, Billard zu spielen: weitaus taktischer und unter viel größerer Berücksichtigung des Verteidigungsmomentes als es sonst üblich ist."

Billard-Worldcup mit einer Million Mark an Preisgeldern, vielleicht auch weniger. Der Anfang sei schließlich bescheiden, sagt Beyer. „Aber als es vor sieben, acht Jahren in England mit Snooker, einer Art Pool-Billard, losging, hat auch niemand ahnen können, was sich daraus entwickelt." Inzwischen fasziniert Snooker die Engländer weit mehr als Fußball und Pferderennen, Tennis und Cricket. Das BBC-Fernsehen schloß 1982 mit den Veranstaltern einen Fünfjahresvertrag ab und zahlte für die Übertragungsrechte umgerechnet 1,85 Millionen Mark. Die jährlichen Preisgelder kletterten auf über zwei Millionen Mark. Sponsoren – von japanischen Orgel-Herstellern über Tabak- und Alkoholfirmen bis hin zu sowjetischen Autoproduzenten (!) – ermöglichen die hohen Preisgelder.

Und die hohen Einschaltquoten in England entstanden wohl hauptsächlich deshalb, weil – so Untersuchungen – Snooker neben Eiskunstlauf die einzige Sportart ist, die auch Frauen regelrecht fasziniert. Für die jüngeren Zuschauerinnen sind die Snooker-Stars so etwas wie die Pin-up-Boys der achtziger Jahre, während die reiferen Damen sich beim Anblick dieser Stars in den engen Hosen und den kühn geschnittenen Westen wohl an die Vortänzer aus den Jugendtagen erinnern. Polierte Lackschuhe und immer mit Krawatte – Billardspieler können schließlich so überaus kultiviert wirken.

„Es ist eben eine Sportart mit hohem Unterhaltungswert, es ist Billard-Zirkus im besten Sinne dieses Wortes", sagt Beyer und denkt dabei an die Möglichkeiten seiner Dreiband-Spieler. Wobei aber der World-Cup schon deshalb gegenüber den englischen Snooker-Turnieren im Nachteil sein wird, weil auch dort gespielt werden soll, wo Dreiband-Billard bisher als überaus exotisch gilt, zum Beispiel in den USA. Der Berliner Billard-Profi Dieter Müller: „Die amerikanische Billard-Historie, das ist doch das Pool-Spiel. Gegenüber den anderen Spielweisen verhält man sich eher abwartend." So hofft denn Müller ebenso wie Beyer darauf, daß die europäische Art, Billard zu spielen, die Amerikaner über kurz oder lang ebenso faszinieren wird wie zum Beispiel die europäische Art zu kochen. Müller: „Da liegt unsere Hoffnung, denn Amerika ist schließlich das gelobte Land des Fernsehens. Und wenn wir da erst mal drin sind, haben wir es geschafft."

SPORT-NACHRICHTEN

Keine Rekorde

La Paz (dpa) – Wegen einer Erkältung hat der deutsche Rad-Profi Gregor Braun auf Empfehlung der Ärzte seine Weltrekordversuche in La Paz (Bolivien) verschieben müssen. Braun hat vorgestern lediglich ein zweistündiges hartes Training absolviert.

Liverpool gegen Turin

Liverpool (sid) – Erstmals seit der Tragödie im Brüsseler Heysel-Stadion, bei der im letzten Mai 39 Menschen den Tod fanden, treffen beim Fußball-Osterturnier in Turin wieder Juventus Turin und der FC Liverpool aufeinander.

Europa besiegt China

Rom (sid) – Europas Tischtennisspieler besiegten in Rom im ersten Erdteilkampf China. Beim 2:2 der Herren entschied ein 16:13-Vorteil in den Sätzen zugunsten der Europäer. Die Damen siegten mit der Reutlingerin Olga Nemes 2:1.

Gladbach Zweiter

Paris (sid) – Hinter dem FC Santos (Brasilien) belegte Borussia Mönchengladbach den zweiten Platz beim Hallenfußball-Turnier in Paris. Gegen Santos hatte Mönchengladbach 0:1 verloren.

Keser nach Dortmund

Dortmund (sid) – Für eine Ablösesumme von 350 000 Mark kehrt der türkische Fußball-Nationalspieler Erdal Keser in der nächsten Saison von Galatasaray Istanbul zum Bundesligaklub Borussia Dortmund zurück. Dortmund hatte 1984 bei Kesers Wechsel in die Türkei 650 000 Mark erhalten.

Kortschnoi verlor

Wien (dpa) – Viktor Kortschnoi (Schweiz) verlor beim internationalen Schach-Turnier von Wien überraschend gegen den Amerikaner Mednis. Ex-Weltmeister Anatoli Karpow (UdSSR) bezwang Stefan Kindermann aus München.

ZAHLEN

TENNIS

Einladungsturnier in Atlanta: Jarryd – Edberg (beide Schweden) 3:6, 6:3, 7:6, Lendl (CSSR) – Gomez (Ekuador) 7:6, 6:1. – Damen-Turnier in Washington, 1. Runde: Kohde (Deutschland) – Maleeva (Bulgarien) 6:3, 6:1, Bunge (Deutschland) – Burgin (USA) 6:7, 6:1, 6:2, Shriver (USA) – Hanika (Deutschland) 6:1, 6:2. – Deutsche Hallenmeisterschaften, 1. Runde, Herren: Gehring (Amberg) – Jungnitsch (Karlsruhe) 7:6, 3:6, 6:1, Osterthun (Amberg) – Steeb (Stuttgart) 6:4, 6:0, Popp (Neuss) – Leppen (Bochum) 6:1, 6:4. – Damen, 2. Runde: Graf (Berlin) – Kluth (Lennep) 6:0, 6:0, Cueto (Stuttgart) – Elter (Essen) 6:1, 6:2, Müller (Leverkusen) – Keppeler (München) 7:5, 6:3, Thoms (Flensburg) – Schönig (Krefeld) 3:6, 6:2, 6:3.

FUSSBALL

Turnier auf Gran Canaria: Bayer Leverkusen – IFK Göteborg 2:3. – Freundschaftsspiele: Maccabi Natanya (Israel) – 1. FC Köln 1:2, Eintracht Frankfurt – FC Solingen 5:1, TATA Jamshedpur (Indien) – VfL Bochum 2:3.

GEWINNQUOTEN

Toto, 6 aus 45: 1: 2 129 650,50 Mark, 2: 7361,80, 3: 2953,70, 4: 52,40, 5: 6,00. (ohne Gewähr)

PARIS–DAKAR

Die Spitzenreiter fielen in den Bergen zurück

dpa, **Tamanrasset**

Eine Woche nach dem Start der Wüstenrallye Paris–Dakar hat zum erstenmal die Führung in der Automobil- und Motorrad-Wertung gewechselt. Auf der 390 km langen Sonderprüfung über die bis zu 2760 Meter hohen Pässe des Assekrem-Gebirges mit Start und Ziel in Tamanrasset (Algerien) wurde die Gesamtwertung kräftig durcheinandergerüttelt.

Die bis dahin führenden französischen Vorjahressieger Zaniroli/Da Silva verloren mehrere Stunden durch einen Getriebeschaden an ihrem Mitsubishi Pajero. Mit 26 Minuten Vorsprung liegen nun Gabreau/Pipat (Frankreich) vor ihren Landsleuten Metge/Lemoyne (Porsche 959) an der Spitze. Auch der zweite Werksporsche mit Jacky Ickx und dem Chanson-Sänger Pierre Brasseur liegt mit eineinhalb Stunden Rückstand auf Platz sieben noch gut im Rennen.

In der Motorrad-Wertung wurden alle Siegesträume des überraschend führenden Belgiers Guy Huynen (Yamaha) beendet. Nach einem Motorschaden konnte er nur im Schritttempo weiterfahren. Jetzt führt der Italiener Andrea Balestieri (Honda) vor den beiden Franzosen Serge Bacou (Yamaha) und Cyril Neveu (Honda). Reifenpannen und Benzinmangel kosteten den beiden BMW-Fahrern Eddy Hau (München) und Gaston Rahier (Belgien) über 50 Minuten. Sie liegen auf Platz zehn und elf, haben aber bei einem Rückstand von rund 1:10 Stunden noch gute Chancen.

STAND ● PUNKT / *Worte mit langem Bart*

Das Sperrfeuer kam pünktlich, der Termin stand ja schon lange im Kalender: 8. Januar, Lausanne, Beginn der zweiten Gesprächsrunde zwischen dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und Vertretern aus Nord- und Südkorea, Thema Sommerspiele 1988 in Seoul. Für Moskau ist das eine Pflichtübung, da muß irgendwer den Mund aufmachen und Begleitmusik trällern. Diesmal traf es Michail Kapiza, Vizeaußenminister.

Auf einer Pressekonferenz wiederholte Kapiza Worte von der Art alter Geschichten, denen der gelangweilte Zuhörer nachsagt, sie hätten einen langen Bart. Also: Die Sowjetunion sei weiter dagegen, daß Olympia in Seoul gefeiert wird. Das sei ihr so unbenommen wie dem IOC das Recht, die Spiele an eine Stadt seiner Wahl zu vergeben. Der Protest gegen die „offenkundig zynische Entscheidung" (so reden die Weltmeister des Zynismus) ist zur politischen Routine erstarrt. Spätestens seit den glanzvollen Tagen von Los Angeles steht fest, daß der verliert, der sich ausschließt.

In Lausanne wird weiter darüber verhandelt, ob und wie Nordkorea teilhaben könnte am sportlichen Fest. Das ist bemerkenswerter als Moskaus Phrasen-Litanei. Um so mehr, weil die Gespräche unter der olympischen Flagge in aller Stille geführt werden. Zwar ohne gemeinsames Gruppenbild der Delegationen, aber auch ohne Propaganda-Trommelei. Da scheinen ernsthafte Menschen auf der Suche nach gemeinsamen Wegen. Der Herr Vizeaußenminister hätte sich seine Pflichtübung sparen können. que

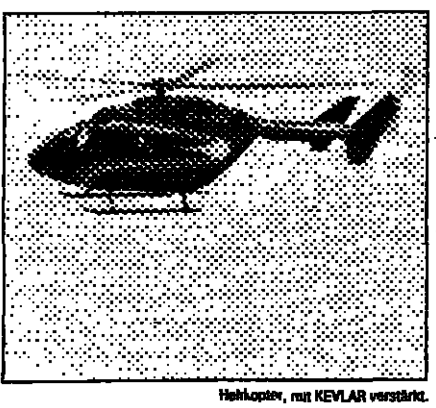
هكذا من الأهل

Zur wirksamen Schlankheitskur für Flugzeuge gehört Kevlar*. Beim Airbus hat sie schon gewirkt.

Je mehr ein Flugzeug wiegt, um so mehr Treibstoff verbraucht es. Jede Gewichtseinsparung macht sich also bezahlt. Darum wurde KEVLAR beim Airbus A 310 in Kombination mit anderen Verbundwerkstoffen eingesetzt. Unter anderem bei der Triebwerksträgerverkleidung, an den Seitenflossen und am Seitenruder. Über das Ergebnis freut sich nicht zuletzt auch die Lufthansa. Denn sie spart bei jeder Maschine dieses Typs rund 100.000 DM Treibstoffkosten im Jahr.

Kevlar macht Flugzeuge sicherer, stabiler und schöner.

Was man mit KEVLAR an Gewicht einspart, geht nicht auf Kosten der Sicherheit. Ganz im Gegenteil. Denn KEVLAR ist trotz seiner Leichtigkeit extrem stabil und robust und erhöht sogar noch die Festigkeit. Dadurch bietet es Konstrukteuren und Designern völlig neue Möglichkeiten in Technik und Formgebung.



Helikopter, mit KEVLAR verstärkt.

Doch das ist nicht alles. KEVLAR läßt sich auch mit anderen Verstärkungsfasern kombinieren. Zum Beispiel mit Kohlefasern. Die unterschiedlichen Eigenschaften von KEVLAR und Kohlefasern ergänzen und optimieren sich gegenseitig. Die Vorteile dieser Kombination werden unter anderem auch von MBB bei der Fertigung von Hubschraubern (Typ BO 105 und BK 117) genutzt.

Kevlar ist eine außergewöhnlich starke und vielseitige Faser.

Keine andere Faser-Art bietet eine solche Kombination von Eigenschaften: KEVLAR ist extrem leicht und zugleich extrem stabil. Bei gleichem Gewicht hat es die fünffache Festigkeit von normalem Stahl. Durch seine Flexibilität ist es mühelos formbar, aber kaum dehnbar. KEVLAR ist auch korrosionsfrei, nicht magnetisch und leitet keine Elektrizität. Temperaturen spielen dabei kaum eine Rolle. Denn KEVLAR verkraftet −40°C genauso problemlos wie +130°C. Außerdem ist KEVLAR hitzebeständig, selbstverlöschend und verkohlt erst bei Temperaturen über 425°C.

KEVLAR gibt es in Form von Fäden und Fasern, aus denen die jeweiligen Produkte entwickelt werden.



Kevlar macht Autos leichter, zuverlässiger und umweltfreundlicher.

Die Karosserie-Außenteile des Audi Sport Quattro und des Audi Quattro Rallye sind aus KEVLAR. Dadurch wurden beim Audi Sport Quattro ca. 65 kg Gewicht eingespart. Und die Rallye-Version ist sogar ca. zwei Zentner leichter als eine „Ganzstahlkarosserie“.

Doch auch in anderen Bereichen fährt man mit KEVLAR besser. So sind beispielsweise die Hochgeschwindigkeits-Reifen führender Hersteller wie Pirelli, Kléber und Dunlop mit KEVLAR verstärkt. Bei Kupplungsscheiben, Zylinderkopfdichtungen und Kühlwasserschläuchen sorgt KEVLAR für mehr pannenfreie Kilometer. Und außer Audi verwenden auch Daimler-Benz, Porsche und andere Automobil-Hersteller teilweise schon Bremsbeläge, die KEVLAR statt Asbest enthalten.

Kevlar kann lebensrettend sein.

Kugelsichere Weste aus KEVLAR.

Das geringe Gewicht, hohe Festigkeit und Flexibilität machen KEVLAR auch für Schutzkleidung bestens geeignet. Zum Beispiel für Sturzhelme, Rennanzüge und Arbeitshandschuhe. Und nicht zuletzt auch für Polizei-Kugelschutzwesten. Denn schon eine 1 kg leichte Weste aus KEVLAR kann eine Kugel aus einer 0.38 Special stoppen.

Kevlar ist auch etwas für lange Leitungen.

Ein Kabel für lange Leitungen muß stabiler sein als andere. Das ist die Voraussetzung dafür, daß man mit weniger Stützpfeilern auskommt – und dadurch enorme Kosten spart. KEVLAR ist aber nicht nur stabiler, sondern auch besonders leicht, korrosionsfrei, kaum dehnbar und nicht magnetisch.

Die schweizerischen PTT-Betriebe testen bereits den Einsatz von KEVLAR Telefonkabeln als Luft- und Weitspannkabel unter extremen klimatischen Bedingungen.

Kevlar kann weder rosten noch brennen.



Selbstverlöschendes, korrosionsfreies Förderband auf KEVLAR Basis.

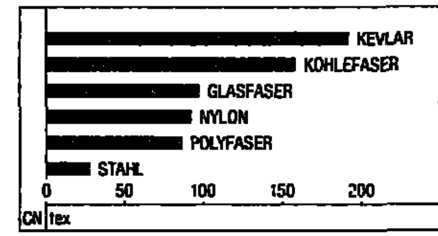
Deshalb läuft mit KEVLAR auch überall da alles bestens, wo das Material härtesten Strapazen ausgesetzt ist. Zum Beispiel in Förderbändern. Über 120.000 m Förderbänder wurden bereits auf KEVLAR Basis hergestellt. Die meisten laufen in deutschen Kohlezechen. Manche schon seit 8 Jahren. Probleme gab es dabei noch nie.

Kevlar ist keine Zukunftsvision, sondern Realität.

Auch wenn es ein bißchen fantastisch klingt, es stimmt. Alles, was wir hier über KEVLAR sagen, ist erprobt, bewährt, bewiesen.

Und schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß KEVLAR ein faszinierendes Material ist. Es zeigt Möglichkeiten auf, um mit bisher unlösbaren Problemen fertig zu werden. Und in den 90er Jahren wird vieles ohne KEVLAR undenkbar sein. Darum sollten Sie heute schon mehr darüber wissen.

Spezifische Zugfestigkeit



KEVLAR ist 5mal stärker als Stahl.

KEVLAR®

eine Technologie-Faser von Du Pont

Die „Engineering-Fibres Divison“ von Du Pont hat im High-Tech-Bereich vielfach Pionierarbeit geleistet. Und kann dadurch Möglichkeiten aufzeigen, wie man die Festigkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit von Produkten verbessern kann. Das gilt heute genauso wie für die Zukunft.

Beispiele für diese Entwicklungen sind Produkte wie Teflon*, Tyvek*, Typar*, Nomex*, Cordura* und hochfestes Nylon.

Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH, Hans-Böckler-Straße 33, 4000 Düsseldorf 30.

Du Pont,
Ihr Partner für Entwicklungen.

*Eingetragenes Warenzeichen von Du Pont

DU PONT

Todenhöfer warnt vor Verzögerung bei SDI

„Sicherheit geht vor Technologietransfer" / Vertrauen zu Bangemann

BERNT CONRAD, Bonn

Gegen jede Verzögerung beim Abschluß eines deutsch-amerikanischen SDI-Rahmenabkommens hat sich der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, in einem Gespräch mit der WELT gewandt. Er betonte: „Wenn der Abschluß eines regierungsamtlichen Rahmenabkommens, das die deutsche Mitwirkung am amerikanischen Forschungsprogramm SDI regelt, nicht innerhalb kürzester Zeit zustande kommt, sind schwere Nachteile für die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu befürchten."

Todenhöfer bezog sich damit auf einen Bericht der WELT, wonach Bundeswirtschaftsminister Bangemann bei seinem bevorstehenden Besuch in Washington zunächst nur mit dem für SDI nicht zuständigen US-Handelsministerium über eine umfassende „Regenschirm-Vereinbarung" über Verbesserungen im Technologietransfer verhandeln und das „Unterthema SDI" erst später erörtern werde (siehe WELT vom 8. 1.).

Der Unionspolitiker bemerkte dazu, er kenne nicht alle internen Details des Verhandlungsauftrages, habe aber „zu Minister Bangemann Vertrauen, daß er die sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes nicht aus dem Auge verliert". Sicherheit gehe auf jeden Fall vor Technologietransfer.

Jetzt wichtigste Phase

„Wenn jetzt vorrangig über wirtschaftliche Fragen verhandelt würde und die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland nicht eingebracht würden, würden die Prioritäten der deutschen Politik völlig auf den Kopf gestellt. Das hielte ich nicht für akzeptabel."

Nach Darstellung Todenhöfers läuft zur Zeit in den Vereinigten Staaten „die vielleicht wichtigste Phase des SDI-Forschungsprogramms, weil hier die Grundstruktur der Konzeption eines möglichen Raketenabwehrsystems weitgehend präjudiziert wird. In dieser Lage hat ein sehr bekanntes amerikanisches Großunternehmen, Martin Marietta, das im Rahmen der Architekturstudien unter anderem die europaspezifischen Bedrohungen und Schutzmöglichkeiten zu untersuchen hat, den dringenden Wunsch gehabt, mit deutschen Firmen zusammenzuarbeiten. Hier hätte die Möglichkeit bestanden, unsere spezifisch deutschen und europäischen Sicherheitsanliegen einzubringen."

Der CDU-Abgeordnete fuhr fort: „Zu einem Vertragsabschluß ist es nicht gekommen, weil die USA wegen des Fehlens eines Rahmenabkommens sich zu einer Kooperation von Martin Marietta mit deutschen Firmen aus vielen Gründen nicht in der Lage gesehen haben."

Die letzte Chance

WELT: Bestünde denn bei raschem Abschluß einer SDI-Rahmenvereinbarung die Chance, daß dieses Geschäft noch zustande käme?

Todenhöfer: Es ist schon jetzt viel zuviel Zeit verlorengegangen durch den langwierigen Meinungsbildungsprozeß innerhalb der FDP. Die letzte Chance, in die zur Zeit laufenden Architekturstudien unsere europa- und deutschlandspezifischen Interessen einzubringen, besteht, wenn innerhalb allerkürzester Zeit deutsche Firmen eingeschaltet werden, weil diese Phase des SDI-Forschungsprogramms bereits Mitte 1986 endet.

Er hoffe, daß Wirtschaftsminister Bangemann den Abschluß einer SDI-Vereinbarung nicht verzögern werde, sagte Todenhöfer weiter. „Man muß jedoch zwei Punkte festhalten:

1. Das allgemeine Technologietransfer-Problem zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland besteht seit Gründung der NATO. Es ist völlig illusorisch zu glauben, man könne dieses Problem innerhalb kurzer Zeit lösen, obwohl eine solche Lösung sicherlich erstrebenswert ist.

2. Der Anlaß dieser Verhandlungen über Technologietransfer ist SDI, und das sollte man nicht aus dem Auge verlieren. Im Rahmen einer deutschen Mitwirkung am Forschungsprogramm SDI steht im Vordergrund nicht der Technologietransfer, so wichtig er auch ist, sondern die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland."

Die SDI-Forschung und unsere Beteiligung daran dürfe kein „Unterthema" der Verhandlungen sein. Klare Meßlatte sei die SDI-Vereinbarung, „die die Briten den Amerikanern abgerungen haben".

Warschau sichert Khadhafi seine Unterstützung zu

DW. Warschau

Die polnische Regierung hat Libyen, das von den Vereinigten Staaten und Israel der Unterstützung des internationalen Terrorismus bezichtigt wird, jetzt ihre Unterstützung zugesichert. Regierungssprecher Jerzy Urban sagte zur Haltung der US-Regierung, die sich zu Wirtschaftssanktionen gegen das Regime Khadhafi entschlossen hat, Libyen sei das „Ziel imperialistischen Drucks". Er fügte hinzu, das nordafrikanische Land sei in Gefahr.

Bei seinem Angriff auf die Administration in Washington zog der polnische Regierungssprecher einen Vergleich zwischen seinem Land und Libyen. Er spielte dabei darauf an, daß die Vereinigten Staaten auch gegen Polen zu Wirtschaftssanktionen gegriffen hatten, nachdem Warschau im Dezember 1981 das Kriegsrecht über das Land verhängt hatte.

Zwischen Polen und Libyen bestehen schon seit mehreren Jahren enge Beziehungen. Der polnische Staatschef Wojciech Jaruzelski hatte bei seinem fünftägigen Besuch in Nordafrika im Dezember vergangenen Jahres auch zuerst in Tripolis Station gemacht. Die Beziehungen zwischen ihm und Khadhafi gediehen vor allem seit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen. Libyen erkannte damals als erstes nichtkommunistisches Land die polnische Militärregierung an.

Ins Geschäft gekommen sind beide Länder über libysches Erdöl. Für den so wichtigen Energieträger, den die Polen zu äußerst günstigen Konditionen erhalten, übernimmt Warschau die militärische Ausbildung von libyschen Offiziersanwärtern. In der Stadt Deblin an der Weichsel unterhält Warschau für diese Zwecke ein Trainingslager. Neben den Khadhafi-Leuten kommen allerdings auch Palästinenser in den Genuß der militärischen Entwicklungshilfe.

Regierungssprecher Urban unterstrich noch einmal gestern in Warschau die Unterstützung auch für die Sache der Palästinenser. Er verwies darauf, daß sein Land so lange mit Israel keine diplomatischen Beziehungen aufnehmen könne, wie den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten werde. Statt dessen kündigte er die Eröffnung von Büros in Tel Aviv und Warschau an. Sie sollen alle Einreiseformalitäten von Polen und Israelis abwickeln.

Reagan verbindet Boykott gegen Libyen mit Solidaritäts-Appell an Europa

Weitere Schritte gegen Khadhafi angekündigt / Arafat sichert Tripolis Unterstützung zu

H. A. SIEBERT, Washington

Die USA haben das Regime Khadhafi der Mittäterschaft an den Überfällen auf den Flughäfen in Rom und Wien für schuldig befunden und alle wirtschaftlichen Beziehungen mit dem nordafrikanischen Land abgebrochen. Alle anderen Regierungen wurden aufgefordert, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

In einer Pressekonferenz in Washington nannte US-Präsident Ronald Reagan den libyschen Staatschef einen „Ausgestoßenen und Barbar", der die terroristischen Aktionen des Abu Nidal als „heroisch" bezeichnet habe. Den USA lägen unwiderlegbare Beweise dafür vor, daß die verbrecherische Gruppe ihr Hauptquartier in Libyen aufgeschlagen habe. Bekannt seien ihre Aufenthaltsorte und Trainingsplätze. „Denjenigen, die Terroristen beherbergen, müssen Sympathie und Unterstützung versagt werden", erklärte der Präsident.

Libyen bedrohe die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten, heißt es in der präsidentiellen Verfügung des Weißen Hauses. Danach wird die Vergabe von Krediten an die libysche Regierung von sofort an untersagt. Bis zum 1. Februar müssen alle kommerziellen und anderen Aktivitäten in Libyen abgeschlossen sein. Von dann an ist praktisch der gesamte Güteraustausch, einschließlich Reexporte und der Verkehr zwischen den USA und Libyen gesperrt.

Die rund 1500 in Libyen lebenden Amerikaner rief Reagan auf, das Land unverzüglich zu verlassen. Wer den Anordnungen nicht Folge leiste, werde nach Rückkehr in die USA bestraft. Libyen trage die volle Verantwortung für das Wohlergehen der amerikanischen Bürger; die Regierung in Tripolis werde für Schäden und Behinderungen bei der Ausreise haftbar gemacht.

Schon im Mai 1978 haben die USA begonnen, Sanktionen gegenüber Libyen zu verhängen. Sie richten sich jedoch zunächst gegen die militärische Verwendung amerikanischer Erzeugnisse wie beispielsweise Flugzeuge oder Traktoren für das Abschleppen von Panzern. Im Dezember 1979 wurde Libyen offiziell zu einem Land erklärt, das den Terrorismus unterstützt; einen Monat später verbot Washington die Ausfuhr strategischer Güter.

Seit Oktober 1981 erhält Libyen auch keine Ersatzteile für früher erworbene Flugzeuge mehr, zwei Monate später führten die USA Paßkontrollen für amerikanische Reisende ein. Im März 1982 wurden die Rohöleinfuhren gestoppt und die Ausfuhr von Öl- und Erdgastechnologie strengen Kontrollen unterworfen. Im März 1984 untersagte das Weiße Haus die Belieferung des Petrochemie-Komplexes Ras Lanuf, im November 1985 sperrte es den Import raffinierter Mineralölprodukte aus Libyen.

Als Ergebnis dieser Sanktionen sanken die US-Exporte nach Libyen von 1979 bis 1983 von 860 auf unter 200 Millionen Dollar. Die Importe, die 1980 noch sieben Milliarden Dollar ausmachten, schrumpften auf neun Millionen Dollar. 1985 stiegen die amerikanischen Lieferungen, darunter auch Spitzentechnologie, wieder auf 300 Millionen Dollar, während die Einfuhren aus Libyen 35 Millionen Dollar überschritten.



Setzt auf Wirtschafts-Sanktionen: Ronald Reagan FOTO: AFP

Die Löcher, durch die für die libysche Ölindustrie wichtige Service-Leistungen schlüpften, werden nun endgültig gestopft. US-Gesellschaften werden künftig kein libysches Öl mehr fördern und auf dem Weltmarkt verkaufen; ihre Filialen schließen auch die amerikanischen Consulting-Unternehmen und Baufirmen, die an Großprojekten arbeiten. Wie ein Sprecher des State Department erklärte, „leisten die USA keinerlei Beitrag für die libysche Wirtschaft mehr". Tätig sind in Libyen die US-Ölfirmen Occidental Petroleum, Marathon Oil, Conoco sowie Amerada Hess. Nur wenige Stunden nach der Verkündung des Wirtschaftsboykotts haben diese amerikanischen Unternehmen, die noch Geschäftsbeziehungen mit Libyen unterhalten, wissen lassen, daß sie sich an die beschlossenen Sanktionen halten wollen.

Präsident Reagan nimmt den Fall Khadhafi ernst. „Wenn diese Schritte den Terrorismus nicht beenden, werden weitere unternommen; das verspreche ich", sagte er. Gemeint haben kann er nur militärische Strafaktionen. Auf die Frage, ob er enttäuscht sei, falls die Verbündeten nicht auch Wirtschaftssanktionen verhängten, deutete Reagan Verständnis an. Druck werde es nicht geben, einige Länder hätten ihre eigenen ökonomischen Probleme. Die USA würden jedoch mit dem fortfahren, was getan werden könnte. Größte Handelspartner Libyens sind nach einer Aufstellung des Internationalen Währungsfonds (IWF) Italien und die Bundesrepublik Deutschland.

DW. New York

Der israelische Generalkonsul in New York, Mosche Jigal, nannte die Entscheidung Reagans die „einzige Hoffnung gegen die Pest des internationalen Terrorismus". Israel unterstütze die Maßnahmen und hoffe, daß sich andere westliche Staaten dem Boykott anschließen.

Der sowjetische Außenminister Michail Kapiza erklärte in Moskau, die UdSSR werde Libyen, das sich „heute gegen einen derart groben und zynischen imperialistischen Druck durch die Vereinigten Staaten wehrt, nach wie vor in jeder Beziehung unterstützen werden". Die von Reagan verhängten Sanktionen nannte Moskau ein „krasses Beispiel" für die „Gendarmenpolitik, die man jetzt in Washington überall anwenden will".

Yassir Arafat, der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation, will Libyen trotz der bestehenden Differenzen im Falle einer amerikanischen oder israelischen militärischen Vergeltungsaktion unterstützen. Arafat teilte in einem Interview der saudischen Zeitung „El Schark El Awsat" mit, seine Organisation lege in arabischen Staaten, in denen sich seine Freischärler befänden, wie in Nord- und Südjemen, Sudan und Tunesien, Luftabwehrstellungen und Befestigungsbauten an.

Athen warnt USA vor Schlag gegen Libyen

SAD/FM. Athen/Rom

Zweimal hintereinander hat der griechische Außenminister Karolos Papoulias den amerikanischen Botschafter in Athen, Robert Keeley, in den vergangenen Tagen zu sich zitiert und ihn vor „militärischen Aktionen" gegen Libyen ausdrücklich gewarnt.

Als Mittelmeerland verfolge Griechenland, so Papoulias in einer längeren Erklärung, mit „großer Besorgnis" die Spannungen im Mittelmeerraum und habe ein besonderes Interesse daran, daß der Frieden in diesem Gebiet erhalten bleibe. Gleichzeitig hat Athen eine Dringlichkeitssitzung des Politischen Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft zur Erörterung aller Aspekte der entstandenen Krise beantragt.

Im Zusammenhang mit einem eventuellen militärischem Eingriff der USA gegen Libyen sagte der Athener Regierungssprecher Miltiades Papaioannou ergänzend, daß die Aufgaben der US-Stützpunkte in Griechenland „rein defensiver Natur" seien. Im Klartext bedeutet dies, daß Athen den Amerikanern die Genehmigung verweigern wird, ihre Stützpunkte, vor allem auf Kreta, als Operationsbasis gegen Libyen zu benutzen. Dadurch will Athen in erster Linie verhindern, daß Khadhafi auf den Gedanken kommt, einen Vergeltungsschlag gegen amerikanische Installationen in Griechenland zu führen.

Papoulias verurteilte zwar „terroristische Akte aller Art". Aber er vertrat die Ansicht, daß die Anwendung von militärischen Methoden, von welcher Seite auch immer, nicht nur ein flagranter Verstoß gegen das Völkerrecht sei und Hunderte von Menschen das Leben kosten würde, sondern gleichzeitig alle Aussichten auf eine friedliche Regelung der existierenden Probleme vernichten und so gut wie nichts zur Bekämpfung des Terrorismus beitragen würde. Aus ähnlichen Gründen denke Griechenland auch nicht daran, sich an Sanktionen wirtschaftlicher oder anderer Art gegen Libyen zu beteiligen.

Der libysche Außenminister Tiki hat in einem Interview der italienischen Zeitung „La Stampa" die libysche Haltung in der Gewaltfrage erläutert: „Derjenige, der für die eigene Freiheit und für die eigene Unabhängigkeit kämpft, hat das Recht, mit allen Mitteln zu kämpfen. Das ergibt sich aus der Geschichte der Befreiung der Völker", sagte Tiki.

Wie sicher kerntechnische Anlagen sind, ist in der Öffentlichkeit noch immer umstritten. Der Standard der deutschen Atomkraftwerke ist, auch im internationalen Vergleich, sehr hoch. Dennoch wird ständig weiter geforscht, um die Auswirkungen von Störfällen noch besser voraussehen und im Ernstfall abwenden zu können.

Bei der Sicherheit rechnen die Experten mit dem Schlimmsten

Von KLAUS KÖRTING

Rund 200 Reaktorsicherheitsexperten aus dem In- und Ausland trafen sich im Kernforschungszentrum (KfK) in Karlsruhe, um den 9. Statusbericht des Projekts Heißdampfreaktor-Sicherheitsprogramm (PHDR) zu diskutieren. Auf besonderes Interesse stießen dabei die erstmals in einem Reaktorsicherheitsbehälter durchgeführten Brandversuche.

Das PHDR wird vom KfK an dem 1971 stillgelegten Heißdampfreaktor (HDR) durchgeführt, der hinsichtlich der verwendeten Werkstoffe und Komponenten mit heutigen kommerziellen Leichtwasserreaktoren vergleichbar ist. Er wird im Rahmen der Versuche Störfallbelastungen unterworfen, die an die tatsächlichen Grenzen der Belastbarkeit geführt werden können. Ende 1983 war die Phase eins des Projekts mit Kosten von 102 Millionen DM abgeschlossen worden.

Seit dem 1. 1. 1984 läuft die für weitere vier Jahre angesetzte Phase zwei mit einem Aufwand von rund 45 Millionen DM. Schwerpunkte sind Versagensuntersuchungen an Rohrleitungen und am Reaktordruckbehälter, Experimente mit dynamischer Beanspruchung durch Simulation von Erdbeben und Flugzeugabstürzen sowie die jetzt erstmals durchgeführten Brandversuche. Ziel der Untersuchungen ist die Überprüfung und Optimierung von Berechnungs- und Prüfverfahren.

Wie wirken sich Brände in Atomkraftwerken aus

Die Verhinderung von Brandentstehung bzw. -ausbreitung durch Verwendung schwer entzündbarer Materialien sowie ein umfassendes Brandschutz- und Brandmeldesystem sind wichtiger Bestandteil des Sicherheitskonzepts von Kernkraftwerken.

Mangels praktischer Erfahrungen stützt sich das Sicherheitskonzept heute noch überwiegend auf Labortests, Erfahrungen mit Bränden in konventionellen Anlagen sowie auf komplizierte Berechnungen.

Die jetzt erstmals im Heißdampfreaktor durchgeführten Experimente sollen die noch ausstehenden praktischen Erfahrungen liefern. Erste Versuche wurden 1985 mit Gas- und Naturholzbränden unterschiedlicher Stärke durchgeführt, weitere umfangreiche Experimente mit Kabelmaterial, Lack, Öl und anderen Materialien sollen folgen.

Wichtigstes Ergebnis ist, daß selbst starke, lokal entstehende Brände nur sehr begrenzte Auswirkungen auf die Sicherheit der Anlage haben. Eine Schädigung des Sicherheitsbehälters ist nicht zu erwarten. Es zeigte sich auch, daß der Luftmangel, der in dem luftdicht schließenden Sicherheitsbehälter schon nach einer Zeit von 10 bis 15 Minuten auftritt, am Brandort eine eindeutig dämmende Wirkung hat.

Die Experimente finden international großes Interesse, besonders auch bei anderen Industriezweigen, in denen das Brandrisiko eine besondere Rolle spielt, wie etwa bei Bohrinseln für die Exploration und Förderung von Erdöl.

Deutsche Kernkraftwerke müssen einem Flugzeugabsturz ohne wesentliche Schädigung der äußeren Betonhülle und der inneren Strukturen widerstehen. Auch hier erfolgt der Nachweis in der Praxis durch aufwendige Berechnungsverfahren. Zur Absicherung dieser Rechenverfahren wurden am Heißdampfreaktor Versuche mit flugzeugabsturzähnlichen Lasten durchgeführt und dazu eine Pendelmasse von 20 Tonnen aus einer Fallhöhe von bis zu fünf Metern mehrfach gegen die Außenhülle des Reaktors in einer Gebäudehöhe von 40 Metern geschlagen.



An der Außenwand des Reaktorgebäudes ist ein verschiebbares Fallgewicht angebracht, das aus bis zu fünf Meter Höhe auf den Beton prallt. FOTO: KFK

Die meßtechnisch erfaßten Reaktionen der gesamten Anlage ergaben die wichtigste Erkenntnis, daß die stoßartige Belastung nicht zu Resonanzeffekten innerhalb der Komponenten führt, sondern die Schwingungsanregung von außen nach innen in der Anlage deutlich abnimmt. Auch zeigten die Versuche gute Übereinstimmung zwischen dem experimentellem Befund und den Rechenergebnissen.

Die eingebauten Reserven geben genügend Sicherheit

Plötzliche Temperaturwechsel im Reaktorkreislauf bei Betriebsstörungen erzeugen Materialspannungen, die bei häufiger Wiederholung zu Rissen führen können. Entsprechende Experimente mit heftigen Temperaturwechseln im Reaktordruckbehälter zeigten, daß die dadurch entstehenden Spannungen in der Wand des Behälters deutlich unter den zulässigen Materialgrenzwerten lagen und damit die angenommenen Sicherheitsreserven bestätigt wurden.

Bei diesen Versuchen wird die Auswirkung eines angenommenen Rohrabrisses einer Hauptkühlmittelleitung unter Betriebsdruck untersucht, ein sogenannter Blow-down. Das betroffene Rohrsystem wird durch die dabei entstehenden Druckwellen zu starken Schwingungen angeregt, die lokal bis zur plastischen Verformung führen. Trotz dieser extremen Belastungen traten, wie vom Sicherheitskonzept gefordert, keine Folgeschäden auf, die die Sicherheit der Anlage gefährden könnten.

Komponenten von Kernkraftwerken werden regelmäßig umfangreichen Prüfungen, sogenannten Wiederholungsprüfungen, unterzogen, um etwaige Riß- oder Korrosionsschäden festzustellen. Am Druckbehälter des Heißdampfreaktors wurden jetzt neue Meßverfahren auf Ultraschallbasis erprobt. Diese Verfahren sind in der Lage, auch noch kleinste Risse mit Abmessungen im Bereich von Millimetern nach Lage und Form zu bestimmen, bevor die Rißbildung eine sicherheitsrelevante Größe erreicht hat.

Beim Abbau interner Betonstrukturen von stillgelegten Kernkraftwerken, wie z. B. des biologischen Schildes, werden Präzisionssprengungen in Betracht gezogen. Im Heißdampfreaktor wurden zur Erprobung und Weiterentwicklung dieser Sprengtechniken Experimente an eisenbewehrten Betonwänden durchgeführt. Es zeigte sich, daß bei entsprechender Wahl der Sprengstoffmenge und bei geeigneter Anordnung der gewünschte schichtweise Abtrag erreicht werden konnte. Die auftretenden Druckwellen, der Trümmerflug und Staubabfall konnten ebenfalls beherrscht werden.

Die Naturinseln werden immer kleiner

Wachsende Zerschneidung der Landschaft durch Verkehrswege gefährdet viele Arten

dpa, Bonn/Recklinghausen

Auf isolierten Meeresinseln konnten Biologen schon manch kuriose Anpassungsprodukte der Natur beobachten: Mißgebildete Säugetiere, verkrüppelte Insekten oder flugunfähige Vögel. Nach Ansicht von Fachleuten könnte diese ökologische Ausnahme in den Industriestaaten schon bald zur Regel werden. „Verinselung" nennen die Ökologen das Schrumpfen und Zerschneiden der naturnahen Lebensräume durch Straßen, Kanäle, Bahnlinien und Starkstromtrassen, aber auch durch eine weiter wachsende Zersiedelung.

Hans-Joachim Mader von der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz in Bonn weist in einem jetzt veröffentlichten Beitrag für die nordrhein-westfälische Landesanstalt für Ökologie (LÖLF) in Recklinghausen auf das verschärfte Tempo hin, mit dem sich die von der Zivilisation kontrollierte Umwelt wandelt.

Eingriffe der Technik

Habe die Natur den Pflanzen und Tieren in den von ihr gesteuerten Veränderungsprozessen Zeit zur allmählichen Anpassung gelassen, so gestalte der Mensch dank leistungsstarker Technik die Landschaft im Eiltempo um. Auf jeden Quadratkilometer Fläche, so rechnet Mader vor, kommen heute in der Bundesrepublik 2,1 Kilometer überregionale Verkehrswege. Eine Straße, die mitten durch ein Waldgebiet führt, wirke noch in Randzonen bis zu 30 Meter als Umwelt-Bannmeile. Vögel werden von einer stark befahrenen Straße bis in zwei Kilometer Entfernung abgeschreckt.

Geht die „Verinselung" ungehemmt weiter, so hat der Artenschutz nach Befürchtungen Maders keinen Sinn mehr. Um langfristige Existenzsicherung zu betreiben, sei die Bereitstellung großflächiger Lebensräume notwendig, die allerdings für den Wald beispielsweise erst bei 200 Quadratkilometern begännen. Die Bundesrepublik habe aber nur sieben Naturschutzgebiete mit mehr als 100 Quadratkilometern Fläche.

Einzig realistischer Ausweg: Die „Biotopverbundsysteme". Verstreute Rest-Lebensräume sollen nach den Vorstellungen der Naturschützer verknüpft, die dazwischen liegenden Nutzgebiete überbrückt werden. Mader fordert Straßentunnels für Amphibien und Tierübergänge in von Verkehrsadern zerteilten Wäldern. In Gewässern sollen Staustufen und Wehre verschwinden, damit Fische und Krebse ungehindert wandern können. Mögliche Bausteine des Verbundes wären auch Hecken, Gräben, Feuchtwiesen, notfalls, bei „behutsamen Management", sogar Straßenränder. Erste Erfahrungen mit Verbundsystemen liegen nach LÖLF-Informationen bereits vor. Im Kreis Höxter sollen aus 0,54 Prozent Naturschutzfläche im Verbundsystem 3,6 Prozent werden.

Verbundsysteme sind teuer

Doch das vom nordrhein-westfälischen Umweltministerium geförderte Pilotprojekt hat Grenzen aufgezeigt: Die meisten Flächen müssen angekauft und aufgearbeitet werden. Das kostet Geld und Arbeitskraft. Das neu eingerichtete Umweltschutz-Referat des Kreises Unna stellte nach Abschluß der Vorarbeiten für ein Verbundsystem „Unna-Ost" fest: „Wir können vieles erreichen, wenn nur Entschädigungen, Kaufpreise und Pachtzinsen stimmen."

Selbst wenn einmal das gesamte Bundesgebiet ökologisch zum Groß-Verbund geeint sein sollte, sieht Hans-Joachim Mader nur einen Kompromiß erreicht. Ein mit Milliarden-Aufwand geknüpfter Umwelt-Flikkenteppich könne das Artensterben „bestenfalls verlangsamen", aufhalten werde er es nicht.

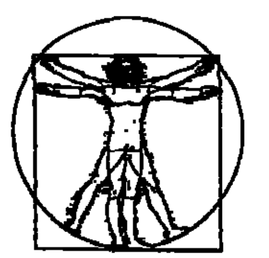
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Zuviel Vitamine?

Berlin (dpa) – Das Bundesgesundheitsamt (BGA) wies jetzt darauf hin, daß Vitamine nicht nur harmlos sind, sondern bei einer Überdosierung gesundheitliche Schäden hervorrufen können. Ein ausgewogener Speiseplan reiche zumeist aus und mache die Einnahme von Vitamin-Pillen überflüssig. So kann Vitamin A bei Überdosierung Vergiftungen zur Folge haben, zuviel Vitamin B1 führt zu Schweißausbrüchen, Juckreiz oder auch Asthma. Bei Vitamin B6 seien Empfindungsstörungen auf der Haut nicht ausgeschlossen, bei zuviel B12 Akne die Folge.

Saurer Regen in Amerika

Washington (rtr) – Amerikanische und kanadische Behörden haben einer Meldung der „Washington Post" zufolge ein fünfjähriges Forschungsprogramm in Höhe von umgerechnet 12,5 Milliarden Mark über die Auswirkungen des sauren Regens vorgeschlagen. Der Bericht beschreibe sauren Regen als ein ernstes Problem in beiden Ländern. Es würde darin jedoch keine Begrenzung der Schwefeldioxid-Emissionen gefordert. Die US-Regierung hat bislang strenge Einschränkungen der Emissionen mit der Begründung abgelehnt, zuvor müßten die Ursachen des sauren Regens weiter erforscht werden.

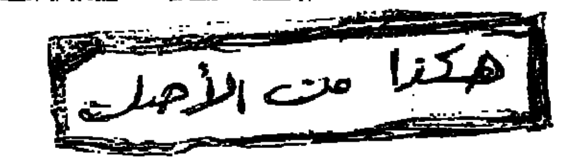


Flüsse und Bäche

Aachen (lnw) – Rund 40 Prozent aller Fluß- und Bachläufe sind ausgebaut, reguliert, kanalisiert oder betoniert. Der Rest gilt noch als „mehr oder weniger unberührt". Manches ließe sich womöglich „zurückbauen" oder „renaturalisieren". Neben den Naturfreunden fordern jedoch auch die Anlieger ihr Recht: Schutz vor Hochwasser und Bodenerosion. „Wir müssen uns zwischen den Zwängen möglichst naturnah durchmogeln", hieß es beim jetzt zu Ende gegangenen 16. Wasserbau-Seminar der Technischen Hochschule in Aachen.

Ökologen in Brasilien

Rio de Janeiro (epd) – Ein Ausbildungsgang für Ökologie wird in diesem Jahr an einer brasilianischen Universität eingerichtet. An der Universität von Minas Gerais sollen über einen Zeitraum von drei Jahren Gruppen von jeweils zehn Studenten im Umgang mit brasilianischen Pflanzen und Tieren sowie für deren Schutz ausgebildet werden.



Besser, aber labil

Mk. – Die Lage bessert sich, sie bleibt jedoch labil. Auf diesen Nenner bringt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg seine weltwirtschaftliche Prognose für das gerade begonnene Jahr. Zwar deutet alles darauf hin, daß 1986 für die westlichen Industriestaaten bereits das vierte Jahr eines deutlichen Produktionsanstiegs werden dürfte, und dies bei nur mäßigem Preisanstieg. Aber trotz der Zunahme des zusammengefaßten Bruttosozialprodukts um real zehn Prozent zwischen 1983 und 1985, was zu einer Zunahme der Beschäftiguntg geführt hat, ist die Arbeitslosigkeit kaum gesunken.

Überdies bestehen erhebliche Risiken fort, die sich aus den hohen Haushaltsdefiziten in vielen Ländern, den hohen Realzinsen und den ausgeprägten außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten ergeben. Mit Recht weist das Institut darauf hin, daß die Eindämmung der Verschuldenskrise in Teilen der Dritten Welt schwierig bleiben wird. Denn die sinkenden Öl- und Rohstoffpreise entlasten zwar die Industriestaaten, bringen jedoch andere Länder in Schwierigkeiten. Der Kursrückgang des Dollar trifft die Anbieter von Rohstoffen zudem zunächst härter, als ihnen die sinkenden Zinsen nutzen. Sie müssen sich daher als Käufer auf den Märkten weiter zurückhalten.

Daher dürfte der Welthandel 1986 kaum stärker als im vergangenen Jahr expandieren, als auch nur eine Rate von drei Prozent erreicht werden konnte. Der deutsche Export dürfte wiederum mehr als doppelt so stark zulegen. Was die ungebrochene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unterstreicht.

Prämie

J. Sch. (Paris) – Die Indexierung der Löhne mit den Preisen ist in Frankreich seit 1983 verboten. Seitdem dürfen Lohnerhöhungen grundsätzlich nur in der Höhe des von der Regierung im voraus festgelegten „Inflationsziels" vereinbart werden. Da dieses mehr oder weniger stark überschritten wurde, gingen die Löhne real entsprechend zurück. Denn ein nachträglicher Inflationsausgleich wurde von den Arbeitgebern, mit dem Staat an der Spitze, abgelehnt. Jetzt aber hat die Regierung allen Beamten für 1985 eine Gehaltsnachzahlung von 0,6 Prozent zugesagt, womit sich deren Bezüge um 5,1 Prozent statt der vereinbarten 4,5 Prozent erhöhen, obwohl die Inflation erheblich unter fünf Prozent liegen dürfte. Die Regierung bezeichnet den Zuschlag als Prämie. In Wirklichkeit aber kehrt sie zu dem früheren Indexverfahren zurück, wenn auch mit Maßen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Mitte März wird in Frankreich gewählt. Aber die Desindexierung, die den Erfolg des französischen Stabilisierungsplans begründete, ist jetzt durchlöchert.

EG / Eingliederung der neuen Mitglieder ist in diesem Jahr das vorrangige Ziel

Der einheitliche Binnenmarkt der Gemeinschaft soll 1992 vollendet sein

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Verwirklichung der EG-Reform und die volle Eingliederung Spaniens und Portugals in die Institutionen der Gemeinschaft sind die vorrangigen Ziele der Brüsseler Kommission im neuen Jahr. Während sich die internen Bemühungen darauf richten, 600 bis 700 neue Beamte aus den Beitrittsländern an angemessenen Stellen einzusetzen, will die EG-Behörde zugleich den Ministerrat dafür gewinnen, die vorgesehenen Verbesserungen im Entscheidungsprozeß vorzeitig vorzunehmen.

Der holländische Außenminister van den Broek hat zu Beginn dieser Woche das Arbeitsprogramm seiner halbjährigen Präsidentschaft mit Kommissionspräsident Jacques Delors abgesprochen. Er rechnet damit, daß die von den Regierungschefs beschlossenen Vertragsänderungen am 27. Januar unterzeichnet und danach den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung zugeleitet werden können.

Kern dieser Bestimmungen ist die Bekräftigung des Zieles, bis 1992 einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt zu schaffen und die dafür erforderlichen Detailbeschlüsse künftig überwiegend mit Mehrheit zu fassen. Auch die technologische Zusammenarbeit und der Umweltschutz werden stärker in die Zuständigkeit der Gemeinschaft gegeben.

Inzwischen haben sich die Aussichten, daß Dänemark die EG-Reform mitträgt, deutlich verbessert. Die Kopenhagener Minderheitsregierung hatte beim Luxemburger Gipfel ihre endgültige Zustimmung von der Stellungnahme des Folketing abhängig gemacht. Wie in Brüssel bekannt wurde, gelang es Ministerpräsident Poul Schlüter, die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften positiv zu stimmen. Dies sei vor allem darauf zurückzuführen, daß in dem neuen Gemeinschaftsvertrag auch Bestimmungen über die Schaffung von Mindestvorschriften zum Arbeitsschutz enthalten sind.

Die dänische Opposition hat jedoch nicht zuletzt auch Bedenken gegen die Aufwertung des Europäischen Parlaments, während der italienischen Regierung die Parlamentsrechte bislang noch nicht ausreichend sind.

Nach Meinung der Kommission sollte jedenfalls die Ratifizierung der Vertragsänderungen nicht abgewartet werden, sondern bei Vorlagen über den Binnenmarkt schon jetzt von Mehrheitsabstimmungen Gebrauch gemacht werden. Dies würde die Beratung der rund 100 in diesem Jahr geplanten EG-Richtlinien erheblich voranbringen.

Einstimmigkeit ist auf jeden Fall weiter für die Steuerharmonisierung vorgesehen. Auch Fragen der Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Mitbestimmungsregelungen sollen nach wie vor nicht dem Mehrheitsprinzip unterliegen.

Zu den Schwerpunkten der Kommissionstätigkeit gehören weiterhin die Bemühungen um eine Reform der europäischen Agrarpolitik, die Vorbereitung der geplanten neuen Liberalisierungsrunde im Gatt sowie der Neuauflage des Welttextilabkommens und die Ausarbeitung von neuen Handelsregelungen mit den nicht beitrittsfähigen Mittelmeerländern. Im Bereich von Forschung und Technologie hofft die Kommission auf die Zustimmung des Rates zu einem mehrjährigen Rahmenabkommen.

Bei der Neuverteilung ihrer Arbeitsgebiete hat sich die EG-Behörde erstmals auch eine Reihe von „horizontalen" Ressorts geschaffen: So wurde der neue spanische Kommissar Abel Matutes mit dem Ressort Kreditinvestitionen und Finanzinstrumente beauftragt, das sich mit der Erschließung neuer Finanzquellen für Unternehmen in der Gemeinschaftskammer vornehmlich in den strukturschwachen Randregionen der EG beschäftigen soll.

Matutes ist auch für Maßnahmen zugunsten der kleinen und Mittelbetriebe zuständig. Hier hat die Kommission eine „Task Force" gebildet. Neben der Erleichterung des Zugangs zu den Kapitalmärkten plant die Behörde konkrete Vorschläge um den „Papierkrieg" für Kleinbetriebe im Umgang mit den nationalen und überstaatlichen Verwaltungen zu reduzieren.

DIW-PROGNOSE

Am Arbeitsmarkt wird eine leichte Entspannung erwartet

tb. Berlin

Das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik wird in diesem Jahr sein bisheriges Tempo beibehalten. Auch im vierten Jahr der konjunkturellen Aufwärtsbewegung zeigen sich weder Symptome einer Erlahmung noch einer Beschleunigung. Das schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in seinem neuen Wochenbericht.

Das Wachstumstempo prognostizierten die Berliner Konjunkturforscher mit 2,5 Prozent. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttosozialprodukt um drei Prozent höher sein als 1985. Dieser stärkere Zuwachs sei der Reflex des witterungsbedingt niedrigen Produktionsniveaus Anfang 1985, nicht aber Ausdruck einer Tempobeschleunigung, betont das DIW.

Treibende Kraft des konjunkturellen Aufschwungs wird, so das Institut, nicht mehr der Export sein, sondern die Inlandsnachfrage, die in diesem Jahr verstärkt zum Zuge kommen wird. Der deutsche Export werde nicht wesentlich stärker als der Welthandel wachsen – um etwa fünf Prozent. Trotz der Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar bleibe die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen günstig. Profitieren dürften die deutschen Anbieter vor allem von der steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern in Westeuropa.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden nach der DIW-Prognose um fünf Prozent steigen nach 3,7 Prozent im Vorjahr. Bei einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 1,5 Prozent dürfte sich der private Verbrauch um 3,5 Prozent erhöhen. Eine solche Größenordnung war zuletzt 1979 erreicht worden.

Verbilligen werden sich 1986 vor allem Waren mit hohem „Importgehalt", allen voran Mineralölprodukte. Dagegen würden sich Dienstleistungen überdurchschnittlich verteuern – eine Ausnahme machen hier nur die Preise für Auslandsreisen.

Die Brutto-Anlageinvestitionen in der Bundesrepublik werden um 4,5 Prozent höher sein; die Ausrüstungen um fast zehn Prozent, die Bauten um knapp ein Prozent. Die Investitionen werden sich nach Ansicht des Instituts nur wenig verteuern.

Am Arbeitsmarkt rechnet das DIW mit einer leichten Entspannung. Die Beschäftigtenzahl werde sich um rund 250 000 erhöhen nach 180 000 im Vorjahr, vor allem dadurch, daß die Beschäftigung am Bau nur noch um 10 000 zurückgehen werde gegenüber 100 000 in 1985.

Ende des Jahres wird nach DIW-Ansicht die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer saisonbereinigt um eine halbe Million höher sein als im Frühjahr 1984, dem letzten Tiefstand. Insgesamt wird allerdings mit einer Arbeitslosigkeit von 2,15 Millionen gerechnet, wobei sich die Arbeitslosenquote von 9,4 auf 8,7 Prozent verringern wird.

Wechselkurs-Spekulationen

Von CLAUS DERTINGER

In der Gerüchteküche am Devisenmarkt brodelt es wieder einmal. Eine Neuordnung der Wechselkurse im europäischen Währungssystem (EWS) sei nur noch eine Frage der Zeit, und dabei werde vor allem eine Aufwertung der D-Mark im Mittelpunkt stehen, glauben einige Auguren zu wissen. Der SPD-Wirtschaftspolitiker Wolfgang Roth hat eine Mark-Aufwertung inzwischen öffentlich als unvermeidlich bezeichnet. Spätestens nach den französischen Wahlen im März sei es soweit, wird behauptet.

Denn Frankreich ist der Angelpunkt der Spekulation, die sich daran entzündet hat, daß die Lebenshaltungskosten in Frankreich mehr als doppelt so stark gestiegen sind, wie in der Bundesrepublik, so daß sich seit der letzten größeren Wechselkursneuordnung im EWS vor zweidreiviertel Jahren Potential für eine Korrektur des Franc/Mark-Kurses aufgestaut habe. Öl ins Feuer gegossen haben zudem französische Unternehmer, die dem angeblich falschen Franc-Wechselkurs gegenüber der Mark die Schuld an mangelhafter Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte geben.

Auffallend ist allerdings – und das wird an den Devisenmärkten völlig übersehen –, daß von offizieller französischer Seite keinerlei Initiativen für eine Wechselkurskorrektur ausgehen. Nicht nur, daß Paris allein schon aus Gründen des nationalen Prestiges eine Franc-Abwertung ablehnt. In informierten Kreisen ist es auch kein Geheimnis, daß französische Währungspolitiker ihre deutschen Kollegen drängen, nur ja nicht an den Wechselkursen zu drehen. Denn Paris hält eine Wechselkurskorrektur nicht nur für unnötig, sondern vor allem für schädlich.

Ein Blick auf den deutsch-französischen Handel läßt keinerlei Korrekturbedarf beim Franc-Mark-Kurs erkennen. Die französischen Exporte in die Bundesrepublik sind nämlich 1985 deutlich stärker gestiegen als die deutschen Lieferungen nach Frankreich, eine Entwicklung, die dem Trend im Handel mit der EG insgesamt zuwiderläuft. Von wechselkursbedingten Vorteilen für deutsche Exporteure und Nachteilen für die französischen kann da wohl kaum die Rede sein.

Der Pariser Widerstand gegen eine Aufwertung der Mark, der mit Sicherheit auch die Niederlande und indirekt auch andere Länder mit de facto stabilen Wechselkursen gegenüber der Mark folgen würden, ist vor allem aus einem anderen Grund auch verständlich.

Erfahrungsgemäß ist mit jeder Abwertung – und für Frankreich hätte eine Mark-Aufwertung diesen Effekt – ein Inflationsstoß verbunden. Den fürchten Pariser Wirtschaftspolitiker wie der Teufel das Weihwasser. Denn er würde die Geldwertstabilisierungserfolge gefährden, die Frankreich in den letzten drei Jahren mit einer Reduzierung der Inflationsrate von 9,3 Prozent auf die für französische Verhältnisse geradezu märchenhafte Marke von drei Prozent (für die sechs Monate bis Oktober 85 auf Jahresrate hochgerechnet) erreicht hat und die auch 1986 nicht überschritten werden soll. Die Regierung eines Landes, in dem die Inflationsmentalität vielleicht noch nicht endgültig gebrochen ist, muß sich davor hüten, Mißtrauen in ihre Stabilisierungspolitik aufkommen zu lassen.

Nicht nur aus französischer Sicht gibt es keine sachlichen Gründe für eine Wechselkurskorrektur. Auch die Bundesrepublik kann daran kein Interesse haben. Einmal, weil die Fortsetzung der bisherigen Pariser Politik im Hinblick auf größere Konvergenz im EWS deutscher Unterstützung wert sein sollte. Zum anderen, weil über den Wechselkurs der Mark kein Inflationsimport in die Bundesrepublik stattfindet.

Überdies gibt es im EWS keinerlei Spannungen, die aus „objektiv falschen" Kursen resultieren und die für den Fall vorausgesagt waren, daß sich die Mark gegenüber dem Dollar so kräftig erholt. Dann könnte, so wurde vermutet, der Punkt erreicht werden, an dem andere EWS-Länder die Aufwertung der Mark gegenüber dem Dollar nicht mehr mitmachen wollten. Alle diese Überlegungen erwiesen sich zwar bisher als gegenstandslos. Dennoch wird weiter spekuliert. Die Spekulanten sind Gefangene ihrer eigenen spekulativen Gedanken geworden. Ob es mit einer Politik des langen Atems gelingt, ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist freilich nicht sicher.

AUF EIN WORT

» Man muß sich in der Bundesrepublik Deutschland stärker als bisher bewußt werden, daß der technische Fortschritt Motor des qualitativen und quantitativen Wachstums ist. Dabei gibt es keine harte kapitalistische und keine weiche grüne Technik. «

Dr. Alfred Voßschulte, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund. FOTO: HORST BOHM

Weltwirtschaft bleibt labil

AP, Hamburg

Die Weltwirtschaft bleibt nach Auffassung des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA) labil. Zwar verspreche 1986 das vierte Jahr eines anhaltenden Produktionsanstiegs zu werden, doch werde auch bei steigender Beschäftigung die Arbeitslosigkeit kaum sinken. Auch 1986 habe in allen Ländern „die nachhaltige Besserung der Wachstumsbedingungen" Vorrang. Hohe Staatsdefizite, hohe Zinsen und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte deuteten auf erhebliche Risiken hin. Besondere Belastungen für Europa und Japan gingen von der Finanz-, Geld- und Außenhandelspolitik der USA aus.

AKTIENMÄRKTE

Ungewöhnliche Hausse trieb die Kurse auf Rekordhöhen

cd. Frankfurt

Die deutsche Börse erlebte gestern einen ihrer ungewöhnlichsten Hausse-Tage. Das Geschäft war abermals so wild, daß die Börsenzeit offiziell um eine halbe Stunde verlängert werden mußte. Üppige Liquidität und die von der Wall Street-Hausse beflügelte Stimmung, trieb die Aktienkurse auf Rekordhöhen. Der WELT-Aktienindex kletterte um 3,3 Prozent von 287,54 auf 297,02 Punkte.

Besonders große Kurssprünge machten Daimler, die von 1310 zeitweilig auf 1445 DM stiegen und bei 1435 DM mit einem Plus von 5,9 Prozent des Kurswertes schlossen, ferner Mercedes, die ebenso stark auf 1320 (plus 130) DM kletterten. Das war zum Teil eine Reaktion darauf, daß sich die Daimler-Aktien aus Flick-Besitz ohne jeglichen Kursdruck unterbringen ließen, worauf manche poteniellen Köufer zum Zahltag vergeblich spekuliert hatten. Den beiden Daimler-Papieren standen BMW mit einem Anstieg von gut acht Prozent auf 652 (plus 49) DM kaum nach.

Gerüchte über eine deutliche Aufbesserung des Daimler-Aktienangebots an die AEG-Aktionäre (zu 170 DM) ließen den AEG-Kurs auf 300 (plus 20) DM hochschießen. Auch viele andere Publikumswerte erzielten Gewinne von drei bis teilweise zehn Prozent des Kurswertes, so Holzmann, die von 530 auf 585 sprangen. Spekulationen über eine angeblich bevorstehende Senkung von Diskont- unbd Lombardsatz nach dem weiteren Zinsrückgang in den USA ließen gestern auch den Rentenmarkt forcieren, wo die Bundesanleihenkurse bei großen Umsätzen bis um 80 Pfennige stiegen. Die stürmische Nachfrage nach Aktien und Festverzinslichen kam aus dem In- und Ausland.

OECD-ENTWICKLUNGSBERICHT

Selbstverwaltung soll künftig stärker gefördert werden

J. Sch. Paris

Nachdem die westlichen Industriestaaten mit ihrer Entwicklungshilfe wesentlich zum wirtschaftlichen Fortschritt der Entwicklungsländer beigetragen haben, komme es jetzt auf deren „Autonomie" an, schreibt der OECD-Ausschuß für die Entwicklungskooperation (DAC) im Jahresbericht 1985. Er setzt damit für die Entwicklungspolitik neue Akzente.

Unter Autonomie versteht der Ausschuß die Unabhängigkeit der Entwicklungsländer von ausländischen Subventionen. Dazu bedürfe es einer verstärkten Kooperation zur Stärkung des administrativen und organisatorischen Potentials der Entwicklungsländer. Untermauert werden sollten diese Bemühungen durch technische Hilfen.

Je mehr die Entwicklungsländer zur Selbstverwaltung in die Lage versetzt werden, um so geschmeidiger könnten die Bedingungen der Entwicklungshilfe sein, heißt es in dem Bericht. Die Geberländer müßten dann allerdings bereit sein, innerhalb vernünftiger Grenzen das Risiko von Verzögerungen bei der Tilgung von Entwicklungskrediten zu akzeptieren. Denn es brauche eine gewisse Zeit, bis sich die Entwicklungsländer die für ihre Autonomie notwendigen Erfahrungen aneignen könnten.

Der Ausschuß fordert, die Entwicklungshilfe nicht nur quantitativ weiter zu steigern, sondern in verstärktem Maße ihre Qualität zu verbessern. Als produktivste Entwicklungshilfe werden dabei Investitionen in die menschliche Leistungskapazität bezeichnet. Im übrigen sollte mehr Gewicht auf den langfristigen Nutzeffekt und weniger auf kurzfristige Ergebnisse gelegt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Rekorde für Japans Auto-Industrie

Tokio (dpa/VWD) – Die japanische Automobilindustrie hat 1985 ihren Inlandsabsatz auf die Rekordzahl von 5 556 844 Fahrzeugen gesteigert. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Zuwachs um 2,2 Prozent. Marktführer Toyota Motors konnte seinen Marktanteil um einen Punkt auf 41,8 Prozent steigern. Der Branchenzweite Nissan Motors verlor einen Prozentpunkt und kam auf einen Marktanteil von 26 Prozent. Der nahezu unbedeutende Import wuchs 1985 um 19,5 Prozent auf 50 172 Einheiten und lag damit noch immer deutlich unter dem 1979 erreichten Rekord von 60 161 Fahrzeugen.

Ölverbrauch soll sinken

Köln (dpa/VWD) – Der Erdöl-Anteil am Energieverbrauch in der Bundesrepublik wird nach Schätzungen des unternehmernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) bis zum Jahr 2 000 auf etwa ein Drittel sinken, 1984 lag er noch bei gut 41 Prozent. Seit 1973 sei der Absatz von Mineralöl in der Bundesrepublik jährlich um 2,6 Prozent auf 108 Mill. Tonnen im Jahre 1984 geschrumpft. Bis zur Jahrhundertwende werde der Inlandsabsatz aber nur noch um jährlich 1,3 Prozent zurückgehen.

Einheitliche Preise

Bonn (dpa/VWD) – Der Bundesernährungsminister soll künftig die Endverbraucherpreise bei Verbilligungsaktionen der EG festsetzen dürfen. Das sieht der Entwurf eines Änderungsgesetzes vor, der von der Bundesregierung jetzt dem Bundesrat zugeleitet wurde. Damit soll sichergestellt werden, das durch einen einheitlichen Preis insbesondere bei der Abgabe verbilligter Butter die Preisermäßigung bis zum Endverbraucher weitergegeben wird, heißt es in der Begründung zu dieser Änderung.

Sparen gefordert

Bonn (Mk.) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat die obersten Bundesbehörden aufgefordert, ihre Voranschläge für den Haushaltsentwurf 1987 bis zum 1. März seinem Hause zu übersenden. Denn die Bundesregierung werde ihre Entscheidung über den Etat 1987 wie üblich vor der parlamentarischen Sommerpause treffen. Stoltenberg forderte alle Beteiligten zu besonderer Sparsamkeit auf, damit die Entwicklung der Bundesausgaben auch in den kommenden Jahren im Rahmen der im Finanzplanungsrat vereinbarten Zuwachsrate von dei Prozent gehalten werden könne. Nur so könne der Handlungsspielraum für weitere Steuerentlastungen in der kommenden Wahlperiode gewonnen werden.

Pessimismus

Köln (dpa/VWD) – Die vorwiegend mittelständische Möbelwirtschaft in der Bundesrepublik, die 1985 preisbereinigt drei bis vier Prozent weniger umgesetzt hat als im Vorjahr, rechnet mit einem weiteren Rückgang der Betriebe und Beschäftigten in Industrie und Handel. Dies haben Branchensprecher gestern anläßlich der Internationalen Möbelmesse Köln (14. bis 19. Januar) mitgeteilt. „Die Branche wird zufrieden sein, wenn sie 1986 kein Minus macht", sagte Erich Naumann, Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Möbelindustrie.

Zinsanhebung

London (fu) – Als erste der britischen Großbanken hat die Midland Bank ihren Basiszinssatz um einen Punkt auf 12,5 Prozent angehoben. Die Basis-Ausleihezinsen der britischen Banken lagen seit dem 29. Juli vergangenen Jahres bei 11,5 Prozent. Es ist zu erwarten, daß die drei anderen Großbanken dem Schritt von Midland folgen werden. Der starke Druck auf das britische Pfund während der letzten Wochen, eine erhebliche Ausweitung der Bankausleihungen im letzten Monat sowie ein Geldmengen-Anstieg im Dezember um 0,75 Prozent hatten bereits am Dienstag zu einer Erhöhung der Londoner Geldmarktzinsen geführt, die eine Anhebung der ohnehin schon hohen Basiszinsen nicht mehr ausschließen ließ.

Berlin stark gefragt

Berlin (AP) – Mit den Rekordzahlen von fast 1,7 Mill. Gästen und mehr als 4,5 Mill. Übernachtungen hat Berlin 1985 zweistellige Zuwachszahlen im Tourismus gegenüber dem Vorjahr erreicht. Staatssekretär Karl-Joachim Kierey vom Wirtschaftssenat der Stadt berichtete gestern, es seien 160 000 oder elf Prozent mehr Gäste in die geteilte Stadt gekommen, die Zahl der Übernachtungen sei um 600 000 oder 15 Prozent gegenüber 1984 gestiegen. Der Senat erwarte jedoch nicht, daß solche Zuwachszahlen im nächsten Jahr wieder erreicht werden können, erklärte Kierey.

Frühe Anleihe

Paris (J. Sch.) – Früher und in weit stärkerem Maße als üblich wendet sich die französische Regierung in diesem Jahr an den Kapitalmarkt. Die gestern aufgelegte neue Staatsanleihe lautet auf 25 Mrd. Franc. Bei einem Nominalzins von 9,70 bzw. 9,80 Prozent erreicht die Rendite je nach Ausstattung bei zehn bzw. elf Jahren Laufzeit 10,20 bzw. 10,35 Prozent.

Niedersachsen-Anleihe

Hannover (dos) – Das Land Niedersachsen gibt über ein Bankenkonsortium unter Führung der Norddeutschen Landesbank die erste Länder-Anleihe im neuen Jahr. Vom Gesamtvolumen der 400 Mill. DM-Anleihe werden den Anlegern 300 Mill. DM angeboten. Die Anleihe hat eine Laufzeit von zwölf Jahren und ist mit einem Zinssatz von 6,5 Prozent sowie einem Ausgabekurs von 99 Prozent ausgestattet. Die Rendite für den privaten Anleger erreicht 6,62 Prozent. Die letzte Niedersachsen-Anleihe (400 Mill. DM) wurde im Oktober 1985 gegeben. Damals betrug der Nominalzins 6,5 Prozent.

Französische Mark

Straßburg (AFP) – In der elsässischen Metropole gibt es jetzt zwei Bankomaten, die deutsche Geldscheine ausgeben. Diesen Service, der bisher einmalig in Frankreich ist, bietet das Kreditinstitut Banque Populaire de la Région économique de Strasbourg (BPRES) seinen Kunden an. Zum Geldabheben in den Bankomaten wird eine internationale Visakarte benötigt. 600 Mark können täglich abgehoben werden. An einen Ausbau dieses Devisensystems wird gedacht.

„DDR"

Wirtschaftswachstum hat das Planziel übertroffen

dpa/VWD, Berlin

Das Nationaleinkommen der „DDR" ist 1985 um 4,8 Prozent gestiegen und lag damit unter dem Zuwachs des Vorjahres, der mit 5,5 Prozent ausgewiesen worden war. Nach den von der amtlichen Nachrichtenagentur ADN veröffentlichten vorläufigen Angaben konnte das für 1985 mit 4,4 Prozent angesetzte Planziel allerdings übertroffen werden. Für die industrielle Warenproduktion wurde ein Zuwachs von 4,5 Prozent für den Bereich der Industrieministerien angegeben (Plan 1985: 4,3 Prozent). Besonders hoch sei das Wachstum bei der Herstellung mikroelektronischer Erzeugnisse gewesen.

Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung nahmen nach dem Bericht „um über fünf Milliarden Mark" zu, was einer Steigerungsrate von etwa 3,7 Prozent entspricht, während im Plan eine Erhöhung um vier Prozent als Ziel gesetzt worden war. Der Einzelhandelsumsatz sei insgesamt um 4,2 Prozent (Plan: vier Prozent) gesteigert worden, bei Industriewaren sogar um 5,6 Prozent, doch dürften sich hier Preissteigerungen ausgewirkt haben.

Für 62 Mrd. Mark seien 1985 in der Volkswirtschaft Investitionen getätigt worden, während dafür im Plan mit 56 Mrd. Mark das im Jahr zuvor erreichte Ergebnis vorgesehen war. Mit 212 200 neugebauten oder modernisierten Wohnungen wurde das Planziel von 203 000 Wohnungen deutlich übertroffen.

In der Landwirtschaft sei mit einer Pflanzenproduktion „von 31,1 Mill. Tonnen Getreideeinheiten die bisher größte Ernte eingebracht worden". Zahlen zum Außenhandel enthielt der ADN-Bericht noch nicht.

WIRTSCHAFTSPOLITIK / Otto Wolff: Staat muß sich von Interventionen fernhalten

Konsolidierung hat absoluten Vorrang

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Haushaltskonsolidierung hat für den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handestages, Otto Wolff von Amerongen, weiterhin höchste Priorität unter allen wirtschaftspolitischen Zielen. „Und wenn ich einen Blick auf die 90er Jahre werfen soll, dann steht für mich eine echte Steuerreform für den Beginn des nächsten Jahrzehnts in der gleichen Prioritätenstufe wie die für die Haushaltskonsolidierung", sagte Wolff in einer Grundsatzrede in Oldenburg.

Ein solches Programm müßte eine Größenordnung von weit über 40 Milliarden Mark haben und sollte zu einem erheblichen Teil durch den Abbau von Subventionen finanziert werden. „Wenn das Ziel der nachhaltigen Sanierung der Defizitlage der Staatshaushalte nicht in Gefahr geraten soll, muß der größte Teil dieser steuerpolitischen Investitionen in die Zukunft durch Abbau der Staatsausgabenquote insgesamt bereitgestellt werden", betonte der DIHT-Präsident.

So sehr die Bundesregierung mit Recht auf Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung, auf niedrige Zinsen, erhöhte Geldwertstabilität und die niedrigste Inflationsrate seit den 60er Jahren hinweisen könne, so wenig habe sie allerdings beim Abbau des Staatsanteils das von ihr selbst gesteckte Klassenziel erreicht. Der Staat muß sich nach Ansicht von Otto Wolff auf die ihm zukommende Rolle besinnen, nämlich die Bedingungen für wirtschaftliches Handeln zu setzen, und sich von Interventionen im Wirtschaftsleben fernhalten.

Entschieden wandte sich Otto Wolff gegen die Ansicht, die vor allem in Baden-Württemberg vertreten wird, staatliche Projektunterstützung sei notwendig, weil die unternehmerischen Suchprozesse viel zu langsam seien. Natürlich müsse der Unternehmer den Markt abtasten, was Zeit brauche. Aber die Investitionen seien eine Summe von Einzelentscheidungen und „damit kumuliert sich der Fehler eines Betriebes nicht zu den Fehlern eines durch die öffentliche Hand verantworteten Gesamtbeschlusses".

Was ein einzelner Unternehmer falsch mache, machten nicht alle automatisch falsch. „Aber genau das ist zu befürchten, wenn im Rahmen einer projektunterstützenden Industrie- und Technologiepolitik vom Staat her Marktchancen oder Verhaltensweisen vorgegeben werden."

Und: „In Sachen Marktfindung ist Bürokratie für mich in der Regel die Vervielfältigung von Problemen durch Einstellung weiterer Beamter." Otto Wolff wies darauf hin, daß Eureka bislang in der deutschen Wirtschaft noch wenig Anklang finde. Technologisch führende Unternehmen seien äußerst skeptisch.

BÖRSE LONDON / Übernahmen belebten das Geschäft

Der Kurstrend zeigt aufwärts

WILHELM FURLER, London

Am 18. Januar 1985 durchbrach der Financial-Times-Index für 30 führende Unternehmenswerte an der Londoner Börse zum ersten Mal die 1000-Punkte-Marke. Am letzten Börsentag des vergangenen Jahres schloß er bei 1131,4 Punkten. Der Index-Anstieg zwischen Jahresbeginn und Ende 1985 um gut 179 Punkte bedeutet eine Verbesserung um 18,8 Prozent. Der Index schloß nur geringfügig unter dem bisherigen Rekordstand, der am 25. November 1985 mit 1146,9 Punkten erzielt worden war. Gleich zu Beginn des neuen Jahres erreichte der Index wieder einen neuen Rekordstand von 1149,6 Punkten.

1985 wird in die britischen Börsen-Annalen als Jahr der Übernahmegefechte eingehen. Allein in den letzten Wochen bis zum Jahresende wurden fünf Übernahmeangebote im Wert von fast 30 Mrd. DM abgegeben. Dieses Übernahmefieber, das schon zu Beginn des vergangenen Jahres einsetzte und sich in den letzten Monaten 1985 massiv verstärkte, hatte einen belebenden Einfluß auf das Börsengeschehen.

Ihm ist es in erster Linie zu verdanken, daß sich widrige Faktoren wie das vergleichsweise sehr hohe britische Zinsniveau und ein sich abschwächendes Wachstum bei den Unternehmensgewinnen nicht auswirkten. Zudem mußte ein Kapitalbedarf in Form von Kapitalerhöhungen und Aktienemmissionen wie nie zuvor verkraftet werden.

Großzügige Dividenden

Positiv wirkten sich ein unerwartet hohes Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent bei einer geringer als befürchteten Inflationsrate von 5,4 Prozent aus. Trotz der im Durchschnitt von 25 auf zehn Prozent zurückgefallenen Gewinnsteigerungen der Unternehmen hielt die generöse Dividenden-Ausschüttung an: Wurden 1984 im Durchschnitt Dividendenausschüttungen in einer Rekordhöhe von 21 Prozent vorgenommen, waren die Unternehmen im vergangenen Jahr immerhin noch zu Erhöhungen um 18 Prozent bereit, obwohl damit die Dividenden schneller stiegen als die Gewinne. Diese Dividenden-Großzügigkeit geht zu einem nicht geringen Teil auf das Übernahmefieber zurück. Um die Erfolgschancen eines befürchteten Übernahmeversuches zu verringern, entschlossen sich immer mehr Unternehmen, ihren Aktionären eine höhere Ausschüttung anzubieten.

Welche große Rolle bei dem Übernahme-Fieber reine Spekulationen spielen, geht aus einer Untersuchung des Stockbrokers Rowe & Pitman hervor: Danach steckten Anfang Dezember in den Aktienkursen von nicht weniger als einem Viertel der 100 größten Gesellschaftern erhebliche „Übernahme-Aufschläge".

Kapitalerhöhungen brachten allein in der ersten Jahreshälfte 1985 rund elf Mrd. DM an neuem Kapital, mehr als das Doppelte dessen, was im ganzen Jahr zuvor bewältigt worden war. Mit Neuemissionen wurden 1985 rund 4,25 Mrd. DM plaziert.

Kaufhäuser favorisiert

Unter den Branchen schnitten 1985 Einzelhandels- und Kaufhauswerte (plus 36 Prozent) am besten ab, getragen vom anhaltenden Boom bei den Konsumausgaben: Sie stiegen im dritten Jahr hintereinander, nämlich um real 2,5 Prozent. Eindeutige Verlierer waren Werte der Elektronikindustrie, die noch im Jahr zuvor zu den Favoriten zählten.

Auch für dieses Jahr werden die Aussichten von Börsianern durchweg mit Zuversicht gewertet. Allerdings finden sich nur wenige, die eine hausseartige Kursentwicklung voraussagen. Das Gros der Makler und Jobber geht eher von einer durchschnittlichen Kursverbesserung um zwischen zehn und 20 Prozent aus.

Hinter dieser Zuversicht steht die Erwartung, daß das britische Wirtschaftswachstum in diesem Jahr kaum hinter dem von 1985 zurückbleiben dürfte: Im schlechten Fall wird mit zwei Prozent, im günstigen mit vier Prozent Wachstum gerechnet. Die Inflationsrate wird in diesem Jahr weiter fallen, möglicherweise auf weniger als vier Prozent.

Für die Unternehmensgewinne gilt ein durchschnittliches Vorsteuer-Wachstum von weiteren zehn, möglicherweise sogar 15 Prozent, als durchaus realistisch. Erwartete Steuerzugeständnisse des Schatzkanzlers im nächsten Budget dürften die Gewinne nach Steuern zusätzlich begünstigen. Entsprechend wird das Dividenden-Wachstum Schritt halten.

Allerdings wird von Börsianern auf zwei Faktoren verwiesen, die die Kursentwicklung negativ beeinflussen könnten: Die Unsicherheit über die Ölpreisentwicklung, sowie ein anhaltend hohes Zinsniveau.

JAPAN–UdSSR / Moskau sucht Mitarbeit bei Projekten zur Entwicklung Sibiriens

Handel expandiert erstmals seit 1982

FRED de LA TROBE, Tokio

Anläßlich des Besuchs des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in Tokio Mitte Januar werden auch Wirtschaftsthemen zur Sprache kommen. Der Außenminister will das Anliegen Moskaus nach japanischer Mitarbeit bei Projekten zur Entwicklung Sibiriens, nach langfristigen Darlehen und einer Ausweitung des bilateralen Handels vorbringen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Klima zwischen Japan und der Sowjetunion deutlich gebessert. Tokio hatte sich wegen der sowjetischen Besetzung Afghanistans schon 1980 den westlichen Sanktionen gegen Moskau angeschlossen. Inzwischen sind die Einschränkungen zwar gefallen, und staatliche niedrigverzinsliche Kredite für Geschäfte mit den Sowjets können wieder gewährt werden. Ob sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten aber bald verbessern und wesentlich ausdehnen lassen, bleibt sehr fraglich.

Alle Anzeichen und Erklärungen deuten darauf hin, daß Außenminister Abe eine feste japanische Verhandlungsposition beziehen wird: Die Anliegen Schewardnadses, einen langfristigen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu schließen und größere japanische Darlehen zu erhalten, wird er kaum erfüllen, wenn sich die Sowjets nicht zu Zugeständnissen gegenüber den Territorialansprüchen Japans bereiterklären. Gerade in diesem Punkt ist Moskau bisher unnachgiebig geblieben.

Mit den erleichterten Kreditbedingungen ist allerdings eine begrenzte Zunahme des Handels wahrscheinlich. Wegen der japanischen Sanktionen in den letzten Jahren war der Umfang des beiderseitigen Güteraustauschs von 5,6 Mrd. Dollar im Fiskaljahr 1982 auf 4,3 Mrd. im Fiskaljahr 1983 und 3,9 Mrd. im Fiskaljahr 1984 gesunken. In der Periode Januar bis August 1985 kam der Handel auf 2,8 Mrd. Dollar, eine Zunahme von vier Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit. Die Japaner liefern vor allem Stahl, Bau- und Werkzeugmaschinen, Lastwagen, Textilien und Konsumgüter und beziehen Holz, Gold, Aluminium, Kohle und Rohbaumwolle.

Die UdSSR kann vor allem Rohstoffe anbieten, für die Japan aber schon reichliche Einfuhrabkommen mit anderen Ländern hat. Die Zeiten, in denen die Japaner stets rührig nach neuen Bezugsquellen für Rohmaterialien ausschauten, sind vorläufig vorbei. So ist auch das Interesse Tokios an der Erschließung sibirischer Bodenschätze im Augenblick recht gedämpft.

Ein erster Schritt in Richtung auf einen Ausbau der Wirtschaftskontakte war im letzten Monat getan worden, als ein langfristiges Abkommen über japanische Holzeinfuhren abgeschlossen wurde. Danach wird Japan 8,2 Mill. Kubikmeter Holzspäne und drei Millionen Kubikmeter Klobenholz im Wert von zusammen 500 Mill. Dollar über eine Zeitspanne von zehn Jahren beziehen und den Sowjets dafür Holzbearbeitungsmaschinen liefern.

Zwei japanische Konsortien bemühen sich derzeit auch um russische Aufträge für den Bau petrochemischer Werke in der Sowjetunion – ein Polyolefin-Werk für umgerechnet 30 Mrd. Mark und ein Polyester-Werk für 50 Mrd. Mark. Die staatliche Exim-Bank hat sich bereiterklärt, für diese Projekte niedrigverzinsliche Kredite bereitzustellen.

Außer an Handel und Werkanlagen hat Moskau auch Interesse für japanisches Know-how angemeldet. Das sowjetische Planungskomitee „Gosplan" überreichte jetzt in Tokio eine Liste mit 14 verschiedenen Technologien, die es von den Japanern übernehmen möchte.

Dazu gehören Mikroprozessoren, numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen, Roboter, neue Industriematerialien, Meßgeräte, Biotechnologie und Energieeinsparsysteme. Ein beträchtlicher Teil dieser Techniken ist aber unter den Cocom-Bestimmungen von dem Verkauf an kommunistische Staaten ausgeschlossen.

(SAD)

WESTLAND / Europäische Gruppe verbessert Offerte

Vorstand wird umgangen

fu, London

Das europäische Hubschrauber-Konsortium, dem die Firmen MBB, Aerospatiale (Frankreich), Agusta (Italien) und British Aerospace sowie die General Electric Company (GEC) angehören, hat sich jetzt über die Köpfe des Vorstandes des angeschlagenen britischen Hubschrauber-Herstellers Westland hinweg direkt an die Westland-Aktionäre gewandt und sie dringend aufgefordert, einer europäischen Lösung gegenüber der vom Vorstand angestrebten amerikanischen Beteiligung den Vorzug zu geben. Gleichzeitig legte das Konsortium ein nochmals verbessertes Beteiligungs-Angebot vor.

Es schließt jetzt eine Finanzspritze in Höhe von 75 Mill. Pfund (264 Mill. DM) gegenüber bisher 73 Mill. Pfund ein. Der konkurrierende Bewerber, die Sikorsky-Fiat-Gruppe, hatte tags zuvor sein Angebot einer Finanzspritze von 72 auf 74 Mill. Pfund erhöht. Unverändert blieb das europäische Angebot von garantierten 1,5 Millionen Arbeitsstunden über einen Zeitraum von drei Jahren. Das Sikorsky-Fiat-Angebot sieht garantierte zwei Millionen Arbeitsstunden vor, allerdings über einen Zeitraum von fünf Jahren. Damit liegt das Angebot des europäischen Konsortiums zweifelsfrei über dem von Sikorsky/Fiat.

Am 14. Januar wird eine außerordentliche Aktionärsversammlung über die Empfehlung des Vorstandes zur Annahme des Sikorsky-Beteiligungsangebots entscheiden. Für die Annahme ist eine 75prozentige Mehrheit erforderlich.

Inzwischen hat Alan Bristow, Inhaber der britischen Hubschrauber-Gesellschaft Bristow Helicopters und gleichzeitig größter Einzel-Aktionär von Westland, wissen lassen, daß er das Rettungspaket des europäischen Konsortiums favorisiert.

EG / Die Landwirte müssen den Gürtel enger schnallen

Schlechtes Wetter als Ursache

Ha. Brüssel

Die von der EG-Kommission geforderte restriktive Preispolitik für Agrarerzeugnisse dürfte von der europäischen Bauernlobby kaum mitgetragen werden: Anders als im Vorjahr können die landwirtschaftlichen Organisationen nämlich für 1985 auf einen Rückgang der bäuerlichen Einkommen in der Gemeinschaft um durchschnittlich 5,7 Prozent hinweisen.

Nach Angaben des statistischen Amtes der EG ist der Einkommenseinbruch vor allem auf die schlechten Wetterbedingungen in weiten Teilen der Gemeinschaft zurückzuführen. Allerdings müsse der Rückgang auch vor dem Hintergrund der besonders günstigen Zahlen des Vorjahres (durchschnittlicher Einkommenszuwachs vier Prozent) gesehen werden.

Eine Aufschlüsselung nach Ländern zeigt, daß die Landwirte in allen Mitgliedsstaaten außer in Italien (plus 3,2 Prozent) und Dänemark (plus 1,5 Prozent) den Gürtel enger schnallen mußten. Die höchsten Einbußen verzeichneten die britischen (minus 17,5 Prozent), die deutschen (minus 15,0 Prozent), die irischen (minus 12,2 Prozent) und die französischen Landwirte (minus neun Prozent).

Dagegen fielen die Einkommensminderungen in den Niederlanden (minus 4,4 Prozent) und Luxemburg (minus 2,9 Prozent) relativ mäßig aus. Nahezu unverändert blieben die Einkommen in Belgien (minus 0,6 Prozent) und in Griechenland (minus 0,8 Prozent).

1984 hatten die deutschen Landwirte mit einer Wachstumsrate von 18,5 Prozent an der Spitze der Einkommensentwicklung gestanden. An zweiter und dritter Stelle folgten die irischen (plus 13,6 Prozent) und die britischen (plus 10,0 Prozent) Bauern.

NAMEN

Dr. **Reinhard Drilling** hat am 31. Dezember 1985 die Druckerei und Verlagsgruppe A. Sutter, Essen, als Gesellschafter und als Geschäftsführer verlassen.

Peter Körfer-Schün, bislang Leiter des Stabes Marketing der Unternehmensgruppe Melitta in Minden, ist in die Geschäftsleitung für den neu gegründeten Zentralbereich Marketing berufen worden.

Lutz Erler (44), bisher kaufmännischer Direktor der MAI Deutschland GmbH, Frankfurt, wurde zum Vice President Administration der Calay Systems GmbH, Offenbach, bestellt.

Gotthelf Dietrich und Dr. **Richard Ihm** sind aus dem Vorstand der Magdeburger Feuerversicherungs-AG, Hannover ausgeschieden. Bei der Magdeburger Union Rechtsschutz ist **Bernhard Leutner** als Nachfolger von **Horst-Günther Wendt** zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt worden. Die gleiche Funktion hat **Wilhelm Nolte** bei der Hagelversicherungs-AG übernommen.

Dr. **Horst K. Jannott,** Vorsitzender des Vorstandes der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft, ist in die Verwaltungsräte der Londoner Merchant Bank S.G. Warburg & Co. Ltd. und ihrer Holding-Gesellschaft Mercury Internationale Group gewählt worden.

Hans-Dieter Ochs, stellvertretender Geschäftsführer der G. Ochs, Geräte- und Bau-Finanz GmbH, Offenbach und Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung der Unternehmensgruppe Rohé, ist am 1. Januar 1986 nach langer, schwerer Krankheit, kurz nach Vollendung des 40. Lebensjahres gestorben.

Quandt-Holding kauft van Laack

Py. Düsseldorf

Der traditionsreiche, international renommierte Textilhersteller van Laack hat einen neuen Eigentümer. Wie die van Laack, Schmitz & Eltschig GmbH & Co. KG, Mönchengladbach, gestern mitteilte, sind die Geschäftsanteile des Unternehmens am 1. Januar 1986 in den Besitz der Industrie-Planungsgesellschaft mbH, einer Holding der Familie Dr. Herbert Quandt, übergegangen.

Das 1881 in Berlin gegründete Unternehmen, das vorwiegend in der Bundesrepublik Deutschland im Luxusbereich angesiedelte klassisch-modische bis sportlich-elegante Herren-Oberhemden und Damen-Blusen sowie Röcke und Kleider fertigt, hatte zuletzt für das Jahr 1981 seinen Umsatz mit 91 Millionen DM, die Zahl der Beschäftigten mit 1350 angegeben. Der bisherige geschäftsführende Gesellschafter Rolf Hoffmann, der alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer bleiben wird, begründet den Verkauf des Unternehmens mit der beruflichen Orientierung seiner Kinder außerhalb des Unternehmens.

Daher habe man im Sinne einer frühzeitigen und langfristigen Zukunftssicherung des Unternehmens einen für ein Familienunternehmen adäquaten Gesellschafter gesucht, der auch für die nächsten Jahrzehnte den Unternehmens-Charakter, Exklusivität und Qualitätsanspruch der Marke sowie die Seriosität der Geschäftspolitik sicherstellt.

BAYER / Kapitalerhöhung um 230 Millionen Mark

Investitionen verstärkt

Py. Düsseldorf

Die Bayer AG, Leverkusen, erhöht aus genehmigtem Kapital ihr Grundkapital um 230 Mill. DM auf 2,843 Mrd. DM. Wie im Anschluß an eine Aufsichtsratssitzung mitgeteilt wurde, sollen die Mittel dazu dienen, in den kommenden Jahren die verstärkte Investitionstätigkeit zu finanzieren und größere im Konzernbereich fällige Kredite zurückzuzahlen. Die Investionen werden sich in den Jahren 1986 und 1987 auf rund 4,5 Mrd. DM belaufen und die Abschreibungen um rund 0,5 Mrd. DM überschreiten.

Die Neuemission wird zu folgenden Konditionen durchgeführt: die neuen Aktien werden von den Aktionären im Verhältnis 14:1 zum Ausgabepreis von 240 DM je 50-DM-Aktie angeboten. Die Inhaber von Optionsscheinen der Bayer AG, der Bayer International Finance N. V. und der Bayer Capital Corporation N. V., haben ein entsprechendes Bezugsrecht. Die neuen Aktien sind für das Geschäftsjahr 1986 voll dividendenberechtigt. Die Bezugsfrist wird voraussichtlich vom 24. Januar bis 7. Februar 1986 laufen. Insgesamt wird ein Mittelzufluß von rund 1,06 Mrd. DM erwartet.

Die Bayer AG hatte erst gegen Jahresende das Ergebnis 1985 als gut bezeichnet. Es werde das bisher beste Ergebnis von 1984 noch übertreffen. Zwar gab Vorstandsvorsitzender Hermann J. Stenger damals keine Dividendenprognose, doch werde man die flexible, ertragsorientierte Dividendenpolitik fortsetzen und für 1985 „mindestens der 1984er Satz von 9 (7) DM zahlen".

VEREINIGTE STAATEN / 1985 brachte Umwälzungen für elektronische Medien

Niedrige Kurse lösen Fusionswelle aus

H.-A. SIEBERT, Washington

Kein Wirtschaftszweig ist in den USA im vergangenen Jahr so geschüttelt worden wie die Fernsehbranche. Amerikaner, die in den 50er Jahren geboren wurden, sind aufgewachsen mit so eindrucksvollen Namen wie Columbia Broadcasting System (CBS), der National Broadcasting Co. (NBC) und der American Broadcasting Co. (ABC). Diesen drei Privatunternehmen – öffentlich-rechtliche Anstalten gibt es in den Vereinigten Staaten nicht – gehörte allein der überregionale Markt. Sie bildeten die „National Networks", wobei zuerst NBC, dann CBS und zuletzt ABC mit den höchsten Einschaltquoten dominierte.

Heute ist NBC als Teil des RCA-Konzerns dabei, von der General Electric Co. geschluckt zu werden. Nur noch die Aktionäre streiten sich über den Aktienkurs, den „GE" zahlen soll. Die Capital Cities Communications Inc. hat soeben die Übernahme von ABC abgeschlossen. Um die Vorschriften der Washingtoner Federal Communications Commission zu erfüllen, mußte sie einige Sender verkaufen, da die erlaubte Zahl genau festgelegt ist. CBS hat die Fusionsattacke des Südstaatlers Ted Turner zwar abgewehrt, der Rückkauf der Aktien stürzte das Unternehmen jedoch derart in Schulden, daß es in großem Umfang Tochtergesellschaften versilbern muß.

Marktkräfte gestärkt

Es ist nicht zu hoch gegriffen, diese größte Umstrukturierung seit dem Beginn der Fernseh-Ära als Umwälzung zu bezeichnen. Möglich wurde sie durch den Abbau der Regulationen, der das Oligopol aufbrechen und für mehr Markt sorgen sollte. Dies ist zweifellos gelungen. Hinzu kam die Erkenntnis, daß die an den Börsen gebildeten Preise für die Aktien viel zu niedrig waren. Dieser klassische Fall von Unterbewertung löste eine Welle Übernahmeangebote aus, die im vergangenen Februar einsetzte, als die Taft Broadcasting Co. von der Gulf Broadcast Co. für 755 Mill. Dollar (1,86 Mrd. Mark) sechs Fernseh- und acht Radiosender erwarb.

Von der glatten Abwicklung ermutigt, machte sich im März die Capital Cities Communications an ABC heran, was zunächst als Sakrileg verurteilt wurde. Der Preis, insgesamt 3,5 Mrd. Dollar, war aber zu verlockend, um von den Anteilseignern zurückgewiesen zu werden. Entstanden ist ein Konzern mit acht eigenen Fernseh- und zehn Radiostationen, Filmateliers, Beteiligungen am Kabelfernsehen sowie Zeitungen in Kansas City, Fort Worth und Pontiac, Michigan. Der Capital Cities-ABC Inc. angeschlossen sind mehr als 200 Fernseh- und nahezu 1600 Radiosender, die Programme kaufen.

Im April offerierte dann das Turner Broadcasting System, Atlanta, den CBS-Aktionären hochverzinste Junk Bonds und eigene Aktien für eine Beteiligung von 62 Prozent. Ein Sturm brach los – auch wegen der politischen Kabale, da der Segler (American Cup) und Besitzer des Fernsehsenders CNN, der rund um die Uhr Nachrichten ausstrahlt, von konservativen Kräften vorgeschoben worden war, um durch Aufkauf die liberale CBS Inc. mundtot zu machen. Der finanzschwache Turner mußte aufgeben, als CBS eine Milliarde Dollar aufnahm und damit ein Aktien-Buyback veranstaltete.

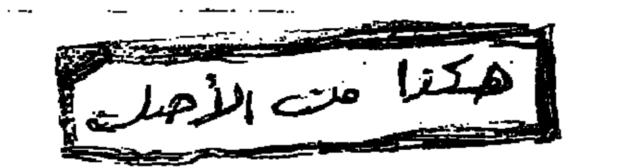
Für den Theaterdonner hat CBS teuer bezahlt. Der Konzern dreht keine Filme mehr; mit dem Abstoßen vieler Unternehmensteile – den New Yorker Buchverlag Holt erwarb die Holtzbrinck GmbH in Stuttgart – hat er erheblich an Substanz verloren. Begonnen wurde mit einem Personalabbau, durch den jährlich 20 Mill. Dollar eingespart werden. 1985 schrumpfte der Umsatz um vier, die Verzinsung des eingesetzten Kapitals auf 0,3 Prozent. Die Gewinnstabilität wird von „Forbes" als sehr gering eingestuft. Aber auch Turner steckt in der Klemme. Wie es aussieht, kann er auch nicht das Geld für die Übernahme der MGM/UA Entertainment Co., insgesamt 1,5 Mrd. Dollar, aufbringen. MGM machte überdies 1985 hohe Verluste.

Teure Hochzeit

Die Heirat der weltbekannten General Electric und RCA kostet mindestens 6,3 Mrd. Dollar. Es entsteht ein neuer Koloß, der rund 40 Mrd. Dollar umsetzen und nach Steuern 2,6 Mrd. Dollar verdienen wird. „GE", früher selbst im Fernseh- und Radiogeschäft, will NBC nicht antasten. Es wird jedoch befürchtet, daß sich das elektronische Medium in dem Mammutunternehmen nur schwer behaupten kann. Noch vor einigen Jahren erklärte der Konzern, Rundfunk und Fernsehen passen nicht in seine langfristige Strategie. NBCs Anteil am RCA-Umsatz beträgt 30 Prozent.

Der Zugriff von „GE" erschreckte im Dezember die Branche. Im Sommer hatte der australische Medien-Mogul Rupert Murdoch, seit kurzem US-Staatsbürger, die sieben Sender der Metromedia Inc. erworben und ist seitdem die Nummer eins unter den unabhängigen Fernsehstationen in Amerika. Ihm folgten die Zeitungsverlage Tribune und Gannet, die sich ebenfalls breit in der Fernseh- und Radiosparte etablierten. Die Washington Post Co. kaufte jetzt der Capital Cities-ABC Inc. 53 Kabelfernseh-Systeme für 350 Mill. Dollar mit 350 000 Abonnenten im Westen und Süden der USA ab.

Motor für die Umwälzungen sind die enormen Gewinne, die mit elektronischen Medien zu erzielen sind. Laut Morgan Stanley, einem Brokerhaus, stiegen sie von 1979 bis 1984 jährlich um 16 Prozent.



HERTIE / Betriebsverlust drastisch reduziert

Rückkehr zum Wachstum

adh. **Frankfurt**

Steigende Umsätze und einen deutlich verringerten Betriebsverlust meldet der Hertie-Warenhauskonzern in einem ersten Überblick über das vergangene Jahr. Danach stiegen die Konzern-Umsätze in den 124 Waren- und Kaufhäusern auf einer mit 860 000 qm nahezu unveränderten Verkaufsfläche um 3,3 Prozent auf 5,87 (5,71) Mrd. DM. Davon entfallen auf die 76 Hertie- und Wertheim-Warenhäuser 5,39 Mrd. DM. Das sind 3 Prozent mehr als im Vorjahr.

Mit dieser Steigerungsrate liegt Hertie in der Warenhausbranche an der Spitze, betont das Unternehmen. In den 48 Kaufhäusern von bilka und biltex sei der Umsatz – bei sechs Neueröffnungen im Laufe des Jahres – um 6,6 Prozent gestiegen, auf unveränderter Fläche beträgt das Plus 2,5 Prozent. Die Zahl der Hertie-Mitarbeiter sank im Laufe des Jahres um 4,4 Prozent auf 41 990 Beschäftigte.

Schon jetzt lasse sich absehen, daß der Hertie-Betriebsverlust für das Jahr 1985 etwa ein Drittel kleiner sein wird, heißt es weiter. Für 1984 hatte der Warenhauskonzern 146 Mill. DM Betriebsverlust ausgewiesen, womit sich die seit 1976 angefallenen Verluste auf gut eine halbe Milliarde Mark addierten.

Mit der Rückkehr zu einem Umsatzwachstum (1984: Rückgang um 6 Prozent) und der Reduzierung des Betriebsverlustes erntet der fünfköpfige Hertie-Vorstand, als dessen Sprecher seit Jahresbeginn Jürgen Krüger amtiert, erste Früchte der von ihm eingeleiteten Maßnahmen zur Strukturverbesserung. Dazu gehören auch die rund 100 Mill. DM Investitionen des vergangenen Jahres, mit denen – neben den Neueröffnungen im bilka-Bereich – zahlreiche Warenhäuser modernisiert wurden.

Das Feilen an Sortimenten reicht aber noch nicht aus. Auf dem Weg zur endgültigen Sanierung muß der Hertie-Vorstand noch mit rund 30 Problem-Filialen fertig werden. Bis Ende März will der Vorstand ein neues Gesamtkonzept zur Sanierung vorlegen. So lautet zumindest die Vereinbarung mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und den Betriebsräten.

DÜSSELDORFER MESSEGESELLSCHAFT / Rekordumsatz für 1986 erwartet

Neuheiten füllen freie Kapazitäten

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Auf dem schmalen Grad zwischen notwendiger und sinnvoller Spezialisierung sowie unnötiger und gefährlicher Atomisierung des Messeangebots tut sich auch die Düsseldorfer Messegesellschaft mbH (Nowea) schwer. Dies gilt nicht zuletzt für den in Deutschland wie für viele Veranstaltungen auch europa- und weltweit führenden Messeplatz mit seinem Übergewicht von Großmessen der Investitionsgüterindustrie mit zwei- bis fünfjährigem Veranstaltungsturnus. Sie lassen, findet man keine Lückenfüller, Umsatz und Gewinn nahezu atemberaubend auf- und abschwingen. Und willkürlich zu verschieben sind Großmessen auch nicht.

Die Ergebnisse von 1983 bis 1986 in Düsseldorf machen deutlich, wie problematisch Jahresvergleiche, selbst Vergleiche mit anderen, anders strukturierten Messeplätzen sind. Die Düsseldorfer Messegesellschaft steigerte 1984 ihren Umsatz von 160 auf 200 Mill. DM, fiel dann 1985 auf knapp 106 Mill. DM zurück, um mit „mindestens" 230 Mill. DM im laufenden Jahr ein Rekordumsatz vorauszusagen. „Das wird", so Messe-Chef Claus Groth, „ein Spitzenergebnis unter den großen Messegesellschaften der Welt sein."

Dieses Auf und Ab spiegelt sich auch in den Ergebnissen wider. Es wird für 1985 ein „deutlicher Verlust", vermutlich zweistellig, anfallen, und dies trotz eines von Aussteller- und Besucherzahlen her exzellenten Messeverlaufs. Die Zahlen: 13 432 (1984: 17 013) Aussteller, davon 3673 (4969) aus dem Ausland, rund 1,03 (1,49) Mill. Besucher auf elf überwiegend mit „Interhospital", „Arbeitsschutz + Arbeitsicherheit", „Biotec", „Rehabilitation" und „Medica" auf den Gesundheits- und Medizinbereich ausgerichteten Messe- und Kongreßveranstaltungen.

Die gesamte Brutto-Nutzfläche der Messe von 1,28 Mill. Quadratmeter war 8,4mal umgeschlagen worden. An 100 Tagen des Jahres „war die Messe los". Im laufenden Jahr, in dem mit Blick auf turnusbedingt freie Zeiten neue Veranstaltungen wie die „Präventa" (Gesundheitsvorsorge), die „Wire" (Draht und Kabel) sowie „Pulvermetallurgie" und nach Jahren wieder der Deutsche Apothekertag akquiriert worden sind, wird an 163 Tagen Messe sein, die Ausstellungsfläche 10,2mal umgeschlagen werden. „Ebenfalls ein absoluter Spitzenwert", wie Messe-Hauptgeschäftsführer Groth Kritikern entgegenhält.

In diesem Jahr werden zudem 18 500 Aussteller und rund 1,5 Mill. Besucher erwartet, beide Gruppen werden auch weiterhin eine noch größere Internationalität der Veranstaltungen unterstreichen. Herausragende Messeereignisse 1986 werden die „Boot", die Umweltmesse „Envitec", die „Interkama" (Regeltechnik) die „Drupa" (Druck und Papier) und die „K" (Kunststoff) sein.

In 1984 wurden 28 (22) Mill. DM in die Messe investiert. Sie wurden finanziert aus 15 (15) Mill. DM erwirtschafteten Abschreibungen und Krediten. Damit bleibe Düsseldorf auch nach 15 Jahren noch attraktiv und richtungsweisend. Auch bis zum Ende dieses Jahrzehnts sieht Groth in Düsseldorf das „modernste Messegelände überhaupt", das den Anforderungen der Aussteller und der Besucher gleichermaßen gerecht werde.

STEILMANN / Ertragslage auch 1985 befriedigend

Ausbau der Produktionsbasis

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Der mit Abstand größte europäische Bekleidungshersteller, die Klaus Steilmann GmbH & Co.KG, Bochum, zeigte auch 1985 ein ungebrochenes, wenn auch gegenüber früheren Jahren verlangsamtes Wachstum. Der Gruppenumsatz legte um 8 (20,2) Prozent auf rund 1,18 Mrd. DM zu, und dies bei „auch 1985 befriedigender Ertragsentwicklung". Die Mitarbeiterzahl in den 23 eigenen Werken der Gruppe wuchs auf 7072 (6559), die Zahl der Ausbildungsplätze liegt bei annähernd 1000.

Die eigene Produktionsbasis wird nach den Worten Steilmanns im laufenden Jahr in der Bundesrepublik erneut erweitert, „um der sich rasch anbahnenden Nachfrage durch marktnahe Produktion folgen zu können". Der Auftragsbestand für das erste Quartal liege über dem des Vorjahres. Steilmann erwartet eine Umsatzsteigerung, die jenseits der des Wachstums der Volkswirtschaft liegt. Steilmann: „Die Indikatoren für den privaten Konsum 1986 erscheinen günstiger als für 1985."

Das Stammhaus, die Klaus Steilmann GmbH & Co.KG mit ihren 5194 (4935) Mitarbeitern in 28 Betrieben in der Bundesrepublik sowie in Österreich, verzeichnete 1985 jedoch nur kaum ein Drittel des Vorjahres-Umsatzzuwachses (7 nach 23,6 Prozent) auf (netto) 730 Mill. DM. Die Produktion erhöhte sich um 5 (15) Prozent auf 14,6 Mill. Teile. Diese Abschwächung des Wachstums wird mit der witterungsbedingten Absatzstagnation im ersten Halbjahr begründet, der in der zweiten Jahreshälfte mit der Konzentration auf neue Modeideen ein Wachstum gefolgt sei.

Durch rechtzeitige Stoffdispositionen, die bei einigen Liefermärkten schwer unterzubringen waren, konnte das Unternehmen den Verbrauchertrend zu glänzenden Oberflächen in großen Stückzahlen realisieren und dem Handel Ware mit schnellem Umschlag anbieten. Der neue internationale Mode-Trend begünstigte auch den Export, der fast 50 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht.

Damenmäntel, Kostüme und Jakken (3,5 nach 3,4 Mill. Teile) behaupteten ihre Stellung als größte Produktgruppe, gefolgt von Damenkleidern (2,1 nach 1,9 Mill. Teile). Damenröcke erhöhten ihren Produktionsanteil von 2,6 auf 2,9 Mill. Teile ebenso wie der Blusenbereich (2,05 nach 2 Mill. Teile). Der Absatz von Damenhosen übertraf mit 1,8 (1,6) Mill. Teilen erneut das Vorjahr. Selbst auf dem stagnierenden Markt für Kinder und Mädchenmode verteidigte Steilmann die Position (1,5 Mill. Teile) mit 35 Prozent Umsatzplus.

Die sechs Tochter- und Beteiligungsgesellschaften aus dem DOB-Bereich und die beiden Haka-Hersteller DressMaster und Cruse haben weitgehend ihre Position behaupten oder ausbauen können. In die eigenen Betriebsstätten investierte Steilmann 1985 rund 15 (14) Mill. DM. Die Finanzierung sei, so Steilmann, „wie stets ausschließlich durch Eigenmittel" erfolgt.

ZUCKERWIRTSCHAFT / Union übernimmt Gronau

Konzentration geht weiter

dos, **Hannover**

Der in der nordwestdeutschen Zukkerindustrie seit gut zwei Jahren beobachtete Konzentrationsprozeß geht weiter. Einer Mitteilung des Bundesanzeigers zufolge wird es Ende Februar zur Verschmelzung der Union-Zucker Südhannover GmbH, Northeim, und der Gronauer Rübenzukker-Fabrik GmbH, Gronau, kommen. In außerordentlichen Gesellschafterversammlungen am 27. und 28. Januar sollen die Anteilseigner beider Zuckerfabriken der Fusion zustimmen.

Aus der Einladung zu den Versammlungen geht hervor, daß die Union-Zucker die aufnehmende Gesellschaft sein wird. Die Gronauer Rübenzucker-Fabrik überträgt ihr gesamtes Vermögen auf die Union-Zucker. Zur Durchführung der Verschmelzung wird das Stammkapital der Union-Zucker um 2,66 Mill. DM auf gut 16,5 Mill. DM erhöht. Der Verwaltungssitz soll Nordstemmen bei Hildesheim sein.

Die Union-Zucker betreibt derzeit noch zwei Zuckerfabriken in Nordstemmen und Nörten-Hardenberg, nachdem nach Auslaufen der Kampagne 1985 das Werk in Northeim jetzt geschlossen wird. Die Gesellschaft erzielte zuletzt mit 405 Mitarbeitern einen Umsatz von 195 Mill. DM.

Die Gronauer Rübenzucker-Fabrik repräsentiert einen Umsatz von gut 36 Mill. DM und zählt 66 Beschäftigte. Die Fabrik in Gronau soll nach dem Vorschlag der Verwaltungen 1990 ihre letzte Kampagne fahren. Die Anlieferung von Rüben indes soll mindestens drei weitere Jahre gewährleistet werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Otto-Beteiligung

Hamburg (JB.) – Der Otto-Versand, Hamburg, hat sich mit Wirkung vom 2. Januar zu 50 Prozent an dem Spezialversandhaus Alba Moda, Bad Salzuflen, beteiligt. Alba Moda ist nach Angaben von Otto ein expansives Versandunternehmen für hochwertige Mode und Wäsche. Der Umsatz hat sich seit 1982 jährlich mindestens verdoppelt. Für 1984 werden 21,5 Mill. DM angegeben, für 1985 gut 50 Mill. DM. Alba Moda soll als eigenständiges Unternehmen weitergeführt werden. Geschäftsführender Gesellschafter bleibt Manfred Goldkamp.

Mehr Rohstahl

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Hüttenwerke in der Bundesrepublik haben 1985 mit 40,48 Mill. Tonnen ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent erhöht. Dabei sei die Erzeugung von Oxygenstahl um 4 Prozent auf 33 Mill. Tonnen gestiegen, die von Elektrostahl um 2,3 Prozent auf 7,48 Mill. Tonnen gesunken, berichtete die Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamtes. Der Anteil des Stranggießverfahrens bei der Rohblockerzeugung nahm weiter zu. Er betrug im vergangenen Jahr 80,3 Prozent. An Roheisen wurden mit 31,53 Mill. Tonnen 4,4 Prozent mehr erschmolzen als im Jahr zuvor.

Basis verbreitert

Düsseldorf (dpa/VWD) – Der schwedische Maschinenbau- und Elektronikkonzern Asea verbreitert seine Basis in der Bundesrepublik. So hat die Düsseldorfer Tochtergesellschaft Asea Industrie und Automation GmbH das Wittener Spezialunternehmen für Prozeßsteuerungs- und Meßsysteme, Messmetallurgie GmbH, übernommen. Die deutsche Firma, die 1985 mit 60 Mitarbeitern 13 Mill. DM umsetzte, soll selbständig bleiben. Der Asea-Konzern kam 1985 mit rund 59 000 Beschäftigten insgesamt auf 13 (1984: 12) Mrd. DM Umsatz und einen Gewinn von 800 Mill. DM.

Schleswag investiert

Hamburg (JB.) – Die Schleswag AG, Rendsburg, wird in diesem Jahr rund 205 Mill. DM investieren. Schwerpunkt ist der Strombereich. Zum Geschäftsverlauf 1985 heißt es, daß der Stromabsatz um 2,6 Prozent und der Verkauf von Gas um 7,4 Prozent gestiegen ist. Der Gasabsatz werde gemessen in kWh erstmals den Stromabsatz übersteigen. Das Umsatzwachstum gibt die Schleswag mit 5 Prozent auf 1,8 Mrd. DM an. Das Ergebnis sei auch im dritten Jahr stabiler Strompreise zufriedenstellend.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arolsen: Karl Wachenfeld GmbH Bauunternehmen; **Bad Segeberg:** Nachl. d. Dietmar Johannes Neumann; **Berlin-Charlottenburg:** Paul Vogel Metallbau GmbH; AGI GmbH, Auto-Gelegenheiten in Tempelhof; Ingo-Volker Erhardt; **Bocholt:** GVA – Ges. f. Verbundmetalle u. Apparatebau GmbH & Co. KG; **Flensburg:** Mürwiker Gebäudereinigung GmbH; **Hamburg:** Marquardt & Schernikau GmbH; **Heidelberg:** Fliesen Gassert GmbH, Eppelheim; **Lüdenscheid:** Paul Werner Helleckes, Neuenrade; **Mannheim:** Exclusiv-Stilmöbel Kimmel GmbH; **München:** Nachl. d. Ralf Hermann Alexius Toursel; Ingrid Colombo; **Oldenburg:** edition wandlungen Thomas Dopp, Oldenburg, KG; **Remscheid:** Jan C. Pütz Verwaltungsges. mbH, Solingen 11; **Weilheim:** Teco-Electronic-GmbH, Tutzing; **Wiesbaden:** SBS Exquisit Geschenke Vertriebs GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Ansbach: M. Wettengl GmbH; **Stadthagen:** Friedrich Rode OHG, Stuhlfabrik, Hülsede 1 OT Schmarrie.

Vergleich beantragt: Karlsruhe: Karl Metz GmbH & Co. KG; **Lahr:** Kochbau GmbH – Hoch- u. Tiefbau; **München:** Medanz GmbH med.-techn. Geräte.

HEIMTEXTIL 86 / Entwicklung des Dollarkurses erschwert das Auslandsgeschäft

Anbieter hoffen auf größere Kauflust

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Mehr Mode als je zuvor präsentiert sich auf der Heimtextil '86 (8. bis 11. Januar). Nach dem Willen der Aussteller soll die Mode stärker Einzug in deutsche Betten und Badezimmer halten. Ob es gelingt, mit ansprechenden Farben – vor allem Pastelltöne – und Mustern (Jacquard und Glanz kommen wieder) die zurückhaltenden deutschen Käufer aus der Reserve zu locken, ist noch offen. Die Anbieter hoffen jedenfalls auf eine wieder größere Kauflust der deutschen Kunden in diesem Jahr. Das Auslandsgeschäft wird angesichts der jüngsten Dollar-Kurs-Entwicklung überwiegend als wieder schwieriger eingestuft. Im vergangenen Jahr hatte das Auslandsgeschäft für zahlreiche Unternehmen aus dem Haus- und Heimtextilienbereich den Ausgleich für die lahmende Inlandsnachfrage gebracht.

Zur Frankfurter Messe sind 1840 Aussteller, darunter 778 deutsche, angetreten, mehr als im vergangenen Jahr. Hinter den Kulissen gärt es aber, zumindest bei den Teppichanbietern, für die die Messe „kein Ordertermin" ist. Unverhohlen sagte es Horst Haslinger (Anker Teppichfabrik, Düren): Er will sich den „Luxus einer teuren Messe" ohne Ordertätigkeit künftig nur noch alle zwei Jahre leisten, rund ein Dutzend Hersteller wird nach seiner Ansicht ebenso verfahren. Schwierigkeiten mit dem Messetermin haben angesichts anderer Orderrhythmen im Handel auch die Frottierwäsche-Hersteller. Sie wollen aber „bei der Stange" bleiben und hoffen auf einen möglicherweise späteren Messetermin ab 1990.

Sorge mit dem Musterklau

Erheblichen Ärger mit dem „Musterklau" hat die Egeria International GmbH, Tübingen. Neben einem deutschen Unternehmen, mit dem man derzeit gerichtlich im Clinch liegt, sind es vor allem portugiesische Frottierweber, die Egeria-Muster nachempfinden (und dann billiger anbieten). Vor der Presse präsentierte Heinz Roger Jaeger, geschäftsführender Gesellschafter von Egeria und der Produktionsgesellschaft Württembergische Frottierweberei Lustnau GmbH, als Beleg in London erworbene „Nachempfindungen", die dem im hochmodischen Bereich angesiedelten Unternehmen das Leben schwermachen. Es seien auch schon Egeria-Etiketten in Brasilien und Portugal aufgetaucht, sagte Jaeger, der unterstrich, daß Egeria sich ausschließlich auf deutsche Produktion stütze.

Vom Egeria-Umsatz im letzten Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) von insgesamt 77 (73) Mill. DM entfallen 69 Prozent auf Frottierwäsche, 28 Prozent auf Frottiermode (mit stark steigender Tendenz) und drei Prozent auf Frottierstoffe. Das – positive – Betriebsergebnis sei besser als im Vorjahr. Für dieses Jahr erwartet Jaeger 81 Mill. DM Umsatz. Beschäftigt werden derzeit 635 Mitarbeiter; gut ein Drittel des Umsatzes wird im Export erzielt, der in diesem Jahr bisher um 19 Prozent gestiegen ist.

Ado: Palette komplett

Mit dem Erwerb des Rigola-Werks in Remscheid (rund 300 Beschäftigte, gut 50 Mill. DM Umsatz), das Lichtschienen fürs Fenster fertigt, sieht Hubert Wulf, Firmenchef der Ado Gardinenwerke, Aschendorf, die Angebotspalette rund ums Fenster komplett. Ado ist mit einem Marktanteil von rund 15 Prozent am deutschen Gardinenmarkt wohl der größte Anbieter, erzielt aber insgesamt rund 100 Mill. DM seines unverändert bei 152 Mill. DM liegenden Umsatzes im Ausland, wo zum Teil auch gefertigt wird. Mit Werbeaufwendungen von mehr als vier Mill. DM will Ado in diesem Jahr Bewegung in den müden Käufermarkt für Gardinen in der Bundesrepublik bringen. Als nach wie vor zufriedenstellend kennzeichnet Wulf die Rendite (vor Steuern rund fünf Prozent vom Umsatz); die Investitionen (1985: 13,5 Mill. DM) wurden aus Abschreibungen finanziert, weltweit werden 865 (800) Mitarbeiter beschäftigt.

De-Ko-We erwirbt Fugafil

Auch ein hervorragender November hat bei De-Ko-We nicht ausgereicht, die Lücke des Sommers zu schließen. Das auf Teppiche aus Pflanzenfasern spezialisierte fast 100 Jahre alte Familienunternehmen erreichte gerade den Vorjahresumsatz, sagte Mitinhaber Hans-Jürgen Schürholz in Frankfurt. Das sind bei 190 000 DM Pro-Kopf-Umsatz der unverändert 120 Mitarbeiter rund 23 Mill. DM. Mit der Pflege von Marktnischen will das Unternehmen in diesem Jahr bei seiner Linie bleiben, erste Schritte in den Bereich technischer Textilien geht man mit dem Erwerb der Fugafil Kunststoffäden und Monofile GmbH und der Saran-Weberei, Raesfeld (beide aus dem Felten & Guilleaume-Konkurs), die zu gleichen Teilen von De-Ko-We und der H. Biederlack GmbH, Greven, übernommen wurden.

Kettelhack zufrieden

Einen Trend zu Qualität und Markenartikeln bei Bettwäsche für den privaten Bereich macht die Hch. Kettelhack GmbH + Co., Rheine, aus. Vor diesem Hintergrund sei mit einem leichen Umsatzplus in diesem Bereich zu rechnen, schwierig werde dagegen das Anstalts- und Objektgeschäft bleiben, gute Entwicklungschancen werden bei Gewebe für Berufsbekleidung gesehen.

Von den insgesamt 45 Mill. DM Umsatz im vergangenen Jahr, rund ein Fünftel mehr als im Jahr zuvor, entfallen 45 (40) Prozent auf den Anstalts- und Objektbereich, Berufsbekleidung trägt fünf Prozent zum Umsatz bei. Bei der Bettwäsche rutschte der Umsatz um drei Prozent, dabei verloren vor allem die anonymen Artikel, während das Markenprogramm („Heike") acht Prozent zulegte. Der Export (vor allen Dingen in europäische Länder) erreicht einen Anteil von 20 (14) Prozent. Mit dem Ertrag, der sich analog zum Umsatz entwikkelt habe, zeigte sich Geschäftsführer Jan Kettelhack zufrieden. Das Unternehmen war in Spinnerei und Weberei dreischichtig und mit zusätzlichen Wochenendschichten voll ausgelastet. Mit dem jetzt erreichten Umsatz – in diesem Jahr sollen es 50 Mill. DM werden – „rechnen" sich auch die 45 Mill. DM Investitionen für ein hochmodernes Werk auf der „grünen Wiese", das Kettelhack 1981/82 erstellte. Das Unternehmen beschäftigt unverändert 280 Mitarbeiter.

Umsatzplus bei Ibena

Weitergekommen in dem Bemühen, das Unternehmen auf mehrere Beine zu stellen, sind die Ibena Textilwerke Beckmann GmbH + Co, Bocholt. Mit einem Umsatzplus von neun Prozent bei Industrie-Textilien hat sich der noch relativ junge Bereich bei Ibena deutlich besser entwickelt als das Haus- und Heimtextiliengeschäft und trägt nun 30 (i. V. 25) Prozent zum Umsatz bei. Ziel ist, wie Geschäftsführer Josef-Albert Beckmann anläßlich der Heimtextil in Frankfurt betonte, auf die Dauer eine annähernde Gleichrangigkeit beider Sparten.

Die Wachstumsmöglichkeit im Bereich Industrietextilien (mit Spezialitäten für viele Einsatzzwecke) und auch im Objektbereich, für den Ibena jetzt mit einem neuen Programm (u. a. koch- und flammfeste Decken) kommt, schätzt Beckmann positiver ein, als in der traditionellen Domäne der Biberbettwäsche: Man habe den Eindruck, daß einige Kollegen und Kunden im Handel ausgezogen seien, die Artikelgruppe Biberwäsche um eines kurzfristigen Vorteils willen mit Qualitätsverschlechterungen und Preisaktionen zu ruinieren, klagte Beckmann. Sein Unternehmen wolle in jedem Fall an einer klaren Marken- und Vertriebskonzeption festhalten.

In Anbetracht der Verhältnisse auf dem Heim- und Haustextilienmarkt wertet Beckmann die erreichte Umsatzsteigerung von drei Prozent auf 102 (i. V. 99) Mill. DM als „erfreulich". Enttäuscht habe jedoch die Ertragsentwicklung. Der Exportanteil bei Ibena wird mit gut 30 Prozent angegeben, besonders das USA-Geschäft werde aber mit dem jetzigen Dollar-Kurs schwieriger. Ibena hat auch im vergangenen Jahr 4,5 (3,5) Mill. DM für die Modernisierung der Weberei investiert und beschäftigt derzeit 405 (395) Mitarbeiter.

Daimler mit Plusankündigung

Massive Käufe brachten neues Hoch am Aktienmarkt

DW. – Am Mittwoch setzte sich die neue Kaufwelle unvermindert fort. Verstärkte Käufe in- und ausländischer Großanleger hatten die Kurse der meisten marktbreiten Papiere, allen voran der Fahrzeugwerte, zu teilweise hausseartigen Sprüngen. Hier dürfte die Widerstandsfähigkeit des Aktienmarktes viel zum weitverbreiteten Optimismus beigetragen haben. Nach der herausragenden Eröffnung trat im Verlauf eine leichte Verkaufsbereitschaft ein, ohne jedoch entscheidend Fuß fassen zu können.

An der Spitze der Aufwärtstendenz standen wieder einmal die Papiere der Automobilbranche. Daimler und Mercedes setzten nach Plusankündigung um rund 100 DM höher ein, spätere Gewinnmitnahmen wurden unverzüglich zu neuen Käufen genutzt. Ebenfalls mit Plus angekündigt wurden die Optionsscheine von VW. Die Aktie des Wolfsburger Fahrzeugbauers konnte auf dem erreichten Niveau nur noch leicht zulegen. Favorisiert auch BMW, die in der Spitze bis zu 45 DM gewinnen konnten. Kräftige Gewinne auch bei den Autozulieferern Conti-Gummi und Phoenix-Gummi. Banken, voran Deutsche Bank, sowie Elektrowerte unter Führung von Nixdorf und AEG ebenfalls kräftig befestigt. Die Farbennachfolger tendierten freundlich.

Frankfurt: Anzag zogen um 13 DM. Holzmann um 55 DM und Varta um 28 DM an. Altana gewannen 27 DM. Hochtief gaben um 15 DM und Pfaff und Riedel de Haen um je 12 DM nach. Rütgers verbesserten sich um 25 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel stockten um 34,80 DM und Alexander um 2,50 DM auf. Balcke-Dürr verbesserten sich um 10 DM und Hageda um 2,80 DM. Conc. Chemie verminderten um 5 DM, Ford um 30 DM und Leffers um 8 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi verbesserten sich um 5 DM. Jeweils um 1 DM höher lagen HEW bei 117 DM und Beiersdorf bei 570 DM. Bremer Vulkan stockten um 0,50 DM auf. Holsten Brauerei stiegen um 5 DM. Hapag Lloyd gaben um 2 DM nach.

Berlin: Bergmann wurden um 70 DM, Spinne Zehlendorf um 50 DM und Orenstein um 33 DM heraufgesetzt. Schering zogen um 17 DM, Berliner Elektro um 11 DM und Kempinski um 7 DM an. Berliner Bank lagen um 2 DM und Bekula um 1 DM freundlicher.

München: Audi AG verbesserten sich um 15 DM, AKS um 1 DM und Bay. Hartstein um 10 DM. Brauhaus Coburg legten 15 DM und Patrizier 9 DM zu. Nachgegeben haben Zahnräder Renk um 11 DM und Grünzweig um 7 DM.

Stuttgart: Daimler und Mercedes verbuchten einen Gewinn von je 140 DM. Porsche legten 40 DM zu. Kolbenschmidt lagen um 20 DM fester. IWKA waren um 7 DM anziehend. Ackermann gaben um 7 DM nach. Zeag Zement büßten 4,50 DM ein.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 297,02 (287,54)
WELT-Umsatzindex: 10 944 (7721)



Inland

	8.1.	7.1.
H Aach M Batl. 10	2199	2130
H Aach. M. Vers. 7	–	1700
D Aach. Rück. 9	3950	3850
D Asoag *4	385T	390G
M Ackermann-Gögg. 6	152	152,2
H Adca 3	178	168
D Adler 9	304G	305G
F AEG 0	286	271,5
D AEG KABEL 9	375bG	340,2
S Aesculap 9	485	480
F AGAB 5	115bG	115bG
D Agrippina *0	3100	3000bG
M Agrob *0	193bG	200bB
M dgl. Vz.* 0	159	158bG
M Aigner 9	177,5	173,2
F Cobb.Genußsch.	112,8	113,75
D Conc. Chem. 4,5+3	315	320
B Conc. Spinne * 0	360	370T
D Contigas 7,5	340	350
D Conti Gummi 3	184	178,7
D Dahlb. St. 7,65	260	260
D dgl. Vz. 14,55	415G	415
S Daimler 10,5	1455	1315
M Deckel AG 0	228	229
D Dt. Atl. Tel.10+1	610G	601G
H Doag 5	355,5	352,5
D Dt. Babcock St. 3	219	215
D dgl. Vz. 3,5	210	204
F Dt. Bank 12	920	892,5
D Dt. Centralboden 12	755	720
D Dt. Conti Rück 0	5850G	5850G
D dgl. NA 0	1321bG	1285T
F Dt. Eff.+Wbt. 10	650bB	649
H Hb.Hochb. *4+0,64	102,5	101G
H HEW 5	117	116
H Hdl. Lüb. 9	–G	–G
Hn Hann. Papier 5,5	137,8	136
H Harmstorf 0	95	97
D Harpener 11	350	344
F Hartm. & B.St. 4	1060	1050G
F dgl. Vz. 4	930	920G
M Hasen-Bräu 9	1030G	1030
S Heidelb. Zem. 7	395	395bG
M Heilit & W. 5	299G	299
D Hein. Lehm. *0	294T	280T
D Heinr. Ind. *14+4	650	610G
H Hammoor 12,3	200	210bB
D Henkel	411	413
F Henninger 2	156	155T
B Herlitz 7	191	185
B dgl. Vz. 7,8	170	171,5
F MAB 6,5	460G	460
F dgl. Vz. 6,5	340G	340G
D Mannesmann 4	297,5	292
F Mannh. Vers. 8	980bB	950
H Markt & K. 7	229	230
F MAN St. 0	243,5	240
F dgl. Vz. 0	220	215
F MAN-Rol 20,2	610T	650T
S M.Müll.Weing. *0	349	346,5
D Mauser 0	103	101
F Mercedes 10,5	1315	1185
F Metallges. 0	390	375
S Met. u. Lack 0	124bB	123,5
S Milag 6,5	420	418G
F Moenus 0	97	100
F Monachia 5	2350G	2300G
Hn Mühl. Rün. 0	132G	130G
M Mü. Rück. Inhab. 9	3550bG	3500bB

Oslo

	8.1.	7.1.
Bergen Bank	171	169,5
Borregaard	467	464
Den Norske Cred.	186	185
Elkem	110	110,5
Kreditkassen	178	177,5
Norsk Data	400	406
Norsk Hydro	149	145,5
Storebrand	270	269
OBX Ind. Index	397,05	397,05

Sydney

	8.1.	7.1.
ACI	3,02	3
Ampol. Explor.	2,6	2,5
Westpacific Banking	4,52	4,5
Bridge Oil	2,1	2,12
Bougainville Copper	2	1,95
Brok. Hill. Prop.	8,92	8,9
Coles	4,5	4,38
CRA	5,96	5,86
CSR (Theiss)	3,74	3,7
Metals Expl.	0,36	0,36
MIM-Holdings	2,88	2,82
Myer Emporium	–	–
North Broken Hill	2,38	2,42
Oakbridge	1,17	1,17
Peko Wallsend	5,2	5

Dow Jones Index am 08.01. 1566,51 1565,71
Stand. & Poors 214,05 213,80
Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Optionshandel

Frankfurt: 8. 1. 1986

7673 Optionen = 396 000 (304 700) Aktien, davon 980 Verkaufsoptionen = 49 500 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-220/72; 250/49; 260/48; 270/40; 280/37; 290/83; 300/26,5; 310/26; 320/20; 330/10; 7-180/120; 230/88,75; 240/72; 250/70; 260/68; 270/66; 280/65; 290/58; 310/40; 320/30; 330/20; 10-300/66; 310/60; 320/50; 330/40; **BASF** 4-280/24,8; 290/17; 300/15,2; 310/15; 320/12; 330/11; 7-300/30; 310/25; 320/20; 330/16; 340/13; 360/10; 10-330/35; 350/20; 360/15; **Bayer** 4-240/60; 250/50; 260/40; 270/30; 280/25; 290/20; 300/18; 310/15; 320/13,5; 350/10; 7-320/24; 330/20; 350/18; 360/15; 10-320/28; 350/20; **Bekula** 7-110/7; **BMW** 4-500/145; 560/85; 600/60; 660/40; 700/22; 7-70/62; 600/98,75; 730/38; **Commerzbk.** 4-00/31; 280/86; 300/80; 310/70; 320/60; 350/49; 370/44; 380/41; 7-280/100; 300/85; 340/80; 350/65; 360/54,25; 370/52; 380/45; 400/40; 420/30; 10-370/75; 400/50; **Conti** 4-160/31; 170/21; 180/20; 190/13; 7-180/20,7; 190/17,5; 200/12,4; **Daimler** 4-1150/345; 1160/340; 1170/330; 1200/520; 1300/200; 1400/120; 1500/91; 1600/80; 7-1400/220; 1500/150; 1600/95; 1700/85; 1800/80; 2000/76,25; 2500/25; 1500/168,75; 10-2000/90; 2500/50; **Dt. Babcock** St. 4-230/20,5; 7-220/35; 260/22; 270/12; **Dt. Babcock** Vz. 4-180/37; **Deutsche Bk.** 4-800/150; 850/115; 920/80; 950/65; 1000/50; 7-770/250; 800/195; 840/158,75; 870/130; 900/120; 950/95; 1000/80; **Dresdner Bk.** 4-340/130; 350/120; 360/110; 370/100; 400/80,25; 410/67; 450/63; 460/52; 480/42; 500/30; 7-400/95; 410/82; 430/75; 460/70; 480/50; 500/40; 10-480/69; 500/55; **GHH** St. 4-200/61; 220/49; 10-320/15; **GHH** Vz. 4-200/26,2; **Hoechst** 4-250/53,25; 260/48; 270/37; 280/28; 290/25,1; 300/22; 310/21; 320/16; 340/10,5; 350/9; 360/7; 7-300/35; 330/26,2; 10-380/18,9; 400/9,9; **Hoesch** 4-120/68; 130/58; 140/45; 150/40; 160/30; 170/25; 180/19; 190/13,5; 200/13; 7-160/41; 170/40; 180/34; 190/24; 200/23; 210/17; 220/15; 230/10; 10-180/45; 190/40; 200/30; 220/18; **Karstadt** 4-320/39; 400/11,4; 7-400/20; **Kaufhof** 4-320/75; 340/50; 7-350/60; 400/25; **Kloeckner** 4-65/37,8; 70/32,8; 75/32,1; 80/26; 85/19,4; 90/18; 95/14; 100/13; 110/8; 120/6,4; 7-80/30; 110/20; 120/14; 130/10; 10-100/22; 110/20,1; 120/14,1; 130/13; 140/8; **Lufthansa** St. 4-250/25; 260/13; 7-260/25; **Lufthansa** Vz. 4-240/25; **MAN** 4-210/40; **Mercedes** 4-1189,5/110; 7-1600/51; **Metallges.** 4-310/110; **Mannesmann** 4-220/86; 230/76; 240/66; 250/58,75; 260/47; 270/38; 280/31; 290/30; 300/20; 310/16; 320/14; 330/10; 7-260/75; 280/50; 290/44; 300/39; 310/35; 320/24,2; 330/22,5; 340/19,4; 350/14,1; 10-320/40; 350/25; **Nixdorf** 4-600/37; 630/20; **Preussag** 4-260/28; 270/18; 280/17; 300/10; 7-280/24; 300/16; 10-280/31; 300/25; **RWE** St. 4-200/22,8; 210/17,6; 220/10,6; 230/7,8; 240/5; 7-200/26; 210/24,5; 220/15,5; 240/12,5; **RWE** Vz. 7-210/19,4; **Kali + Salz** 7-350/20; 10-400/22; **Siemens** 4-600/181,25; 680/100; 690/92; 700/90; 720/71; 730/70; 800/40; 820/35; 850/32; 850/50; 7-750/100; 800/70; 830/55; 850/45; 10-800/86,75; 850/60; **Thyssen** 4-130/63,1; 150/36,9; 160/33; 170/28,8; 180/20; 190/14,5; 210/10; 220/6; 230/4,6; 3140/56; 7-170/30; 180/25,2; 190/18; 200/17; 220/14; 250/8; 10-180/41; 190/30; 210/27; 230/16; 240/10,6; **Veba** 4-240/66,25; 250/55; 260/48; 261/47,9; 270/38; 280/36; 290/35; 300/25,1; 320/15,4; 330/11,4; 7-320/25; 330/19,5; 350/14; 10-320/30; 330/24,2; 350/20; **VEW** 4-15/7,4; 7-150/9,4; **VW** 4-450/119; 460/69; 470/99; 480/89; 500/69; 510/62; 520/60; 530/58,05; 550/55; 560/48; 600/35; 7-450/150; 460/150; 500/110; 530/76; 540/72; 550/70; 560/60; 570/46; 600/44; 10-700/50; **Alcan** 4-70/8,4; 70/12,1; 7-75/8,3; 80/8,9; **Chrysler** 4-110/10; 120/7,5; 7-110/20,8; 130/9; **Eli** 4-70/6,5; 7-70/9; **General Motors** 4-200/6; 7-200/14; 220/11,6; **IBM** 4-380/36; 390/29,5; 400/24,5; 430/14; 7-400/47; 420/42; 440/25,8; **Norsk Hydro** 4-45/8; 50/4,5; 7-40/13,4; 55/5,5; 60/4,5; 10-50/12; 55/8; 60/6,8; **Philips** 4-50/10,6; 55/6,4; 60/4,4; 65/3,4; 7-49,5/12,6; 55/10; 60/6; 65/5,55; 70/4; 10-50/18,1; 60/10; 65/7; 70/6; **Royal Dutch** 7-170/10; **Sony** 10-50/7,8; **Xerox** 4-160/10; 7-150/22; 160/15.

Verkaufsoptionen: AEG 4-240/2; 250/3; 260/6; 270/8; 7-240/4; 250/5,1; 260/9; 270/10; 10-250/7,4; 270/14; **BASF** 7-260/3; 270/6,5; 280/7,4; **Bayer** 4-270/3,8; 280/4; 290/6,5; 7-280/6,5; **BMW** 4-580/5; 7-540/4,6; 560/10; **Bay.Vereinsbk.** 4-540/7; 7-500/9,2; **Commerzbk.** 4-330/6; 350/13,4; 7-340/10; 350/18; **Conti** 4-160/1; 170/1,5; 7-170/4; 10-170/7,3; **Daimler** 4-1200/24,9; 7-1200/49; **Deutsche Bk.** 4-880/10; 890/12; 900/15,1; 7-880/20; 890/25; 900/30; **GHH** St. 7-250/4; **Hoechst** 4-280/3; 290/6,5; 7-270/4; 7-280/6,4; 290/78; 10-280/6,5; **Hoesch** 4-170/2,1; 180/5,4; 7-170/5,5; 180/7; 10-160/3; 170/7; 180/8; **Karstadt** 10-320/9,4; **Kaufhof** 7-330/10; **Klöckner** 4-90/1,5; 95/2,2; 7-85/2,9; 90/3; 95/4,4; 100/6; 10-90/3,8; 95/6; **Mannesmann** 4-270/2; 280/3; 290/8,1; 7-280/6; 290/12; 10-270/6; **Preussag** 4-250/4; 7-250/6; **RWE** St. 4-200/36; 7-190/55; 10-190/6; **Siemens** 4-710/4; 720/6; 730/10; 740/15; 750/19,7; 7-730/14; 750/30; 10-700/10,4; **Thyssen** 4-160/2; 170/3,7; 180/5; 7-160/2,1; 170/7; 180/10,5; 10-160/4; 170/7,5; 180/11; **Veba** 7-280/3; **Chrysler** 4-110/3; **IBM** 4-380/10; **Philips** 7-55/3,1; 10-55/3,9; **Xerox** 7-150/9.

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 169,19 (167,74); Elektrowerte: 347,74 (342,22); Autowerte: 820,59 (759,65); Maschinenbau: 195,17 (190,26); Versorgungsaktien: 163,01 (161,71); Banken: 442,05 (431,80); Warenhäuser: 139,71 (135,95); Bauwirtschaft: 407,19 (397,17); Konsumgüterindustrie: 141,23 (138,38); Versicherung: 1605,55 (1552,24); Stahlpapiere: 180,31 (174,32)

Kursgewinner:

Aach. Münch. Bet.	2350,00	+260,0	+12,4%
Gerling NA Vz.	750,00	+75,0	+11,1%
Mercedes Holdg.	1315,00	+130,0	+10,9%
Holzmann	585,00	+55,00	+10,3%
Alte Leipz.B	1100,00	+100,0	+10,0%
BMW	650,00	+55,00	+9,2%
Varta	330,00	+28,00	+9,2%
Daimler-Benz	1430,00	+515,0	+8,7%
Anzag	170,00	+13,00	+8,2%
Kolbenschmidt	265,00	+20,00	+8,1%

Kursverlierer:

Wanderer	505,00	-45,00	-8,1%
Strabag	153,00	-12,00	-7,2%
Pfaff	223,00	-12,00	-5,1%
Eisenb. Verkehr	275,00	-14,00	-4,8%
Dt. Steinz.	282,00	-14,00	-4,7%
Stumpf St.	122,00	-5,80	-4,5%
Krauss-Maffei	1550,00	-70,00	-4,3%
Asko	1250,00	-50,00	-3,8%
DeTeWe	535,00	-20,00	-3,6%
Westf. Zellstoff	135,00	-5,00	-3,5%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 730,00 T, Kötitzer 2300,00 G, VAB 4100,00 T
Düsseldorf: BASF 275,00 bG, Contigas 325,00, IWK 328,00 bG, Linde –, Metallges. 345,00 T, Nixdorf 585,00, Schering 665,00, VEW 134,00
Frankfurt: Allweiler St. 280,00, Allweiler Vz. 217,00, BASF 273,00, Bayer 284,00, Contigas 330,00, Frankona –, IWK 329,00, Linde 647,00, Magdeburger Feuer 600,00, Magdeburger Feuer NA 1380,00 B, Mainkraft 645,00 T, Metallges. 385,00, Moto Meter 220,00 G, Nixdorf 580,00, Schering 650,00, VEW 136,00, Wibau –
Hamburg: Doag 352,50, Schering 642,00
München: BASF 270,00, Bayer –, Br.Wolfb. 180,00 G, Contigas 330,00 TG, IWK 329,00, Isar-Amper 349,00 bG, Linde 625,00 bG, Metallges. 350,00 TG, Nixdorf 560,00, Schering 650,00, Stumpf 118,00 TG, VAB 4100,00 TB, VEW 160,00 bG, Wanderer 480,00
Bezugsrecht: Frankfurt: Bay. Hypo 7,90, Machines Bull 3,00

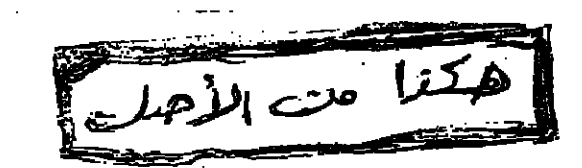
Devisenmärkte

In einem erneut lebhaften Marktgeschehen zeigt die Dollarkursentwicklung am 8. Januar Anzeichen einer Konsolidierung. Nach mehreren Auf- und Abbewegungen konnte er sich per saldo von 2,437 bis knapp unter 2,46 befestigen. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,4424 notiert. Einen deutlichen Impuls erfuhr der Kursanstieg durch die auf 6,9 Prozent (7 Prozent) gefallene amerikanische Arbeitslosenzahl. Die festeren US-Dollarkurse stoppten auch die Aufwärtstendenz der DM. Die Kursverluste der DM hielten sich jedoch in engen Grenzen und überschritten mit Ausnahme zum Kanadischen Dollar in keinem Fall ¼ Prozentpunkt. Nach der am Nachmittag bekanntgegebenen Baisseraten-Erhöhung befestigte sich das Englische Pfund im Interbankenhandel bis knapp unter 3,54, seine amtliche Notiz lautete noch auf 3,529. US-Dollar in: Amsterdam 2,7525; Brüssel 49,95, Paris 7,488, Mailand 1667,50; Wien 17,168; Zürich 2,0689. Ir. Pfund/DM 3,044; Pfund/Dollar 1,4449; Pfund/DM 3,529

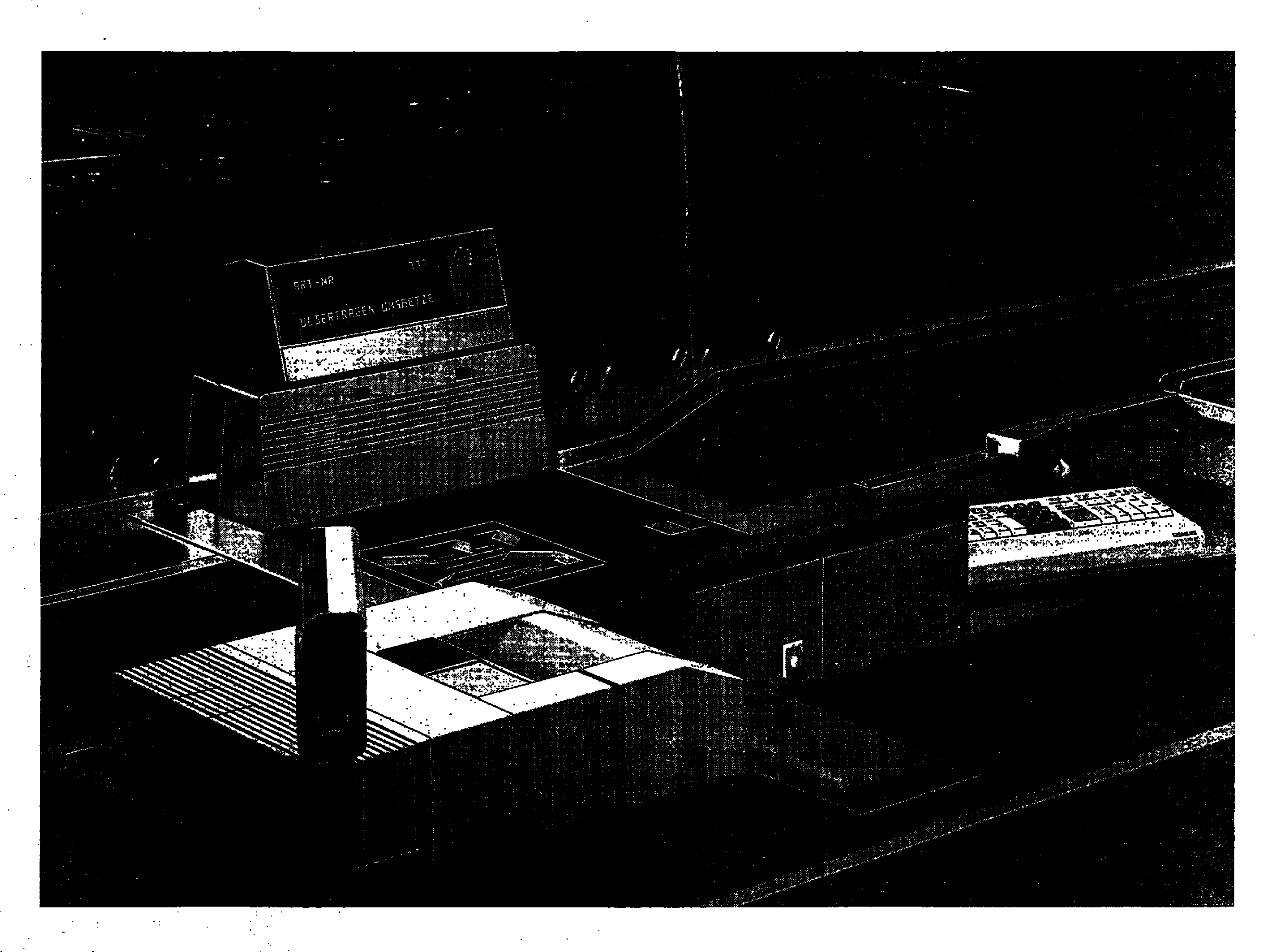
Devisen und Sorten

8.1.86	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,4384	2,4464	2,4215	2,38	2,48
London[2]	3,522	3,536	3,46	3,45	3,60
Dublin[2]	3,039	3,053	2,973	2,99	3,14
Montreal[1]	1,7445	1,7525	1,7231	1,68	1,75
Amsterd.	88,685	88,905	88,535	87,75	89,50
Zürich	117,95	118,15	117,96	116,50	119,25
Brüssel	4,884	4,904	4,827	4,72	4,92
Paris	32,54	32,70	31,98	31,75	33,50
Kopenh.	27,305	27,425	27,105	26,50	28,25
Oslo	32,375	32,495	31,725	31,50	33,25
Stockh.**	32,14	32,30	31,68	31,50	33,25
Mailand[3]**	1,46	1,47	1,427	1,41	1,51
Wien	14,204	14,244	14,16	14,12	14,34
Madrid**	1,596	1,606	1,555	1,53	1,65
Lissabon**	1,54	1,56	1,47	1,10	1,90
Tokio	1,2095	1,2125	–	1,17	1,23
Helsinki	45,16	45,36	44,61	44,00	46,50
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	3,08	0,19
Athen**	1,625	1,677	–	0,90	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,673	1,692	–	1,63	1,75
Johannbg.*	0,978	1,012	–	0,73	1,10
Hongkong*	31,17	31,45	–	30,00	34,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.



SIEMENS



Auch am Abend ist die Kasse fleißig.

Am »Engpaß« Kasse zeigen Warenwirtschaftssysteme was sie wirklich können.

Die neuen Siemens-Datenkassen sind deshalb mehr als eine Kasse wie gehabt. Sie sind die Basis für rationelles Management im Verkauf. Und im Verbund mit dem vielseitigen Siemens PC sind sie die elegante Lösung für ein Warenwirtschaftssystem mit Zukunft.

Sie sorgen nicht nur für die schnelle Abwicklung an der Kasse. Sie verarbeiten auch gleichzeitig alle Verkaufszahlen – artikelgenau. Damit ist der Filialleiter zu jeder Stunde über das Geschehen informiert. Und kann rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

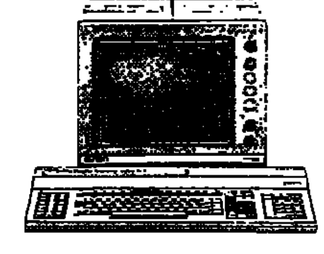
Auch die Zentrale kann sich über die Situation in den Filialen jederzeit informieren. Sie erhält – sinnvollerweise nach Geschäftsschluß – alle gewünschten Daten nach Maß aufbereitet und zum günstigen Posttarif überspielt.

Das hilft den Unternehmen, den Anforderungen der Kunden noch besser gerecht zu werden.

Mit Datenkassen und Warenwirtschaftssystemen von Siemens gewinnen Einzelhandelsunternehmen verläßlichen Sofort-Überblick über ihr Geschäft.

Wenn Sie mehr wissen wollen, schreiben Sie an:
Siemens AG, Infoservice
133/Z 135, Postfach 156,
8510 Fürth.

Aufgaben gibt's überall. Siemens Computer auch.



A 19100-D-Z101

Bundesanleihen

			8.1.	7.1.
F	5½ Bund 78 II	3/86	100,05	100,05G
F	5¾ dgl. 78	5/86	100,05G	100,05
F	7¾ dgl. 76 I	12/86	102,15G	102,15bG
F	6½ dgl. 79	1/87	101,7	101,7bG
F	7½ dgl. 76 II	1/87	102,35	102,35
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,2G	102,2
F	6½ dgl. 77	7/87	102,25	102,15bG
F	6 dgl. 77	10/87	101,8bG	101,7
F	6 dgl. 78 I	1/88	102,05	102,05
F	6½ dgl. 78 I	9/88	102,95	102,95
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,5	103,35
F	6¾ dgl. 79	1/89	104,1	104,1
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	105,05	105,05
F	10 dgl. 81 I	4/89	111,6	111,6
F	7½ dgl. 79 I	6/89	105,6G	105,6G
F	8 dgl. 79 I	7/89	107	107
F	8 dgl. 79 II	8/89	107	107
F	7½ dgl. 79 II	9/89	106	106
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	106,8bG	106,8bG
F	7¾ dgl. 80	1/90	107,3	107,3
F	10 dgl. 80	4/90	114,6	114,6
F	5½ dgl. 78	5/90	100,15	100,15
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	108,85G	108,85G
F	8½ dgl. 80 II	11/90	109,45	109,45
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	107,4	107,4
F	9 dgl. 81	2/91	111,4	111,4
F	7½ dgl. 83 III	6/91	106,55	106,55
F	10¾ dgl. 81	7/91	114,5G	114,5G
F	10¾ dgl. 81	9/91	119,75	119,75
F	10 dgl. 81 II	12/91	116,65	116,65
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	115,75G	115,75G
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	115,75G	115,75G
F	9½ dgl. 82	4/92	114,5	114,5
F	9 dgl. 82 I	5/92	112,35G	112,35G
F	8½ dgl. 82	6/92	109,75	109,75
F	9 dgl. 82 II	8/92	112,8G	112,8G
F	8¾ dgl. 82	9/92	111,55bG	111,35bG
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	107,8	107,8
F	7½ dgl. 83	1/93	106,25	106,25
F	6 dgl. 78 II	3/93	99	99

[illegible]

Renten deutlich besser

Auch am Mittwoch tendierte der bundesdeutsche Rentenmarkt bei hohen Umsätzen freundlich. Öffentliche Anleihen konnten bis zu einem halben Prozentpunkt zulegen. Bevorzugt wurden längere Laufzeiten, bei denen es vereinzelt zu Steigerungen um bis zu 0,65 Prozentpunkten kam. Die wachsende Aufwertungsphantasie um die D-Mark läßt ausländische Anleger verstärkte Engagements in bundesdeutschen Festverzinslichen vornehmen. Eine auf 2,5 Prozent verminderte Zinsdifferenz zu den Vereinigten Staaten macht diese Spekulation zusätzlich attraktiv.

F	3¼ dgl. 84 o. O.	88,75	88,75bG
F	3½ Haswa 84 m. O.	112G	112G
F	3½ dgl. 84 o. O.	92T	91,5T
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	189G	189G
F	7½ dgl. 82 o. O.	102G	102G
F	5¾ Jusco 83 m. O.	198,25G	195,25G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	99,5G	99,4G
F	3½ Kansai Paint84 m.O.	120G	120G
F	3½ dgl. 84 o. O	91,75G	91,6G
F	3¼ Kaufhof 84 m. O.	150T	145T
F	3¼ Kaufhof 84 o. O.	78,75	78,25
F	3½ Linde Int. m. O.	167	160
F	3½ dgl. o. O.	79,25T	78,25
F	3½ Mitsubishi 84 m. O.	164G	164
F	3½ dgl. 84 o. O.	93,25	93,75

8 Arab.Banking 83/88	102,6	102,5
10¾ Arab.Summd. 81/89	104,35	104
6½ Argentinien 78/88	97,3	97,5T
7½ dgl. 79/89	99,5T	98,3
5½ Asiat.Entwbk78/88	99,8	99,65G
7¼ dgl. 79/89	102,75	103,5
10 dgl. 80/90	107,6T	107,25
8¾ dgl. 80/90	105,6	105,8G
10 dgl. 81/91	107	106,85
10¾ dgl. 81/89	112,5T	112,5T
9¾ dgl. 82/92	110,5G	110,5G
9¾ dgl. 82/92 II	111G	110,75
8½ dgl. 82/92	107,4G	107,1G
7¾ dgl. 83/91	105,25	105,1G
8¾ dgl. 83/93	109G	108,8

8 dgl. 84/92	94,5	95
8¼ dgl. 84/92	97,5	97
7¾ Estel 73/88	101,75T	102T
5½ Eurofima 77/87	100,2	99,95
7¾ dgl. 83/93	103	102,9G
6¼ Eurofima 72/87	105,4G	105,4T
6½ dgl. 73/88	104G	104
5½ dgl. 78/88	99,25G	99,25
6¼ dgl. 79/89	101,5	102G
10¾ dgl. 81/91	111,9G	111,9G
9 dgl. 82/92	108,6T	108,75G
8¾ dgl. 82/90	105,75	106
7¾ dgl. 83/91	106	106T
7½ dgl. 83/90	106,5	106,25
7¾ dgl. 84/94	104,5	104,25G

[illegible]

Ernst-Egbert Pohl

Bergassessor a. D.

* 8. 9. 1905 † 1. 1. 1986

In Liebe und tiefer Dankbarkeit

Rugendasstraße 19
8000 München 71

Aiga Pohl geb. Angenent
Max-Henning und Erika Pohl
Hans-Ulrich Pohl mit Anita
Frigga Pohl
Barbara und Susanne

Auf Wunsch des Verstorbenen hat die Trauerfeier im engsten Kreis stattgefunden.

Anstelle evtl. zugedachter Blumen- oder Kranzspenden bitten wir, einen Betrag den Bodelschwinghschen Anstalten, Bethel, Konto-Nr. 6420103, Sparkasse Bielefeld, zu überweisen.

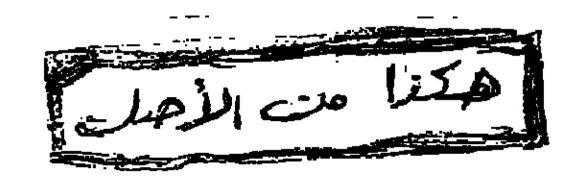
Gisela Lüdde-Neurath

geb. Tiedemann
geb. 1. 6. 1920 in Königsberg/Ostpreußen
gest. 3. 1. 1986 in Garmisch-Partenkirchen

In Liebe und Dankbarkeit
Walter Lüdde-Neurath
Monika Lüdde-Neurath
Claudia Lüdde-Neurath
Wolfgang Lüdde-Neurath
Gert van den Boom Lüdde-Neurath

Garmisch-Partenkirchen, Am Sonnenhang 15

Es war ihr Wunsch, auf dem Friedhof Garmisch in aller Stille beigesetzt zu werden.



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Erneut um das Limit höher notierte Kaffee. Etwas schwächer ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	7.1.	6.1.
März	334,50	331,50
Mai	311,75	310,00
Juli	281,25	278,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St. L. 1 CW	286,10	286,10
Am. Durum	283,07	283,04

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

März	122,30	121,80
Mai	125,40	125,00
Juli	128,00	127,30

HAFER Winnipeg (can. $/t)

März	104,50	103,80
Mai	105,50	105,00
Juli	104,00	104,00

HAFER Chicago (c/bush)

März	139,25	137,25
Mai	140,25	139,25
Juli	138,25	137,50

MAIS Chicago (c/bush)

März	248,75	246,75
Mai	252,50	250,00
Juli	252,50	250,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

März	111,90	109,90
Mai	114,30	112,90
Juli	113,30	112,20

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	7.1.	6.1.
März	279,00	260,75
Mai	265,09	259,09
Juli	269,18	263,18

KAKAO New York ($/t)

	7.1.	6.1.
März	2198	2210
Mai	2246	2260
Juli	2268	2282
Umsatz	2315	3942

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 März	5,87	5,61
Mai	6,07	5,83
Juli	6,29	6,01
Sept	6,45	6,15
Okt	6,56	6,28
Umsatz	5411	3473

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	4,78	4,80

KAFFEE London (£/t) Robusta

	7.1.	6.1.
Jan.	2945-2945	2785-2800
März	--3010	2852-2852
Mai	3083-3085	2924-2925
Umsatz	14127	8848

KAKAO London (£/t)

März	1726-1728	1740-1741
Mai	1743-1747	1738-1742
Juli	1767-1768	1753-1755
Umsatz	3061	2205

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	7.1.	6.1.
März	154,00-154,50	148,60-148,80
Mai	158,80-159,00	153,60-153,80
Aug.	164,40-164,80	159,40-159,80
Umsatz	2587	829

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

schw.	8.1.	7.1.
Saraw spez.	887,50	887,50
weiß.Saraw.	1202,50	1162,50
weiß.Munt.	1212,50	1172,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	7.1.	6.1.
Jan.	106,90	107,45
März	109,00	110,25
Mai	110,90	112,50
Juli	113,00	114,20
Sept.	112,50	113,25
Umsatz 2000	2000	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	7.1.	6.1.
	36,00	36,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	21,50	21,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Jan.	21,00	20,85
März	21,37	21,15
Mai	21,78	21,55
Juli	22,05	21,85
Aug.	22,05	21,80
Sept.	21,75	21,40
Okt.	21,35	21,20

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Missyssippi-Tal fob Werk

	20,50	20,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	17,00	17,00
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)

top white	14,25	14,25
fancy	13,75	13,75
bleichf.	13,50	13,50
yellow max. 10% fr.F	11,00	11,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Feb.	46,25	46,35
April	41,80	42,60
Juni	45,25	45,30

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Feb.	65,30	65,35
März	65,25	65,10
Mai	66,25	65,90

HÄUTE Chicago (c/lb)

	7.1.	6.1.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,50	58,50
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	46,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Jan.	543,00	533,50
März	553,50	544,50
Mai	564,00	553,75
Juli	572,00	561,00
Aug.	570,00	560,00
Sept.	547,00	539,50
Nov.	542,00	537,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Jan.	154,70	150,70
März	157,20	152,40
Mai	158,80	154,30
Juli	160,80	156,20
Aug.	160,00	156,00
Sept.	154,00	151,00
Okt.	151,00	148,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	7.1.	6.1.
März	326,80	320,50
Mai	332,50	326,50
Juli	338,00	333,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	7.1.	6.1.
	18,50	19,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk.	8.1.	7.1.
cif	860,00	850,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk. ex Tank	540,00	545,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	370,00	370,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

	133,00	131,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	425,00	432,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	258,75	254,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	7.1.	6.1.
März	61,98	61,90
Mai	62,01	62,07
Juli	58,50	58,15
Okt.	49,60	49,50
Dez.	48,30	48,25
März	48,90	49,00

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

	40,25	40,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	8.1.	7.1.
Jan.	465,00–	500,00–
März	503,00-505,00	504,00-506,00
Mai	505,00-510,00	510,00-514,00
Umsatz	69	151

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	7.1.	6.1.
März	44,00	44,00
Mai	44,00	44,00
Juli	44,00	44,00
Okt.	44,00	44,00
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	7.1.	6.1.
März	612,00-620,00	608,00-612,00
Mai	–	–
Juli	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	8.1.	7.1.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	7.1.	6.1.
Jan.	12239	12235
Feb.	12325	12323

KAUTSCHUK London (p/kg)

	7.1.	6.1.
Nr.1 loco	57,00-60,00	57,00-60,00
Dez.	–	–
Jan.	–	–
Febr.	–	–

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	7.1.	6.1.
Febr.	178,00-179,00	178,00-179,00
März	179,00-180,00	179,00-180,00
Nr. 2 Febr.	172,50-173,50	172,50-173,50
Nr. 3 Febr.	170,00-171,00	170,00-171,00
Nr. 4 Febr.	165,00-166,00	165,00-166,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	8.1.	7.1.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	8.1.	7.1.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	274,22-274,57	269,01-269,19
dritt. M.	284,12-284,29	278,18-278,36
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	90,52-90,61	90,49-90,67
dritt. M.	94,76-95,12	94,20-94,37
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1018,37-1039,58	1012,54-1016,06
dritt. M.	1021,90-1041,25	1035,47-1057,23
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	148,51-149,57	141,12-142,18
Prod.-Pr.	171,25	170,91
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

8.1.	7.1.
ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	8.1.	7.1.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	348,47-350,24	345,57-347,33
BLEI in Kabeln	98,25-99,25	98,25-99,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	8.1.	7.1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	311-316	309-314
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	343-345	342-345
MS 63	342-345	340-343

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	8.1.	7.1.
Leg. 225	330-332	327-330
Leg. 226	332-334	329-332
Leg. 231	367	362-367
Leg. 233	377	372-377

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	8.1.	7.1.
PLATIN (DM/g)	30,20	30,10
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26500	26310
Rückn.-Pr.	25750	25560
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26550	26350
Rückn.-Pr.	25860	25660
verarbeitet	27860	27640
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26025	25860
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	475,30	470,30
Rückn.-Pr.	461,00	456,20
verarbeitet	496,10	490,90

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)

London	8.1.	7.1.
10.30	330,90	328,90
15.00	332,60	330,00
Zürich mit.	331,30-331,80	329,10-379,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	80000	79550

SILBER (p/Feinunze) London

Kasse	407,40	404,80
3 Mon.	419,20	416,00
6 Mon.	431,55	428,05
12 Mon.	455,90	450,60

PLATIN (£/Feinunze)

London	7.1.	6.1.
fr. Markt	250,70	243,05

PALLADIUM (£/Feinunze)

London	7.1.	6.1.
f. Händl.-Pr.	68,35	68,10

New Yorker Metallbörse

	7.1.	6.1.
GOLD H & H Ankauf	330,25	328,00
SILBER H & H Ankauf	586,00	581,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	334,00-336,00	334,00-336,00
Prod.-Pr.	475,00	415,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	97,50-98,50	97,00-98,00
Prod.-Pr.	150	150

SILBER (c/Feinunze)

Jan.	590,30	583,60
Feb.	595,60	587,10
März	597,00	590,50
Mai	605,00	598,00
Juli	613,00	605,50
Sept.	620,80	614,00
Dez.	632,80	626,70
Umsatz	15000	12000

KUPFER (c/lb)

	7.1.	6.1.
Jan.	64,70	63,75
März	65,40	64,45
Mai	65,35	64,65
Juli	65,45	64,90
Sept.	65,65	65,10
Dez	65,90	65,35
Jan.	65,90	65,45
Umsatz	11100	5500

Londoner Metallbörse

	8.1.	7.1.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	775,50-776,50	777,50-773,50
3 Mon.	803,50-804,00	799,50-800,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	256,00-256,25	258,50-259,50
3 Mon.	268,00-269,00	269,00-270,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	966,50-967,50	960,50-961,50
3 Monate	994,00-994,50	986,00-986,50
ab. Kasse	–	966,00-967,00
3 Monate	–	997,00-992,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	953,50-954,00	952,00-955,00
3 Monate	982,00-984,00	982,00-985,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	420,00-423,00	405,00-410,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	245-255
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	55-60

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	7.1.	6.1.
Febr.	75,60-75,70	73,49
März	72,55-72,60	69,25-69,31
April	68,10-68,30	65,80
Mai	64,65	–

GASÖL – London ($/t)

	7.1.	6.1.
Jan.	239,75-240,00	240,00-240,50
Febr.	229,50-229,75	232,50-232,75
März	219,50-219,75	221,50-221,75
April	209,75-210,00	211,50-211,75
Mai	202,00-202,25	204,50-206,00
Juni	197,50-197,75	200,00-200,75
Juli	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)

	7.1.	6.1.
Febr.	69,80	69,60-69,66
März	69,90	69,04
April	68,45	68,70
Mai	68,00	68,60-68,80
Juni	67,30	–

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	7.1.	6.1.
Febr.	26,16	26,53-26,60
März	26,21	25,58-25,63
April	25,17	24,78-24,82
Mai	25,22	24,14-24,14
Juni	24,38-24,40	23,65-23,70

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	7.1.	6.1.
Arabian Lg.	27,85	27,85
Arabian Hv.	25,85	25,85
Iran Li.	26,90	26,90
Forties	26,35	26,45
N.Sea Brent	26,40	26,45
Bonny Light	27,05N	27,05

Kartoffeln

London (£/t)

	7.1.	6.1.
Febr.	81,50	80,20
April	94,90	94,60
Mai	103,60	–
Nov.	77,00	–

New York (c/lb)

	7.1.	6.1.
März	2,13-2,17	2,13-2,15
April	2,12-2,15	2,11-2,15
Mai	2,29	2,28-2,31
Nov.	3,37	3,37-3,39

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	7.1.	6.1.
Jan.	146,80-147,00	143,10
März	150,90-150,70	148,10-148,30
Mai	155,60-155,50	153,50-153,10
Juli	160,40-160,20	158,00-157,00

Devisenterminmarkt

Die Abschwächung der Euro-Dollarzinssätze setzte sich auch am 8. 1. fort, die Abschläge verringerten sich nochmals.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,78-0,68	1,98-1,88	3,90-3,70
Pfund/Dollar	0,51-0,50	1,56-1,52	3,08-3,03
Pfund/DM	2,80-1,40	6,90-5,50	13,1-11,7
FF/DM	23-7	66-52	122-106

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8.1.: Tagesgeld 4,50-4,60 Prozent; Monatsgeld 4,65-4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8.1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 8.1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8.1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅜-4⅝	3⅞-4
3 Monate	7¾-8	4½-4¾	3⅞-4⅛
6 Monate	7⅞-8⅛	4½-4¾	3⅞-4⅛
12 Monate	7⅞-8⅛	4⅝-4⅞	4-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 8.1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8.1. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1230,00	1584,60
5 US-Dollar (Indian)**	805,00	968,25
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	593,85
1 £ Sovereign alt	196,25	246,53
1 £ Sovereign Elizabeth II.	187,25	236,27
20 belgische Franken	141,25	189,53
10 Rubel Tscherwonez	202,25	257,93
2 südafrikanische Rand	179,50	226,29
Krüger Rand, neu	802,25	952,19
Maple Leaf	819,25	973,85
Platin Noble Man	894,00	1059,06
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	216,25	275,05
20 schweiz. Franken „Vreneli"	169,25	221,45
20 franz. Franken „Napoléon"	151,75	201,50
100 österr. Kronen (Neuprägung)	758,25	928,25
20 österr. Kronen (Neuprägung)	152,50	196,45
10 österr. Kronen (Neuprägung)	79,00	107,16
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	357,00	441,18
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	82,75	117,14

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich. In Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,14) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,37) – 8,00 (6,56). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,20, 2 Jahre 5,05. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,30, Rendite 6,18.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 8.1.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	53,586	6,80
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	102,975	6,80
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	54,06	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,53	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	55,60	6,46
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,40	6,41
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	122,00	9,94
DSL-Bank R.264	937,01	2.7.90	104,15	6,30
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	76,02	6,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	53,05	5,85
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,05	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,75	7,01
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	54,49	6,67
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	38,25	6,90
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	54,01	6,77
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	26,61	7,05
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	26,50	6,95
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	54,02	6,75
WestLB 600	100,00	2.5.95	54,75	6,68
WestLB 601	100,00	2.5.00	38,60	6,88
WestLB 602	100,00	3.10.05	26,15	7,03
WestLB 500	126,86	16.2.89	108,30	5,23
WestLB 501	137,01	16.2.90	108,65	5,82
WestLB 503	115,76	5.10.88	101,30	5,00
WestLB 504	141,85	1.10.91	101,05	6,11
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	77,00	13,00
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	57,50	9,43
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	51,50	11,39
Xerox (AA)	400,00	11.2.92	55,75	9,95
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.97	55,375	9,90
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	53,00	9,25
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	44,00	10,59
Penney (A+)	100,00	17.2.94	46,375	9,86
Sears (AA)	100,00	27.5.94	44,875	9,94
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	45,375	9,76
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	44,125	9,28

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75 (4,75)	100,5	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	5,20 (5,25)	99,65	101,5	103,2	105,0	106,9	108,7
3	5,65 (5,65)	99,0	101,0	103,4	106,1	108,8	111,4
4	6,22 (6,29)	95,45	99,25	102,4	105,8	109,2	112,7
5	6,40 (6,49)	93,75	97,9	102,1	106,3	110,4	114,6
6	6,50 (6,60)	92,3	97,3	102,0	106,8	111,6	116,4
7	6,75 (6,78)	90,0	95,4	101,4	106,5	111,7	117,1
8	6,85 (6,88)	88,35	94,3	100,9	105,3	112,3	118,3
9	6,99 (7,00)	86,45	92,95	100,1	105,9	112,4	118,9
10	7,01 (7,02)	85,25	92,25	99,95	106,2	113,7	120,2
15	7,17 (7,20)	79,65	88,65	98,45	106,6	115,5	124,5

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 111,146 (110,957)
Performance-Rentenindex: 233,695 (233,387)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	7. Jan.	7,695-7,819
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,70
	60-270 Tage	7,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,75
	60 Tage	7,70
	90 Tage	7,65
Certificates of Deposit	1 Monat	7,60
	2 Monate	7,625
	3 Monate	7,65
	6 Monate	7,65
	12 Monate	7,65
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,07
	26 Wochen	7,07
US-Staatsanleihe	10 Jahre	8,93
	30 Jahre	9,16
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	23. Dez.	627,9 Mrd. $ (– 5,3 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
März	124,50	123,60
Juni	125,90	125,05

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	7.1.	6.1.
11¼ EEC 90	107	107,375
10¾ EIB 95	106	105,25
11 dgl. 91	107,75	107,75
11½ dgl. 90	109,5	109,625
11⅜ dgl. 95	112,575	112,25
12 dgl. 95	113,625	115,75
12½ dgl. 90	111,75	111,875
12⅞ dgl. 94	117,625	117,875
13 dgl. 96	116,875	117
10¼ Wld Bk 95	104,625	104,875
10⅜ dgl. 88	104	104,125
10⅞ dgl. 90	106,75	106,75
10⅝ dgl. 95	108,125	108,25
11 dgl. 92	108,125	108,375
11¼ dgl. 93	111,375	111,5
11¼ dgl. 88	105,875	106,375
11⅛ dgl. 90	108,75	108,875
11⅞ dgl. 89	106,75	106,875
11⅝ dgl. 90	109,5	109,75
12 dgl. 93	113,375	113,625
12¼ dgl. 94	114,875	115
12⅞ dgl. 94	118	118,125
6⅞ Sears 91	104,875	104,875
6⅞ Swed.Ex.91	100,75	101
7 TRW 94	101,375	102
6⅝ Un.Tech.92	101,5	101,25
6⅝ World Bk90	101,25	100,5
6⅝ dgl. 94	101,375	101,25
7 dgl. 94	102,25	102,5
7⅝ dgl. 93	105,75	105,625
8 dgl. 93	107,125	107,125

Euro-Yen

	7.1.	6.1.
6⅝ Al.Corp 91	101,625	101,625
5⅞ ADB 88	97,75	97,875
7⅝ dgl. 94	104,75	104,875
7 Austria 95	102,625	102,5
6⅞ Avon 91	99,875	100
7 BP 92	104,5	104,375
6⅞ Denmark 92	100,125	100,125
7 Deka Bk. 92	100,875	100,875
7 Dow Chem.94	103,125	103,125
6⅞ EDF 95	102,375	102,375
6⅞ Eurofima86	99,5	99,5
6⅛ dgl. 95	99,75	99,75
6⅝ dgl. 92	100,875	100,875
7⅛ dgl. 94	104,125	104,125
6⅞ Fannie 92	100,5	100,5
6⅞ Fst.Rep90	101,375	101,375
6⅞ GMAC 90	101,625	101,625
7⅛ Goodyear95	102,125	102,125
6⅞ dgl. 94	100,625	100,625
6⅝ ITT 92	101,875	101,875
6⅞ McDonal.92	102,375	102,75
7⅛ N.Bruns.95	103,5	105,5
7⅛ N.Zeald.90	102,625	102,75
7⅛ dgl. 89	104	104
7 Pac.Gas 94	103,625	103,625
6⅞ Penney 92	100,375	100,25
6⅞ Procter 92	102,75	102,75
6⅞ Sallie 92	99,5	99,375

Lux. Franc Bonds

	7.1.	6.1.
9⅞ Akzo 87	100	100
9⅞ Asea 89	102	102
6⅞ Asian Dv87	98	98
10⅞ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	102,25	102,25
9 dgl. 93	101,25	101,25
10⅞ Paribas89	103	103
10⅞ Cecа 94	105	105
11 dgl. 97	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12½ Conseil92	105	105
8 Captel 88	98,25	98,25
8⅞ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	102,5	102,5
13 dgl. 89	101	101
7⅞ Den.Mag 88	96,5	96,5
10⅞ Eurатom96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12⅞ dgl. 88	100,75	100,75
12⅞ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101	101
10 dgl. 91	103,75	103,75
10 dgl. 94	104	104
11⅞ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9⅞ dgl. 95	102,75	102,75
9⅞ dgl. 88	101	101
9⅞ dgl. 93	102,75	102,75
10⅞ dgl. 94	106	106
11⅞ dgl. 88	105	105
12⅞ dgl. 90	104,5	104,5
9⅞ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9⅞ Ind.B.F.95	101,5	101,5
11 Krediet.93	104,5	104,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11⅞ dgl. 89	103,25	103,25
8 Luxair 87	99,75	99,75
8⅞ dgl. 87	99	99
10⅞ Lux Bk.91	102,25	102,25
12⅞ dgl. 89	100,75	100,75
9 Met.Chim 95	101	101
12⅞ Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8⅞ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 97	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅞ Renault 88	96,75	96,75
9⅞ Sogenal 92	101,25	101,25
10⅞ Solvay 87	102	102
10⅞ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9⅞ Volvo 87	100	100
9⅞ WorldBk.90	102,75	102,75
10⅞ dgl. 89	102,25	102,25

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	7.1.	6.1.
8⅞ Cop City91	97	97
8⅞ CCA 91	97	97
9⅞ Gas d Fr86	99	99
11⅞ Ned. G.88	101,5	101,5
9⅞ Queb. P.94	99	99
8⅞ SDR 94	97	97

ECU

	7.1.	6.1.
10⅞ Al.Dbk89	103,25	103,25
10⅞ dgl. 91	105,25	105,125
9⅞ ASN 92	102,625	102,625
All Nippon 95	100,25	100,25
9⅞ ANZ 92	102,25	102,75
10⅞ Austria93	106,625	106,625
10 BNDA 91	101,75	101,625
9 M.+Hope 92	100,5	100,625
9 Bk.Hels.96	97,375	97,625
9⅞ Bk.Tok.90	103,375	103,375
10⅞ dgl. 91	102,25	102,25
10⅞ dgl. 91	102,5	102,625
8⅞ BNP 95	98,5	98,375
8⅞ Bay.Vbk.88	100,875	100,875
8⅞ BFCE 95	97,75	97,625
9⅞ dgl. 92	103,75	103,5
9⅞ dgl. 95	103,25	103,25
9⅞ Bull 92	98,25	98,25
9⅞ CNT 92	103,5	103,5
9⅞ dgl. 95	103,375	103,25
8⅞ Cargill 95	98,5	98,125
10⅞ Ceca 89	106,875	106,875
11⅞ dgl.94/I	108,875	108,75
11⅞ dgl.94/II	–	–
9 Chrysl. 92	98	98,25
10 dgl. 91	103,5	103,625
10⅞ dgl. 93	103	103
9 ClubMed 88	101,5	101,375
9⅞ Conseil 92	101,5	101,375
9⅞ dgl. 95	101,75	101,875
9⅞ CCF 95	100,5	100,625
9⅞ CrdNord 91	102,375	102,375
11⅞ CrdFonc90	106	106,125
11⅞ dgl. 90	107,125	107
8⅞ CrdNat 95	99	99
10⅞ dgl. 94	106,25	106,25
8⅞ Crdanst.94	99,75	99,75
9⅞ Credito 92	101,5	101,375
9⅞ Denmark 90	101	100,75
10⅞ Denmark91	105,875	106
9⅞ Dresd.bk93	103,375	103,375
9 EDF 97	100,375	100,375
8⅞ EEC 93	100,375	100,375
8⅞ ELFAqu. 85	99	93,875
9 Enso Gut 91	98,75	93,625
9⅞ dgl. 95	98,625	98,625
10 Euratom 97	104,625	104,375
9⅞ Eurofima93	103,625	103,375
11 dgl. 92	107,75	107,875
8⅞ EIB 95	99,25	99,25
9⅞ dgl. 95	103,75	103,75
10⅞ dgl. 94	104,875	104,75
10⅞ dgl. 89	–	–
10⅞ dgl. 94	105,75	105,625
10⅞ dgl. 90	106,375	106,375
11⅞ dgl. 92	107,625	107,625
11⅞ dgl. 94	109,25	109,375
9 Eutelsat 93	99,125	99
8⅞ Fiat 90	100,25	100,25
9 IBKFinal 95	98,125	98,125
8⅞ Ford C.93	98	98
11 Genfin.90	106,875	106,625
10⅞ Girоz. 95	106,75	106,625
10⅞ GTE 92	107,75	107,75
10 IADB 93	103,75	103,75
8⅞ IBM 90	100,75	100,625
11 IH 89	105,375	105,25
9⅞ Italia 89	101,5	101,25
10⅞ dgl. 92	105,375	105,25
11⅞ dgl. 90	107,75	107,75
9⅞ Konsoil 92	100,125	100,125
9⅞ Kbifima 92	100,375	100,375
11⅞ LTCB 90	106,5	106,5
10⅞ Mecal 95	103,375	103,25
8⅞ Mits.Tr.93	97,125	97,125
9 MostHen.91	100,625	100,5
9⅞ Mof 90	101,375	101,375
8⅞ Morgan 90	99,25	99,5
8⅞ Motorola97	100,25	100,125
9 Neste 95	98,625	98,5
9⅞ N.Zeal. 90	101,75	101,625
9⅞ N.Zeal.92	102,375	102,25
11 Nipp Crb91	107	106,75
9 OstLbk. 89	101	100,75
8⅞ Olivetti93	93,125	98
10 Pechin.90	102,75	102,375
9 Pernoc.93	96,375	96,625
9⅞ Peugeot 90	100,625	100,5
10⅞ dgl. 93	104	103,75
9 Philips 93	102,75	102,25
9⅞ Pirelli 92	103,25	103,25
10 Prvbk. 92	102,75	102,625
11⅞ Queb Pr89	106,625	106,75
10⅞ RATP 92	104,625	104,5
9⅞ Rabobk. 95	103	102,875
8⅞ Reynolds91	99,75	99,5
10⅞ Roybk.Ca89	105,75	105,75
9 SAS 95	100,625	100,5
9 Sanwa 95	98,375	98,375
8⅞ Secpac 90	98,5	98,375
11⅞ SNCF 94	108,625	108,625
9 SNCI 95	100,5	100,25
10⅞ Spartas91	104	103,875
9⅞ Sumitcorp93	100,375	100,5
9 Sumifin 95	101	100,875
9 Unbk.Ner 96	99,5	99,5
9⅞ WestLB 90	105	105
9⅞ Westpac92	101,875	101,875
8⅞ Worldbk 95	96,25	98,375
9⅞ dgl. 95	103,625	103,5
9⅞ dgl. 97	104	103,875
10⅞ dgl. 89	106	106
10⅞ dgl. 88	105,875	106
10⅞ dgl. 94	106,75	106,75
11 dgl. 93	107	106,75

ECU-Tageswerte

	7.1.	6.1.
Dollar	0,896756	0,894647
Bfr	44,5688	44,5948
DM	2,18091	2,18462
Hfl	2,45666	2,46037
£	0,620807	0,616475
Dkr	7,97306	7,97372
FF	6,68756	6,69453
Lira	1468,17	1493,41
I£	0,715637	0,716019
Sfr	1,84956	1,84120
öS	15,3436	15,3751
Peseta	136,397	136,500
Skr	6,77544	6,73655
Nkr	6,73599	6,70780
Kan-$	1,25967	1,24487
Esc	140,791	140,216
Fmk	4,82186	4,81579
Yen	180,585	179,051
Drachme	132,129	132,127

SZR-Wert

	6.1.	3.1.
Dollar	1,09216	1,09551
DM	2,70419	2,69622

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Peter Jentsch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

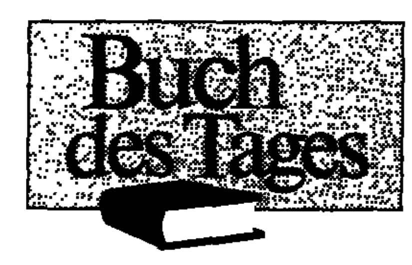
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Boxen für Deutschland: Der neue Blickensdörfer

Deal um einen Superfight

Man könnte es auch in drei Sätzen sagen und nicht 408 Seiten lang: „Die Welt ist voll von Betrügern, und die meisten sind windig. Aber wenn dich ein König am Wickel hat, nützt es dir einen Dreck, Weltmeister aller Klassen zu sein. Ein Spielball bist du in seiner Hand, und sie erdrückt dich, wenn du ihr nicht folgst."

Doch wer sich mit der Quintessenz des neuen Blickensdörfer-Romans „Schnee und Kohle" begnügt, bringt sich um ein pralles Schmökervergnügen, das hier geboten wird: Reicher, krebskranker Gangster rettet seinen Schriftsteller-Freund vor dem Drogensiechtum und zieht sich selber zwecks Genesung zu einem Wunderdoktor auf die Bahamas zurück. Dort



schmiedet er den Plan, den Boxkampf des Jahrhunderts zu veranstalten, zwischen Thomas Brixner, der weißen Hoffnung aus Deutschland, und Tiger Johnson, dem schwarzen Brutal-Boxer aus den Staaten. Um das zu bewerkstelligen, muß der alte Gangster den Deal mit den großen Drogendealern wagen...

Ein Jahr reiner Schreibarbeit war's, was Hans Blickensdörfer für seinen dritten Sportroman an Zeit aufwandte. Doch dreißig Jahre lang hat er den Stoff dafür gesammelt, gespeichert. Und so ist auch dieses Blickensdörfer-Buch am Ende das Ergebnis ungewollter und bewußt angelegter Recherchen – eine einzige große Reportage. Da gibt es keine Figur, die daheim am Schreibtisch erfunden und zu einem qualvollen literarischen Leben erweckt worden wäre.

Blickensdörfer hat sie alle kennengelernt: Charles Marcillac, den Kriegsgewinnler, den großen Gangster mit den moralischen Skrupeln und dem Tick fürs Schöngeistige, weil er es nicht begreift. Antoine, das geradezu unglaubliche Schreibtalent, das – Herrgott noch mal, wie oft ist das so – genauso hingebungsvoll säuft wie es schreibt, wobei das erstere nun einmal schneller zum Ruin führt als das zweite.

Oder die Schauplätze: das schäbige Münchner Managerbüro, in dem der Besucher statt der Bahamas-Zigarre nur die billige Fehlfarbe kredenzt bekommt, weil die Zeiten nun einmal danach sind. Fehlfarben, nur immer Fehlfarben, bei den Boxern ebenso wie in der Zigarrenkiste – bis Thomas Brixner kommt. Oder das alte Bauernhaus in der Normandie – so etwas muß es einfach geben. So etwas kann man nicht erfinden. Und Blickensdörfer ist noch immer dermaßen mit der Normandie verhaftet, daß er schließlich nur niederschreiben muß, was ist. Oder die Bahamas: Im letzten Jahr hat sich Blickensdörfer extra auf den Weg dorthin gemacht, um in Sachen Drogenszene und Krebstherapie vor Ort zu recherchieren. Er sagt: „Das Buch ist ja doch gewachsen, das ist alles zurückgeholt. Und doch war es nicht leicht, diesen Roman zu konstruieren."

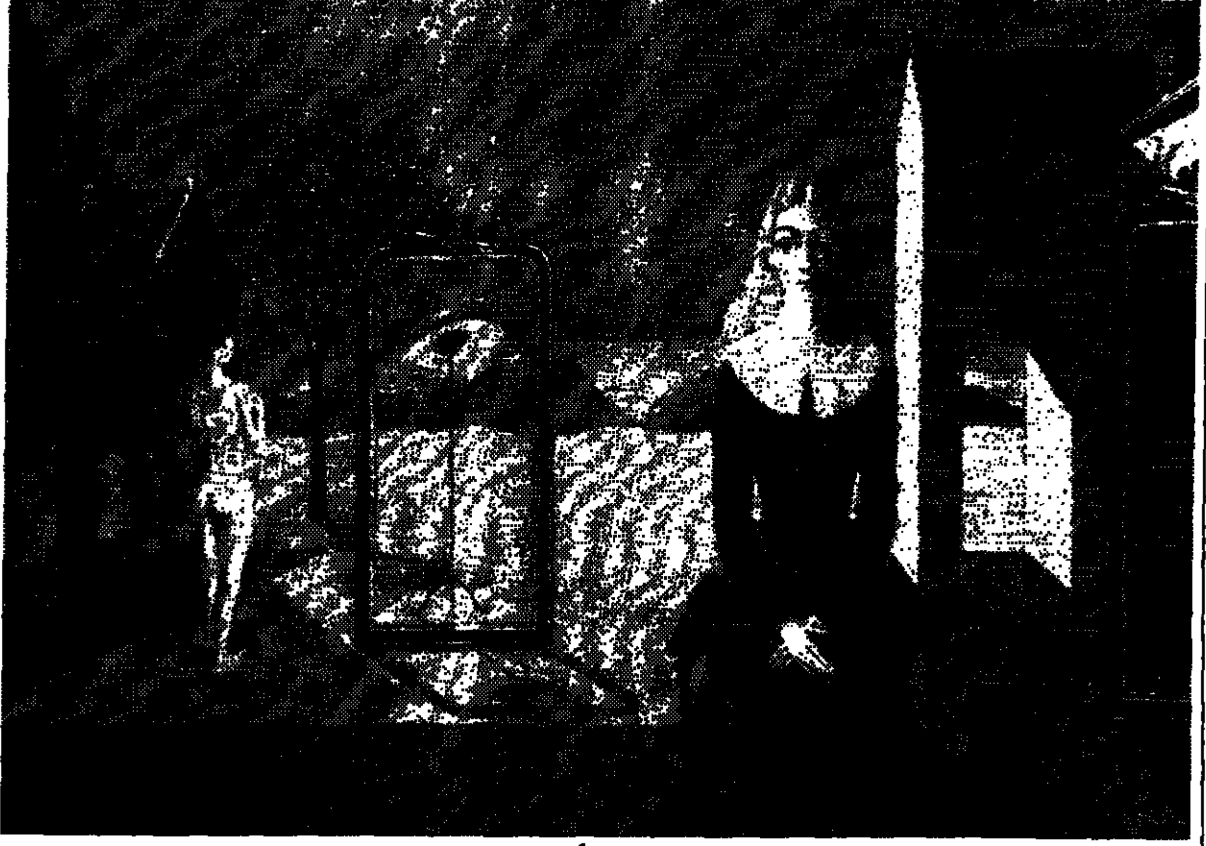
Es geht um Sport und um seine Verästelungen in dieser Gesellschaft. Und es geht ums Boxen, ein Thema, das in den Jahren nach Muhammad Ali gewiß nicht en vogue ist.

Aber die unbedingte Gnadenlosigkeit des Profi-Boxens, diese ritualisierte Hinrichtung, als Parabel einer Welt, die aufregend und abstoßend zugleich ist, sie zeichnet Blickensdörfer mit der ihm eigenen sorgsamen Reporter-Präzision.

Ein Sportroman? Ja. Aber nicht nur. Denn Blickensdörfer bietet eine ganze Menge mehr. Wobei allein das Genre „Sport" schon Beachtung verdient, weil es in der deutschsprachigen Romanliteratur nun einmal unterprivilegiert ist. Blickensdörfer, der jahrzehntelang Chefreporter in Sachen Sport bei der „Stuttgarter Zeitung" war, hat sich der sträflich vernachlässigten Sparte angenommen, mit der entsprechenden Fachkenntnis, mit hartnäckiger Reporter-Wuselei und mit dem so notwendigen langen Atem. Aber trotzdem, warum ausgerechnet ein Buch übers Boxen? Blickensdörfer läßt es Pierre, den deformierten und nur noch mühselig artikulierenden Ex-Boxer sagen: „Boxen muß sein, weil es vielen Leuten Spaß macht. Ich meine, weil sie auch mal gerne draufhauen würden, aber Angst davor haben."

KLAUS BLUME

Hans Blickensdörfer: **Schnee und Kohle;** erschienen im Schneekluth-Verlag München; 408 Seiten, 39,80 Mark.



Unwirkliche Wirklichkeiten: „L'ermitage" von Paul Delvaux FOTO: KATALOG

Paul Delvaux: Eine Retrospektive im Pariser „Centre Wallonie-Bruxelles"

Symmetrische Träume im Bahnhof

Der surrealistische Maler Paul Delvaux ist letztes Jahr, 88jährig, von den belgischen Eisenbahnen ehrenhalber zum Stationsvorsteher eines kleinen Bahnhofs bei Löwen ernannt worden. Dem Hintergrund dieser ungewöhnlichen „Karriere" kann man gegenwärtig in Paris nachgehen. Das „Centre Wallonie-Bruxelles", Pariser „Schaufenster" des frankophonen Südbelgien, zeigt eine reichhaltig bestückte Retrospektive seiner Ölgemälde, Aquarelle und einiger Zeichnungen.

Zwei Gemälde stehen hier für Delvaux' Frühwerk: Die „Femmes devant la mer" (1927) erinnern mit ihren feinen, schlanken Gesichtern an Modigliani, und „La cuisine" von 1932 ist ein konventionelles, expressionistisches Interieur. Erst Mitte der 30er Jahre fand Delvaux, fast 40jährig, zu seinem persönlichen Stil. Entscheidend war die Begegnung mit dem Surrealismus, besonders 1934 auf der Brüsseler Ausstellung von de Chirico, Dali und Magritte.

Das „Palais en ruine" von 1935, ein gespenstisch wirkendes Schloß in einer mit Meteoriten übersäten Traumlandschaft, kündigt den neuen Stil an. Auch Delvaux' spätere Vorliebe für die starre Symmetrie zeigt sich bereits. Alle Perspektiven laufen exakt in der Bildmitte zusammen. Das Meisterwerk „Solitude" von 1955 führt dieses Prinzip zur Perfektion: Auf einem nächtlichen Bahnhof bei Vollmond trifft das Auge des Betrachters genau in der Mitte des Gemäldes auf den Fluchtpunkt zweier Linien. Von rechts kommt der Blick des einsamen Mädchens, von links die Kette der kleiner werdenden Waggons des hinausfahrenden (Güter-) Zuges.

Die ungewöhnliche Kombination einiger über Jahrzehnte immer wiederkehrender Motive machen den Charakter von Delvaux' Werken aus, die wie fotografische Momentaufnahmen bizarrer Traumszenen wirken. Telegrafenmasten, auf den Boden gestellte Öllämpchen, Spiegel, Straßenbahnen und verstreute Gesteinsbrokken geben sich auf seinen Bildern ein Stelldichein. Und immer wieder antike Landschaften, Eisenbahnen und nackte Frauen.

Diese Entkleideten zwischen griechischen Säulen und nächtlichen Bahnhöfen scheinen seltsam entrückt, zerbrechlich, wie würdevolle Schlafwandlerinnen. Selten sind sie sinnlich, immer wirken sie anonym. Delvaux malt das Schweigen. Seine Frauengestalten sprechen nicht zum Betrachter. Sie scheinen sich hinter einem Unsichtbaren Schleier von Melancholie zu verbergen.

Auf „Toutes les lumières" (1962) sind zwei Frauen aneinander vorbeigegangen: für immer? Hinter der räumlichen Unendlichkeit, der Delvaux' Züge zustreben, verbirgt sich auch eine zeitliche Ewigkeit. Menschen, die sich auf seinen Bildern noch im Arm halten, scheinen sich schon verlassen zu haben. Aneinander vorbeileben, Abschied, ja der Tod sind die dominierenden Themen der in Paris versammelten Bilder. Auf einigen, vor allem aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, treten Skelette an die Stelle der sonst allgegenwärtigen Akte. Je länger die Begegnung mit dem eigenwilligen Werk Paul Delvaux' dauert, umso beklemmender wird sie. (Bis 31. März; Katalog 70 Franc.)

MICHAEL SIEBERT

Orpheus Chamber Orchestra auf Europa-Tournee

Friedliche Musikrebellen

Sie stehen in dem aparten Ruf, Nonkonformisten, friedliche Rebellen wider die tradierten Autoritätsbindungen im internationalen Orchesterbetrieb zu sein. Denn wie nur sehr wenige Kammer-Ensembles sind sie keinem Dirigenten zu Willen, der ihnen den Stempel seiner mehr oder weniger diktatorischen Persönlichkeit aufdrückt, sondern gehorchen einzig und allein ihren eigenen Befehlen und Ansprüchen: das New Yorker „Orpheus Chamber Orchestra", das nun zum zweiten Mal nach Old Germany aufbrach, um von Hamburg aus eine Europa-Tournee zu starten.

Wenn man auch nicht glauben kann, daß eine 26 Mann starke Formation ganz ohne internes Kompetenzgerangel existiert, so versuchen die Musici doch, nach außen das schöne Bild vom reibungslosen Gleichberechtigungsmodell zu vermitteln, nach dem Solisten- und Konzertmeister-Aufgaben per Job-Rotation verteilt werden und über Konzeptions- und Detailfragen in immer neu gewählten Kerngruppen so lange diskutiert wird, bis Konsens erreicht ist: Schöner Traum von einer besseren, „demokratischeren" Orchesterwelt, in der die herrischen Pultgötter zum Aussterben verurteilt sind?

Aber kann man wirklich ein ausgeprägtes, charismatisches Profil gewinnen, wenn sage und schreibe 26 Köche den musikalischen Brei anrühren? Müssen nicht die diffizilen Debatten über dieses und jenes Crescendo oder das richtige Tempo eines Menuetts notwendig in einen schalen Kompromiß münden? Das Hamburger Konzert vermochte darüber um so vielsagender Aufschluß zu geben, als es sich nicht – wie für die weiteren Tournee-Stationen programmiert – auf Rossini- und Schubert-Hits oder eigens angeheuerte Solisten-Prominenz verließ, sondern sich von einem selten gespielten Mozart über Dvorak und Wolf bis zu Schönbergs wahrlich nicht leicht verdaulicher Kammersinfonie durcharbeitete.

Frappierend dabei – und dieser glückliche Eindruck blieb bis zum Schluß –: die enorme technische Virtuosität dieses jungen amerikanischen Ensembles, das es mittlerweile zu einer vielbesuchten eigenen Konzertreihe in der Carnegie Hall gebracht hat. Da gibt es keine Schlampereien, im Tutti kein störendes Nachgeklapper, weil die letzte Pult-Dame die einzige Richtschnur des intensiven Blick- und Hörkontaktes verloren hätte.

Spieltechnische Eintracht herrscht bis in die kleinste Phrase, ja, bis in die rasant abgespulte Passagen- und Figurenwelt des buffonesk sprudelnden Finales von Mozarts KV 319. Musizieren also aus einem Guß, instrumentaler Feinschliff, ob man nun in die Bläser- oder Streicherzirkel hineinhorcht. Zudem eine Transparenz, ein schönes, geschmeidiges Einschwingen in die melodischen und rhythmischen Prozesse, wie man es sich zarter, schlanker und nobler nicht wünschen kann. Also ein Vergnügen ohne Vorbehalte?

Leider ließ sich nicht verhehlen, daß sich bei aller frisch-feinsinnigen Ziselierarbeit und eleganten Gestik vor allem in Mozarts Salzburger Sinfonie und Dvořaks Streicher-Serenade immer wieder seltsam flaue, unprägnante Momente einstellten, emotionale Hänger den Reiz des Spiels minderten. Hatte man Angst vor der eigenen Selbstverantwortungs-Courage und favorisierte den eher kromproмißlerisch vagen denn den distinkten, originellen Ausdruck? Fehlte letzten Endes nicht doch der scharf durchorganisierende, aus eigenwilligen Phantasie-Tiefen schöpfende Dirigenten-Kopf? Gewiß, Dvořaks geistreich gesetzte spätromantische Nachtmusik mit ihren gefühlvollen Larghetto-Eskapaden war frei von jedem Schwulst, doch keineswegs auch frei von herben Spannungsverlusten.

Glücklicher fiel dagegen Wolfs esprit-geladene „Italienische Serenade" aus, die in sehr gelöstem und pointiertem Zusammenspiel erschien. Wie denn auch Schönbergs Kammersinfonie, dieser „tonale" Einsätzer mit seinen atonalen Einschüssen und seiner raffinierten polyphonen Faktur, den Fähigkeiten der New Yorker Band zu scharf emotionstreibendem und zugleich kühl kalkuliertem Musizieren außerordentlich entgegenkam.

Das Schallplatten-Angebot der Orpheus-Crew hat sich übrigens mit populären und raren Rossini-Ouvertüren, mit Haydn-Sinfonien, Mozart-Divertimenti, Dvorak-Serenaden und einer Bartok/Janacek-Koppelung gerade rechtzeitig zur Tournee auf fünf schwarze Scheiben erhöht.

KLÄRE WARNECKE

Konzertdaten: Bremen (10.), Witten (12.), Viersen (13.), Bonn (14.), Düsseldorf (15.), Frankfurt (16.), Ludwigshafen (17.), Kassel (19.), Schweinfurt (20.), Nürnberg (22.) und Stuttgart (23.).

Ein Werbespot für 45 Franken – Schweizer Lokalradios kämpfen ums Überleben

Abends ein Märchen in Walliser Ditsch

Am Fuße des berühmtesten Berges der Welt ist „Radio Matterhorn" zu Hause, ein Schweizer Lokalsender der Superlative: er ist der kleinste des Landes, in 1600 Meter über dem Meer der höchstgelegene Europas, im Verhältnis zur Einwohnerzahl im Sendegebiet der weitaus meistgehörte und neben Lokalradios von Zürich und Basel wirtschaftlich der erfolgreichste der Schweiz. „Radio Matterhorn ist im ganzen Tal zu hören", sagt Geschäftsführer Stephan Perren stolz. „Nur jenseits der Viertausender in Saas-Fee und Italien können unsere Sendungen nicht empfangen werden."

Der Sender ist sogar noch höher stationiert: auf der 2160 Meter hoch gelegenen Riffelalp wird in den Äther ausgestrahlt, was drunten in Zermatt eine Handvoll von professionell arbeitenden Amateuren an Programm zusammenstellt. Von acht Uhr morgens bis zehn Uhr abends ist die vierköpfige junge Crew auf Sendung.

Der Programm-Hit wird gleich zu Beginn des Tages serviert, hohe Einschaltquoten sind „Radio Matterhorn" da sicher. Nach den Nachrichten erfahren die Gäste des berühmtesten Dorfes der Welt alles, was sie am Beginn eines neuen Ferientages unbedingt wissen müssen: Wetterprognosen mit Angaben über Temperaturen, Schneehöhe und -beschaffenheit in den verschiedenen Skigebieten; ferner Hinweise auf Windstärke sowohl in Celsius wie in Fahrenheit – schließlich ist das Heer der Gäste international. Und die modebewußte Skifahrerin will wissen, ob der gefütterte oder der leichtere Ski-Overall angezogen werden muß...

An den Radiogeräten in Hotels und Ferienwohnungen werden eventuelle Wartezeiten vor Bergbahnen und Skiliften vorprogrammiert: bei großer Kälte ist der Ansturm auf die Skiregionen am Kleinen Matterhorn zwischen 3000 und 4000 Meter schwächer, das Getümmel am weniger hoch gelegenen Rothorn und Gornergrat dafür umso lebhafter.

Nachrichten, touristische Hinweise, Mitteilungen vom Kurverein bis hin zu Angaben über Wechselkurse, Kinderprogramme und „Zermatt by Night" werden mehrsprachig gegeben. „Daher resultiert unsere starke Bindung zu den Hörern," vermutet Perren. „Mit 72 Prozent ständigen Hörern liegt unser Lokalradio weit vor anderen Privatsendern der Schweiz. Das Lokalradio von Basel kommt als meistgehörtes hinter unserem Sender nur auf 36 Prozent."

„Radio Matterhorn" macht nicht nur Sendungen für die Feriengäste, sondern auch für die Einwohner des Tales. Mittags wird in Walliser Mundart gesendet, abends hören die Kinder ein Märchen in Walliser Ditsch. Die Bewohner des Matterhorn-Dorfes, aber auch jene von Grächen, St. Niklaus, Täsch und Randa wissen durch ihren Lokalsender stets, was in der engeren Heimat vor sich geht.

Interviews mit interessanten Gästen sowie kleine Reportagen gehören ebenso zum Programm wie Sport und Politik in der Ferne, abends erklingt Ländlermusik, sonntags würdigt Klassik die Heiligkeit des Tages, Musik nonstop aber füllt viele Stunden des 14stündigen Programms.

„Sparsamkeit" und „Werbung" sind die Begriffe, die bei einer Unterhaltung mit dem Geschäftsführer von „Radio Matterhorn" über die Gründe des Erfolgs seines Lokalsenders immer wieder auftauchen. „Wir haben nur fünf feste Mitarbeiter," verrät Perren. „Das jährliche Budget ist auf 30 000 Franken festgesetzt. Damit kommen wir aus, müssen wir auskommen. Wir schreiben schwarze Zahlen, trotz Investitionen von einer Drittel-Million vor dem Start im Dezember 1983."

Der Lokalsender ist unauffällig in einer Wohnung an der Hauptstraße von Zermatt untergebracht. „Die Technik ist auf dem modernsten Stand", erläutert Perren. „So können wir Reportagen live übertragen – von Skigebieten und Berghütten bis hin zu dramatischen Rettungsaktionen am Matterhorn."

Für die hohe Stereoqualität des Lokalsenders zahlen Kunden für einen halbminütigen Werbespot 45 Franken. „Das ist nicht viel", meint Perren, „aber wir müssen uns bescheiden. Dann und wann wird die uns gesetzlich erlaubte Werbezeit von 20 Minuten pro Tag nicht verkauft. Es gibt schon mal ein wenig Leerlauf. Von Kurverein und Bergbahnen nehmen wir für touristische Durchsagen keine Gebühren, schließlich ist die Zusammenarbeit eng, das Verhältnis gut. Viele unserer Informationen holen wir uns aus dem Computer der Bergbahnen, der auf Bildschirm verrät, wie es oben aussieht..."

Das Zermatter Lokalradio ist durch seinen wirtschaftlichen Erfolg zum Hoffnungsträger der eidgenössischen Privatsender geworden. „Radio Matterhorn" nämlich widerlegt die These jener, die durch den Krebsgang vieler Lokalradios von einem Scheitern des Lokalradio-Experiments im südlichen Nachbarland sprechen.

Zwar ist die „Gründerzeit" im Schweizer Lokalrundfunk nicht ohne Enttäuschungen und Ernüchterungen geblieben, doch beurteilte der Verband Schweizer Lokalradios nach einjähriger Tätigkeit die Lage „vorsichtig optimistisch". Ein halbes Jahr später klagten Insider und Angehörige von Privatsendern darüber, daß das Experiment zunehmend schwieriger geworden sei, im Herbst 1985 aber ging ein Aufatmen durch die privaten Radiosender: die Regierung in Bern hatte endlich die gewünschte Erhöhung der Werbezeit von 15 auf 20 Minuten bewilligt und dadurch den wirtschaftlichen Argumenten der Privatsender Rechnung getragen.

Doch noch immer sind die Beschränkungen auf dem Gebiet der Werbung umfangreich und einschneidend. Verboten sind unter anderem Werbung für religiöse und politische Gruppen und Institutionen, Alkohol und Tabak, die meisten Heilmittel sowie für Banken und Kleinkreditinstitute. Von der Werbung ausgeschlossen sind ferner der Stellenmarkt, Liegenschaften inklusive Vermietung von Wohnungen und Zimmern, Gebrauchtwagen- und Tierhandel sowie Waschmittel.

Die Lockerung des sogenannten Branchenverbots ist nach der Erhöhung der Werbezeit auf 20 Minuten die wichtigste Forderung der Lokalradios, von denen lediglich sechs schwarze Zahlen schreiben, obwohl sie bei den Hörerzahlen dem staatlichen Monopol-Rundfunk längst den Rang abgelaufen haben. Im Raum Basel etwa ist die Hörerzahl bei „Radio Basilisk" mehr als doppelt so hoch wie jene von Radio DRS, der auch noch an den Südwestfunk Hörer abgeben muß. Auch in Luzern, Schaffhausen und Zürich hat der Monopol-Rundfunk gegen Lokalsender keine Chance.

Schlecht steht es um die Lokalsender in der französischen Schweiz. In Genf herrscht gar Katzenjammer: die beiden Lokalsender siechen dahin. In Lausanne blickt man mißmutig über den See nach Frankreich, dessen Lokalradios stärkere Sender benützen dürfen und mit weniger Werbebeschränkungen in die französischsprachige Schweiz hinüberstrahlen. Zwischen Lausanne und Genf wird jetzt von Auslandskontakten der Lokalradios und Werbepools gesprochen, bisher aber ist es bei Wünschen und Sehnsüchten geblieben.

Im Tessin, dem italienischsprachigen Teil der Eidgenossenschaft, ist es ähnlich. Erst knapp zwei Jahre nach dem Start der Lokalradios in der Schweiz nahm das erste Tessiner Lokalradio den Betrieb auf – so eifrig werden dort die Privatsender Italiens gehört. Die „Stimme von Bellinzona" plant einen 16stündigen Sendebetrieb – vorwiegend in Italienisch, in der Hauptferienzeit aber auch in Deutsch, Französisch und Englisch.

WALTER H. RUEB

KRITIK

Unkommentierte Zwischentöne

Den schwierigen Status der geteilten Stadt Berlin nahm die Sendung **Kontraste** (ARD) zum Einstieg für die erste Sendung des neuen Jahres. In einem gut recherchierten Bericht wurde nachgewiesen, daß „Diplomaten" aus dem kommunistischen Nordkorea, im Ostteil Berlins akkreditiert, mit dubiosen Zwischenhändlern, im Westteil der Stadt ansässig, Waffengeschäfte (es ging um 87 Hubschrauber) betreiben. Obschon die Rechtslage eindeutig ist – die im Ostteil Akkreditierten verwandeln sich im Westteil in schlichte Ausländer –, schreiten die Bundesbehörden nur zögerlich ein.

Berlin bleibt in seiner Unnormalität eine schwierige Stadt. Sie war es sch[illegible] bevor der Mauerbau die Teil[illegible]g sichtbar machte, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als der heutige Generaloberst Markus Wolf, stellvertretender Minister für Staatssicherheit der „DDR", noch in der noblen Bayernallee im Westteil Berlins lebte.

Der zweite Beitrag von „Kontraste" verfolgte Meldungen, wonach der bisherige berüchtigte Staatssicherheitschef Mielke (79) in den Ruhestand versetzt und von dem nicht minder berüchtigten Markus Wolf abgelöst werden soll. Man sah und hörte ihn bisher selten, den 1923 im schwäbischen Hechingen geborenen Sohn des kommunistischen Arztes und Dramatikers Friedrich Wolf, der für die Führung der geschätzten 2000 bis 2500 Stasi-Agenten in der Bundesrepublik zuständig ist.

Doch daß er nunmehr im Ostberliner Fernsehfunk seine bisherige Anonymität preisgab – „Kontraste" zeigte einen Mitschnitt und gab biographische Kommentierungen –, läßt darauf schließen, daß er im Ostberliner Machtkarussell wohl um einen Platz aufrücken wird. Besonders aufschlußreich war dabei, daß der ehemalige Komintern-Schüler in seiner biographischen Selbstdarstellung des Ostberliner Fernsehfunks eine unverhohlene Symphatieerklärung für Stalin abgab: „Für mich war Stalin ... eigentlich alles! Das Leben wurde besser!"

Nach allen bisherigen Erfahrungen muß man davon ausgehen, daß kein Ostberliner Journalist es von sich aus wagen würde, dieses brisante Thema unaufgefordert aufzugreifen. Leider ließ „Kontraste" diese bedeutungsvollen Zwischentöne unkommentiert passieren.

PETER FISCHER



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Die letzte Rolle
Fernsehspiel von Klaus Poche
12.00 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Talentschuppen Berlin
Sabrina Lallinger und Karl Dall präsentieren Nachwuchskünstler
16.55 Ein Loch in der Grenze
2. Teil: Die drei Ausreißer machen Schlagzeilen
17.20 Von Dartford-Sängern und Ziegenmelkern
Eine Entdeckungsreise im englischen Heideland
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Mißbrauch in der Schweinebucht
Schwarzhandel mit Tierarzneimitteln
Film von Nina Kleinschmidt und Wolf-Michael Eimler
Sogenannte „Wachstumscocktails" sind in der Bundesrepublik bei der Tierzucht zwar verboten, aber über Produzenten dieser das Wachstum beschleunigenden Stoffe im Ausland gelangen sie dennoch in unsere Nahrung.
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Weißblaue Musikparade
Moderation: Franz Messner
Regie: Rainer Bertram
Aus der Badria-Halle in Wasserburg/Inn
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Freiwild
Kriminalfilm von Heinz-Dieter Ziesing
Ein toter Stadtstreicher bringt Unruhe in die Kreise der Penner. Denn die Leiche wurde ausgerechnet im Berliner Tiergarten gefunden, dort wo die „Berber" um diese Jahreszeit die Nächte verbringen.
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 allahu akbar – Allah ist groß
Letzter Teil: Der Islam heute
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Briefe aus Dallas
Film von R. H. und C. Materna
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Teufels Großmutter
2. Folge: Neue Mieter braucht das Haus
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Mit Wim Thoelke
In Verbindung mit der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind
21.00 Viele Male auf Erden?
Notizen zur Idee der Wiedergeburt
Jeder fünfte Deutsche, jeder vierte Engländer und jeder dritte Amerikaner glaubt, schon einmal gelebt zu haben. Für Hans Bünte Grund genug, das Thema einmal im Fernsehen zu beleuchten. Wissenschaftliche Beweise konnte er natürlich nicht erbringen, dafür aber Kommentare von Shirley McLaine, Dalai Lama und der Sterbeforscherin Kübler-Ross.
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Viele Male auf Erden?
In der Diskussionsrunde wird das Thema der Dokumentation von 21.00 Uhr, die Wiedergeburt, erörtert.
Moderation: Elfi von Kalckreuth und Karl Schnelting
Anschl. heute

SAT 1

15.00 Kum Kum
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Drei Engel für Charlie
18.00 Abenteuer Wildnis
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Zu Gast bei Dieter „Thomas" Heck
19.45 Kali-Yug – Aufruhr in Indien
Deutsch-franz.-ital. Spielfilm (1964)
Mit Lex Barker, Senta Berger, Klaus Kinski, Joachim Hansen u. a.
Regie: Mario Camerini
21.30 APF blick
22.15 Galerie Buecher
22.45 High Chaparral
23.40 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZIB
Nachrichtensendung für Kinder
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Tandem
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Die vier Musketiere – Die Rache der Mylady
Engl.-franz. Spielfilm (1974)
Mit Michael York, Richard Chamberlain, Faye Dunaway u. a.
Regie: Richard Lester
23.25 Kennwort: Kino
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.15 RTL-Spiel
20.30 Im Staub der Sonne
Italienischer Spielfilm (1970/71)
22.05 RTL-Spiel
22.15 Typisch RTL
23.10 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Schonungslos
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Merle Oberon, Lex Barker u. a.
Regie: Abner Biberman
21.30 Selbstmordversuch
Italienischer Dokumentarfilm (1953)
21.45 Die Jagd nach Investoren
22.15 Stadtschicksale
23.00 Die Geldverleiherin
Filmerzählung
23.45 Tips für Leser
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Journal: Kirche
19.45 Eisbären auf Wanderschaft
20.00 Tagesschau
20.15 I – wie Ikarus
Französischer Spielfilm (1979)
Mit Yves Montand u. a.
Regie: Henri Verneuil
22.20 Berliner Ansichten
Feuchtes Grab und Rußlandschaft: Der Landwehrkanal
23.10 Frauengeschichten
Dr. Hildegard Hamm-Brücher
23.55 Nachrichten

HESSEN
18.30 Computer-Shop
Aus der Praxis der Datenverarbeitung
Moderation: Frank Laufenberg
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.30 Der rote Engel
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Yvonne de Carlo u. a.
20.50 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Kein schöner Land (2)

SÜDWEST
19.25 Sandmännchen
19.30 Jamaica Inn (1)
20.25 Piccolo Scenario
20.50 Geschichten am laufenden Faden
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Kunststück im Dritten
22.35 Urteil des Monats
Der Fall Dr. Scholl
22.50 Geisel für den anderen
Der jüdische Philosoph Emmanuel Levinas
23.35 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Vierländereck
22.30 Landesspiegel
Pilotprojekt Weltraumschlitten
Nur für das Saarland:
21.45 Entdeckung einer Landschaft (5)

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Zoff für zwei
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Elvis Presley u. a.
20.30 Reisegeschichten
Kathmandu
20.45 Meditation des Schweigens
Kontemplation und Zen
21.30 Rundschau
21.45 Das historische Stichwort
40 Jahre Christlich-Soziale Union
22.35 Z. E. N.
22.40 Im Gespräch
Drei-Königs-Krach: Die Koalitionsparteien ein Jahr vor der Wahl
23.25 Rundschau
23.30 Der schwarze Vorhang
Amerikanischer Spielfilm (1942)

Ledeme für die Preißn?

P. Jo. – Es war vor langen Zeiten, als die Bluejeans noch nicht den Atlantik überschritten hatten. Damals zielte der Beinkleid-Ehrgeiz eines Jungen auf ein paar Lederhosen – nicht nur in süddeutschen Gefilden. Es war ein Kleidungsstück, das einst den Dichter Börries zu Münchhausen zu dem Refrain hinriß: „Geschlechter kommen, Geschlechter gehen, / Hirschlederne Reithosen bleiben bestehen".

Heutzutage haben es die Ledernen jedoch schwer. Sie zählen zur alpenländischen Folklore, geeignet für Trachten-Kapellen und Schmalzlergruppen. Ihnen werden die Hirsch- und Gamsledernen, reich bestickt und mit ebenso verziertem Gürtel und Träger, als Berufskleidung und als Reminiszenz an alte bajuwarische Bräuche zugebilligt, während sich die Feineren unter ihren Zuschauern und Zuhörern im Trachtenanzug aus Loden präsentieren.

Doch was uns bislang eine Überlieferung schien, deren Entstehen in die Vorzeiten zu datieren ist, als die Uraltgermanen zum Bajuwaren mutierten, entpuppt sich nun als eine recht neumodische Sache. Ausgerechnet von der Zeitschrift „Bayerland", die sich in ihrer jüngsten Ausgabe (4/1985) mit der „Tracht in Bayern" beschäftigt, werden wir belehrt, daß der „Trachtenanzug" erst um 1830 „erfunden" wurde – und sich bald großer Beliebtheit bei Bürgertum und Adel erfreute.

Das „Salondirndl" lesen wir da, die Umwandlung des bäuerischen Kleides zum bürgerlichen Habit, ist sogar einer jüdischen Firma zu verdanken. Ihr verhalf die Prinzessin von Preußen, die mit einem solchen Seidendirndl kurz vor der Jahrhundertwende bei einem Fest in Paris Aufsehen erregte, zu zahlreicher Kundschaft. Selbst die bestickte Lederhose erblickte erst Mitte des 19. Jahrhunderts das Licht der Mode. Vorher begnügten man sich mit ungeschmückten Lederfutteralen für die Beine als Berufskleid.

Mögen in Anzeigen auch „Wildschützentrachten Jennerwein" oder „Bairisch Pfoad, original nach historischen Vorlagen", angepriesen werden, in weißblauen Landen heißt es längst: An der Krachledernen erkennt man de Preißn.

Von bösen Rauschgiftbuben zu Friedenskämpfern

Eine Karriere der Beatles

Es war ein rührendes Bild: Musikfreunde aus aller Welt waren im Dezember im New Yorker Central Park zusammengekommen. Sie wollten dem unvergessenen Beatles-Star John Lennon einen Garten des Friedens „errichten". Und inmitten all der Freaks: ein Vertreter der „DDR"-Botschaft in den USA. Brav pflanzte er einen John-Lennon-Gedächtnisbaum, als wolle er still und heimlich die Lindenberg-Eloge auf Parteichef Erich Honecker beseelen: „Tief in deinem Innern bist du doch ein Rokker . . .".

Seit einiger Zeit schon hat die „DDR"-offizielle Einschätzung der Liverpooler Beat-Jungen einen wie so oft geradlinigen Schwenk um 180 Grad gemacht. Als habe es frühere Vorwürfe ignoranter Parteifunktionäre nie gegeben, drucken „DDR"-Medien John-Lennon-Poster und Beatles-Stories, bringt der „DDR"-Rundfunk ganze Wunschsendungen mit Ringo, George, Paul und John.

Zum Höhepunkt der Beatles-Karriere und noch Jahre später hatte das alles ganz anders geklungen. „DDR"-Medien machten die Beatles zu bösen Rauschgiftbuben, die die Arbeiterklasse ob des schnöden Mammons verraten hätten. Die Zeitschrift „Neues Leben" 1969: „Die Beatles hatten für die Herren, die goldene Käfige zimmern, auch eine ideologische Funktion. Beatles-Manie mit ziellosem Geschrei und Gejohle statt Kampf um menschenwürdige Verhältnisse, so lautete ihre weitgehend aufgegangene Rechnung."

Heute klingt das alles ganz anders. Nicht die schrillen Äußerlichkeiten westlichen Starkults, sondern das musikalische Anliegen der Künstler haben die „DDR"-Musikfunktionäre neu entdeckt. Und während „DDR"-Beatles-Fans schon seit über zehn Jahren den Lennon-Song „Give Peace a Chance" zum inoffiziellen Hymnus unangepaßten Jugendgefühls erhoben hatten, enthüllen jetzt auch die „DDR"-Medien, daß die Liverpooler Musiker eigentlich schon immer eine Band des Friedens gewesen seien.

Bibliophiler Beleg für die offiziell gewachsene Wertschätzung der Band in der „DDR" ist die Neuauflage des Buches „Die Beatles – ihr Leben und ihre Lieder" in der Leipziger Edition Peters. In liebevoller Kleinarbeit hat der Autor Gottfried Schmiedel Filme, Schallplatten und Bücher zu den Beatles aufgelistet, die ob ihrer westlichen Herkunft zwar den „DDR"-Fans meistens nicht zugänglich sind, die aber doch die Souveränität des Autors betonen. Fotocollagen und ein ansprechendes Design zeigen, daß Schmiedel und sein Verlag wirklich ein Herz für die Liverpool-Four gefunden haben. Die Sprache ist sachkundig und gut lesbar, auch wenn etwas wenig über den Eigenbrötler John Lennon zu lesen ist.

Das kann man in einem anderen „Werk", das im vergangenen Jahr den „DDR"-Büchermarkt bereichert hat. Doch die Autoren von „Musicpower" sind dabei parteigemäß arg forsch vorgegangen. „Warum hat Chapman gerade auf Lennon geschossen?", fragen sie zum sinnlosen Mord an dem Beatles-Musiker durch einen Fan. Und geben selbst eine Antwort: „Eine versteckte Drohung an wehrmüde US-Soldaten bzw. an Menschen, die sich der Bürgerrechtsbewegung und dem weltweiten Friedenskampf verbunden fühlen?"

John Lennon, ein Todesopfer des CIA? Let it be . . .

HERMANN SCHMIDTENDORF

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Transatlantik"

Die getriebenen Treiber

Seit Jubiläen nicht mehr nur am 100. Jahrestag begangen werden, seit gar der Hurrikan eines 40. einen mitteleuropäischen Industriestaat moralisch fast wegblies, jubiliert ein jeder, wann es ihm paßt. Warum dann nicht den 18. Jahrestag feiern? Vor 18 Jahren war das Barrikaden- und Apo-Jahr 1968, und 18 beschwört den Maienduft der Jugend, la primavera della bellezza. Um dieses Jubiläum zu rechtfertigen, bedarf es nicht wie beim 40. mühevoller Talmud-Studien, die Drüsenfunktionen genügen vollauf. Das „Thema: Geboren 1968" behandelt die Vierteljahresschrift „Transatlantik" (Sternwartstraße 4, 8000 München 40). Sie hält sich erst gar nicht bei der 68er-Ideologie auf, sondern steigt gleich in die Lebenspraxis ein.

„Es ist was unterwegs" (W. Spielhagen) hieß die Erkenntnis, die die Studentenrevolutionäre aus dem Wolkenkuckucksheim der Kritischen Theorie mitten in die Säuglingspflege plumpsen ließ. Was aus dem Nachwuchs von damals geworden ist, wird an Jenny Schily (R. Hesse), Hosea Che Dutschke (G. M. Freisinger) und den Kindern farbiger Civil-Rights-Aktivisten (S. Cagin) exemplifiziert. Auch die einstigen Vordenker der Studentenrevolution besuchte „Transatlantik" (S. Daniels: „Von Masse zu Muße").

Es fällt auf, daß diese kaum ein gutes Wort für ihre neo-marxistischen Weggefährten von einst übrighaben. „Größenwahnmomente" und „Herrschsucht" habe die Anführer der Studentenbewegung charakterisiert (R. Wolff). Geblieben seien „Haß, Enttäuschung, Entsetzen" (B. Rabehl), die die gescheiterten 68er in die Pennerszene eingeschleppt hätten. Von den 50 Mitgliedern der Heidelberger Gruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) hätten 20 Selbstmord verübt (K. D. Wolff). F. Böckelmann von der „Subversiven Aktion" berichtet, bei allen Rechtsbrüchen habe man immer das Gefühl gehabt „im Recht zu sein und letzten Endes nichts zu riskieren", weil man „durch die gesammelte linksliberale öffentliche Meinung schon rausgeholt" würde. Die „Quasi-Macht", die die Medien den Studentenrevolutionären verliehen, führte diese in hemmungslose „Machtphantasien" (K. D. Wolff). „Wir waren die Getriebenen, nicht die Treibenden" (B. Rabehl).

Doch wirft „Transatlantik" auch ein überraschendes Licht auf eine bislang unbeachtete Variante des 68ertums, die nicht vom Berliner SDS und der Kommune 1 ausging, sondern vom Berliner RCDS und dem Otto-Suhr-Institut (P. Grafe: „Nachwuchs im Anzug"). Diese anderen 68er waren die geräuschloseren, sie benutzten statt der Brechstange den Nachschlüssel.

Sie zogen aus, ihre Partei von Antikommunismus, Gesinnungskatholizismus und Ostvertragsgegnerschaft *zu befreien* und an *die Stelle* eines nach der Volksmeinung schielenden „Kanzlerwahlvereins" eine sozialwissenschaftlich angeleitete, reformerische „Volkspartei" zu setzen. Der Marsch auf Bonn glückte der Berliner 68er Seilschaft (Radunski, Schönbohm, Fink, Teltschik). Es gelang, das „Adenauer-Haus ohne größere Widerstände in den Griff zu bekommen" und, da das Organisationsprinzip des „demokratichen Zentralismus" sich zunehmend durchsetzte, mehr oder minder auch die betreffende Partei.

Doch nicht nur die Studentenrevolution wird heuer 18 Jahre alt, auch die „Nouvelle droite", die französische neue Rechte, die diesen Geburtstag mit einer Jubiläumsnummer ihrer Zeitschrift „Eléments" (13, rue Charles-Lecocq 75 737 Paris) begeht. Doch darüber in der nächsten Zeitschriftenkritik.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Zur 32. Übersetzungs-Hitliste der Unesco

Nach Lenin kommt nur Science-fiction

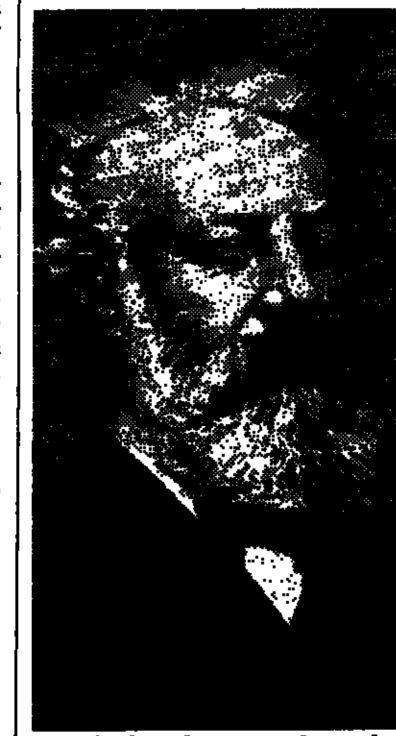
Politik und Science-fiction haben viel gemeinsam. Das ist nicht nur *eine Hypothese der Zeit- und Kultur*kritiker, sondern eine statistisch abgesicherte Tatsache – jedenfalls für den Buchmarkt. Werke von Autoren der Politik und der Science-fiction werden nämlich bevorzugt in fremde Sprachen übersetzt. Lenin und Jules Verne sind die Spitzenreiter in der Weltrangliste der Übersetzungen. Das verrät die 32. Ausgabe des „Index Translationum" der Unesco.

An dieser internationalen Bibliographie mit 54 447 registrierten Übersetzungen beteiligten sich zwar nur 55 Mitgliedsstaaten der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur. Aber es waren vornehmlich die Länder, die als Buchproduzenten wichtig sind. Deshalb vermittelt diese Übersicht ein recht getreues Spiegelbild dessen, was auf dieser Welt für übersetzungs- und damit verbreitungswürdig gehalten wird.

Daß dafür nicht allein das geistige Interesse oder der Geschäftssinn der Verleger entscheidend ist, sondern staatliche Anordnung eine große Rolle spielt, macht das Beispiel Lenin deutlich. Wie regelmäßig in der Vergangenheit wurde ein wesentlicher Teil der 406 registrierten Titel aus seiner Feder in eine der über 100 Sprachen des Vielvölkerstaates Sowjetunion übertragen. Der Rest entfiel überwiegend auf die Sprachen der Voll- und Semi-Satelliten.

Hinzu kommt, daß Lenins schriftliche Hinterlassenschaft, die mehrere laufende Buchregal-Meter füllt, nicht nur aus umfänglichen Einzelwerken besteht, sondern aus einer schier unübersehbaren Fülle von kleinen und kleinsten Beiträgen. Werden nun zum Beispiel zehn Seiten Tiefschürfendes vom Gründer der Sowjetunion über die Bedeutung der Wiesen- und Berg-Mari für die Oktoberrevolution ins Mariische übertragen, so schlägt auch das in der Statistik zu Buche.

Deshalb können sich die Franzosen auf ihren Jules Verne mit seinen 229 im „Index" aufgeführten Übersetzungen wirklich etwas einbilden. Denn aus dem 82bändigen Werk dieses ebenfalls bienenfleißigen Schreibers wollen die Leseratten in aller Welt nur die Seiten mit Zukunftsmusik als Lesefutter haben – „Die Reise zum *Mond" und andere Utopien von ge*stern (die oft die Realitäten von heute geworden sind) auch auf portugiesisch, finnisch und indonesisch. Keiner der zahlreichen Nachfolger kommt auch nur annähernd an diese Erfolge des Erzvaters der Science-fiction heran.



Der wirkliche Star unter den weltweit Übersetzten: Jules Verne

FOTO: DIE WELT

Lenin und Verne zum Trotz – das meistübersetzte einzelne Buch blieb das Buch der Bücher, die Bibel mit 244 erfaßten Versionen. Wie eh und je haben die Märchen der Gebrüder Grimm mit 108 Übersetzungen in der Unesco-Statistik einen Platz ganz vorne behalten. Sie werden nur noch von den 123 Übertragungen der britischen Kinder- und Jugendbuchautorin Enid Blyton übertroffen.

Auf den weitern Plätzen folgen die Dauerläufer des „Index" mit ihren soliden, oft unsterblichen Märchen- und Abenteuerbüchern: Jack London (98), Mark Twain (85), Hans Christian Andersen (81), Astrid Lindgren (69), Robert Louis Stevenson (67). Auch Charles Perraults Märchen, Daniel Defoe, „1001 Nacht", Lewis Caroll, J. R. R. Tolkien und John Fennimore Cooper sind bei den Übersetzern und ihren Auftraggebern geschätzt. Dagegen ist Karl May, ein „Evergreen" früherer Jahre, nicht mehr nennenswert vertreten.

Selbst Comics bedürfen der Umsetzung in die Muttersprache der Leser. Hier liegen die Figuren Walt Disneys mit 137 Übertragungen – und das in nur 14 Ländern – unangefochten vorn, mit Abstand gefolgt von Asterix (89) und Charlie Brown (22).

Agatha Christie, „Queen of Crime", ist auch souveräne Königin im Reiche der übersetzten populären Literatur; 179mal wurden ihre literarischen Untaten in fremden Zungen begangen. Deutlich verwies sie andere Erfolgsautoren auf die Plätze: Barbara Cartland (125), Georges Simenon (104), Alistair MacLean (91) und Harold Robbins (66).

Tolstoi (144) und Shakespeare (92) führen die Liste übersetzter klassischer Literatur an, in deren vorderem Feld Goethe, Schiller, Lessing und andere Deutsche nicht mehr vorkom*men und als einziger* deutschsprachiger Autor aus neuerer Zeit nur noch Hermann Hesse (62). Homer kann dagegen immerhin noch 49 Ausgaben in anderen Sprachen vorweisen.

Es mag aber tröstlich für das Nationalbewußtsein sein, daß die „Unesco Features" in einem Report über den 32. „Index" noch zahlreiche deutsche oder deutschsprachige Autoren unterschiedlicher Couleur und Sachgebiete auf vorderen Übersetzungsplätzen ausmachen: Hans Küng (11), Martin Luther (9); Karl Marx (143), Friedrich Engels (43), Herbert Marcuse (14); Nietzsche (34), Kant (22), Hegel (19); Freud (56), Jung (19); Rudolf Steiner (35). Und als Beleg für Weltoffenheit mag man es sehen, daß die Bundesrepublik Deutschland mit 7729 Übersetzungen aus anderen Sprachen noch vor der Sowjetunion (7239) an der Spitze aller Länder steht.

Die meisten Titel (21 525) wurden aus dem Englischen übertragen, gefolgt vom Russischen (6832) und Französischen (6378). Übersetzungen in eine andere Sprache gab es am häufigsten ins Spanische; für diese Spitzenstellung dürfte vor allem das enorm gewachsene Lese- und Informationsbedürfnis in Lateinamerika gesorgt haben. HEINRICH KÖNIG

Studiobühne Basel bringt Händels „Admeto"

Schwarzwaldklinik antik

Das barocke Publikum dürfte sich bei Händels Oper „Admeto" ausgezeichnet unterhalten haben. Der Stoff war ihm selbstverständlich geläufig, man kannte seine griechischen Klassiker. Händels tiefgreifende Handlungsvarianten mußten deshalb als amüsante Abwechslung, als der eigentliche Reiz der Oper erscheinen.

Für uns Heutige dagegen, die wir beim Stichwort „Admeto" zuerst einmal einschlägige Lexika zu Rate ziehen müssen, ist dieser Reiz unwiderbringlich verloren. Für uns hat die Oper nichts als ein typisches, also reichlich *künstliches Barock-Libretto* voller vertauschter Bilder und verkleideter Personen. Ein Regisseur ist also gut beraten, diesen Mangel durch eine kraftvolle, eigenständige, womöglich ironisch gebrochene Inszenierung auszugleichen.

Erich Holliger, der die weithin unbekannte Oper jetzt als Nachschlag zum Händel-Jahr auf die Basler Studiobühne brachte, versuchte dieses Problem durch eine radikale Aktualisierung zu lösen: Admeto, auf Grund eines Götterbeschlusses todkrank darniederliegend, hängt am Tropf in einer topmodernen Klinik, deren jung-dynamischer Chefarzt Hercules so aussieht, als sei er gerade von der Schwarzwaldklinik nach Basel geeilt. Antigona, die von Händel frei in die mythologische Handlung eingefügt wurde, erscheint als amerikanisches Hippie-Mädchen mit Tramperrucksack, Admetos Bruder Trasimedes im Popper-Look.

Dergleichen sorgt zwar zunächst unfehlbar für Erheiterung im Publikum, eine komplette Oper läßt sich damit jedoch noch nicht bestreiten. Zwar gab sich Holliger alle erdenkliche Mühe, durch nuancenreiches Spiel dem Stück Farbe zu verleihen, gegen Ende aber blieben ihm doch zunehmend die Ideen aus. Heraus kam letztlich doch nicht mehr als eine durch Typen unserer Zeit aufgefrischte Durchschnittsinszenierung.

Viel mehr als gediegener Durchschnitt ist auch dem Linde-Consort unter Hans Martin Linde nicht zuzusprechen. *Alte Instrumente und kam*mermusikalische Besetzung bürgten zwar für ein aufgelöstes, extrem durchhörbares Klangbild. Doch von der die jeweiligen Situationen genau treffenden Charakterisierungskraft dieser Musik vermittelte Linde zuwenig. Bei ihm klang alles ähnlich, brav und bieder – aber brav ist diese Musik am allerwenigsten.

Licht und Schatten bei den Sängern: Mit Nachdruck empfahlen sich vor allem Hedwig Fassbender, die dem Admeto ihren ungemein eindringlichen, in der Tiefe stählernstrahlkräftigen Mezzosopran lieh, und Susan Ball als quirlige, koloratursichere Antigona. Hochakzeptabel immerhin: Emile Faths Hercules, während Elisabeth Burnetts Trasimedes nun wirklich nicht immer ein reines Hörvergnügen war.

STEPHAN HOFFMANN

Die nächsten Aufführungen: 15., 17., 22. und 24. Jan., Karteninformationen: 004161/221133

Satire, die nicht nur den preußischen Gegner meint: Daumiers „Hinweis" auf Wolfsfallen in Frankreich

FOTO: RUMP

Europäer als Wilde: Honoré Daumier in Bielefeld

Napoleon III. von Haiti

Man sage nicht, daß über Altes keine neuen Erkenntnisse mehr zu gewinnen seien! Es ist noch längst nicht alles ausgeforscht. Die Ausstellung „Die Rückkehr der Barbaren – Europäer und Wilde in der Karikatur Honoré Daumiers" in der Kunsthalle Bielefeld ist der beste Beweis dafür.

Honoré Daumier, der auch von Baudelaire hochgeschätzte Großmeister der gezeichneten Satire, ist in Deutschland bekannter und beliebter als in Frankreich. Es gibt kluge Bücher über ihn, und mit den beiden großen Wanderausstellungen aus Bonn und Xanten wäre der Bedarf gedeckt, könnte man meinen.

Weit gefehlt! Die große Daumier-Sammlung Werner und Marianne Horn, aus der die beiden vorausgegangenen Ausstellungen schon bestritten wurden, war reichhaltig genug, auch die Bielefelder Ausstellung, die wiederum auf Wanderschaft gehen soll, auszustatten. Nun kommt es aber nicht nur auf die Reichhaltigkeit der Sammlung an, sondern auf die des Œuvres. Und siehe, trotz vergangenen Forscherfleißes ist der Acker noch längst nicht ganz gepflügt. Die Bielefelder Forschungsgruppe um den Romanisten André Stoll hat bisher unbekannte, höchst wichtige Tatsachen zutage gefördert.

Von Daumier war bisher im wesentlichen das Œuvre bekannt und gedeutet, das zu Zeiten der Julimonarchie entstanden war. Als Napoleon III. durch einen Putsch an die Macht kam, wurde eine sehr strenge Pressezensur eingeführt. Was Daumier unter der Knute der Zensur schuf, war bisher eher Fachleuten bekannt, aber von ihnen zumeist nicht oder nur unvollkommen erfaßt worden, obwohl diese Arbeiten in ihrer künstlerischen Qualität den populäreren Blättern Daumiers oft überlegen sind!

Daumier mußte nun satirische Umwege gehen. Bei den Blättern in Bielefeld handelt es sich durchweg um politische Karikaturen, die angeblich nur Personen und Zustände im Ausland zum Thema haben. Oft genug aber meinen sie durchaus Französisches. Wenn zum Beispiel der Kaiser von Haiti, Faustin Soulouque, einen kritischen Journalisten teert und federt, wußten die Pariser, daß Daumier gewiß nicht nur Transatlantisches meinte.

Das Leitmotiv der Ausstellung ist das Verhältnis der Europäer zu den „Wilden", den Barbaren, also zu den Exoten wie Soulouque, aber auch zu „Binnenexoten" wie zum Beispiel den Iren als äsopische Einmischung in innere Angelegenheiten des zweiten Kaiserreichs.

Unter den schwierigen Zensurbedingungen hat Daumier eine symbolische Bildsprache entwickelt, in welcher die in der offiziellen Propaganda und einem Teil der öffentlichen Meinung verteufelten Fremden so dargestellt wurden, daß eine Unterscheidung zwischen Unterdrückern und Opfern möglich wurde. Der Vorwurf der Barbarei wendet sich, in Daumiers von Menschenliebe geprägter Haltung, gegen seine Urheber.

Ein besonders ansprechendes Kapitel des exzellenten Kataloges und auch der Ausstellung ist das über Preußen und Frankreich. Hier griff Daumier sehr gerne auf „fabelhafte" Inszenierungen, insbesondere nach dem Modell Lafontaines, zurück. Wie doppelbödig die ganze Angelegenheit da sein kann, zeigt ein Blatt mit dem Titel „Ça mérite réflexion . . ." (Das ist nachdenkenswert). Ein Grimmiger mit Pickelhaube kauert auf einer Mauer, die er fast schon überstiegen hat. Sein Blick fällt auf ein Schild, auf dem zu lesen steht: „Frankreich. Hier gibt es Wolfsfallen".

Das zielt auf den „wölfischen Charakter" Preußens und soll als außenpolitische Warnung vor einer Annexionspolitik verstanden werden. Aber zugleich will es die lächerlich machen, „die in ihrer Naivität ein derartiges Schild mit dem Hinweis auf die Wolfsfallen benötigen, um ihre Widerstandsbereitschaft kenntlich zu machen". Es ist also auch eine Kritik an der französischen Außenpolitik. (Bis 9. Februar; Hannover: 13. Febr. bis 6. April; Katalog 28 Mark.)

GERHARD CHARLES RUMP

„Liturgica 85" – Geistliche Musik in Jerusalem

Bach-Metamorphosen

Die Bibel in der Musik" war das naheliegende Leitthema für die „Liturgica 85", die achte Konzertreihe geistlicher Musik zum Jahreswechsel in Jerusalem, die von Gary Bertini ins Leben gerufen worden ist.

Chormusik der großen Niederländer des 15. Jahrhunderts, der englischen Meister des 16. und 17. Jahrhunderts, Kantaten und Psalmkompositionen von Bach, Mendelssohn-Bartholdy, Händels Oratorium „Belsazar", Messen von Haydn und Schubert und Beethovens „Missa Solemnis" bildeten Schwerpunkte der neuen Programme; zeitgenössische Musik war nur durch eine Komposition von Bo Holten, Dirigent des dänischen Gastchors „Ars Nova", und durch die Uraufführung eines Auftragswerks des israelischen Komponisten Zvi Avni vertreten. Bo Holten hatte Variationen über Klagelieder des Jeremias geschrieben, die nach den „Klageliedern des Jeremias" in der Komposition von Thomas Tallis zur Aufführung kamen.

Der 1927 in Saarbrücken geborene, seit 1933 in Tel Aviv lebende Zvi Avni nennt seine im vorigen Jahr entstandene Orchesterkomposition „Metamorphosen über einen Choral von Johann Sebastian Bach". Sein Thema ist einem Choral aus der 38. Kantate entnommen, und es war eine hübsche Idee der Programmplaner, die vollständige Bach-Kantate vor der Uraufführung des Orchesterwerks aufführen zu lassen – eine ähnliche Programmplanung wie bei dem Werk von Bo Holten.

Die Kantate wurde von einem der gastierenden Chöre, dem Osnabrükker Chor unter Leitung seines Dirigenten Johannes Rahe, zu Gehör gebracht. Zvi Avni läßt sein Thema zu Beginn seines Werkes in den Baß-Registern der tiefen Bläser intonieren, langsam wird es von höheren Bläserstimmen aufgenommen. In dunkel getönter Lyrik entwickelt sich der sehr verhalten gespielte einleitende Teil. Dann kommt kontrapunktisch bewegter Melodiefluß in Bewe*gung, dramatische Akzente werden* häufiger. In kurzen lyrischen Ruhepunkten tritt das Hauptthema immer wieder deutlich, unverschleiert hörbar hervor.

Gegen Ende des etwa 18 Minuten dauernden Werkes ertönt ein voll instrumentierter Choral, farbenfroh umrahmt und koloriert in Ober- und Unterstimmen. Im Stück spielt auch das B-A-C-H-Namensmotiv eine musikalische Rolle. Das Werk klingt beruhigend, meditativ, lyrisch aus.

Gary Bertini, Chefdirigent beim WDR in Köln und designierter Frankfurter Operndirektor, leitete das eröffnende und das Schlußkonzert der Woche. Unter Weihnachtsbäumen – für die Israelis ein seltener Anblick – spielten in der Dormition Abbey der Benediktiner in Jerusalem Igor Kipnis und Lory Wallfisch vorklassische Werke für ein und zwei Cembali, darunter Johann Kuhnaus „Biblische Sonaten". PETER GRADENWITZ

JOURNAL

Oper spielt 78 Jahre nach dem Erdbeben wieder

dpa, **Messina**

Das Opernhaus von Messina hat am Dienstagabend nach einer Zwangspause von 78 Jahren mit „Aida" von Giuseppe Verdi seinen Spielbetrieb wiederaufgenommen. *Es war bei dem Erdbeben von 1908,* das 90 Prozent von Messina verwüstet und 60 000 Tote gefordert hatte. zerstört worden. Als das Erdbeben damals begann, wurde gerade „Aida" gegeben. Der Tenor Angelo Baneba, der als „Radames" auf der Bühne stand, wurde von den Trümmern erschlagen. Das Opernhaus erhielt beim Wiederaufbau die alte Fassade aus dem Jahre 1852.

Johann-W.-Stamitz-Preis an Klaus Hinrich Stahmer

dpa, **Esslingen**

Der Komponist Klaus Hinrich Stahmer, Professor an der Musikhochschule in Würzburg, erhält den mit 10 000 Mark dotierten Johann-Wenzel-Stamitz-Preis 1986 der Künstlergilde Esslingen. Stahmer, 1941 in Stettin geboren, wurde die Auszeichnung für „die hohe künstlerische Qualität seiner Kompositionen" zuerkannt. Die Ehrengabe sowie der Förderpreis in Höhe von je 4000 Mark gehen an den Detmolder Dirigenten und Komponisten Prof. Heinrich Creuzburg aus Miltitz bei Leipzig und an die Geigerin Marianne Boettcher, die aus einer Berliner Musikerfamilie siebenbürgischen Ursprungs stammt.

Mario Venzago geht nach Heidelberg

Reg. **Heidelberg**

Der Schweizer Dirigent Mario Venzago, der seit 1979 das Winterthurer Stadtorchester leitet, ist zum neuen Generalmusikdirektor der Stadt Heidelberg gewählt worden. Er zeichnet ab nächster Spielzeit als musikalischer Oberleiter für den Opernbetrieb der Städtischen Bühne und für die Sinfoniekonzerte verantwortlich. Letzter Heidelberger GMD war Christian Süss (jetzt Solingen).

Die Geschichte von der schönen Magelone

DW. **Schwäbisch Gmünd**

Anno 1527 erblickte sie das Licht der Welt, die „Histori von dem Ritter mit den silbern schlüsseln und der schönen Magelona". Veit Warbeck, aus Schwäbisch Gmünd stammender Gelehrter, Diplomat und Literat, hatte sie verfaßt – mit Entlehnungen bei einer altfranzösischen Erzählung. Seitdem ist diese Geschichte in vielerlei Gestalt überliefert und gedruckt worden. Das dokumentiert die Ausstellung „Veit Warbeck und die kurzweilige Historia von der schönen Magelone" im Städtischen Museum mit zahlreichen Buch- und Illustrationsbeispielen. Die Ausstellung im Prediger bleibt bis zum 9. März geöffnet, der Katalog, der u. a. eine Bibliographie der Magelone-Drucke selbst in exotischen Sprachen enthält, kostet 15 Mark.

Pierre Fournier †

dpa, **Berlin/Genf**

Der französische Cellist Pierre Fournier ist am Mittwoch im Alter von 79 Jahren in seiner Genfer Wohnung gestorben. Er wurde 1906 in Paris geboren und hatte bereits als Neunjähriger am Pariser Konservatorium ein Cello-Studium begonnen. Von 1941 bis 1949 leitete er dort die Meisterklasse für Violoncello. Seit 1935 trat er in allen wichtigen Konzerthäusern der Alten und der Neuen Welt als Solist auf. Fournier hat mit vielen namhaften Orchestern und Dirigenten musiziert, darunter mit Wilhelm Furtwängler, Bruno Walter, Otto Klemperer, Herbert von Karajan und Sir John Barbirolli. Er bevorzugte Werke von Beethoven, Brahms und Debussy, seine Schallplattenaufnahmen umfassen jedoch alle wesentlichen Konzerte für Cello und Orchester. Mehrere zeitgenössische Komponisten haben eigens Werke für Fournier geschaffen.

Juan Rulfo gestorben

dpa, **Mexiko-Stadt**

Der mexikanische Schriftsteller Juan Rulfo ist am Dienstag im Alter von 67 Jahren in Mexiko-Stadt gestorben. Er war einer der bekanntesten lateinamerikanischen Autoren, obwohl sein Werk nur sehr schmal ist. Mit seiner Kurzgeschichten-Sammlung „Der Llano in Flammen", die erstmals 1953 erschien, und mit seinem Roman „Pedro Paramo" (1955) hatte Rulfo großen Einfluß auf die Literatur des Subkontinents. 1970 wurde der Schriftsteller mit dem nationalen Literaturpreis Mexikos ausgezeichnet. In den sechzehn Erzählungen seines Erstlings zeichnet Rulfo mit emotionsloser Kargheit und gleichwohl erschütternder Intensität das von Hunger, Elend und Einsamkeit bestimmte Leben der Bewohner seines Heimatortes Jalisco nach. Hauptthema dieser Prosatexte ist die Gewalttätigkeit, durch die die schicksalhafte Ausweglosigkeit für seine Protagonisten tragisch vertieft wird.

Gläserne Tunnel für Münchens Schnellstraßen?

HORST DALCHOW, **München**

München will den Straßenlärm unter gläserne Hauben zwingen. Im Baureferat der bayerischen Landeshauptstadt wird bereits seit längerer Zeit darüber diskutiert, ob man den Anwohnern lärmbelasteter Straßen durch den Bau von Glastunneln zu mehr Ruhe verhelfen kann.

Tiefbauchef Rudolf Falter hält die Realisierung der ungewöhnlichen Idee für unproblematisch. Nur um das äußere Erscheinungsbild macht er sich Sorgen. Falter schließt nicht aus, daß auch über Autobahnen in der Nähe von Wohngebieten eine Glasröhre gestülpt werden kann. Die Abgase der Autoschlangen könnten durch Öffnungen auf dem Scheitelpunkt der gläsernen Halbröhren entweichen. Für Fußgänger sollen innerhalb der Glaskuppel Brücken gebaut werden. Das ist nicht neu. „Passanten können viele Fahrbahnen in der Stadt auch jetzt nur auf Brücken überqueren", stellt Falter fest. Nach Beispielen für die Glasröhren hat er bislang vergeblich geforscht.

Um das Problem der äußeren Gestaltung zu lösen, sollen Fachleute zu einem Wettbewerb eingeladen werden. Die städtischen Planer wollen keinesfalls „einen gläsernen Lindwurm, der aussieht wie ein Treibhaus". An den Seiten müßte zumindest ein drei Meter breiter Streifen für eine Bepflanzung frei bleiben. Bäume und Sträucher könnten durch die nach oben entweichenden Abgase nicht geschädigt werden.

Die Kosten für einen Glasüberbau besonders lärmträchtiger Strecken liegen beträchtlich unter denen für Tunnels, deren Bau von zahlreichen Bürgern seit Jahren gefordert wird. Beleuchtung und besondere Entlüftungsanlagen wären im Gegensatz zu unterirdisch verlaufenden Strecken nicht erforderlich. Allein dadurch könnten erhebliche Geldmittel eingespart werden. Der Bau oberirdischer Glasstürze würde nach den ersten Berechnungen nur etwa halb so teuer wie der Bau gleichlanger Tunnels, und die Betriebskosten würden gar nur zehn Prozent ausmachen.

Einwänden gegen das Erscheinungsbild begegnet Falter mit der Feststellung, daß auch die Glaskonstruktionen alter Bahnhöfe nicht als häßlich empfunden würden. Zudem wäre es für die Autofahrer weitaus angenehmer, in einer gläsernen Röhre als in einem unterirdischen Tunnel zu fahren. Dies gelte nicht zuletzt für Touristen. Sie würden Tunnelstrekken zweifellos meiden, um etwas von der Stadt zu sehen.

Gläserne Tunnels könnten auch politische Probleme lösen: Die Grünen und Teile der SPD sträuben sich gegen einen Ausbau des „Mittleren Rings". Dessen Anwohner aber fordern einen Tunnel vor ihrer Haustür.

Jubiläum für ein stilles Hobby

Große Briefmarkenauktionen sind spektakuläre Ereignisse. Nicht selten wechseln Raritäten für horrende Summen den Besitzer. Für Publizität ist gesorgt. Weniger spektakulär ist, was man gemeinhin unter Sammeln versteht. Es ist ein stilles Hobby, das Akribie erfordert und langen Atem.

Die Philatelie – was wäre sie ohne die „kleinen" Sammler. Von ihnen gibt es allein in der Bundesrepublik Deutschland zwei Millionen oder drei. So genau weiß das niemand. Organisiert ist nur der „harte Kern", 85 000 an der Zahl, in etwa 1000 Vereinen und 500 Jugendgruppen, die wie ein Netz das Land überziehen. Für die Klammer sorgt ein Dachverband, der „Bund Deutscher Philatelisten" (BDPh), dessen Gründung sich in diesen Tagen zum 50. Male jährt.

Am 7. Januar 1936, einem Dienstag, bot die Berliner Innenstadt ein ungewohntes Bild. An allen verkehrsreichen Stellen standen Mitglieder der Briefmarkenvereine und boten Winterhilfswerk-Marken an. Sie brauchten nicht lange in der Kälte auszuharren. Die Nachfrage war ungewohnt stark an diesem 1. „Tag der Briefmarke". Den Anstoß dazu hatte 1933 ein Major a. D. gegeben, Hans von Rudolphi. Die ersten, die seinem Ruf gefolgt sind, waren die Österreicher. Am 1. Dezember 1935 stand Wien unter dem Zeichen der Philatelie.

Wochen später zogen die deutschen Vereine nach. In einer denkwürdigen Sitzung in Berlin-Pankow beschlossen sie einen jährlichen „Tag der Briefmarke" und die Gründung des „Reichsverbandes Deutscher Philatelisten", des Vorgängers des BDPh. Die Feier hatte man auf den 7. Januar festgesetzt, den 105. Geburtstag des Begründers des Weltpostvereins und deutschen Generalpostmeisters Heinrich von Stephan.

In nahezu 100 deutschen Städten gingen die Briefmarkenfreunde damals im wahrsten Sinne des Wortes auf die Straße. Schaufenster wurden mit Briefmarken dekoriert. Es regnete, wie dies auch heute noch üblich ist, Sonderpostkarten und -stempel. Die erste Sondermarke zum „Tag der Briefmarke" erschien allerdings erst 1941. Auch in den Kriegsjahren verstanden es die Sammlervereine, an diesem Tag ihre Arbeit zu dokumentieren und die Öffentlichkeit für ihr Hobby zu begeistern. Gleichzeitig verstärkte sich der Druck der Partei, den Tag als Aushängeschild der NS-Propaganda zu benutzen.







Erinnerung an die Anfänge der Post; und ihre Verbeugung vor den Millionen von Sammlern: Ausgaben zum „Tag der Briefmarke" 1943, 1975, 1981 (v. l.); auch 1986 wird das Motiv eine Postkutsche sein

Nach dem Krieg erinnerten nur Sonderstempel an den „Tag der Briefmarke". Erst am 25. Oktober 1952 erschien in der Bundesrepublik das erste Sonderpostwertzeichen zu diesem Thema: Abgebildet war ein Postillon auf zweirädrigem Karren. In der sowjetischen Besatzungszone hingegen ließ man schon 1947 diese Tradition wieder aufleben, und seit 1967 gibt es im anderen Teil Deutschlands jährlich den „Tag der Philatelisten".

Die Deutsche Bundespost schenkte diesem Ereignis fast 20 Jahre lang keine Beachtung. Erst 1975 brachte sie wieder ein Sonderpostwertzeichen zum „Tag der Briefmarke" heraus, und das auf Drängen des BDPh. Es lag und liegt aber durchaus im Interesse der Post, die Sammel-Bewegung zu fördern, muß sie doch für Marken, die in Alben gesteckt werden, keine Leistung erbringen. Leicht erwirtschaftete Millionenbeträge.

Aus Anlaß des Jubiläums hat nun der BDPh 1986 zum „Jahr der Briefmarke" erklärt. Mit vielen Veranstaltungen will er in die Offensive gehen und Nicht-Sammlern den kulturellen Anspruch dieses Hobbys und seinen hohen Freizeitwert dokumentieren. Es ist auch an der Zeit, die Werbetrommel zu rühren: Im Schatten der wirtschaftlichen Rezession ist in den vergangenen Jahren die Zahl der Sammler zurückgegangen. Der Handel klagt. Ein Preisverfall konnte nicht ausbleiben.

Unter dem Motto „Briefmarken – ein Hobby für alle" findet übermorgen in Berlin die Eröffnungsveranstaltung des Jubiläumsjahres statt – als Reminiszenz an den Gründungsort des Philatelistenverbandes und als Geste: „Wir wollen über die Mauer hinweg die Einigkeit beschwören", sagte Reiner Wyszomirski, der Sprecher des BDPh, zur WELT. „Wir streben einen gemeinsamen ‚Tag der Briefmarke' an."

RUDOLF ZEWELL

Reagan will Syndikate zerschlagen

AP, New York

US-Präsident Reagan will dem organisierten Verbrechen in den USA ein Ende bereiten. Als Ziel eines Neun-Punkte-Programms nennt er die Zerschlagung der Syndikate. Reagan verweist darauf, daß die Untergrundwirtschaft nur dann zum Erliegen gebracht werden könne, wenn deren Einnahmequellen verstopft werden. „Die meisten Amerikaner", so der Präsident, „die im Laden an der Ecke beim illegalen Zahlenlotto mitspielen, merken gar nicht, daß sie zur Finanzierung einer kriminellen Vereinigung beitragen."

Leiche lag auf dem Rollfeld

rtr, Frankfurt

Auf dem Rollfeld des Frankfurter Flughafens ist gestern vormittag die tiefgefrorene Leiche eines Amerikaners aus Toledo (Ohio) gefunden worden. Wie er dort hinkam, blieb zunächst ebenso ungewiß wie die Todesursache. Ein Pilot der British Airways hatte den leblosen Körper auf der Nordstartbahn entdeckt.

Billigbenzin am Rhein

dpa, Köln

„Fast erdrutschartig" sind die Benzinpreise an Rhein und Ruhr über die Feiertage gesunken. Zu diesem Ergebnis kommt der ADAC Niederrhein, der bis zu zehn Pfennig Preisunterschied gegenüber dem Jahresende festgestellt hat. Im Rheinland werde den Autofahrern an mehreren Tankstellen Superbenzin für unter 1,25 Mark angeboten.

Absturz noch ungeklärt

dpa, Zweibrücken

Über die Ursache für den Absturz zweier US-Militärmaschinen, bei dem am Dienstag in der Nähe von Zweibrücken zwei Menschen ums Leben gekommen sind, haben die Behörden noch keine Anhaltspunkte. Vermutlich berührten sich die Maschinen vom Typ F 15 beim simulierten Luftkampf in 1000 Meter Höhe.

Kasko zahlt nicht

dpa, Hamm

Ein Versicherter verletzt seine Aufklärungspflicht, wenn er die Schadensmeldung über einen Verkehrsunfall von einem anderen verfassen läßt und ungeprüft unterschreibt. Die Versicherung kann in diesem Fall bereits geleisteten Schadenseratz zurückfordern, entschied das Oberlandesgericht Hamm. (Az. 20 U 46/84).

Belgien erhöht Tempolimit

dpa, Brüssel

Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen in Belgien wird von bisher 120 auf 130 Stundenkilometer angehoben. Auch die Niederlande beabsichtigen, das Tempolimit heraufzusetzen, in Ortschaften wird die Höchstgeschwindigkeit von 60 auf 50 Stundenkilometer gesenkt.

55 Rinder verbrannt

AP, Schrobenhausen

55 Rinder sind gestern beim Brand zweier Scheunen im oberbayerischen Schrobenhausen getötet worden. Der Sachschaden wird auf 200 000 Mark geschätzt.

Teure Startversuche

AP, Kap Canaveral

Der Startabbruch der „Columbia" kostet nach Angaben der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa zwischen 200 000 und 300 000 Dollar. Demnach hätten die vier Fehlversuche beim Start der Raumfähre Kosten bis zu 900 000 Dollar verursacht. Für heute ist der fünfte Anlauf geplant.

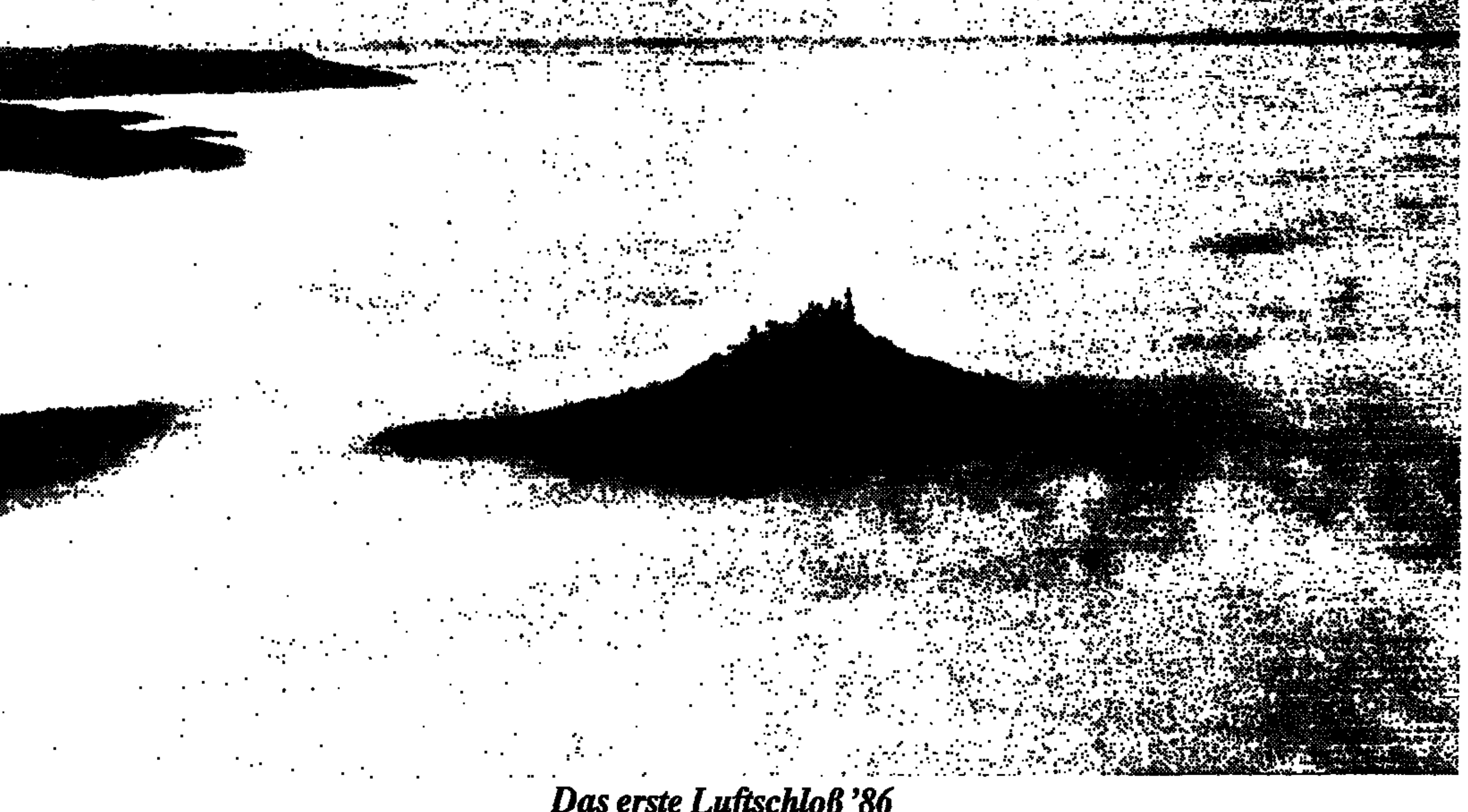
LEUTE HEUTE

Total bedient

Auf ihren „cafezinho" zum Nulltarif müssen die Beamten in São Paulo ab sofort verzichten und sind seitdem total bedient. **Janio Quadros**, neuer Bürgermeister der größten Stadt Brasiliens, gesteht seinen Bediensteten nur noch morgens und nachmittags je ein Täßchen des Nationalgetränks zu. Bisher bediente man sich in allen Ämtern Brasiliens, des größten Kaffee-Exporteurs der Welt, zu jeder Stunde gratis und großzügig aus unerschöpflichen Thermoskannen.

Total abgeschirmt

Lyndon B. Johnson behandelte ihn „wie einen Tagelöhner auf seiner Ranch". Beliebt bei **Dennis McCarthy** und seinen Geheimdienstkollegen, die den jeweils amtierenden Präsidenten notfalls mit ihrem Leben schützen müssen, ist dagegen **Ronald Reagan**, gefolgt vom Ex-Präsidenten **Gerald Ford**. In seinem Buch „Protecting the President" läßt McCarthy auch wissen, daß sich der Job zwischen James-Bond-Atmosphäre und Beamten-Langeweile bis ins Privatleben auswirkt. Weil Liebesaffären der Geheimdienstler „von der Öffentlichkeit total abgeschirmt" werden können, seien seine beiden Ehen in die Brüche gegangen.



Das erste Luftschloß '86

FOTO: Der Hohenzollern, Schwäbische Alb, fotografiert von Manfred Grohe. Freigeg. Reg.Präs. Tüb.: Nr. 42/3634

WETTER: Im Norden sehr kalt

Lage: Der Norden und Osten gelangen unter den Einfluß eines skandinavischen Hochdruckgebietes. Im Westen und Süden bleibt zunächst ein flaches Tief über dem Ärmelkanal wetterbestimmend.

Vorhersage für Donnerstag: Im Norden und Osten wolkig mit Aufheiterungen und weitgehend trocken. Temperaturen minus 2 bis minus 5 Grad. Nachts minus 9 bis minus 15 Grad. Im Süden und Westen stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Schneefall. Temperaturen zwischen minus 3 und null Grad. Nachts Abkühlung auf minus 5 bis minus 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Am Freitag wolkig mit Aufheiterungen, kalt.

Sonnenaufgang am Freitag: 8.24 Uhr*, Untergang: 16.35 Uhr; **Mondaufgang:** 9.01 Uhr, Untergang: 16.04 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 9. Jan., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Berlin	-2	he
Bielefeld	-1	bw
Braunlage	-4	bw
Bremen	-2	bd
Dortmund	0	bw
Dresden	-2	S
Düsseldorf	0	bw
Erfurt	-3	bw
Essen	-1	bw
Feldberg/S.	-4	Sr
Flensburg	-7	he
Frankfurt/M.	-1	he
Freiburg	2	bw
Garmisch	-1	bw
Greifswald	-4	he
Hamburg	-4	he
Hannover	-2	S
Kahler Asten	-7	bd
Kassel	-1	bw
Kempten	-2	bw
Kiel	-4	he
Koblenz	-1	S
Köln-Bonn	-1	bw
Konstanz	0	bd
Leipzig	-1	bd
List/Sylt	-7	Ne
Lübeck	-3	he
Mannheim	1	bd
München	-4	bd
Münster	-1	bw
Norderney	-4	bw
Nürnberg	-2	he
Oberstdorf	-1	bw
Passau	-2	he
Saarbrücken	-2	S
Stuttgart	-1	S
Trier	-1	S
Zugspitze	-8	bw

Ausland:

Algier	11	R
Amsterdam	-2	bw
Athen	15	bw
Barcelona	12	he
Belgrad	2	he
Bordeaux	0	he
Bozen	2	bw
Brüssel	-1	S
Budapest	2	he
Bukarest	4	bd
Casablanca	16	bw
Dublin	4	bd
Dubrovnik	10	he
Edinburgh	2	S
Faro	14	R
Florenz	8	bd
Genf	0	bd
Helsinki	-16	bw
Hongkong	18	he
Innsbruck	-1	he
Istanbul	7	Rs
Kairo	18	he
Klagenfurt	-5	bd
Konstanza	0	S
Kopenhagen	-5	he
Korfu	13	he
Las Palmas	21	he
Leningrad	-8	S
Lissabon	15	bw
Locarno	2	bw
London	2	R
Los Angeles	10	wl
Luxemburg	-2	S
Madrid	8	bw
Mailand	2	bd
Malaga	13	bw
Mallorca	13	bw
Moskau	-4	he
Neapel	13	he
New York	-9	he
Nizza	5	R
Oslo	-12	wl
Ostende	0	bd
Palermo	14	bw
Paris	5	Ne
Peking	–	–
Prag	-3	S
Rhodos	15	he
Rom	8	bw
Salzburg	-2	he
Singapur	27	R
Split	10	he
Stockholm	-8	S
Straßburg	0	bd
Tel Aviv	18	bw
Tokio	12	bw
Tunis	12	bw
Valencia	0	bw
Varna	4	bw
Venedig	2	bw
Warschau	-3	S
Wien	0	he
Zürich	0	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Von Weizsäcker lauschte Volkes Stimme

EVI KEIL, **Bonn**

„Ertragreiche Gespräche mit Bürgern" gehören zu einer Art Lieblingsbeschäftigung des Bundespräsidenten. Der Neujahrsempfang in der Villa Hammerschmidt bot gestern genügend Gelegenheit dazu. Was das Volk „draußen" sagt und denkt, erfuhr Richard von Weizsäcker beim anschließenden Essen mit 28 Bürgern. Die meisten von ihnen bekamen eine Einladung, weil sie sich in herausragender Weise sozial engagiert haben.

Es ist schon ungewöhnlich, wie der Bundespräsident manchmal von den guten Taten erfährt. Jüngster Gast war der 18jährige Stephan Evertz aus Duisburg. Als Mitbegründer der Schüler-Aktion „Menschen für Menschen" hatten er und seine Kameraden 400 000 Mark gesammelt und dem Schauspieler Karl-Heinz Böhm für die Hungernden in Äthiopien zur Verfügung gestellt. Seine Freunde hatten ihn für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen. Dafür ist Evertz zu jung. Die Reise nach Bonn entschädigte ihn voll.

Den Leiter des Projektes der Deutschen Welthungerhilfe in Westsudan, Norbert Burger, und die Krankenschwester Karin Busch vom Deutschen Komitee Notärzte hatte der Bundespräsident im vergangenen Jahr bei seiner Reise in das afrikanische Dürregebiet kennengelernt. Noch immer zeigte sich der Präsident beeindruckt, „wie dort unten bis zur persönlichen Aufopferung gearbeitet wird". Von Kollegen nach Bonn empfohlen wurde die Professorin Eilke Brigitte Helm. Die Oberärztin an der Frankfurter Universitätsklinik erforscht die Immunschwäche Aids und kümmert sich aufopfernd um die Kranken.

Nach ernsten Bürgergesprächen in der Villa Hammerschmidt ging es über zu Small-talk mit Repräsentanten aus Politik, Bundeswehr und Wirtschaft. Beim traditionellen Familienfoto mit dem Bundeskabinett empfahl von Weizsäcker Helmut Kohl, sich „doch etwas kleiner zu machen". Kohl prompt: „Es gibt viele in Bonn, die versuchen, mich kleiner zu machen – ohne Erfolg." Koalitionspartner Genscher sprang Kohl bei: „Es genügte, wenn Helmut Kohl etwas schmäler wäre."

Bleibt nichts als die blendende Idee?

Wie aus dem arbeitslosen Huub Rothengatter Hollands populärster Formel-1-Fahrer wurde

KLAUS BLUME, **Bonn**

Er ist mit dem Haus Oranien-Nassau weder verheiratet noch verschwägert und hat auch keinen Käse verkauft. Trotzdem ist er zwischen Maastricht und Rotterdam bekannt wie ein bunter Hund: Huub Rothengatter aus Laren, was gleich hinter Hilversum liegt. Huub Rothengatter, 31 Jahre alt, 1975 mittlere Reife, ist Autorennfahrer „gegen meinen Willen und nur, weil bei mir dieser Virus so furchtbar zugeschlagen hat". Was sich bis zum 30. November vergangenen Jahres allerdings wenig herumgesprochen hatte.

Am 30. November aber erschien im „Telegraaf", der größten Tageszeitung Hollands, ein ganzseitiges, zweifarbiges Inserat. In einer blauen Wolke stand zu lesen: „Interesse, Mijnher Philips?" Rothengatter, beim jenseits des Existenzminimums dahinsiechenden italienischen Formel-1-Team Osella beschäftigt, schlug dem Weltkonzern Philips ein Geschäft vor: Ihr gebt mir Geld, und ich fahre dafür ganz schnell Auto – und am Ende freut sich darüber ganz Holland.

Die Philips-Manager waren verdutzt – bezahlten aber schon mal die 70 000 Gulden Inseratkosten, um dem armen Teufel aus dem Gröbsten zu helfen. Der borgte sich darob gleich noch einmal die Summe und gab wieder ein Inserat beim „Telegraaf" auf, diesmal in den rotgelben Hausfarben des Mineralöl-Konzerns Shell. In einer gelben Wolke fragte er diesmal in roter Schrift: „Etwas für Sie, Herr Shell?" Dann folgte eine ähnliche Offerte wie schon an Philips.

Und was folgte danach? „Ungeheuerliches, einfach Ungeheuerliches", sagt Huub Rothengatter. Denn zuerst einmal verdiente nicht er, auch nicht sein Arbeitgeber Enzo Osella, sondern der „Telegraaf" an seinen Ideen.

Das Volkswagenwerk veröffentlichte als Antwort auf die ungewöhnlichste Werbekampagne der letzten Jahre ein ganzseitiges Inserat. Darin war das derzeitige Wolfsburger Top-Angebot abgebildet, der neue VW GTI 16-Ventiler. VW schrieb dazu: „Lieber Mijnher Rothengatter, was halten Sie hiervon? Sie können zwar damit keine Formel-1-Rennen fahren, aber sehr schnell von der Rennstrekke ins Hotel kommen. Wir schenken Ihnen dieses Auto." Und dann klärte VW die holländische Öffentlichkeit auf: „Wer Huub noch nicht kennt: Er ist der einzige Formel-1-Rennfahrer Hollands. Er hat genug Talent, aber nicht genug Mittel, der Huub hat ganz einfach das Geld nicht."

Die nächsten, die – wiederum mit einem ganzseitigen Inserat – antworteten, waren die französischen Gummi-Mischer Michelin. Sie bescheinigten „Mon cher Huub" ein riesiges Talent, das darunter leide, daß er kein schnelles Auto habe, für das es sich lohne, besonders schnelle Michelin-Reifenmischungen zu erfinden.

Resonanz aus Deutschland (VW), Resonanz aus Frankreich (Michelin), da ließ die Antwort aus Italien nicht lange auf sich warten. Der Schreibmaschinenhersteller Olivetti, Sponsor des Formel-1-Topteams Brabham, veröffentlichte ein Inserat im „Telegraaf" unter der Schlagzeile „Geh' so weiter, Huub!". Unter dieser Zeile befanden sich Bilder der beiden schon veröffentlichten Rothengatter-Inserate, und unter dem Foto eines Brabham-Boliden mit Olivetti-Werbeschrift stand eine Anspielung auf Rothengatters Möchtegern-Rennwagen von Osella: „Unser Rennwagen ist nichts Zusammengebasteltes. Unser Rennwagen ist etwas sehr, sehr Gutes, deshalb kostet er auch sehr, sehr viel Geld." Und: „Die Formel 1 ist als Werbeanlage überaus zu empfehlen. Wir von Olivetti sind sehr zufrieden mit dieser Welt der hochstehenden Technologie. Holland läuft Gefahr, seinen einzigen Formel-1-Rennfahrer zu verlieren. Helfen Sie Huub Rothengatter."

Huub Rothengatter wurde vor 31 Jahren in Laren bei Hilversum geboren. Nach der mittleren Reife wurde er Autorennfahrer. Seinen größten Erfolg errang er 1982 mit dem Sieg beim Formel-2-Europameisterschaftsrennen in Zolder. Vor zwei Jahren verunglückte Rothengatter schwer auf einem Motorrad. 1985 unterschrieb er seinen ersten Vertrag in der Formel 1 – beim italienischen Team Osella. Rothengatter über Osella: „Die Leute dort sind genauso engagiert wie bei Ferrari oder Alfa Romeo", nur fehle es am Geld. Bei acht Formel-1-Einsätzen erreichte Rothengatter viermal das Ziel.
FOTO: TELEGRAAF

Nun merkten auch die Redakteure des „Telegraaf", was sich da im Inneren ihres Blattes auf bezahltem Anzeigenraum abspielte, nämlich „etwas, was es bisher noch nie in der Sport-Welt gegeben hatte" (Telegraaf). Und so stellte die Redaktion den nun schon recht prominent gewordenen Anzeigenkunden noch kurz vor Weihnachten gleich auf der Titelseite ihrer Leserschaft vor: „Huub Rothengatter, der Mann, der ganz Holland in Atem hält." Das Fernsehen meldete sich, der Rundfunk, die anderen Zeitungen ... Rothengatter: „Es wurde ganz verrückt. Manchmal haben sie auf drei, vier Seiten einer Zeitung über mich berichtet: Auf der ersten, im Tageskommentar, im Wirtschafts- und im Sportteil."

Die Idee, dermaßen viel Wind um sich zu machen, hatte er schon vor zehn Jahren als damals noch unbedarfter Formel-3-Rennfahrer. Da gab er auch ein Inserat im „Telegraaf" auf, zehn mal zehn Zentimeter groß. Die Zeiten haben sich inzwischen geändert: Damals ging es um ein paar Gulden, verglichen mit dem, was jetzt ins Rollen gebracht wurde.

Zwei Freunde Rothengatters, die in Amerika hochdekorierten Amsterdamer Werbefachleute Jim Prins und Bela Stamenkowic, entwickelten diesmal kostenlos die Inseratenkampagne, ein anderer Freund, ein Porsche-Importeur, borgte das Geld, um die Inserate beim „Telegraaf" unterzubringen.

Hat sich das alles nun gelohnt? Huub Rothegatter zur WELT: „Auch wenn ich zur Stunde noch keinen einzigen Vertrag unterzeichnet habe, es sind Millionen von Gulden im Spiel, und vielleicht fahre ich künftig für jemanden ganz anderen in der Formel 1, für jemanden, der richtig bedeutend ist."

ZU GUTER LETZT

„Der am 30. 6. 85 neugegr. Retriever-Zucht- und Förderverein e. V. gibt m. Freude seinen ersten Zuchterfolg bekannt. Die schwarze Labrador-Hündin Athina v. Ihlengrund u. der gelbe Labrador-Rüde Newir Sandpiper sind am 14. 11. 85 stolze Eltern v. 7 Welpen geworden." Aus der Rubrik „Tiermarkt" im Hamburger Abendblatt.

هكذا من الأهل